

**Archiv der Gossner Mission**  
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

**Gossner\_G 1\_1852**

Aktenzeichen

ohne

**Titel**

Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)

Band

Laufzeit

1978 - 1985

**Enthält**

u.a. Referate des Arbeitskreises zum Thema Frieden und Abrüstung; "Entwicklung, Gerechtigkeit, Verkündigung und Zukunft" von Günter Jacob; Europäische Sicherheit - ein Auftrag für Christen und Kirchen; Am Anfang war der Korridor und Ruf zur Abrüstung  
- V

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

JCH BIN HUNGRIG GEWESEN, UND JHR HABT MICH NICHT GESPEIST.  
JCH BIN DURSTIG GEWESEN, UND JHR HABT MICH NICHT GETRÄNKI.  
JCH BIN EIN FREMDLING GEWESEN, UND JHR HABT MICH NICHT BE-  
HERBERGT. JCH BIN NACKT GEWESEN, UND JHR HABT MICH NICHT  
BEKLEIDET. JCH BIN KRANK UND GEFANGEN GEWESEN, UND JHR  
HABT MICH NICHT BESUCHT.

HERR, WANN HABEN WIR DICH GESEHEN  
HUNGRIG ODER DURSTIG ODER ALS EINEN  
FREMDLING ODER NACKT ODER KRANK ODER  
GEFANGEN UND HABEN DIR NICHT GEDIENT?

WAS JHR NICHT GETAN HABT EINEM UNTER DIESEN GERINGSTEN  
DAS HABT JHR MIR AUCH NICHT GETAN.

MATTH. 25, 42-45

# DER HUNGER IN UNSERER WELT

EINE DOKUMENTATION

Erarbeitet von der Jugendkommission der  
Christlichen Friedenskonferenz in der DDR

Thema: Christen zwischen Hunger und Rüstung

Einleitung

## I. Allgemeines über Hunger

### a) Geschichte des Hungers und jetziger Stand

Hungersnöte hat es auf unserer Erde schon immer gegeben, aber diese Hungersnöte waren meist nur periodische Notzeiten. Durch eine schlechte Ernte oder durch Naturkatastrophen waren Menschen zeitweilig vom Hunger betroffen, dies auch nur in geographisch begrenzten Gebieten.

Heute ist Hunger zu einem Weltproblem geworden. Ganze Gebiete, Staaten, Erdteile sind betroffen und der Hunger ist für die Menschen in diesen Gebieten nicht mehr zeitlich begrenzt, sondern zum Dauerzustand geworden.

Das hat manche Ursachen. Wir kommen darauf noch. Vor allem ist es aber die ungerechte Verteilung des Weltreichtums. Der Reichtum der Erde ist so verteilt.

30 % des Reichtums gehört einem Viertel der Weltbevölkerung. Die restlichen 70 % verteilen sich auf drei Viertel der Erdbbevölkerung. Auch hier sind noch Abstufungen zu verzeichnen. So geht die Skala vom geringen Besitz bis zur völligen Armut. Wenige Menschen besitzen fast alles, die meisten fast nichts. Darunter sind wenige Menschen satt, oft zu satt, viele hungrig, am Verhungern. Diese ungerechte Verteilung des Reichtums verschärft sich immer mehr. Es steht fest, daß der kleine reiche Teil der Menschheit immer reicher wird und der große arme Teil immer ärmer.

### b) Zahlen

Man muß unterscheiden zwischen verborgenem und offenem

Hunger. Verborgener Hunger, das heißt Unterernährung und Mangel an lebenswichtigen Stoffen: Eiweiß, Vitaminen und Mineralien. Verborgener Hunger bedeutet für die Betroffenen: Krankheiten wie Typhus, Ruhr, Tuberkulose, Blutarmut, Rachitis und meist früher Tod. Die prozentuale Einschätzung des verborgenen Hungers ist schwierig. Fest steht aber, daß 60 bis 80 % der Erdbevölkerung an verborgenem Hunger leidet, d. h.: von 100 Menschen leiden 60 bis 80 an Hungerkrankheiten, von 100 Menschen <sup>sind</sup> 60 bis 80 von frühem Tod bedroht!

Noch erschreckender ist das Bild vom offenen oder akuten Hunger. Offener Hunger, das heißt: Menschen haben zu wenig oder nichts zu essen. Über die Hälfte der Menschheit lebt mit offenem Hunger. Im Jahre 1960 hatten 59,4 % der Menschheit weniger als die tägliche Mindestmenge zu essen. Es verhungern jährlich ca. 40 Millionen Menschen, das sind 10 000 täglich. Am schwersten sind Kinder betroffen. Über die Hälfte aller Kinder unserer Erde haben offenen Hunger. In Lateinamerika allein stirbt alle 42 Sekunden ein Kind. Diese Zahlen klingen so allgemein, nur wenn man sich die leidenden Menschen einzeln vor Augen führt, kann man das Grauen ahnen. Ein Beispiel aus Indien:

1966 waren im Kalahandi-Distrikt die Menschen von drei Mißernten betroffen. Die letzte Ernte war zu 100 % von der Sonne verbrannt. Nicht einmal Saatgut ist den Bauern geblieben. Die geringen Vorräte an Nahrungsmitteln waren bald aufgezehrt. Um Nahrung einzuhandeln, verkaufte man die geringe Habe: zuerst den Schmuck, das Geschirr und dann das Vieh. Verhungernde Kinder wurden von den Eltern, die ihnen nicht mehr helfen konnten, weggegeben. Die Hospitäler waren überfüllt mit Menschen, die vor Hunger starben. Ein Arzt berichtet, daß ihm nachts zwei verhungernde Kinder auf die Türschwelle gelegt wurden. Als man sie am Morgen fand, waren sie bereits tot.

## II. Ursachen

Die Ursachen des Welthungers sind nicht Arbeitsunlust, Faulheit, Untüchtigkeit, die Ursachen gehen tiefer.

### a) Kolonialismus

An dem Hunger in der Welt ist ein Teil der Weltbevölkerung schuld, die heute hungernden Menschen sind vor allem die Farbigen. Die heute Satten sind die Weißen, die ehemaligen Kolonialherren. Es ist nachzuweisen, daß die hungernden Länder fast durchweg Kolonien waren. Durch gedankenlose und skrupellose Unterdrückung haben sich die Weißen bereichert. Sie haben Schätze der unterjochten Länder ohne Gegenleistung importiert, treffender gesagt: geraubt. Sie haben die Landwirtschaft primitiv gehalten, das Handwerk zugrunde gerichtet und eine Industrialisierung verhindert. So wurde eine ökonomische Entwicklung dieser Länder gewaltsam unterbrochen. Die bösen Folgen zeigen sich heute:  
Hunger, Armut, Analphabetentum, Unterentwicklung.

### b) Bevölkerungsexplosion

Entscheidendste Ursache des Hungers in der Welt ist aber die rapide Zunahme der Weltbevölkerung. Unsere Erde wird immer enger, weil sie immer mehr Menschen tragen, nähren und kleiden muß. Es taucht jetzt schon die Frage auf, ob sich die Erde nicht demnächst als zu klein erweisen könnte. Dr. med. K a t z schreibt in: "Der Hunger als weltpolitischer Faktor"

"Vor kurzen schätzte man noch den Zuwachs der Erdbevölkerung auf 40 Mio. Menschen im Jahr. Inzwischen haben in den meisten Ländern amtliche Volkszählungen stattgefunden, die einige Überraschungen mit sich brachten. Allein in Asien wurden 100 Mio. Menschen mehr gezählt als man bisher geschätzt hatte. Die jährliche Zunahme der Erdbevölkerung betrug von 1956 bis 1957 46 Mio., von

1957 bis 1958 54 Mio., 1958/1959 53 Mio. und von 1959 bis 1960 65 Mio. Dies entspricht im Durchschnitt dieser vier Jahre einem täglichen Zuwachs von 150 000 Menschen. Man kann sagen, daß in jeder Minute auf der Erde über 200 Kinder geboren werden. Das sind Tag für Tag fast 300 000 neue Erdenbürger. Da gleichzeitig etwa über 140 000 Menschen täglich sterben, ergibt sich die Zuwachsrate von 150 000, das heißt mit anderen Worten, daß in jeder Woche auf der Erde 1 Mio. Esser mehr ernährt werden müssen."

Der eigentliche Grund für dieses lawinenartige Anwachsen der Erdbevölkerung ist das steile Absinken der Sterberate. Moderne Hygiene, Medizin und Medikamente haben geholfen, die Lebenserwartung der Menschen hinaufzusetzen und die Kindersterblichkeit zu verringern. Da aber die Geburtenrate im wesentlichen gleichbleibend hoch verläuft, ergibt sich das Problem der Bevölkerungsexplosion. Der rasende Bevölkerungszuwachs trifft vor allem die Entwicklungsländer und verschärft dort die Kette von Armut, Hunger und Tod.

Afrika zählte	1950	200 Mio. Menschen
im Jahre	2000	werden es 520 Mio. sein.
Asien hatte	1950	1,4 Mrd.
im Jahre	2000	werden es 3,3 Mrd. sein,

wenn die Entwicklung so weiter geht.

c) Landwirtschaft

Mit der Bevölkerungsexplosion hält nun in ausgedehnten Gebieten der Erde die Nahrungsgewinnung nicht Schritt. Der Grund ist die primitive Landwirtschaft in vielen Ländern. Es existieren heute 350 Mio. landwirtschaftliche Familien auf der Erde. Von diesen 350 Mio. besitzen 250 Mio. Familien zur Bodenbearbeitung nur die Hacke oder den hölzernen Hakenpflug. Die Fläche, die ein Bauer mit diesen Geräten bearbeitet, ist so klein, daß der Ertrag nicht für ihn, die Familie, sein Vieh, geschweige denn für an-

dere reicht. Weitere Probleme in der Landwirtschaft sind:

Ungünstige klimatische Bedingungen und nicht regulierte oder mangelnde Bewässerung.

So leidet Indien z. B. in verschiedenen Teilen des Landes gleichzeitig an Dürre und Hochwasser.

Während in einigen Ländern die Nahrungsmittelproduktion ständig erhöht wird, Nordamerika in den letzten 25 Jahren Steigerung um 50 %, Europa und die Sowjetunion um 30 %, gibt es auf der Erde eine ausgedehnte Notstandszone. Diese Zone läuft etwa als breiter Gürtel bds. des Äquators mit Einschluß der tropischen und subtropischen Zonen. Sie umfaßt Süd- und Mittelamerika, Nord- und Äquatorialafrika, den vorderen und mittleren Orient, Fern-Ost und Polynesien. Für dieses ganze Gebiet ist eine quantitativ und qualitativ schlechte Versorgung der Bevölkerung charakteristisch.

Der Hunger und das Elend auf der Erde könnte beseitigt werden. Die Möglichkeiten wären gegeben. Das größte Hindernis für eine gedeihliche Entwicklung, die zur Überwindung des Hungers führen würde, ist der Wahnsinn des Wettrüstens. Die irrsinnigen Rüstungsausgaben verhindern die Bereitstellung des erforderlichen Kapitals für eine wirksame Förderung der Entwicklungsländer.

## II. Rüstung

Neben dem Hunger steht als zweite Menschheitsgeißel die Rüstung und der Krieg. Es hat noch zu keiner Zeit des Menschengeschlechts den umfassenden Frieden gegeben. Die Geschichte der Menschheit ist immer auch eine Geschichte von Kriegen gewesen, Kriege, die im Laufe der Zeit grausamer und blutiger wurden; Kriege deren Ausmaß größer und deren Zahl an Toten immer höher wurde. Hatte der 1. Weltkrieg schon 10 Mio. Tote gefordert, so waren es im 2. Weltkrieg über 50 Mio. Seit dieser Katastrophe,

seit 1945, haben schon wieder über 50 bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt stattgefunden.

Dabei ist allen ernsthaften Menschen klar, daß ein Krieg heute kein Mittel mehr sein kann, um internationale Streitigkeiten aus dem Weg zu räumen. Das liegt begründet auch in der verheerenden Wirkung der modernen Waffen. Schon die sogenannten kommerziellen Waffen. Granaten, Bomben, Splitter- und Napalmbomben sowie Raketen sind erschreckend perfektioniert. Ihre Wirkung geht weit über die der Waffen vergangener Jahre hinaus.

Daneben existiert die Atombombe, die seit ihrer Erfindung nach oben und nach unten hin weiterentwickelt worden ist. Kleinere, sog. taktische A-Waffen, werden seit 1953 gebaut, die es ermöglichen sollen, mit nuklearem Material operieren zu können, ohne gleich dabei ein ganzes Volk auszurotten. Größere Atomwaffen sind weiterentwickelt bis zur Wasserstoff- und Kobaltbombe. Damit nicht genug: Neben der Atomwaffe sind bakteriologische und chemische Waffen hergestellt, erprobt und zum Teil auch eingesetzt worden. Mit der Entwicklung dieser modernen Kriegsmaschinerie steht über der Menschheit das drohende Gespenst der Selbstvernichtung. Schon darum kann man heute in keinem Falle mehr von einem "gerechten Krieg" sprechen. Jeder Krieg ist heute unverantwortbar und ungerecht. Es ist Zeit für ein neues Denken, es ist Zeit, den Frieden zu planen. Es ist Zeit, den Weltfrieden zu schaffen, den es in der bisherigen Geschichte der Menschheit noch nie gab.

Das ist die Forderung an den heutigen Menschen: Der Friede muß bewußt gewollt, geplant und herbeigeführt werden, denn er ist die einzige Überlebenschance der Menschheit.

### III. Verflechtung von Hunger und Rüstung

Hunger und Wettrüsten, diese beiden größten Weltprobleme stehen sich nicht nur gegenüber, sondern sind beide miteinander verflochten. Der Frieden in unserer Welt ist bedroht durch den anwachsenden Hunger. Wenn weiterhin Mio. von Menschen verhungern, wird sich der Friede nicht erhalten lassen, dann werden sich die Hungernden mit Gewalt nehmen, was ihnen zusteht. Für viele Länder, besonders Lateinamerika, gibt es möglicherweise nur einen Ausweg aus dem Hunger:

Die Strukturen der Ungerechtigkeit mit einem Schlag zu zerstören, d. h. eine wirkliche Änderung der Situation auf revolutionärem Weg zu erreichen. Bis 1980 werden viele Revolutionen nötig sein.

Aber auch der Hunger ist mitbedingt durch den Krieg und die Rüstung.

Man muß sich ein Bild von den Finanzen machen.

Jährlich werden auf der ganzen Welt, in Ost und West zusammen, ca. 600 Mrd. DM für Rüstungszwecke und Verteidigung aufgebracht und, wie wir meinen, sinnlos ausgegeben. Ein Bruchteil dieser Summe könnte reichen, das ganze Hungerproblem in kürzester Frist zu lösen. Für eine wirksame Entwicklungshilfe würden 40 Mrd. DM jährlich ausreichen. Dies ist ein geringer Prozentsatz der laufenden Rüstungs- und Verteidigungsausgaben aller Staaten. Für 40 Mrd. DM könnte die Landwirtschaft in den hungernden Ländern saniert werden, das heißt: Düngemittelfabriken könnten gebaut werden, landwirtschaftliche Maschinen bereitgestellt werden, Industrien aufgebaut werden.

Die Weltnahrungsmittelproduktion könnte durch die Summe von 40 Mrd. DM ausreichend gesteigert werden, was möglich ist durch Erweiterung der Anbaufläche, durch Ertragssteigerung auf dem bereits bebauten Boden, bessere Schädlingsbekämpfung, Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, Züchten von Nutzpflanzen und neuen Getreid-

desorten. Mit 40 Mrd. DM könnte man auch beginnen, die Nahrungsmittelreserven in den Weltmeeren auszuschöpfen. Die enormen Summen der Rüstungsausgaben könnten nach einer weltweiten Abrüstung helfen, das Verkehrs-, Schul- und Gesundheitswesen auszubauen und auch die Wasserversorgung zu verbessern. Um das anschaulich zu machen: Die Kosten zur Entwicklung eines neuen Bomber-typs mit Ausrüstung entsprechen:

Den Kosten von	50 000 Traktoren oder
den Kosten von	15 000 Erntemaschinen oder
den Kosten für	250 000 Lehrer oder
den Kosten für	75 vollständig eingerichteten Krankenhäusern.

Die Entwicklung eines Überschallflugzeuges kostet 6,5 Mrd. Dollar, das sind rund 25 Mrd. DM, gut die Hälfte der Summe, die zur Bekämpfung und Beseitigung des Hungers in unserer Welt jährlich gebraucht würde.

#### IV. Verantwortung der Christen

Unzählige einzelne Christen, viele Gruppen und Konferenzen haben sich über Hunger und Rüstung Gedanken gemacht. Man kann nicht über all das referieren, was in einzelnen Gremien erarbeitet wurde, aber ich will über den neuesten Stand informieren.

Nachdem die Welthandelskonferenz in Neu-Delhi im Frühjahr 1968 faktisch kein nennenswertes Hilfsprogramm erarbeitet hat und von dort her kaum mehr etwas zu erwarten ist, haben sich Finanz-, Wirtschafts- und Handels-Experten zu einer Konferenz zusammengefunden. Sie fand im April 1968 in Beirut statt. Der Ökumenische Rat der Kirchen und die Römisch-Katholische Kirche hatten gemeinsam diese Konferenz einberufen. Die Teilnehmer der Konferenz waren einstimmig der Meinung, daß es durch den Fortschritt in Wissenschaft und Technik möglich ist, die Ursachen von Armut, Ungerechtigkeit und Gewalt zu überwinden. Die Menschheit - so der Konferenzbericht -

ist immer noch von der drohenden Gefahr einer Hungerkatastrophe überschattet.

Zwei Dinge empfiehlt die Konferenz in Beirut: Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion in den nächsten zwei Jahrzehnten.

Gleichzeitig muß dem Bevölkerungszuwachs ein Halt geboten werden.

Nach diesen beiden Richtungen hin muß gearbeitet werden. Hier müssen sich die Christen mit einsetzen.

Die Konferenz in Beirut stellt fest:

Der erste Grund für christliche Mitverantwortung besteht darin, daß die Mehrheit der Christen im entwickelten Norden lebt. Dieses Gebiet ist viel reicher als die ganze übrige Welt. Seine Bewohner, daher auch seine Christen, sind Nutznießer und so zur Mitverantwortung verpflichtet.

Der zweite Grund: In einer Welt, in der es normal erscheint, 600 Mrd. DM für Rüstung auszugeben, während es schwierig ist, 40 Mrd. DM für wirtschaftliche Hilfe aufzubringen, tragen Christen entscheidende Mitverantwortung.

Ein dritter Grund: Christen sind ganz und gar zur Gleichberechtigung aller Menschen verpflichtet, weil Christus ihr Haupt und sie alle Glieder sind. Deshalb müssen sie für Gleichberechtigung in der weltweiten Gesellschaft eintreten.

Ein letzter Grund: Im reichen Norden erlahmt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen, während die Notstände im entwicklungsbedürftigen Süden zum gleichen Zeitpunkt immer bedrängender werden. In solch einem Stadium müssen sich Christen erneut und vermehrt engagieren.

Uns heute muß klar werden, daß unsere eigene Entscheidung und Einstellung wichtig ist. Unsere Aktivität ist gefordert. Wir können uns nicht mehr damit

16. 3. 78

15 Stück

## Entwurf

### Zeugnisse von Kirchen und Christen zur Abrüstungsfrage

Die Hoffnungen der biblischen Verfasser auf eine Welt ohne Waffen werden am deutlichsten in den Stellen Jesaja 2,4 und Micha 4,3: "Sie werden ihre Schwärter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen." Matthäus schildert die Gefangennahme Jesu im Garten Gethsemane und überliefert uns den Befehl Jesu an Petrus: "Stecke dein Schwert in die Scheide! Denn alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert unkommen" (Matth. 26,52). In der Bergpredigt heißt es: "Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Gottes Söhne heißen" (Matth. 5,9). Paulus mahnt: "Soweit es auf euch ankommt, haltet mit allen Menschen Frieden" (Röm. 12,18). Nach Jacobus aber ist der Glaube ohne Taten tot (Jak. 2,17); deshalb sind wir zu Taten für den Frieden verpflichtet, wenn wir unserem Glauben gemäß leben wollen. Und der Kirchenvater Augustin rät, lieber Kriege durch das Wort als Menschen durch das Schwert zu beseitigen (1).

Das nach dem 2. Weltkrieg einsetzende Wettrüsten und die durch die enorme Anhäufung von Kernwaffen für das Überleben der Zivilisation bedrohliche Situation veranlaßte Christen und kirchliche Gremien, sich für die Beendigung des Wettrüstens und darüber hinaus für die allgemeine Abrüstung einzusetzen. Dabei trat als eine der ersten Organisationen die 1958 gegründete Christliche Friedenskonferenz in Erscheinung.

Die Römisch-katholische Kirche verstärkte ihr Friedensengagement im Anschluß an die Enzyklika "Pacem in terris" (2) Johannes XXIII. (1963) und den UNO-Besuch Papst Paul VI. 1965 (3). Im Jahre 1964 wurde die Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten ins Leben gerufen, die

sich vorrangig den Fragen der Entspannung und Abrüstung widmet (4). Auf dem Eucharistischen Weltkongreß 1964 in Bombay bat Papst Paul VI.: "Möchten doch die Nationen den Rüstungswettlauf einstellen. ... Möge ... dieser neue Angstschrei alle Regierungen der Welt erreichen." Das II. Vatikanische Konzil verurteilte 1965 den Rüstungswettlauf als "eine außerordentlich ernste Plage der Menschheit und eine unerträgliche Schädigung der Armen" (5). Die bisher dizidierteste vatikanische Verurteilung des Wettrüstens stellt das Abrüstungs-memorandum von 1976 dar (6): Über den Skandal der Rüstungseskalation werde die Geschichte ihr Urteil fällen; die Pseudo-Sicherheit eines Gleichgewichts des Schreckens sei schärfstens abzulehnen; der Rüstungswettlauf richte sich sowohl gegen den Menschen als auch gegen Gott und müsse deshalb geächtet werden (7).

Zunehmende Bedeutung gewinnen die Friedensbemühungen der Russisch-Orthodoxen Kirche. Patriarch Alexius sah 1955 die Vereinigung all derer, die für die hohe Idee des Weltfriedens bereit sind, gegen das Böse zu kämpfen, als unerlässlich an (8). 1971 erklärte die Russisch-Orthodoxe Kirche in einem Aufruf an die Christen der Welt: Der Dienst für den Frieden macht Christen zu Zeugen der Wahrheit (9). Für einen gläubigen Menschen in der UdSSR ist der Friedenswunsch für die ganze Welt Teil seines Gebets (10).

Von der Konferenz Europäischer Kirchen wurde 1975 dazu aufgerufen, daß Kirchen und kirchliche Organisationen auf die Reduzierung der Militärbudgets hinwirken (11) und die UNO-Abrüstungskonferenz 1978 unterstützen. Die V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Nairobi 1975) appellierte an die Kirchen, "bei ihren Regierungen darauf zu drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird" (12).

Insbesondere hat die Christliche Friedenskonferenz seit ihrer Gründung im Jahre 1958 wesentlich zur Diskussion der Rüstungsproblematik im kirchlich-ökumenischen Raum beigetragen. Auf der Gründungsversammlung standen die 60 Abrüstungsthesen Heinrich Vogels (13) und die Forderungen nach Einstellung der Atomwaffenversuche, Schaffung atomwaffenfreier Zonen und die Ächtung aller Massenvernichtungsmittel im Brennpunkt des Interesses. Auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung wurde 1961 die Liquidierung aller Massenvernichtungsmittel, die allgemeine Abrüstung unter Kontrollmaßnahmen und erneut die Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert. Beflügelt durch das Moskauer Teststoppabkommen von 1963 rief die II. ACFV (1964) die Regierungen, Parlamente und maßgebliche Persönlichkeiten der Welt zu weiteren Schritten auf dem Weg der Einstellung des Wettrüstens auf. Die III. ACFV (1968) erinnerte daran, daß die Beseitigung aller Waffen das eigentliche Ziel der Abrüstungsbemühungen bleibe, in der Praxis man auf einen stufenweisen Abbau der Waffen drängen müsse. Der Nichtweiterverbreitungsvertrag von 1968 wurde als ein Meilenstein auf dem Weg zur Abrüstung begrüßt. Auf der IV. ACFV (1971) wurden die SALT-Verhandlungen als ein wichtiger Schritt zur vollständigen Abrüstung bezeichnet und die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz der fünf Kernwaffenmächte unterstützt (14). 1974 rief das Internationale Sekretariat der CFK alle Kirchen, konfessionellen Weltbünde und Ökumenischen Organisationen auf, gemeinsam eine Konferenz zur Unterstützung einer UNO-Weltabrüstungstagung zu veranstalten.

Der CFK-Präsident Metropolit Nikodim rief zum Weltabrüstungstag 1976 (17.6., Tag des Genfer Giftgas-Anwendungs-Verbots-Protokolls von 1925) dazu auf, besondere Aufmerksamkeit auf den Weltdüngemittelfonds zu richten: "Es wäre begrüßenswert,

wenn sich Christen dazu bereiterklären könnten, einen Stundenlohn am 17. Juni dafür zu spenden. Gleichzeitig sollten sie darauf drängen, daß die Staaten einen Tagessatz ihrer Rüstungsausgaben zum gleichen Zwecke bereitstellen."

Was Kirchen, Christen und ökumenische Gremien heute an Abrüstungs-Hilfe leisten können, liegt darin, einfache, klare Abrüstungsforderungen zu erheben, deren Erfüllung übersehbare Konsequenzen und realistische Schritte mit sich bringen würde. "Nur was im öffentlichen Abrüstungsbewußtsein vollziehbar ist, ist in der Abrüstungspolitik auch realisierbar." (Abrüstungs-Dossier der CFK).

Solche Schritte sind:

- Einfrieren oder Wachstumsstopp der Rüstungen (Rüstungsmoratorium),
- Anerkennung der UNO als internationale Instanz in allen Abrüstungsfragen,
- Bildung eines UNO-Abrüstungs-Fonds, aus dem Länder mit beispielgebender Abrüstungspolitik zinsgünstige Kredite erhalten,
- Gründung einer UNO-Zeitschrift für Abrüstungspolitik,
- Bereitstellung von TV-Sendezeiten für UNO-Abrüstungs-Sendungen,
- Abschluß eines Welt-Gewaltverzichtsvertrages (wie von der UdSSR vorgeschlagen),
- Durchführung von "Jesaja-Konferenzen" (nach Jes.2,4) für die Abrüstung und gegen Hunger.

Literatur / Zitate

- (1) Augustin: "Es ist unstreitig rühmenswürdiger, die Kriege durch das Wort als die Menschen durch das Schwert zu beiseitigen, und den Frieden durch den Frieden, nicht durch den Krieg zu gewinnen und sicherzustellen."
- (2) "Pacem in terris" (Nr. 109-118): Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört.... Die Beziehungen der Staaten untereinander sind ebenso wie die der einzelnen Menschen nicht durch Waffengewalt, sondern nach den Gesetzen der gesunden Vernunft, also nach den Gesetzen der Wahrheit, Gerechtigkeit und der tätigen Solidarität zu regeln.
- (3) Papst Paul VI. 1965 vor der UNO: "Wenn Ihr Brüder sein wollt, dann laßt die Waffen den Händen entgleiten. Man kann nicht lieben, wenn man Offensivwaffen in den Händen hat."
- (4) Berliner Konferenz katholischer Christen 1964: Es sei erforderlich, eine Strategie der "Interdependenz der Friedensherde" zu entwickeln, die alle Friedenskräfte wirksam vereint und aus den a.T. noch bestehenden Isolierungen herausführt.
- (5) II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution "Gaudium et spes", Teil IV.
- (6) L'Osservatore Romano, 3.9.1976, Nr. 36.
- (7) "Das Wettrüsten ist ohne Vorbehalt zu verdammen. ..Es ist ein Akt der Aggression, der sich zum Verbrechen steigert, weil die Rüstungen - selbst wenn sie niemals angewendet werden - bereits durch ihre Kosten die Armen dem Hungertode ausliefern. ..Das Wettrüsten verstärkt die Sicherheit nicht. ..Das Wettrüsten ist ein beschleunigter Prozeß geworden, der der Kontrolle des Staates zu entgleiten droht. ..Das Wettrüsten muß beendet werden. Die Einschränkung der Rüstungen muß durchgesetzt werden."
- (8) Patriarch Alexius 1955 auf dem V. Allunionskongreß der Friedensanhänger: "Nicht die Angst vor dem Kriege, sondern die hohe Idee des Weltfriedens vereint uns zu einer Front der ganzen Welt, die bereit ist, mit der ganzen

Kraft ihrer Einheit gegen die Kräfte des Bösen zu kämpfen, auf daß das Gute siege, auf daß der Friede und die Freundschaft zwischen allen Völkern der Erde des Herrn sich festige!" (Patriarch Alexius, Sprüche, Reden, Botschaften und Appelle. Moskau 1957, S. 68).

- (9) Zeitschrift des Moskauer Patriarchats Nr. 5/1971, S.11:  
"Im Dienst der Christen für den Frieden werden sie zu wirklichen Zeugen und Verteidigern der Wahrheit, zu unbestechlichen Entlarvern der Grausamkeit, zu unerschütterlichen und unbeugsamen Kämpfern für die friedlichen Grundlagen des Lebens auf der Erde."
- (10) P. Sokolowski in "Christen im weltweiten Friedenskampf", Studienband der CFK, Union-Verlag Berlin, 1974, S.7:  
"Wenn man in der UdSSR einen gläubigen Menschen fragt, wofür er sich müht und was er in seiner Anstrengung, im Gottesdienst, in seinem Gebet für sich, für seine Nächsten, für sein Volk und für die Völker der Welt erhofft, so wird die Antwort gewöhnlich klar und eindeutig lauten: 'Ich bitte Gott um Frieden für meine Seele und bitte ihn, unser Land in Frieden zu schützen, der ganzen Welt Frieden zu schenken und diejenigen zu stärken, die für den Frieden kämpfen.'"
- (11) Die KEK empfahl 1975: "...in Verbindung mit den einzelnen Kirchen und anderen kirchlichen und ökumenischen Organisationen für allseitige und kontrollierte Abrüstung einzutreten und alle Anstrengungen zu unterstützen, die auf eine wirkliche Reduzierung des Militärbudgets hinarbeiten."
- (12) "Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird."
- (13) Task and Witness, CPC Praque, June 1<sup>st</sup> - 4<sup>th</sup> 1958, p.22-27.
- (14) Metropolit Dr. Nikodim auf der IV ACFV im Jahre 1971:  
"Erhebungen des Stockholmer Internationalen Instituts zum Studium der Probleme des Friedens beziffern den Weltvorrat an nuklearen Waffen aller Kategorien mit 50 000 Megatonnen, das heißt etwa 15 Tonnen Trinitrotolol pro Mensch. Dies ist eine um das 2 500 000fache gesteigerte Sprengkraft im Vergleich zu der Bombe, die über Hiroshima abgeworfen ist und mehr als 140 000 Menschen das Leben gekostet bzw. schwer geschädigt hat! Kann eigentlich, wagt eigentlich ein Christ an dieser Bilanz des Schreckens und Grauens vorüberzugehen?"

An die

EMPFÄNGER UNSERER STUDIEN- UND MEDITATIONSBRIEFE

Liebe Freunde!

Seit einigen Jahren wird der 1. September als Weltfriedenstag begangen. Anlaß dazu war der Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Am 1. 9. 1939 marschierten deutsche Truppen in Polen ein. Die Bilanz am Ende des zweiten Weltkrieges war grausam: 40 Millionen Menschenleben waren zu beklagen in fast allen Ländern Europas, die Sachschäden kaum zu berechnen. Als Mahnung und Aufruf, solches nie wieder geschehen zu lassen, sollten wir diesen Tag verstehen.

33 Jahre nach diesen furchtbaren Ereignissen stehen wir wieder vor einer alarmierenden Weltsituation. Wenn das Waffenpotenzial, das im Augenblick auf unserer Erde gelagert wird, zum Einsatz kommt, sind die Folgen wohl nicht mehr mit Worten zu beschreiben. Unvorstellbare Summen werden jährlich für die Rüstung ausgegeben und damit wertvolle Rohstoffe, Energie, menschliche Denk- und Arbeitskraft sinnlos vergeudet.

In einer Studie der Gossner-Mission in der DDR und der CFK heißt es dazu:

"Der zweite Weltkrieg kostete jährlich 190 Milliarden Dollar, während 1973 über 200 Milliarden Dollar auf der Erde für Rüstungszwecke ausgegeben wurden." Nach der heutigen Preisbasis betragen die jährlichen Rüstungsausgaben z. Zt. 350 Milliarden US-Dollar. "Oder anders berechnet, alle zwei Minuten werden auf der Welt 1 Million Dollar für die Rüstung ausgegeben."  
(Studie "Ruf zur Abrüstung" kann bei ~~uns~~ *uns sofort* angefordert werden.)

Unter diesen Ausgaben leiden natürlich die Entwicklungsländer sehr viel stärker als die Industrienationen. Sie, die mit Hunger, sozialer Unterversorgung, Analphabetentum fertig werden müssen, belasten Ausgaben für militärische Zwecke besonders. Diese Probleme wären mit dem Geld, das heute in die Rüstung fließt, lösbar. Deshalb, "schon die Rüstung ist Mord, nicht erst der Krieg."

Das Jahr 1978 ist von der UNO zum internationalen Antipartheidjahr erklärt worden. Die Situation in Südafrika, Namibia und besonders auch in Zimbabwe hat sich gefährlich zugespitzt. Kommt es zu Bürgerkriegen in diesen Ländern, bedeutet es Zerstörung, Leiden und Tod für die Menschen. Diesen Ländern zum Frieden zu helfen heißt für uns, uns mit dem Kampf der schwarzen Mehrheit um Gleichberechtigung und Unabhängigkeit zu solidarisieren.

Abrüstung und Beendigung des Rassismus - zwei Meilensteine auf dem Weg zum Weltfrieden. Der Weltfriedenstag sollte für uns Christen und unsere Kirchen, stärker als es bisher geschehen ist, Anlaß sein, über diese Fragen nachzudenken und mit anderen darüber zu reden. Die nachfolgenden Texte möchten dazu helfen.

Wir grüßen namens der Arbeitsgruppe  
"Studienbriefe"

gez. Reinhard Dalchow      gez. B. Schottstädt

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
DARUM GEHT ES	1
I. DIE FAKTEN	
A Bilanz des Hungers	3
B Überbevölkerung und Hunger	4
C Wirtschaftliche Verhältnisse	6
D Erziehung und Bildung	7
Anhang: Das industrielle Expansionsgesetz	9
II. DIE ÖKONOMISCHEN ZUSAMMENHÄNGE	
A Geschichte und allgemeine Tendenzen	15
B Die Stellung der westlichen Industrieländer zu den Entwicklungsländern	17
C Die Stellung der östlichen Industrieländer zu den Entwicklungsländern	20
III. DIE POLITISCHEN HINTERGRÜNDE	
A Unabhängigkeit und Revolution	21
B Der Nord-Süd-Gegensatz und die Ost-West-Spannung	25
C Rüstung und friedliche Koexistenz	27
D Die Forderungen der Entwicklungsländer	28
IV. EROT FÜR DIE WELT	30
V. KONSEQUENZEN	
A Fragen zu den bestehenden kirchlichen Hilfsaktionen	36
B Ein neues Denken	37
C Perspektiven des Handelns	39
VI. INTERNATIONALE ÖKONOMISCHE GERECHTIGKEIT	
Auszüge aus dem Schlußbericht der Herbstkon- sultation 1966 der Jugendabteilung des WCC	42
VII. CHRISTUS UND DIE HUNGERNDEN	
Meditationen zum Durchdenken biblischer Texte angesichts des Hungers und der ungerechten ökonomischen Verhältnisse	46
VIII. LITERATURVERZEICHNIS	50

## DARUM GEHT ES

Der Hunger in der Welt ist keine Naturkatastrophe, sondern eine Geschichtskatastrophe. Hunger ist Schuld eines Teiles der Weltbevölkerung. Zwei Drittel der Menschheit hungert, während ein Drittel satt - zu satt - ist.

40 Mill. Menschen verhungern in jedem Jahr. Alle 42 Sekunden verhungert in Lateinamerika ein Kind. Nur wenn man die Zahlen in Einzelschicksale wieder "auflöst", zu Personen werden läßt, kann man das Grauen ahnen. Hunger ist ein Massenvernichtungsmittel. Wir Weißen sind als erste angeklagt, diese "Waffe" ständig zu gebrauchen. Gegen diese Anklage des Massenmordes wehren wir uns:

Wir haben unsere eigenen Probleme: die Atombombe als Massenvernichtung, die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, Krieg und Frieden.

Wir wehren uns und geben "Entwicklungshilfe", "Brot für die Welt" oder Kredite.

Wir wehren uns und behaupten dumm und dreist, die Inder sollten ihre Kühe schlachten oder die Leute im Süden sollten mehr arbeiten und weniger faul sein.

Was ist wirklich daran? Das sollten wir genauer untersuchen!

Der Anklage auf Massenmord müssen wir standhalten. Sie trifft uns in unserer ganzen Existenz, in unserem Wohlstand, mit seinen "Problemen", in unserem Denken und Tun, in unserem Glauben und unserer Kirchlichkeit. Wie reagieren wir darauf?

Es geht zuerst um Information. Um genaues Wissen haben wir uns zu mühen. Eine Hilfe dazu will diese Dokumentation geben.

Nicht besondere Aktionen, eher ein bekehrtes Bewußtsein wird von uns gefordert. Wissen und Kenntnis der Zusammenhänge von arm und reich, satt und hungrig, farbig und weiß kann uns den Platz unseres täglichen Engagements zeigen. Mit dem Bedürfnis zu helfen, ohne die wirklichen Probleme zu kennen, ist nichts getan. Kenntnis aber darf nicht in unverbindliche Information und intellektueller Befriedigung steckenbleiben.

Wer helfen will, muß sich heute mit Fragen der Ökonomie und Politik beschäftigen. Wir Christen rufen oft nach dem "ganz praktischen", persönlichen Tun. Das fängt jetzt mit dem Denken an. "Samariterdienst" können wir nicht oberflächlich begrenzen auf die Hilfe des Einzelnen an dem Einzelnen, weil es um Veränderung wirtschaftlicher Strukturen, um ökonomische Gerechtigkeit und nicht um Almosen geht. Erste Hilfe bleibt immer ein starkes Element der

christlichen Lebensordnung. Es soll deutlich sein, daß Hilfe in vielen Fällen gebraucht wird. Vor allem die Hilfe für Katastrophen und Hungersnot, dann aber auch die Ausbildungshilfe für leitendes Personal und schließlich alle solchen Hilfen, die wirklich einen Beitrag zur Veränderung der Strukturen und Systeme leisten. Das Problem ist nicht die Hilfe: das Problem ist der Rahmen, das Motiv der Hilfe: Hilfe als Ergänzung zu wirtschaftlichem und politischem Handeln ist legitim und notwendig; Hilfe als Ersatz für gemeinsames Handeln, um die wirtschaftlichen Strukturen unserer Welt zu verändern, ist billige Wohltätigkeit. Wir müssen lernen, das eine zu tun und das andere nicht zu vergessen.

Die Grenze zwischen den Hungernden und den Satten bildet im wesentlichen zugleich die Grenze zwischen den Rassen der Menschheit. Es ist der farbige Mensch, der sich von den Weißen wiederum ungerecht behandelt sieht. Dabei können wir nicht übersehen, daß die meisten Christen weiß und satt sind.

Mit unseren Anstrengungen, den Traum von der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in die Tat umzusetzen, haben wir bisher wenig erreicht. Die Hilfsprogramme der Kirchen waren nur eine Erscheinung am Rande der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie hatten vielmehr die Tendenz, ein Ersatz für gemeinsames politisches und wirtschaftliches Zeugnis und Handeln zu werden. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat erklärt, daß das Wort "ökumenisch" richtig angewendet werde bei einer Bewegung, in der die ganze Kirche das ganze Evangelium zu der ganzen Erde bringe. In unserer Beteiligung an der Sättigung und Entwicklung aller Menschen würde diese Definition von "ökumenisch" lebendig: Hier muß die Kirche der Welt zeigen, was ihr mit dem Evangelium anvertraut ist. Wenn die Kirche Kirche ist, muß sie an den Früchten ihrer Botschaft zu erkennen sein: und was ist heute wesentliches als der Angriff auf die Ursachen des Hungers in unserer Welt?

Hier ist die Zusammenarbeit aller Kirchen an der entscheidendsten Stelle gefordert. Die konfessionellen Probleme, die innerkirchlichen Gespräche der Denominationen werden in den Zusammenhang des eigentlichen ökumenischen Problems gerückt: Kirche und Welt.

Wir möchten mit den folgenden Beiträgen zum Nachdenken anregen, Informationen geben und zur Änderung unseres Bewußtseins als Christen und Bürger der DDR mithelfen. Uns hat die gemeinsame Arbeit erschreckend klargemacht, was hier für uns alle auf dem Spiel steht. Sie hat uns zugleich Mut gemacht, mit anderen zusammen an der Veränderung unserer Welt mitzuarbeiten: daß alle Menschen ohne Hunger in Frieden miteinander leben können.

## I. DIE FAKTEN

A Bilanz des Hungers Es ist ziemlich schwierig, zu einer zuverlässigen Einschätzung des Hungers zu kommen, da die Berechnungsmethoden und darum auch die vorhandenen Zahlen sehr unterschiedlich sind. Experten der FAO (1) der Vereinten Nationen haben als tägliches Ernährungsminimum 2200 Kalorien errechnet, wobei mindestens 30 g tierisches Eiweiß enthalten sein müssen. (1 Kalorie ist die Wärmemenge, die nötig ist, um 1 g Wasser um 1 grad zu erwärmen.)

Im Jahre 1960 hatten

21,6%	der Erdbevölk.	mehr als 2700 Kalorien tägl.	
19,0%	"	"	" 2700-2200 "
59,4%	"	weniger als 2200	" "

Der Mangel an tierischem Eiweiß ist noch größer als das Kaloriendefizit:

Im Jahre 1960 hatten

19,5%	der Erdbevölk.	mehr als 30 g	täglich
19,8%	"	"	" 15 - 30 g "
60,7%	"	weniger	" 15 g "

(100 g Reis enthalten etwa 6-6,5 g Eiweiß und einen Wärmewert von 320-345 Kalorien.)

Die vom Hunger am stärksten betroffenen Gebiete sind zu erkennen in einer Übersicht des National-einkommens:

Afrika, Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland), Asien (ohne UdSSR):	1958 je Kopf-	108 Dollar
Lateinamerika:	" " "	210 "
16 entwickelte Kapita- lstaaten:	" " "	1390 "

Über die Hälfte der Menschheit lebt unter dem Existenzminimum!

Ernährungssachverständige unterscheiden zwischen "offenem" und "verborgenem" Hunger. Unter dem verborgenem Hunger versteht man eine qualitative Unterernährung oder den Mangel an lebensnotwendigen Stoffen. Hier sind vor allem zu nennen:

- Der Proteinhunger. Er tritt ein, wenn die Nahrung nicht täglich 30 g tierisches Eiweiß enthält. (Proteine sind Eiweißverbindungen, die z.B. in Fleisch, Milch und Eiern enthalten sind.) Folgen ungenügender Eiweißversorgung sind TB, Typhus und Ruhr.
- Der Hunger nach Mineralien: Kalzium, Eisen, Jod, Natrium. Die Folgen sind Blutarmut, Rachitis.

(1) Food and Agricultural Organisation (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)

- Der Vitaminhunger hat vielseitige Folgeerscheinungen, die meist mit frühem Tod enden.

Nach den Berechnungen der FAO leiden mindestens 80% der Erdbevölkerung an verborgenem Hunger. Am schwersten davon betroffen sind wiederum die Länder, die ohnehin an quantitativen Hunger leiden, also weniger als 2200 Kalorien pro Tag für ihre Bevölkerung zur Verfügung haben.

Der Hunger wirkt sich auf Körper und Geist des Menschen gleichermaßen aus. Ein hungriger Mensch ist eine soziale Verpflichtung. Er kann nicht arbeiten mit leerem Magen, er kann nicht lernen, er kann nicht über seine persönlichen Nöte hinwegdenken und er kann Krankheiten nicht widerstehen. Der Hunger beeinflusst also nicht nur den Einzelnen, sondern die ganze Gesellschaft. Darum hat Hunger sozialen Charakter.

Jährlich sterben ca. 40 Millionen an offenem Hunger und ca. 20-25 Millionen durch Unterernährung und die mit ihr zusammenhängenden biologischen und hygienischen Folgen. Am schwersten sind die Kinder von Hunger betroffen. Mehr als die Hälfte der gegenwärtig lebenden Kinder unter 15 Jahren leiden an akutem Hunger. In Lateinamerika z.B. stirbt alle 42 Sekunden ein Kind an den Folgen des Hungers.

B  
Über-  
bevöl-  
kerung  
und  
Hunger

Da den nächsten 40 Jahren wird sich die Weltbevölkerung, die man gegenwärtig auf etwa 3 Milliarden schätzt, verdoppeln.

Bevölkerungszunahme (im Durchschnitt):

7000 - 4500 v.u.Z.	=	4.000 Menschen jährlich	
4500 - 2500 v.u.Z.	=	10.000	" "
2500 - 1000 v.u.Z.	=	26.667	" "
1000 - 0	=	80.000	" "
0 - 900	=	177.778	" "
900 - 1700	=	350.000	" "
1700 - 1850	=	4.000.000	" "
1950 - 2000	=	70.000.000	" "

z.Zt. (1963) werden tägl. 275.000 Menschen geboren  
130.000 sterben täglich  
tägliche Zunahme 145.000

Die Zunahme ist in den Entwicklungsländern wesentlich höher als in den entwickelten Ländern.

Zuwachsraten in einigen ausgewählten Ländern:

Venezuela	1958 = 38,1	auf 1000 Einwohner
Sudan	1955 = 33,2	" " "
Jordanien	1959 = 31,5	" " "

China	1957	=	23,0	auf 1000 Einwohner
Indien	1958	=	19,7	" " "
UdSSR	1959	=	17,4	" " "
USA	1960	=	14,1	" " "
Japan	1959	=	10,7	" " "
Frankreich	1960	=	6,5	" " "
Bundesrepublik	1960	=	6,3	" " "
DDR	1961	=	4,6	" " "
Schweden	1960	=	3,6	" " "

Zurückblickend wurde im Zusammenhang mit der Industrialisierung eine gewisse Gesetzmäßigkeit des Bevölkerungswachstums festgestellt:

1. Phase: Traditionelle Gesellschaft - Europa etwa im Mittelalter  
Zahl der Geburten liegt etwa bei 35 pro 1000, die Sterberate liegt etwas darunter, so daß sich ein geringer Geburtenüberschuß ergibt.
2. Phase: Die Geburtenrate bleibt auf gleicher Höhe, die Sterberate sinkt durch Medizin und Hygiene (z.B. Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts), das ergibt einen Geburtenüberschuß von etwa 20 pro 1000. (Die Bevölkerung Deutschlands verdoppelt sich in rund 50 Jahren.)
3. Phase: Die Geburtenrate sinkt (Industrialisierung und Familienplanung), die Sterberate sinkt kaum noch, die Linien beginnen sich anzugleichen. (Deutschland ab 1860)
4. Phase: Die Angleichung beider Linien setzt sich fort, es gibt einen geringen Geburtenüberschuß. In diesem Stadium befinden sich heute die Industrieländer mit ihrem geringen Bevölkerungsüberschuß.

Die Entwicklungsländer befinden sich z.Zt. überwiegend in der zweiten Phase. Das dafür typische Bevölkerungswachstum wird aber in katastrophaler Weise noch verstärkt, weil Medizin und Hygiene als Grundlage für geringere Kindersterblichkeit von den Industriegesellschaften plötzlich importiert wurden, ohne gleichzeitig den zusätzlichen Essern Arbeit und Nahrung zu schaffen. In Europa haben dagegen Medizin und Hygiene allmählich gewirkt, zusammen mit einer immer mehr wachsenden Industrialisierung. So entsteht für die Entwicklungsländer ein Kreislauf von Überbevölkerung - Armut - Hunger -

der sie vor kaum lösbare Probleme stellt.

C  
Wirt-  
schaft-  
liche  
Ver-  
hält-  
nisse

- a) Viele Länder in den Entwicklungsgebieten haben eine hauptsächlich auf der Landwirtschaft aufgebaute Wirtschaft. Hinsichtlich des Entwicklungsstandes der landwirtschaftlichen Arbeitstechnik muß für viele Entwicklungsländer folgendes gesagt werden:  
"Von den etwa 350 Millionen landwirtschaftlicher Familien, die es heute auf der Erde gibt, besitzen etwa 250 Millionen (also mehr als 70%) als einziges Instrument der Bodenbearbeitung entweder nur eine Hacke, die mit der Hand geschwungen wird, oder nur einen hölzernen Hakenpflug. Dieser wendet den Boden nicht, sondern ritzt ihn nur. Die Fläche, die ein Mensch damit an einem Tag pflügen kann, ist - insbesondere in Folge der meist ungenügenden Bespannung - so klein, daß dieser Hakenpflug als das klassische Instrument der Urarmut angesehen werden kann, d.h. einer Armut, die sich immer von neuem selbst erzeugt. Weil die Fläche, die ein Mensch mit diesem unzulänglichen Gerät und dieser unzulänglichen Bespannung pflügen kann, so klein ist, hat er kaum Nahrung für sich und seine Familie und muß sein Vieh verhungern lassen. Weil er über den Eigenbedarf an Nahrungsmitteln hinaus wenig zu verkaufen hat, und sein Vieh wegen Futtermangel so schwach ist, kann er weder seine Fläche vergrößern, noch sich ein besseres Instrument anschaffen. Neben den 250 Millionen landwirtschaftlicher Familien, die nur den hölzernen Haken besitzen, verwenden etwa 90 Millionen den eisernen Pflug, der mit Kühen, Ochsen, Pferden oder Maultieren bespannt ist. Die Zukunft gehört jedoch den von Traktoren gezogenen Bodenbearbeitungsgeräten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Familien, deren Arbeit durch den Trecker erleichtert wird, kann man etwa auf 10 Millionen schätzen." (1)

Weitere Probleme für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer sind die klimatischen Bedingungen (Dürre), nichtregulierte oder mangelnde Bewässerung, Fehlen von Düngemitteln, Unkenntnis über wechselnde Fruchtfolge und wissenschaftliche Erfahrungen der Bodenbearbeitung. Dazu kommt als besonderer Faktor Gebundenheit an Religion und Tradition der Vorfahren, oftmals die Entwicklung hemmend.

- b) "Die beschriebene Situation in der Landwirtschaft bedeutet zunehmende Erwerbslosigkeit in den Ent-

(1) Fritz Baade: Wettlauf zum Jahre 2000,  
Union-Verlag Berlin 1966, S. 43 ff.

wicklungsländern, bedingt durch die Differenz zwischen dem schnellen Bevölkerungszuwachs und dem langsamen Zunehmen der Arbeitsplätze. Saisonbedingte Erwerbslosigkeit gibt es schon bedingt durch das Klima, das während etlicher Monate im Jahr kaum Landarbeit gestattet. Aber auch die Vermehrung der landwirtschaftlichen Flächen ist durch die natürlichen Bedingungen begrenzt, oder die Vergrößerung ist nur mit Hilfe ungeheurer technischer Mittel und Kosten möglich. So werden die Dörfer überbevölkert und die "überflüssigen" wandern in die Stadt ab, wo die teilsche Zivilisation zwar Arbeit verspricht, meistens aber nicht gibt. Für diese in den letzten Jahren ansteigende Arbeitslosigkeit werden eine ganze Reihe von Ursachen genannt, als hauptsächlichste der außerordentlich niedrige Lebensstandard. Die geringe Kaufkraft der Bevölkerung reicht nicht aus, die einfachsten Bedürfnisse zu befriedigen. Dadurch kann sich ein innerer Markt nur ungenügend entwickeln und den heimatischen Industrien - soweit sie vorhanden sind - fehlt der Absatz, der die Voraussetzung für eine rasche Erweiterung ihrer Anlagen und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wäre. So wären denn die dortigen Industrien auf den Export angewiesen. Dafür sind aber die Transportmittel zu schlecht und die Transportkosten zu hoch. Hinzu kommt, daß die Masse der Arbeiter in den Entwicklungsländern in Folge ihrer mangelhaften Schul- und Berufsausbildung und auch durch ihren schlechten Ernährungsstand nicht so produktiv arbeiten können." (1)

D  
Erzie-  
hung  
und  
Bil-  
dung

Der niedrige Lebensstandard und die mangelnde Ausbildung bedingen sich gegenseitig. Wo Not und Elend herrschen, fehlen auch Ausbildungsstätten. Außerdem läßt der Lebenskampf keine Kraft für Schulung und Erziehung übrig.

Man nimmt an, daß gegenwärtig noch ca. 50% der Erdbevölkerung über 14 Jahren Analphabeten sind. Nach den Angaben der Unesco sind z.B. in

Afrika	75 %
Asien	65 %
Lateinamerika	45 %
Europa	8 %

der Bevölkerung Analphabeten.

Die Gebildeten in den Entwicklungsländern sind eine kleine privilegierte Minderheit, die nach dem Vorbild der Industrieländer ausgebildet sind.

(1) H. Kalbitzer: Entwicklungsländer und Weltmächte, S. 11 f. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt /M. 1961

Diese Gruppe stellt auch die Regierungs- und Verwaltungsbeamten des jeweiligen Landes. Die Masse ist aufgrund ihrer Unbildung nicht in der Lage, am Aufbau der Gesellschaft mitzuwirken und ein für sie passendes Staatssystem zu wählen.

Der Mangel an Bildung zeigt sich vor allem auch auf dem Gebiet der Industrie. Es fehlt sowohl an Fachleuten, die imstande sind, eine einheimische Industrie auf- und auszubauen, als auch an ausgebildeten Arbeitskräften.

Zu den Folgen von Analphabetismus und beruflicher Unbildung gehören also:

- daß man oft nicht in der Lage ist, die Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten;
- daß man der industriellen Entwicklung hilflos gegenübersteht;
- daß die Erschließung neuer Arbeitsplätze schwierig ist;
- daß man die Bodenerträge nicht steigern kann;
- daß man der Bevölkerungsexplosion gegenüber keine sinnvolle Familienplanung betreiben kann.

Erschwerend für den Aufbau eines allgemeinen Bildungswesens ist auch die Gebundenheit in religiöse und traditionelle Gesellschaftsstrukturen (z.B. Kasten, Stammesordnungen u.a.m.)

Diese Kette von Problemen - Hunger - Überbevölkerung - Armut - mangelnde Bildung -, von denen immer wieder eines das andere verursacht, schafft eine Situation, von der 1/3 Weltbevölkerung (die Weißen) profitieren. 80% der Weltproduktion werden von ihnen erzeugt und verbraucht. Die restlichen 20% der wirtschaftlichen Produktion entfallen auf 2/3 der Weltbevölkerung. Wenige besitzen fast alles, Viele fast nichts - ohne nennenswerte Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage in absehbarer Zeit.

## Anhang zu I

### DAS INDUSTRIELLE EXPANSIONSGESETZ

Die Entwicklungsländer treten jetzt mit 150jähr-iger Verzögerung in das industrielle Zeitalter ein. Eine besondere Schwierigkeit dieser Länder ergibt sich dabei aus der Tatsache, daß sich für sie die erste industrielle Revolution mit der jetzt in den alten Industrieländern begonnenen zweiten überschneidet. Dadurch werden die Entwicklungsländer mit doppelter Gewalt aus ihrer Vergangenheit gerüttelt, und zwar durch Vorgänge, die sich nicht aus ihrer eigenständigen Entwicklung ergeben, sondern die von außen auf sie eindringen. Die geschichtliche Darstellung beschränkt sich auf das für unser Thema Notwendige.

Die  
erste  
indu-  
strielle  
Revo-  
lution

Die erste industrielle Revolution setzt mit der Erfindung der Dampfmaschine und der Spinnmaschine 1764 in England ein. Aber diese Erfindungen waren weder dem menschlichen Spieltrieb noch allein der Erleuchtung des Geistes zu verdanken, sondern das Ergebnis einer vielfältigen, geistigen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des damaligen Englands. 1773 begann er die Unabhängigkeitskämpfe der 13 britischen Kolonien in Nordamerika.

Es dauerte etliche Jahre, bis sich die neuen Ideen und Erfindungen durchsetzten. Aber einmal in Gang gekommen, vollzog sich diese Revolution mit unwiderstehlicher Gewalt, so daß England 50 Jahre später nicht wiederzuerkennen war.

Die Bevölkerung Großbritanniens vermehrte sich beispielsweise im 19. Jahrhundert von etwa 10 auf 40 Millionen Einwohner. Aus kleinen Handwerkern, Bauern, und Pächtern waren Proletarier ohne das geringste wirtschaftlich nutzbare Eigentum geworden, die nur durch ihre Lohnarbeit für die Fabriken lebten. Großstädte mit neuen Industrien und zugleich unvorstellbarem Wohnungselend und Massenarmut schossen aus dem Boden.

Der neuen Technik entsprach die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform, der Kapitalismus. Alle menschlichen Verhältnisse wurden kommerzialisiert, und der Besitz von Kapital wurde zum dominierenden wirtschaftlichen Machtmittel. Unter den sich ändernden Verhältnissen hatte besonders diese Tatsache unerhörte Folgen. Die massenhafte Proletarisierung hatte die patriarchalischen Beziehungen, die Herr und Knecht verbanden, zerstört. Der Proletarier wurde frei im Marxschen Doppelsinn: Die feudalen Bande lösten sich, er war nunmehr weder Sklave noch

Hintersasse, noch wurde er zunftgebundener Meister oder Geselle, aber er verlor zugleich seinen früheren, armseligen eigenen Besitz, der ihm, wie beschränkt auch immer, seine Existenz gesichert hatte. Es bildete sich die moderne proletarische Masse, die an die Kapitalisten nur durch den kurzfristig kündbaren Arbeitsvertrag gebunden war.

Sehen wir auf der einen Seite das Elend, so steht dem ein neuer Reichtum der industriellen Produzenten, Händler und Bankiers, kurz der kapitalistische Reichtum der neuen Bourgeoisie, gegenüber, der unvergleichbar größer ist, als es der feudale war. Dieser neue Reichtum hat seine Quellen einerseits im Vorhandensein "freier", billiger Arbeitskräfte, von Proletariern, die, um leben zu können, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, andererseits in dem Privatbesitz der Maschinen und Fabriken mit ihrer, verglichen mit der mittelalterlichen Handwerker-Produktion, ungeheuer gestiegenen Produktivität.

Der Privatbesitz an den neuen, gewaltigen Produktionsmitteln führte dazu, daß die gesellschaftlich produzierten Produkte nach wie vor in privater Verfügungsgewalt bleiben. Die industrielle Produktion ist eine gesellschaftliche, aber die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die produzierten Waren liegt in den Händen weniger Besitzer. Diese erlangten dadurch eine starke ökonomische und politische Macht gegenüber den besitzlosen Arbeitern, die erst allmählich mit Hilfe der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung eingeschränkt werden konnte. Das kapitalistische Eigentum ist allein wegen seines hohen Wertes für die Masse der Nichtkapitalisten unerschwinglich, so daß der Besitz industrieller Produktionsmittel zu wirtschaftlichen Monopolen in den Händen weniger führte. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten hatte auf der anderen Seite zur Folge, daß die Rentabilität der Betriebe ununterbrochen weiterentwickelt und die Produktion immer rascher ausgedehnt wurde. Man hätte nun logischerweise erwarten können, daß sich die neue Produktionsweise gleichmäßig über die ganze Erde ausdehnen würde, einerseits durch die Suche nach billigen Arbeitskräften und Rohstoffquellen, andererseits durch die Jagd nach neuen Absatzmärkten. Aber die Ausdehnung und Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise erfolgte im Weltmaßstab sehr ungleichmäßig.

Die Jagd nach neuen Märkten wird vielfach als der eigentliche Motor der kapitalistischen Expansion überhaupt angesehen. Und in der Tat haben sich der

Wellexport und der Welthandel durch die Industrialisierung vervielfacht. Aber das Wachstum war in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Die Zunahme konzentrierte sich vor allen Dingen auf den Handel zwischen den Industrienationen selbst, während den Kolonien nur die Aufgabe zufiel, Rohstoffe und überseeische Lebensmittel (Kolonialware) zu liefern. Wenn wir feststellen, daß der Handel zwischen den Industrieländern verhältnismäßig viel mehr zunahm, so müssen wir noch darauf hinweisen, daß vor Beginn der industriellen Revolution die Wirtschaftskraft und die Arbeitsproduktivität der späteren Industrieländer und Kolonien ähnlich groß waren, weil beide Seiten handwerklich produzierten; während sich 100 Jahre später die Produktivität der Industrieländer vervielfacht hatte, war die Produktivität der Wirtschaft in den Kolonien gar nicht oder nur sehr gering gestiegen. Oder anders ausgedrückt: Um 1750 waren noch ähnliche Startbedingungen für die Industrialisierung der europäischen und überseeischen Kulturländer vorhanden, die 100 Jahre später und heute nicht mehr gegeben sind. Vor 200 Jahren begann sich die Schere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu öffnen, die es jetzt wieder zu schließen gilt.

Wir bezeichnen den Zwang zur dauernden Produktionssteigerung als den Motor der neuen Zeit, als das Prinzip der industriellen Zivilisation. Dieses Prinzip macht nirgendwo halt: Es fordert eine jährliche Produktionssteigerung der Wirtschaft, die Entdeckung, Erfindung und Erforschung neuer Probleme, und es bringt dauernd neue, größere Vermögen hervor.

Die weltweite Expansion des Kapitalismus vom Beginn der ersten industriellen Revolution an bis heute ist nicht gleichmäßig in allen Ländern der Welt eingetreten, wie man zunächst vielleicht erwarten konnte. Die Industrialisierung, die ihren Siegesmarsch in England begann, hielt sich vielmehr in recht engen geographischen Grenzen: Zentraleuropa, Nordamerika, Japan und, mit hundertjähriger Verzögerung und einer gewaltigen Kraftanstrengung, Sowjetunion. Schon Portugal, Spanien, Süditalien und der Balkan wurden nur teilweise industrialisiert. In Indien sind trotz reicher Rohstoffvorkommen und Energiequellen und fast unerschöpflicher Arbeitskraftreserven nur einige wenige Industriezentren entstanden, die noch dazu keinen organischen wirtschaftlichen Zusammenhang haben.

Dennoch vermehrten und intensivierten sich die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Kolonien erheblich. Aber außerökonomische, poli-

tische Vorgänge, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Wenn wir oben feststellten, daß diese Beziehungen nicht zur Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft führten, so bleibt die interessante Frage offen, was die Kolonial- und Agrargebiete der Erde daran hinderte, die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert zu übernehmen? Hierauf finden wir eine Antwort, wenn wir kurz die Geschichte der englischen Kolonialisierung Indiens betrachten.

Indiens  
Ver-  
armung,

Indien steht hier nur als ein Beispiel für alle Länder der nichtindustrialisierten Welt, die in intensive Beziehung mit den neuen Industrienächten gerieten. Indiens Entwicklung ist am besten untersucht und bekannt durch indische, nordamerikanische und englische Forscher. Wir berufen uns bei der Darstellung besonders auf Jawaharlal Nehru, einen Mann, den die Kenntnis der Ausbeutung seines Landes nicht zu einem - an sich verständlich gewesenen - Ressentiment gegen England, sondern zur Zusammenarbeit mit ihm geführt hat. Vor mehr als 300 Jahren setzten sich die Engländer in Indien fest, zuerst in Madras, dann in Bombay und Kalkutta. 1757 brachten sie durch die Schlacht von Plassey große Teile des Landesinneren unter ihre Gewalt. Und vor hundert Jahren war durch die Eroberung des Punjab das britische Indien abgerundet. "Bezeichnend", schreibt Nehru, "ist die auffallende Tatsache, daß diejenigen Teile Indiens, die am längsten unter britischer Herrschaft standen, heute die ärmsten sind. Man könnte sogar eine Tabelle aufstellen, um die enge Verbindung zwischen der Länge der britischen Herrschaft und der fortschreitenden Verarmung nachzuweisen." "Das in vor-englischer Zeit verhältnismäßig wohlhabende Bengalen wird heute von in Armut versunkenen hungernden Menschen bevölkert. Raub, Gewalt und Geldgier zu Beginn der britischen Herrschaft werden von englischen Historikern mit der Gier der Spanier zur Zeit von Cortes und Pizarro verglichen. Schon 1770 entstand eine Hungersnot, die ein Drittel der Bevölkerung Bengalens dahinraffte. Und Nehru schreibt sakrastisch: "Doch geschah dies alles für die Sache des Fortschritts, und Bengalen kann stolz auf die Tatsache sein, daß es entscheidend zum Entstehen der industriellen Revolution in England beigetragen hat."

Verschiedene Forscher rechnen, daß Indien 18 Mill. Pfund Tribute jährlich in der Zeit von Plassey (1757) bis Waterloo (1815) an England bezahlen mußte; nach heutigem Geldwert sind das 100 Mill.

Pfund jährlich. Die Geschichte des englischen Raubzuges in Indien führte zu einer völligen Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land. Die Ostindische Kompagnie - entsprechend der damaligen Zeit eine private Kolonialgesellschaft, die in Übersee politische Herrschaft an sich riß - war ursprünglich gegründet, um aus Asien Gewürze, Textilien und Manufakturwaren nach England zu importieren. Mit der Einführung mechanischer, dampfgetriebener Textilmaschinen in England drängten die neuen Fabrikherren - die Lage umkehrend - auf ein Verbot für die Einfuhr indischer Textilwaren. Stattdessen wurden jetzt die Inder gezwungen, britische Textil- und andere Industriewaren frei hereinzulassen. Das ruinierte ziemlich schnell das indische Textilhandwerk und nacheinander den Schiffbau, das Metall-, Glas- und Papierhandwerk. Unter dem politischen Druck der Kolonialherrschaft war dieser Untergang älterer Produktionsweisen unvermeidlich, aber auch in Indien hätten natürlich ebensogut die neuen industriellen Produktionsmethoden eingeführt werden können. Das indische Handwerk war dem englischen um 1770 offenbar nicht unterlegen gewesen, denn sonst hätte man ja nicht indische Textilien in der vorindustriellen Zeit nach England eingeführt. Aber England setzte seine politische Macht ein, um der indischen Wirtschaft diese Entwicklung zu versperren. Die Lieferung von Maschinen nach Indien wurde verboten. Selbst bis in den zweiten Weltkrieg hinein wurden von englischer Seite der indischen Industrialisierung noch Steine in den Weg gelegt. Die Verhinderung der Industrialisierung und die Zerstörung des Handwerks trieb die indische Bevölkerung aus den Städten auf das Land zurück, gerade umgekehrt wie in Europa. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Indien etwa 55 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. 100 Jahre später wurde der Anteil auf über 70 Prozent geschätzt. Diese Verelendung Indiens kommt in dem viel zitierten Wort des englischen Generalgouverneurs in Indien, Lord Bentinck, zum Ausdruck, der 1834 berichtete: "Die Gebeine der Baumwollweber bleichen auf den Ebenen Indiens."

Ähnliche soziale Zerstörungen wie in Indien, unterschieden nur durch die jeweiligen nationalen Bedingungen, hat die Kolonialpolitik auch in die anderen Kolonialgebiete gebracht. Nur die Geschichte Lateinamerikas verlief anders, weil die Iberische Halbinsel innerhalb Europas die industrielle Entwicklung nicht mitmachte.

Wollten wir die Geschichte des Kolonialismus in seinem ganzen Umfang nachzeichnen, so würden sich ganze Kompendien füllen mit historisch interessanten Einzelheiten, ohne daß etwas für die anderen für die

Betrachtung herauskäme, als das indische Beispiel zeigt: Die Kolonien der damaligen Zeit haben zur Finanzierung der industriellen Revolution beigetragen, sind aber von den Mutterländern an der eigenen industriellen Entwicklung gehindert worden und dadurch verarmt.

Aus "Entwicklungsländer und Weltmächte" von Hellmut Kalbitzer, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/M. 1961

## II. DIE ÖKONOMISCHEN ZUSAMMENHÄNGE

A  
Ge-  
schichte  
und  
allge-  
meine  
Ten-  
den-  
zen

Wenn wir nach den Gründen der geschilderten Lage fragen, muß der Blick zuerst auf die Geschichte der jetzigen sogenannten Entwicklungsländer gerichtet werden. Sie waren fast ausnahmslos Kolonien europäischer Staaten.

Von der Zeit der großen Entdeckungen im 16. Jahrhundert an hatten sie europäische Staaten durch Eroberungszüge gegen die einheimische Bevölkerung und durch Kämpfe untereinander in ihrer Kolonialreiche eingegliedert. Der Prozeß der 'Aufteilung der Welt' war am Ende des vorigen Jahrhunderts abgeschlossen, als auch Deutschland Besitzungen, besonders in Afrika, erhielt. 100 Jahre früher hatte mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bereits die Befreiungsbewegung der Kolonialländer begonnen.

Dadurch wurden diese Länder aus ihrer eigenen organischen Geschichte und Entwicklung herausgerissen und in die Geschichte des Nordens hineingezogen. Der höhere Stand der Zivilisation des Nordens (bes. in der Technik) war die Grundlage für das Übergewicht, wodurch die einheimische wirtschaftliche, politische und kulturelle Struktur weitgehend zerstört wurde.

Die außereuropäischen Länder verwandelte man in Rohstoffquellen für die Industrie und die Versorgung der Bevölkerung der 'Mutterländer'.

Das betraf vor allem

a) landwirtschaftliche Produkte (Baumwolle, Kaffee, Kakao) durch die Anlage großer Pflanzungen (Sklaverei!) und bei entsprechenden Bedingungen von Monokulturen in ganzen Ländern.

Ein plastisches Beispiel gibt Ägypten, das genötigt wurde, fast ausschließlich Baumwolle anzubauen und seine Nahrungsmittel aus anderen Ländern englischen Kolonien zu importieren.

b) Bergwerkserzeugnisse (Metalle und Erden, Brennstoffindustrie und Verhinderung des Aufbaus weiterer Produktionsstufen.

c) Erdöl, das bis heute in seiner Bedeutung wächst.

Die einheimische Industrie wurde im allgemeinen auf dem Stand handwerklicher Produktion gehalten und mit wenigen Ausnahmen (Teppiche, kunstgewerbliche Erzeugnisse) nicht zur Exportfähigkeit gebracht. Der Markt der Entwicklungsländer sollte für die Fertigwaren der Industrieländer offenbleiben.

Als nach dem II. Weltkrieg die meisten Entwicklungsländer ihre politische Unabhängigkeit erhielten, blieben diese wirtschaftlichen Strukturen und Be-

ziehungen bestehen. Sie sind seitdem die ständige Gefahr für die politische Unabhängigkeit und machen diese oft genug illusorisch. Die unorganische Entwicklung der Volkswirtschaft bringt diese Länder in eine existenzgefährdende Abhängigkeit von den Schwankungen der Rohstoffpreise des Weltmarktes, die von den Industrieländern bestimmt werden.

Noch heute beträgt der Anteil am Export der gesamten Wirtschaft in den Entwicklungsländern beispielsweise:

für Bananen	in Honduras	73 %
" Kaffee	" Brasilien	83 %
" Kupfer	" Chile	67 %
" Jute	" Pakistan	65 %
" Zucker	" Cuba	82 %
" Öl	" Venezuela	93 %
" Kautschuk	" Malaysia	60 %
" Baumwolle	" Ägypten	70 %

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur durch Intensivierung der Landwirtschaft und der Aufbau eigener Industrie erfordert für die notwendigen Investitionen (Bewässerungsanlagen, Düngemittelfabriken, Energieerzeugung, Schwerindustrie und allgemein rentable Großindustrie) große Kapitalien, die von den Entwicklungsländern allein nicht aufgebracht werden können und die bei Finanzierung durch die Industrieländer wieder das Problem der Abhängigkeit stellen.

In dieser Situation traf die intensive technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die sogenannte "II. technische Revolution", die den unheilvollen Trend in den Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern sprunghaft verstärkte. Sie brachte

- a) eine weitgehende Ablösung der Rohstoffe durch synthetische Produkte, die in den Industrieländern hergestellt wurden (z.B. synthet. Gummi statt Kautschuk, Nylon statt Baumwolle)
- b) die Rationalisierung der Landwirtschaft und die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen in den Industrieländern, die die Marktchancen der Produkte der Entwicklungsländer verringerte.
- c) den Zusammenschluß der Industrieländer zu Wirtschaftsblöcken (z.B. EWG), die durch den Abbau der Binnenzölle den Binnenhandel intensivierten auf Kosten der Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern.
- d) die Perfektionierung der Industrieanlagen, deren Preise, bzw. Investitionskosten dadurch sehr anstiegen.

Aus diesen Gründen haben sich die Kapazitäten und

die Preise des Welthandels ständig zu Ungunsten der Entwicklungsländer entwickelt:

Der prozentuale Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel fiel vor allem durch den Rückgang des Rohstoffhandels (mit Ausnahme des Erdöls):

1945	38 %
1961	25 %
1965	20 %

entsprechend stieg der Anteil der Industrieländer.

Die Preise der Fertigwaren (Exportgüter der Industrieländer stiegen zwischen 1953 und 1960

um 9 %

die Preise der Rohstoffe (Exportgüter der Entwicklungsländer) sanken in der gleichen Zeit um 8 %.

Aus dieser Verschiebung ergab sich, daß zwischen 1953 und 1962 die Exportmenge der Entwicklungsländer zwar absolut um 41%, der Erlös aus dem Export aber nur um 31 % wuchs.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Exportgewinne der Industrieländer um 85 %, da deren Exporte mit steigender Tendenz aus den preisgünstigen Fertigwaren bestehen.

Die Verschlechterung des Verhältnisses von Export- und Importpreisen (der 'terms of trade') - das sogenannte Sich-Öffnen der Preisschere - führte zu einer wachsend negativen Handelsbilanz der Entwicklungsländer und zu ihrer ständig steigenden Verschuldung. Diese Verschuldung wird z.Zt. auf 40 - 60 Milliarden Dollar geschätzt. Der Schuldendienst (Zinsen und Rückzahlungsraten) übersteigt bei einigen Entwicklungsländern ihr Nationaleinkommen.

Diese allgemeinen Tendenzen geben den Rahmen für die unterschiedliche Stellung und Konzeption der kapitalistischen und der sozialistischen Industrieländer zu den Entwicklungsländern.

B  
Die  
Stellung  
der  
westlichen  
Industrieländer

Die beschriebene Entwicklung trifft fast ausschließlich das Verhältnis der westlichen Industrieländer zu den Entwicklungsländern, da allein sie koloniale Beziehungen zu den Entwicklungsländern hatten und der überwiegende Teil des Handels sich zwischen ihnen und den Entwicklungsländern abspielt.

Die kapitalistischen Staaten halten das Prinzip der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt bei und bestimmen ihn damit als kapitalistischen Markt.

Die katastrophale Entwicklung, die im Effekt zur Vernichtung des Marktes und zu noch stärkeren politischen Spannungen führen würde, sucht man durch verschiedene Maßnahmen einzudämmen.

1. Abkommen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise durch

zu  
den  
Ent-  
wick-  
lungs-  
län-  
dern

langfristige Lieferverträge.  
Diese Versuche haben noch nicht zu durchschla-  
genden Erfolgen geführt, weil sie von dem Prin-  
zip freier Konkurrenz immer wieder durchkreuzt  
worden sind.

2. Angliederung einzelner Entwicklungsländer an be-  
stehende Wirtschaftsböcke der Industrieländer  
(z.B. afrikanische Staaten und Madagaskar sind der  
EWG assoziiert)

Dadurch werden die Zolleschwierigkeiten umgangen,  
aber die Abhängigkeiten verstärkt.

3. Finanzielle Hilfe

a) Schenkungen und sogenannte verlorene Zuschüsse  
besonders für Investitionen im sozialen und  
kulturellen Bereich und als Katastrophenhilfe.  
(z.B. teilweise Agrarüberschüsse der USA an  
Indien; Brot für die Welt)

b) Kredite

Sie sind die gewöhnliche Form der Entwick-  
lungshilfe. Sie werden langfristig gegeben (18-20  
Jahre Laufzeit), haben aber einen hohen Zins-  
satz (6-8%) und führen zu hoher Verschuldung.  
Ihre Effektivität hängt weitgehend an der Re-  
gelung des Schuldendienstes (in Landesproduk-  
ten, in Landeswährung oder in harter Währung,  
die nur durch Export erworben werden kann)  
und an der Frage der Zweckbindung und entspre-  
chenden Kontrolle.

c) private Investitionen,

meist als Gründung von Tochterunternehmen großer  
Konzerne in den Entwicklungsländern, für deren  
Risiko gewöhnlich die einheimischen Staaten  
aufkommen.

Bei diesen Gesellschaften entsteht meist ein  
erbitterter Kampf um die Aufteilung der Erlöse  
mit den Entwicklungsländern.

(z.B. Kupferproduktion in Chile / Erdöl im  
Nahen Osten)

Auch hier besteht die Gefahr der politischen  
Abhängigkeit (United Fruit Company in Mittel-  
amerika).

Ein besonderes Problem ist, wer Empfänger der  
Hilfe sein soll. Die USA bevorzugen private Em-  
pfänger, während die Regierungen der Entwick-  
lungsländer Wert auf ihre Einschaltung legen. Daran  
entscheidet sich die Frage, ob die Wirtschaft in  
den Entwicklungsländern unter staatlicher Kontrolle  
steht oder zur freien Marktwirtschaft ausgebaut  
wird.

Die westlichen Industrieländer haben sich 1960  
zur OECD (1) zusammengeschlossen, um ihre Entwick-  
lungshilfe zu koordinieren.

(1) Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung

Die Summen, die auf diese Weise in die Entwicklungsländer fließen, sind zwar auf den ersten Blick sehr hoch (1956 - 1963 ca. 60 Milliarden Dollar), sie werden aber von den Handelsgewinnen der Industrieländer aufgewogen, wenn nicht übertroffen. Außerdem ist ein beträchtlicher Teil dieser Summen für militärische Zwecke bestimmt!

Daran zeigt sich, daß diese Hilfe über das Stadium der Verschleierung des Gewinns und der Marktverbesserung noch kaum hinausgekommen ist.

#### 4. Personelle Hilfe

Personelle Hilfe wird von vielen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Organisationen geleistet.

- a) Ausbildung von Studenten und Technikern durch Vergabe von Studien- und Praktikantenplätzen in den Industrieländern.
- b) Entsendung von Entwicklungshelfern (z.B. Kennedy - Peacekorps in USA/ Deutscher Entwicklungsdienst in der BRD)

Daneben gibt es eine Reihe von Organisationen der UN O, die Ost und West in der Hilfe vereinen: UNESCO (1), UNICEF (2) und besonders die FAO (3) und die Weltbank.

Das Problem dieser Maßnahmen besteht darin, daß durch sie die Strukturen der politischen und ökonomischen Beziehungen nicht geändert werden können und wohl auch nicht geändert werden sollen. Dazu sind sie auch viel zu schwach. Die Entwicklungshilfe beträgt 6-8 Milliarden Dollar im Jahr. Z.Zt. stagniert die Summe, obwohl das Bruttosozialprodukt (4) der Industrieländer steigt. Demgemäß fiel der prozentuale Anteil der Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer von 1961-64 von 0,84 auf 0,66 des BSP. Jährlich werden 100-140 Milliarden Dollar für die Rüstung in der Welt aufgebracht (Ost und West). Für den Marshallplan z.B. stellten die USA 2% ihres BSP zur Verfügung. 11% des BSP gehen jährlich in die Rüstung der USA.

- 
- (1) Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
  - (2) Kinderhilfswerk
  - (3) Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen
  - (4) Die Gesamtheit aller Güter und Dienstleistungen, die von einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres erzeugt bzw. geleistet werden, gewöhnlich in Geld gemessen.

G  
Die  
Stel-  
lung  
der  
öst-  
lichen  
Indu-  
strie-  
länder  
zu  
den  
Ent-  
wick-  
lungs-  
ländern

Die Länder des sozialistischen Lagers sind in einer anderen Situation gegenüber den Entwicklungsländern. Keines seiner Länder hat eine Vergangenheit als Kolonialmacht. Es gehören vielmehr Länder mit stark zurückgebliebener Wirtschaft (Südosteuropa, Südostasien) und mit schweren Kriegsschäden (Polen, SU) zu den Block.

Offizielle Beziehungen zu den Entwicklungsländern wurden vom Westen nach Möglichkeit unterbunden (Hinderung des Osthandels!), sie begannen erst mit der politischen Selbständigkeit dieser Länder und ihrem Auftreten in der UNO (Bandung-Konferenz 1955). Finanzielle Hilfe begann erst nach der Ära Stalin (1954 Kredit an Afghanistan) und mit der neuen Konzeption des XX. Parteitag (Friedliche Koexistenz, Ergründung verschiedener Wege zum Sozialismus, Besuchsdiplomatie seit Chruschtschow, Beziehungen zu Indien vertieft).

Die finanzielle Hilfe der sozialistischen Industrienationen ist bedeutend geringer (1956 - 1963 ca. 3 Milliarden Dollar, sie entspricht etwa 0,2 % des BSP), sie wird aber wesentlich niedriger verzinst (2%) und geht generell an Regierungen, und hat im allgemeinen bessere Rückzahlungsbedingungen (Landesprodukte bzw. Landeswährung).

Da der Außenhandel der RGW-staaten (1) staatlich geplant wird, bietet er größere Möglichkeiten zu langfristigen Lieferverträgen und zu politisch konzentriertem Einsatz (z.B. Abnahme der Zuckerproduktion Cubas und damit Brechung des von den USA verhängten Boykotts).

Die sozialistischen Staaten zielen auf einen bilanzierten Außenhandel d.h. Austausch von Waren nach vorher festgesetztem Volumen, sie kommen damit dem Wunsch der Entwicklungsländer entgegen, allerdings haben sie an dem ungünstigen Preisgefälle des Weltmarktes teil.

Diese Umstände bieten Möglichkeiten, eine neue Arbeitsteilung durchzusetzen, indem die Entwicklungsländer fortschreiten, einzelne Verarbeitungsstufen der Rohstoffe zu übernehmen und damit eigene Industrie aufzubauen.

Der Außenhandelsumsatz der RGW-staaten mit den Entwicklungsländern ist ständig gewachsen. Daran hat auch die DDR teil, die etwa 10% ihres Außenhandels mit den Entwicklungsländern abwickelt.

Die beschriebenen Strukturen und Tendenzen gelten alle auch für den Außenhandel der DDR. Die DDR treibt mit den Ländern, in denen es politisch möglich ist, einen bilanzierten Außenhandel.

(1) Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe

### III. DIE POLITISCHEN HINTERGRÜNDE

A  
Unab-  
hängig-  
keit  
und  
Revo-  
lution

Die meisten Länder des "Südens" unserer Erde - Afrika, Asien und Lateinamerika - haben in den letzten 20 Jahren die politische Unabhängigkeit erlangt. Es wird jetzt jedoch deutlich, daß politische Unabhängigkeit nur ein Schritt ist - ein notwendiger, aber auf keinen Fall der endgültige Schritt zu voller Würde und Partnerschaft.

"Man kann sogar sagen, daß die politische Unabhängigkeit für diese Menschen im Süden eine große Enttäuschung gewesen ist. Besonders für die Jüngeren hatte das Wort 'Freiheit' eine Bedeutung gewonnen, die den entsprach, was 'Schalom' für die jüdischen Propheten besagte: eine Kombination aller guten Dinge - Friede und Wohlstand, Erlösung, Gemeinschaft, Gesundheit und Heilung. Sobald die Unabhängigkeit erreicht wäre, würde die koloniale Wüste wie eine Rose zu blühen beginnen: alle Menschen würden arbeiten und essen, Gerechtigkeit und Fortschritt würden zusammenwirken.

Die Wirklichkeit jedoch war ganz anders: Politische Unabhängigkeit bedeutete häufig einen stolzen, aber zunehmend holperigen Weg durch die Wüste des Hungers, der Unterernährung, der Arbeitslosigkeit und der Armut. Obwohl die politische Unabhängigkeit erreicht war, hielt die wirtschaftliche Situation die jungen Völker des Südens in der Gefangenschaft des Nordens. Nach der Unabhängigkeit kam das rauhe Erwachen in der wirtschaftlichen Abhängigkeit." (1)

Viele südliche Regierungen sind wirtschaftlich völlig abhängig von den kapitalistischen Ländern im Norden, sie sind so von "Entwicklungshilfe" umstrickt, daß sie ihre Freiheit zum Protest verloren haben. Nur hin und wieder bricht einer von ihnen das Schweigen, wie Julius Nyerere, der Präsident von Tansania, der bei der FAO-Konferenz in Rom erklärte: "Die Art und die Bedingungen der Hilfe haben manchmal einen ideologischen Charakter, und dann müssen wir wählen, ob wir die Bedingungen annehmen oder unsere wirtschaftliche Entwicklung verlangsamen wollen." Diese Stimmen sind selten und vereinzelt, weil mit "westlicher" Hilfe der wirtschaftliche und politische Status quo in den Entwicklungsländern aufrechterhalten wird. Daran sind die kleinen aber mächtigen Kreise der Monopole, Banken und Großgrundbesitzer interessiert.

Latein-  
amerika

In Chile und in Brasilien besitzen 2% der Bevölkerung 50% des anbaufähigen Bodens. In Venezuela besitzen 3% der Bevölkerung 90% des

(1) Albert van den Heuvel, Kontexte 2

Bodens. In ganz Lateinamerika außerhalb Mexiko und Cuba besitzen 5% der Bevölkerung die Hälfte des Bodens.

Das Überleben der Feudalstrukturen versagt den Massen den Zugang zur Bildung und begünstigt die Konzentration der politischen Macht in den Händen weniger Großgrundbesitzer und städtischer Kapitalisten. Die von den Vereinigten Staaten finanzierten und ausgerüsteten Armeen Lateinamerikas stützen dieses System (siehe die Ereignisse in Argentinien, in Ecuador, in Guatemala und in der Dominikanischen Republik).

Z.Zt. entfallen auf 4% der lateinamerikanischen Bevölkerung 50% des Volkseinkommens. Die wohlhabenden Klassen haben mehr als 14 Milliarden Dollar auf ausländischen Banken angesammelt. Ein beträchtlicher Teil ihrer Kapitalanlagen im Inland ist unproduktiv: Versicherungen, Renten, Immobilien, Luxusartikel.

Ein Großteil der lateinamerikanischen Wirtschaft kann nichts tun für seine Entwicklung und ist nichts weiter als ein Anhängsel ausländischer Wirtschaftszentren, insbesondere der Vereinigten Staaten. Das Eisen und Erdöl Venezuelas, das Kupfer Chiles, die Bodenschätze von Peru bleiben nicht im Land, um dort eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen: sie sind das Eigentum der amerikanischen Wirtschaft, die ihr einziger Nutznießer ist. (1)

#### Indien

"Die britischen Privatinvestitionen betragen Ende 1964 insgesamt 4.790 Mill. Rupien. Der Anteil Britanniens an Handelsinvestitionen beträgt 62,1 % der gesamten fremden Privatinvestitionen in unserem Land. Ungefähr die Hälfte davon stammt aus der Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit. Auf diese Weise werden Jahr für Jahr enorme Rohstoffmengen aus Indien ausgeführt - für ungefähr 1.000 Mill. Rupien jährlich. Auch unser Außenhandel wird von Großbritannien regiert, zum Nachteil unserer nationalen Wirtschaft. Durch die ungleichen Handelsbeziehungen und ungünstigen Preise leidet Indien als Verkäufer und als Käufer. Neben dem Außenhandel stehen der Schiffverkehr, fremde Banken, fremde Versicherungsanstalten usw. unter der entscheidenden Kontrolle Großbritanniens.

Die 'Hilfe' der USA war immer mit Bedingungen verbunden, die den USA die Möglichkeit des Einflusses auf die in- und ausländische Politik des Empfängers gaben. Die Hilfe war besonders gebunden an das Verbot des Handels mit bestimm-

(1) Nach Carlos Fuentes, "Rede an die Bürger der USA" in Kursbuch 2/65

ten Ländern, an Garantien gegen die Verstaatlichung des Empfängers und daran, 50% der Hilfe in Privatunternehmen zu investieren. So wird die Einschränkung der Finanzierung des staatlichen Wirtschaftssektors in den Entwicklungsländern und die aktive Förderung privater kapitalistischer Beziehungen auf ein Maximum gesteigert, in der Hoffnung, die politische Allianz zwischen dem amerikanischen Imperialismus und der Bourgeoisie in diesen Ländern zu stärken." (1)

Die Entwicklungsländer haben die politische, nicht aber die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht: die Strukturen haben sich nicht geändert. Für viele Länder - besonders Lateinamerika - gibt es möglicherweise nur einen Ausweg: diese Strukturen mit einem Schlag zu zerstören. D.h., daß eine wirkliche Änderung der Situation nicht auf evolutionärem sondern nur auf revolutionärem Weg möglich ist.

Die Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" des Oekumenischen Rates der Kirchen 1966 in Genf, hat sich unter dem Thema "Die Christen in den technischen und sozialen Revolutionen unserer Zeit" eingehend mit dieser Problematik beschäftigt. In den Schlußberichten der Konferenz wird klar der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse und Machtpositionen der Vorrang gegenüber der technischen Revolution gegeben. Nur wenn durch eine Revolution neue und gerechtere gesellschaftliche Strukturen begründet sind, kann die Technik auf die Dauer zum Wohl des Menschen beitragen. "Ein ausgebeuteter Bauer oder Arbeiter wird solange noch keinen vollen Nutzen von der Technik haben, wie sich die Machtverteilung nicht geändert hat, obgleich er vielleicht am Ende des Tages weniger müde ist, nachdem Traktoren und Automation eingeführt worden sind. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß er wegen des Machtzuwachses in den Händen der Ausbeuter viel schlechter dran ist." (2)

Man war sich in Genf darüber klar, daß eine Revolution nicht ohne Gewalt in Gang zu bringen und durchzuführen ist. Selbst wenn dazu nicht immer eine "blutige Gewalt" notwendig ist - ohne politische, soziale, ökonomische oder andere Art von Druck kommt man kaum aus.

"Warum verbinden wir notwendigerweise und absolut die Revolution mit Gewalt. Bedeutet das, daß die

(1) A.K. Thampy, CFR-Zeitschrift 22/23 1967  
(2) aus dem Bericht der Arbeitsgruppe A

revolutionäre Gewaltanwendung eine isolierte Erscheinung ist? Ist der Revolutionär nur deshalb, weil er ein Revolutionär ist, ein Vertreter der Gewalt? Ist der Revolutionär ein Heuchler, wenn er erklärt, daß er ein Vertreter des Friedens ist?

Wir müssen uns fragen, wieviel wirkliche Gewalt es im "Status quo" gibt, den die imperialistischen Kräfte aufrechtzuerhalten versuchen. Z.B. die Gewalt des Hungers. Ist nicht der Hunger der gegenwärtigen Welt eine wirkliche Gewalt? Entweder retten wir die Welt dadurch, daß wir den Hungernen das Brot geben, oder wir werden alle unter dem zermalmenden Gewicht des Goldes untergehen, das auf Kosten zweier Drittel unserer Nächsten akkumuliert wurde (Josue de Castro: Geopolitics of Hunger).

Fidel Castro erklärte, als er Statistiken kommentierte, die zeigten, daß in Lateinamerika von zwei Särgen einer die Überreste eines Kindes enthält, das nicht einmal fünf Jahre alt ist: "Nicht der Revolutionskampf kostet uns die meisten Lebensopfer; sondern die Not und die Ausbeutung. Das ist eine große statistische Wahrheit." (1)

Es ist die in den ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen beschlossene, tausendfach größere, täglich Millionen von Menschen unterdrückende Gewalt, die Situationen schafft, die - nach der Erfahrung dieser Revolutionäre - nicht anders als mit Gewalt geändert werden könne. "Gewalt ist eine starke Wirklichkeit unserer Welt, sowohl in der Form der offenen Gewaltanwendung zur Unterdrückung als auch der unsichtbaren Gewalt, die auf Menschen ausgeübt wird, die zu Millionen Opfer der Unterdrückung und ungerechter Gesellschaftssysteme waren oder noch immer sind. Darum erhebt sich heute oftmals die Frage, ob die Gewalt, durch die in einer geplanten Revolution Blut vergossen

wird, nicht ein geringeres Übel sein könnte als die Gewalt, durch die zwar kein Blut vergossen wird, die aber die gesamte Bevölkerung zu ewiger Verzweiflung verdammt." (2)

Damit wird man Revolutionen nicht idealisieren. Vielmehr ist in Genf deutlich gesehen worden, daß auch das politisch notwendige und ethisch gebotene Handeln den Revolutionär schuldig und damit - in eigentlichen Sinne - der Vergebung bedürftig macht.

(1) S. Arce-Martinez, Cuba, Referat auf der Tagung des Beratenden Ausschusses der Christlichen Friedenskonferenz 1966 in Sofia - CFK-Zeitschrift 22/23 1967

(2) Weltkonferenz Kirche und Gesellschaft, Bericht Sektion II

In unserem Zusammenhang sollte klar sein, daß mit der politischen Unabhängigkeit nur der erste Schritt getan ist. Notwendig zur Beseitigung des Hungers ist die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen im nationalen Bereich der Entwicklungsländer und in ihren Beziehungen zu den Industrieländern.

Zur theologischen Sicht der Revolution verweisen wir auf den Bericht der Arbeitsgruppe für theologische Fragen des Beratenden Ausschusses der CFK (s. Zeichen der Zeit Nr. 3/67 S. 100 ff.), die Berichte und Arbeitsergebnisse der Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" und den Bericht über die Weltkonferenz "Der Christ in den revolutionären Umwälzungen unserer Zeit" von Carl Ordnung in "Hefte aus Burscheidungen" Nr. 158/159.

B  
Der  
Nord-  
Süd-  
Gegen-  
satz  
und  
die  
Ost-  
West-  
Span-  
nung

Bis vor wenigen Jahren wurde der Nord-Süd-Gegensatz nur von einigen in seiner großen Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft der Menschheit erkannt.

- Die Industriestaaten liegen fast ausnahmslos auf der nördlichen Erdhalbkugel, während die Entwicklungsländer den Süden der Erde ausmachen. -

Man war von der Ost-West-Spannung, besonders in der Zeit des verschärften Kalten Krieges fasziniert und bedroht. Heute meinen viele, daß hinter dem fundamentalen Gegensatz von Nord und Süd die Ost-West-Problematik zurücktrete; die Zukunft würde den "Osten und den Westen" zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem Süden zwingen, zu einer gemeinsamen Aktion der Solidarität und Hilfe herausfordern; ohnehin gehörten die kapitalistischen und sozialistischen Länder schon jetzt gemeinsam zum "Norden"; angesichts der Nöte in den Entwicklungsländern seien die Unterschiede von Kapitalismus und Sozialismus ohne Bedeutung.

Richtig daran ist sicher, daß das ökonomische Gefälle zwischen den - kapitalistischen und sozialistischen - Industriestaaten und den Entwicklungsländern zu den Hauptproblemen gehört, mit denen wir heute konfrontiert sind.

Falsch aber ist es, wenn wir annehmen, daß der Unterschied von Kapitalismus und Sozialismus zur Lösung dieses Problems ohne Bedeutung sei. Vielmehr wird deutlich, daß das Elend in den Entwicklungsländern eine notwendige Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Es ist nicht zu übersehen, daß die Befreiungsbewegung der in kolonialer Abhängigkeit lebender Völker durch die

Existenz der sozialistischen Staaten ein stärkeres weltpolitisches Gewicht bekam und schneller und radikaler zur politischen Unabhängigkeit führte. Der Kampf der Entwicklungsländer um eine angemessene Verteilung der Güter und gegen die weitere wirtschaftliche Ausbeutung bekommt wesentliche Unterstützung durch die politische Haltung und die neue Gesellschaftsstruktur der sozialistischen Staaten.

"Die prinzipielle Interessengleichheit aller revolutionären Kräfte läßt sich meiner Ansicht nach im wirtschaftlichen Bereich besonders deutlich nachweisen. Der gemeinsame Kampf richtet sich gegen die Machtverhältnisse im kapitalistischen Teil der Weltwirtschaft, gegen die Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft und gegen die kapitalistische internationale Arbeitsteilung. Das gemeinsame Ziel besteht darin, die Macht der Monopole einzuschränken und zu brechen und demokratische Veränderungen der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des nichtsozialistischen Weltbereichs sowie neue wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Weltssystemen durchzusetzen."(1)

Fritz Baade kennzeichnet in seinem Buch "Der Wettlauf zum Jahre 2000" (2) den Hauptinhalt unserer Zeit als einen Wettlauf zwischen Ost und West. Es bleibt auch in den Entwicklungsländern die Grundfrage: Wer hat die Macht, wer bestimmt die Politik, in wessen Händen sind die Produktionsmittel? Den Entwicklungsländern kann darum die Entscheidung zwischen sozialistischem oder kapitalistischem Weg nicht erspart werden. Der Ost-West-Gegensatz ist ein Ausdruck für die Entscheidung in dieser Frage.

Der politische Kontext jeder Art von Hilfe und Beitrag zur Beseitigung des Hungers darf nicht übersehen werden, so wichtig für uns das menschliche Problem auch ist. Hilfe auf die Dauer muß die ökonomische und politische Änderung der augenblicklichen Situation zum Ziel haben. Der Politik kommt das Primat gegenüber dem Nur-Ökonomischen zu.

Schwerwiegende Fragen aber bleiben: ob es gerechtfertigt ist, unsere Gesellschaftsstrukturen auf die Gesellschaftsformen der Entwicklungsländer zu projizieren; ob wir unsere Gesellschaftsstrukturen anbieten können ohne dabei zu berücksichtigen, ob die Identität von Wohlstand und Wohlbefinden hergestellt wird oder nicht; ob unsere eigenen Gesellschaftsstrukturen dem Menschen zu seinem

(1) K.-H. Dondey in "Wettlauf zum Jahre 2000"

(2) Unionverlag Berlin 1966

Menschsein verhelfen.

(Zu den ökonomischen Programmen und Beziehungen der beiden Weltsysteme zu den Entwicklungsländern siehe Teil II)

C  
Rüstung  
und  
fried-  
liche  
Koexi-  
stanz

Ein wesentliches Mittel zur Beseitigung des Hungers, der die Würde und Freiheit des Menschen vernichtet, ist die Abrüstung. Dadurch werden Hilfsquellen erschlossen, die anderweitig nicht verfügbar sind.

"Die Kosten eines neuen Bombertyps mit Ausrüstung entsprechen:

dem Jahresgehalt für 25000 Lehrer oder

den Kosten von 50000 Traktoren oder

den Kosten für 75 vollständig eingerichtete Krankenhäuser oder

den Kosten von 15000 Erntemaschinen.

Die Kosten der Entwicklung eines Überschallflugzeuges belaufen sich auf 6,5 Milliarden \$. Dafür könnte man 60000 Wohnungen für 3 Millionen Menschen bauen.

Ein atomares U-Boot kostet 160 Millionen \$. Das entspricht den Kosten für 50 Krankenhäuser." (1)

Die Fortsetzung der Politik des Kalten Krieges und die anachronistische Überzeugung, Streitfragen, Konflikte und ideologische Auseinandersetzungen mit Waffengewalt lösen zu wollen, verschlingen Milliarden-Beträge und unermessliches Gut an Zeit und menschlichem Geist. "Dadurch wurde ein eigenartliches Ungleichgewicht geschaffen: 85 % der Rüstungskosten der ganzen Welt werden von England, Frankreich, Kanada, China, der Bundesrepublik Deutschland, der UdSSR und den USA ausgegeben - eine jährliche Gesamtsumme von ca. 140 Milliarden Dollar, das sind 16 Millionen Dollar pro Stunde. Das ist mehr als das gesamte Volkseinkommen der Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika. Ein Drittel dieser furchtbaren Summe für Rüstungszwecke wird von den USA allein ausgegeben: Das 38ten eines einzigen Soldaten der vietnamesischen Befreiungsfront kostet die USA nicht weniger als 20000 Dollar.

Das ist eine erstaunliche Zahl, wenn wir bedenken, wie dieses phantastische Kapital zum Wohl der Menschheit verwendet werden könnte." (2)

"Es ist notwendig, einen neuen Typ von Weltwirtschaftsbeziehungen zu schaffen, der beruht auf der Voraussetzung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, der Entspannung, des friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den Staaten

(1) UNESCO - Kurier, November 1964

(2) Prof. Zsebök, GFK-Zeitschrift Nr. 22/23 1967

unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und damit auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Staaten." (1)

Die Konferenz von Bandung (2), an der 28 selbständige Länder Asiens und Afrikas teilnahmen, darunter die VR China, Ägypten, Ghana, Japan und Indien, formulierte die "Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz":

1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität;
2. Verzicht auf Angriffshandlungen;
3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder;
4. Gleichberechtigung und gegenseitige Unterstützung;
5. friedliche Koexistenz.

Diese Prinzipien sind sinngemäß auch in europäische politische Programme übernommen worden und zeugen von der außerordentlichen Autorität der ganzen Konferenz und einem ihrer bekanntesten Vertreter, dem damaligen Premierminister Indiens.

Nur auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz kann mit wirksamen Methoden und freigestellten Mitteln der Hunger und seine Ursachen beseitigt werden.

Die Anerkennung und Fortsetzung der friedlichen Koexistenz gehört darum entscheidend zur Lösung der ökonomischen Probleme hinzu.

D  
Die  
Forderungen  
der  
Entwicklungs-  
länder

Zum Verständnis der schwierigen Probleme, die hier dargestellt sind, gehört, daß wir die Vorstellungen der Entwicklungsländer über die notwendigen Maßnahmen zur Änderung der Situation zur Kenntnis nehmen. Sie sind am klarsten bisher in den Reden und Resolutionen der I. Welthandelskonferenz 1964 in Genf und in den Verlautbarungen ihrer Nachfolgeorganisation (UNCTAD) ausgesprochen. Die Empfehlungen am Schluß der Konferenz spiegeln die Forderungen schon stark reduziert wieder, weil sonst die Konferenz im Widerspruch der Industrieländer gescheitert wäre. Außerdem haben diese Empfehlungen keine rechtlich-bindende Gestalt, sie können nur durch den politischen Einfluß des Blocks der 75 Entwicklungsländer in der UNO verwirklicht werden. In der Debatte stand das Problem des Handels im Mittelpunkt, der bei den gegenwärtigen Preisen und ihren Tendenzen (sinkende Rohstoffpreise - steigende Preise für Fertigwaren) die Armen ärmer und

(1) Arbeitsgruppe für ökonomische Fragen und Entwicklungsländer, CFK-Zeitschrift Nr. 22/23 1967

(2) Eröffnet am 18. 4. 1955 in Bandung auf Java

die Reichen reicher macht. Erst in zweiter Linie wurde die finanzielle Hilfe berücksichtigt. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war ohne Zweifel das geschlossene Auftreten der Entwicklungsländer.

Von den zahlreichen Empfehlungen sind die wichtigsten:

1. Der Welthandel muß in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden.
2. Möglichst weitgehende überstaatliche Organisation des Welthandels in einer "Handels-UNO".  
- Von sozialistischen Ländern bejaht - von kapitalistischen abgelehnt -.
3. Stabilisierung der Preise für Rohstoffe und Förderung ihres Exports in die Industrieländer durch Aufhebung der Zölle und Eindämmung ihrer Ablösung durch synthetisches Material.
4. Kritik an der Wirtschaftsblöcken der Industrieländer (EWG, EFTA, RGW) (1), die den Binnenhandel der Industrieländer auf Kosten des Außenhandels mit den Entwicklungsländern fördern.
5. Zollpräferenzen (Zollermäßigungen) für Halb- und Fertigwarenexport der Entwicklungsländer in die Industrieländer.
6. Garantie einer industriellen Wachstumsrate um mindestens 5% in den Entwicklungsländern.
7. 1% des Brutto sozialproduktes der Industrieländer in Form von Geschenken und langfristigen Krediten ohne Zweckbindung bei niedrigem Zins und günstigen Rückzahlungsbedingungen (in einheimischer Währung und in eigenen Waren).  
- Dieser Vorschlag wurde von den westlichen Industrieländern akzeptiert, von den sozialistischen Staaten durch Stimmenenthaltung mißbilligt. Der sowjetische Vertreter erklärte, sein Land lehne eine Verpflichtung zur Hilfe in dieser Form ab, da es nicht wie die westlichen Staaten aus den Entwicklungsländern Kolonialprofit gezogen habe. -
8. Die bilaterale Hilfe (von einem Industrieland zu einem Entwicklungsland) soll auf einen Kapital-Entwicklungsfond der UNO übertragen werden, um politischen Einfluß auszuschalten.  
- Dieser Vorschlag wurde von den Industrieländern abgelehnt. -  
Die multilaterale Hilfe ist zugunsten der bilateralen 1961 - 1964 von 10 auf 5% zurückgegangen.
9. Garantie, daß durch Abrüstung frei werdende Mittel der Entwicklungshilfe zugewendet werden.

(1) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft; Kleine Freihandelszone; Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

#### IV. BROT FÜR DIE WELT

Bevor wir - gezwungen durch die Information über Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe des Hungers - nach möglichen Konsequenzen fragen, die sich für unser Denken und Handeln ergeben, soll die bestehende kirchliche Hilfsaktion BROT FÜR DIE WELT dargestellt werden.

(Auszüge aus Informationen und Zusätze der Redaktion)

1. ... Seit Beginn der Aktion im Jahre 1959 ist kein Weihnachten vorbegegangen, an dem nicht die evangelischen Christen in der DDR - mit oder auch ohne besondere Aufrufe dazu - erhebliche Spenden für diese große Aktion oekumenischer Diakonie gegeben hätten, an der sie sich in Gemeinschaft mit allen evangelischen Landes- und Freikirchen beteiligen.

Aus den im Laufe dieser Jahre in der DDR aufgenommenen Beträge für BROT FÜR DIE WELT sind inzwischen bei strenger Wahrung der Zweckbestimmung über sechs Millionen Mark verwendet worden für Hilfeleistungen nach Afrika, Asien, Lateinamerika einschließlich Karibisches Gebiet und Süd-Ost-Europa. Der Wert der einzelnen Sendungen erreichte bisweilen 250.000 Mark.

Das größte der einzelnen Projekte war bisher die Erweiterung eines Krankenhauses in Bogor, nahe der Hauptstadt Indonesiens, Djakarta. Hier wurde die gesamte Installierung neuer klinischer Abteilungen zur Verfügung gestellt. Aller Voraussicht nach wird 'Brot für die Welt' auch bei der Bereitstellung des Nachholbedarfs dieses Krankenhauses beteiligt bleiben. Außerdem besteht in Dresden ein Materiallager, über das nur der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes zusammen mit dem Bevollmächtigten der Aktion 'Brot für die Welt' verfügen kann. (1) Dies Lager hat sich zur Beschleunigung von Sendungen zur Soforthilfe in Katastrophenfällen und zur Linderung akuter Notstände schon vielfach bewährt. Die Hilfe für Menschen in aller Welt, die durch Naturkatastrophen betroffen wurden und in Not gerieten, gehört zu den wichtigsten und am häufigsten in Anspruch genommenen Diensten der Aktion 'Brot für die Welt' in der DDR."

(Die Kirche, Jg. 20, Nr. 39, Sept. 1965, ergänzt auf den Stand von Nov. 1966)

- (1) Der Bevollmächtigte der Aktion in der DDR ist Herr Oberkirchenrat von Brück, 8032 Dresden, Lukasstraße 6. Konten in Berlin sind: Poetscheckkonto Berlin Konto-Nr. 3637; Berliner Stadtkonten Konto-Nr. 4/8310

Ergebnis der Samalungen für 'Brot für die Welt'  
in der DDR

1959/60	4.768.742,21	MDN	
1960/61	4.025.755,33	"	
1961/62	2.986.991,31	"	
1962/63	353.553,71	"	(ohne bes. Aufruf)
1963/64	2.705.539,66	"	
1964/65	359.370,51	"	(ohne bes. Aufruf)
1965/66	2.072.422,58	"	
gesamt	17.272.375,31	MDN	

2. Vier verschiedene Arten der Not haben die Aktion  
'Brot für die Welt' bisher zur Hilfe veranlaßt!

In Gebieten von **Naturskatastrophen** (Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Erdbeben) wurden aus der DDR aus Mitteln von 'Brot für die Welt' Decken, Wäsche, Schuhe, Zelte, Verbandstoffe, Vitaminpräparate, Medikamente, Blutkonserven und Zubehör für Unfallhilfsstellen versandt.

Bei **gesellschaftlichen Katastrophen** (Flucht, Zwangsevakuierung, Hungersnot durch Bevölkerungszuwachs und Mißernte) konnte durch poliklinische Einrichtungen, Lebensmittel und Textilien geholfen werden.

Zum **Aufbau des Gesundheitswesens** verschiedener Länder kamen medizinische Geräte, Röntgenmaterial, Medikamente und komplette Einrichtungen zweier Polikliniken sowie Spezialmaterialien für Forschungsinstitute zum Versand, außerdem medizinisches Lehrmaterial.

Bei **Schwierigkeiten in der Erziehung zu neuen Berufen** (Berufeschulen, Musterfarmen, Sonderschulen) hat 'Brot für die Welt' aus der DDR bisher noch keine Mittel bereitstellen können.

"Diese Hilfeleistungen geschehen im Zusammenwirken mit dem Deutschen Roten Kreuz in der DDR, mit dem die Kirchen entsprechende schriftliche Abmachungen getroffen haben, und bestehen grundsätzlich aus Sendungen von Material aus der Produktion der DDR in Exportqualität. Demgemäß konzentriert sich die Hilfe auf den medizinisch-hygienischen Bereich entsprechend den Statuten der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften. Die Versendung erfolgt jeweils durch das Rote Kreuz an die entsprechenden Organisationen des Empfängerlandes (Rotes Kreuz, Roter Halbmond, Gesellschaft des Roten Löwen und der Roten Sonne u.ä.), jedoch ist sichergestellt, daß

stets mitgeteilt wird, inwieweit Sendungen durch 'Brot für die Welt' von der evangelischen Christenheit in der DDR finanziert sind."

(Die Kirche 20/39, Sept. 1965)

Alle Hilfssendungen geschehen in Fühlungnahme mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und den Kirchen der betroffenen Länder.

### 3. Beispiele

"Am Neujahrstag 1965 wurde das Gebiet von M'Sila in Algerien von einem Erdbeben betroffen. Das Ausmaß der materiellen Schäden wurde vom Sekretariat der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften mit folgenden Ziffern angegeben: Über 1.000 Häuser zerstört, fast 15.000 Wohnungen beschädigt; die Zahl der Obdachlosen 23.800.

Der Algerische Rote Halbmond hatte die ersten Hilfen sofort aus eigenen Mitteln gewährt. Auf Grund des besonders rauen Klimas, das im Gebiet von M'Sila herrscht, erfordern die Hilfsaktionen eine längere Zeit. Unsere Sendung: 1.000 Schlafdecken, 500 Klusen, Herrensporthemden, Unter- und Oberbekleidung für Kinder. Die Sendung hatte einen Wert von nahezu 60.000,- MDN.

Die Spende ist am 2. März 1965 in Algier eingetroffen. Ein Dankschreiben des Algerischen Roten Halbmonds vom 18. 3. 1965 an das Deutsche Rote Kreuz in Dresden enthält die Bitte, 'sich bei den Mitgliedern der evangelischen Kirche der DDR zu unserem Dolmetscher zu machen und ihnen allen unseren tiefempfundenen und herzlichen Dank für die Solidarität, die sie uns ununterbrochen beweisen, auszusprechen.'

(von Brück, Sept. 1965)

"In Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz in der DDR konnten 1966 Hilfsgüter im Werte von über 2,2 Mill. nach Algerien, Gabun (Lambaréne), Tansania und Uganda, nach Burma, Indien, Jordanien, Pakistan, der Türkei und Vietnam sowie nach Griechenland gesandt werden. An erster Stelle stand die Lebensmittelhilfe für Indien; allein dafür wurde etwa eine Million Mark aufgewendet. Die meisten anderen Sendungen bestanden aus Materialien vornehmlich für den Bereich medizinisch-hygienischer Hilfe, aber auch für die Heranbildung von Schwestern- und Arzthelfernachwuchs im Empfangsland. Häufig waren Naturkatastrophen Anlaß der Hilfeleistungen, so die Erdbeben in der Türkei und in Mittelgriechenland, Überschwemmungen in Algerien und in Jordanien. Hilfe mit Kleidung und Decken erhielten die arabischen Palästinaflüchtlinge in Jordanien, Verbandmaterial und Wäsche ging ins Albert-Schweitzer-Hospital Lambaréne."

(Zeichen der Zeit, 2/67, S. 74)

#### 4. Grundsätzliches

##### a) Zeichen der Liebe

Hilfeleistungen jeder Art, ganz besonders aber auf dem medizinischen Gebiet, fordern eine große Verantwortung. Das gilt auch für alle Projekte der Aktion 'Brot für die Welt'. Darauf hat Dr. M. Scheel, ein führender Mitarbeiter der Aktion bei der Beurteilung der auszuwählenden Vorhaben hingewiesen: Diese Verantwortung müsse einem Zweckhandel entgegenwirken und ganz auf die Erfordernisse der Situation gerichtet sein.

Unter Umständen könnten Institutionen nach europäischen Mustern eher eine Last als eine Hilfe bedeuten, wenn sie sich den örtlichen Notständen nicht anpassen. Es wurde deutlich, daß eine wirkliche Hilfe darauf zielen muß, die Kirchen in Übersee zur eigenen Diakonie zu führen und daß deren Mitwirkung auf keinen Fall behindert oder unterdrückt werden darf.

Ein Handeln aus Mitleid sei dann zu verurteilen, wenn sich damit Vorstellungen von Überlegenheit, armen Heiden und einem Sendungsbewußtsein des weisen Mannes als Held und Wohltäter verbänden. Falschem Macht- und Prestigegeanken müsse man die Unterstützung versagen: wenn daraus resultierende Pläne der bestehenden Situation nicht gerecht werden.

Von Christus her ist die ganze Gemeinde auf ihr heilendes Handeln angesprochen. Damit ist gerade in christlichen Bereich eine Kettenreaktion auslösbar, wie echte Hilfe zur Selbsthilfe werden kann.

Es ist davor zu warnen, die Form des Handelns von Lieblingsvorstellungen oder von überkommenen Mustern abhängig zu machen. Es dürfe nicht darum gehen, kirchliche Machtpositionen auszubauen oder Konkurrenzunternehmungen zu anderen Hilfsmaßnahmen zu errichten.

Das zeigt deutlich, daß wir als Christen zwar nicht die Not in der Welt beseitigen, wohl aber Zeichen der Liebe errichten können. Es ist daher nicht wesentlich, mit Zahlen zu imponieren und vom Leistungsdenken her Maßstäbe zu setzen, sondern dem ganzen Menschen zum Heil zu verhelfen. Menschen, die durch eine solche Heilung Christus begegnen, werden auch anderen heilend begegnen können.

(Nach Information 13, 18. März 1966)

##### b) Tat des Friedens

"Eine lebendige christliche Kirche soll ihren Beitrag leisten zu den sozialen Aufgaben ihrer Zeit, sie darf keine Kaste sein, die sich abschließt von den Nöten und Entwicklungsschwierigkeiten ihrer Umwelt und zur ihrem Glaubens- und Gemeinschafts-

leben hingegeben ist. Sie soll offene Augen und tatkräftige Hände haben für die Nöte ihrer Zeit und die Aufgaben, die sie stellt...

Uns Christen ziemt es, Tag und Nacht darauf zu sinnen, wie wir Taten des Friedens tun können inmitten einer Menschheit, die in Klassen und Kasten, Rassen und Blöcken gespalten ist und die solche Zerrissenheit bezahlt mit Hunger, Armut und Not."

(Dr. Chr. Berg, Informationen 8/2 März 1964)

c) Hilfe zur Selbsthilfe

"Zwar ist das Hauptanliegen der Aktion aller evangelischen Christen keineswegs die Katastrophenhilfe. Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen der Bau von Landwirtschaftsschulen, die Hilfe für Hospitäler, die Gründung von Genossenschaften, die Errichtung von Lehrwerkstätten, also die Hilfe zur Selbsthilfe. Doch auch diejenigen, die von Dürren und Taifunen, von politischen Wirren und Erdbeben geschlagen werden, erhalten Unterstützung. Denn BROT FÜR DIE WELT, das nicht nach der Hautfarbe, Religion oder politischer Überzeugung der Notleidenden fragt, fragt auch nicht nach den Ursachen der Not."

(Ohse, Hilfe für die Hilflosen, S.4)

d) Dank gegen Gott

Die Unterzeichner des Aufrufes vom 24. November 1965 zur 7. Aktion 'Brot für die Welt' betonen, "daß durch die täglichen Nachrichten von Elend, Hunger und sonstigen Notständen in der Welt bewiesen werde, wie berechtigt und dringend notwendig ihr Aufruf sei." Wörtlich erklären sie dann: "Wer die Hilfe für Notstände in der Welt nur den Regierungen überläßt, versäumt es, aus seinem Leben etwas zu machen, was anderen zum Leben hilft. Er läßt die Gelegenheit ungenutzt, die Gott ihm bietet, innere Armut und geistige Leere in Reichtum und in die Fülle bleibender Freude zu verwandeln... Auch die Geber erfahren eine Hilfe zum Leben. Nur im Weitergeben dessen, was wir so reichlich empfangen haben bleibt das Leben gesund... Opfert so viel, wie Euch der Dank gegen Gott gebietet!... Gott will mehr als unser Gebet, aber auch unser Umgang mit dem Geld zeigt, ob wir begreifen haben, was wir Gott eigentlich schulden."

(Evang. Pressedienst Nr. 27, Nov. 1965)

5. Über die Meinungsbildung

Vor allem in ehemaligen und derzeitigen Kolonialgebieten führt jede Naturkatastrophe zu schweren Versorgungsnotlagen. Das Ausmaß menschlichen Elends läßt sich gar nicht fassen. Die Wurzeln des Elends

sind Kolonialismus, zu geringe Entwicklung industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Bevölkerungszuwachs infolge erfolgreicher medizinischer Beratung und Betreuung. In vielen Ländern wird selbst in guten Jahren kaum der nötige Bedarf der Bevölkerung gedeckt. Überschwemmungen, Erdbeben, Kriegsfolgen und dergleichen überfordern die wirtschaftliche Kraft der betroffenen Staaten für lange Zeit bei weitem. Gründliche Besserung des Lebensstandards ist nur durch gründliche industrielle gesellschaftliche Neuordnung zu erreichen.

Ebensowenig wie radikale technische oder gesellschaftliche Pläne erwogen werden, werden aktive Befreiungsfronten oder Widerstandsgruppen unterstützt. 'Brot für die Welt' kümmert sich um die Opfer der Kämpfenden in der Zivilbevölkerung. Durch die Linderung der Not wird ein geringer Abbau der politischen Spannungen zu Ungunsten radikaler Programme erreicht. In grundsätzlichen Erwägungen wird zwar diese Unterstützung des politischen Status quo gesehen; aber für 'Brot für die Welt' ist die Überwindung augenblicklich vorliegender Not wichtiger als politisches Kalkül. Darum sind alle Projekte sehr konkret, können sehr konkret dargestellt werden. Dementsprechend ist das geringe Werbematerial auf Informationen über überschaubare Vorhaben beschränkt.

(Nach Informationen 13/11f. März 1966)

## V. KONSEQUENZEN

A  
Fragen  
zu den  
be-  
stehen-  
den  
kirch-  
lichen  
Hilfs-  
aktio-  
nen

Über die bewusste Herausstellung konkreter Hilfsaktionen und -projekte in der Werbung etwa für 'Brot für die Welt' hinaus muß den Gemeinden ein Bewußtsein von der Größe der weltweiten Not- und Zwangslage vermittelt werden, die in der ökonomisch-politischen Struktur der nationalen und internationalen Verhältnisse begründet ist. Nicht nur die Opferwilligkeit sondern auch die Einstellung des Bewußtseins auf diese Fragen werden erfordert. Damit können sowohl die Notwendigkeit als auch die Grenzen kirchlicher Hilfsaktionen richtig beurteilt werden. Unsere 'Brot-für-die-Welt'-Gaben können unsere Gewissen nicht entlasten. Vielmehr führt uns diese Aktion zu einer Selbstprüfung mit folgenden Ergebnissen:

1. Die aufgebrachten Summen (17-23 Mill. Dollar von allen Kirchen der Welt im Jahr, rund 3 Mill. MDN im Jahr bei den Sammlungen in der DDR) sind im Vergleich zum Gesamthaushalt der Kirchen sehr klein. Im Haushalt einer gebewilligten Gemeinde z.B. stehen einander gegenüber
 

	1959/60	1960/61
Brot für die Welt	2.110,00	2.065,00
Sammlungen, Opfer, Kollekten (nicht Kirchensteuer) für die eigene Gemeinde	4.131,00	5.228,00
Ausgaben für Herstellung und Erhaltung von Gebäuden und Inventar	19.475,00	32.500,00
2. Um die Summen überhaupt aufzubringen, müssen in der Werbung sowohl das christliche Vokabular wie die Darstellung der Not der Entwicklungsländer auf das Äußerste strapaziert werden. Schon der Ausdruck "Opfer" ist durch das Mißverständnis zwischen seinem biblischen Gewicht und der Größenordnung unserer Spenden mißbraucht. Ebenso groß ist die Gefahr einer Entwürdigung der Empfänger. Die Entwicklungsländer werden fast ausschließlich mit den krassesten Bildern der Not den Gemeinden vorgestellt. So erscheinen sie als von Barmherzigkeit abhängende Hilfsempfänger, nicht als Länder mit einem Recht auf Hilfe, denn ihre Not beruht zu einem großen Teil auf ihrer kolonialen Vergangenheit und auf dem gegenwärtigen, sie beraubenden Stand des Welthandels.
3. Weithin unbewußt bleibt den Gemeinden die ökonomisch-politische Fragwürdigkeit dieser Hilfskonzeption, solange die Aktivität privater oder staatlicher Organisationen neben dem Welthandel

in seiner jetzigen Form und ohne Versuche seiner Änderung geübt wird. Sie lenkt dann von dem nötigen politischen Kontext der Hilfe ab, der z-eigen müßte:

daß Entwicklungshilfe nur Abgabe aus dem Überfluß ist, der z.T. auf Kosten der Entwicklungsländer gewonnen wurde, daß Entwicklungshilfe praktisch eine Marktverbesserung des N-ordens bedeutet und der Wirkung nach ideologische Verschleierung der Ausbeutung ist.

4. Daneben gibt es eine spezifische Schwierigkeit der Brot für die Welt-Aktion in der DDR. Die DDR hat keine frei austauschbare Währung. Sie hat einen staatlich geplanten und verwalteten Außenhandel. Damit ist jede Aktion nicht nur von der Höhe der gesammelten Gelder, sondern auch von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR, diese Spenden in Devisen umzurechnen, abhängig. Konsumverzicht durch Geldspender schafft noch keine Devisen, und für die nötigen Güter (bes. medizinische und technische Einrichtungen) ist in der Wirtschaftsplanung ein Exporterlös in Devisen kalkuliert, auf den immer erst verzichtet werden muß, ehe diese Güter als Geschenke vergeben werden können. Von den 1959 bis 1966 durch BROT FÜR DIE WELT gesammelten 17,3 Mill. Mark konnten aufgrund der Devisenschwierigkeiten bis Herbst 1966 nur 10,5 Mill. ausgegeben werden.

B  
Ein  
neues  
Denken

Diese kritischen Feststellungen sollen nicht darauf hinauslaufen, nur einzelne Korrekturen an den Formen kirchlicher Aktivität anzubringen, es ist nicht weniger als ein totales Umdenken erfordert. "Umdenken" ist der Grundsinn des Wortes, daß wir im Neuen Testament mit "Buße tun" übersetzt finden. Darin schwingt die alttestamentliche Bedeutung "umkehren" mit, und so umfaßt es Denken und Tun. Umdenken und Umkehren - vor diese Aufgabe ist die Christenheit immer gestellt.

Für unseren Zusammenhang heißt es unseres Erachtens, das Verhältnis von LIEBE und GERECHTIGKEIT neu zu bedenken und zu praktizieren.

Die kirchlichen Aktionen sind unter dem Zeichen der christlichen Liebe angetreten und haben dabei viel Begrüßenswertes getan. Liebe ist aber in ihrem Vollzug verfälscht, wenn sie nicht darauf aus ist, sich mit dem Recht zu verbünden. Gott hat nicht weniger Interesse am Recht unter den Menschen als an der Liebe, ein Zusammenhang, den uns die alttestamentlichen Propheten immer neu einschärfen (Amos). Solange anderen Recht verweigert wird, kann ein Erweis der Liebe ihnen gegenüber, wenn er nicht zu-

gleich auf die Wiederherstellung oder Neugründung rechtlicher Beziehungen bedacht ist, den rechtlosen Zustand nur beschönigen und ihn gerade dadurch verfestigen.

Christliche Liebe hat zwei Aufgaben:

- 1) sich der Opfer des Unrechts anzunehmen und die "Durststrecke" bis zur Errichtung rechtlicher Ordnung ausfüllen zu helfen.  
Das ist wesentlich eine Sache finanzieller Bereitschaft;
- 2) alle Möglichkeiten einzusetzen, Recht zu finden und gegen die durchzusetzen, die Nutzen an Unrecht haben;  
das bedeutet intensive Arbeit an den Sachproblemen, möglicherweise Opfer an Sozialprestige, bis zur Aufkündigung des Einverständnisses mit der Umwelt, bis zur Bereitschaft, die daraus folgenden Konsequenzen anzunehmen.

Aus diesem Zusammenhang beantwortet sich auch die Frage nach dem Motiv unseres Handelns und nach den Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Nichtchristen.

- 1) "Christlich" ist, daß es Menschen gibt, die um der Liebe Christi willen bereit sind, Opfer zu bringen und Nachteile auf sich zu nehmen und die auf eigenes Recht und Sicherheit verzichten können, um selbstlos Recht und Sicherheit für andere zu suchen.
- 2) Da das Recht für andere gesucht werden soll, muß es auch mit anderen gesucht werden. Recht ist eine geschichtliche Größe, die in gewandelten Umständen neu festzulegen ist. Hier kann es nur Zusammenarbeit mit allen Beteiligten geben.  
Weil das Recht - auch nach dem Zeugnis der Bibel (Römer 13,4) - mit Androhung und Ausübung von Gewalt erhalten wird, können sich Christen im Grenzfall nicht ausschließen, wenn Unrecht nur durch Gewalt abgelöst ist. (Revolution).

Diese Gesichtspunkte müssen unser Handeln formen.

"Das Ergebnis einer Analyse scheint folgendes auszudrücken: Wenn die Reichen ihren Wohlstand als ihr Recht betrachten, dann werden die Armen ihre Rache als Gerechtigkeit ansehen. Für uns Europäer klingt das wie eine riesige und weltweite Wiederholung der Klassenkämpfe des 19. Jahrhunderts. Die armen Menschen verlangten ihr Recht; aber die Reichen sahen nicht die Explosivität der Situation und waren auf keinen Fall bereit, ihre Vorrechte aufzugeben. Die bürgerlichen Klassen waren bereit zu helfen und Wohltätigkeit zu üben, aber sie waren taub für die Forderungen der Massen. Wird

unsere Generation Zeuge einer ähnlichen Entwicklung wie der in Europa sein, diesmal zwischen den Kontinenten und nicht so sehr zwischen den Klassen, und werden die Kirchen ebenso gedankenlos, unvorbereitet und unwissend sein, wie sie es damals waren?" (1)

Die kirchlichen Aktionen dürfen nicht dem Almosengeben der Unternehmer ähneln, sondern müssen auf Strukturveränderungen bedacht sein, wie die gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiter.

"Die gegenwärtige Situation der Welt verlangt ein gemeinsames Handeln, beginnend bereits mit einer klaren Konzeption auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und geistigem Gebiet. Erfahren in den Fragen, die den Menschen betreffen, geht es der Kirche, ohne sich in die staatlichen Belange einzumischen zu wollen, nur um dies: 'Unter Führung des Geistes, des Trösters, das Werk Christi selbst weiterzuführen, der in die Welt kam, um der Wahrheit Zeugnis zu geben; zu retten, nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen.' Sie (die Kirche d. Red.) lebt in der Geschichte, und darum hat sie die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. Sie teilt mit den Menschen deren bestes Streben, und leidet, wenn es nicht erfüllt wird. Sie möchte ihnen helfen, sich voll zu entfalten, und deswegen eröffnet sie ihnen ihr Ureigenstes: eine umfassende Sicht des Menschen und der Menschheit." (2)

C  
Per-  
spek-  
tiven  
des  
Han-  
dels

#### 1. Brot für die Welt

Die Aktion hat aus den gegebenen Gründen einen beträchtlichen Teil des gesammelten Geldes nicht verwenden können und verzichtete dreimal auf Sammelaktionen. Wir sollten bereit sein, die Mittel aus der Aktion 'Brot für die Welt' auch zur Finanzierung von Studienplätzen für Studenten und Praktikanten aus den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. (Kosten für einen Studienplatz pro Jahr ca. 12.000 M). Es erfordert ein neues Verständnis von Hilfe in den Gemeinden, wenn solche Aktionen verwirklicht werden sollen. Damit wäre das Devisenproblem umgangen und die Möglichkeit und Notwendigkeit gegeben, die Summen der Sammlungen zu steigern. Daneben bleibt natürlich die Aufgabe der Katastrophenhilfe vorrangig.

(1) Albert van den Heuvel: Der Aufstand der hungernden Massen, Kontexte Band II

(2) Papst PAUL VI, Enzyklika über den Fortschritt der Völker

## 2. Informationen

Albert van den Heuvel (Jugendabteilung des Oekumenischen Rates) hat die Erzählung von Jesu Dämonenaustreibungen auf unsere Situation bezogen und von den notwendigen Exorzismen unserer sozialen Dämonen gesprochen. Der Dämon der "Unbekannten Wahrheit" dürfte unter uns sein Wesen besonders kräftig treiben. Die Gemeinde muß ihm mit gründlicher Information und der Autorität ihrer Botschaft begegnen.

- a) Das gilt in Bezug auf die Informationen über die Weltlage und über die bereits in den Kirchen realisierten Erkenntnisse, die aber meist auf Spezialistenkreise beschränkt bleiben. Neben politischen Ereignissen und Berichten von Katastrophen treten ökonomische Probleme meist nicht ihrem Gewicht entsprechend in Erscheinung. Sie können aber durchaus den zugänglichen Informationen entnommen werden und müssen in der nötigen Konkretion ihren Platz im Beten und Denken der Gemeinde finden.

Große christliche Gremien haben wichtige Analysen und Vorschläge gemacht. Wir verweisen auf die Tagung "Kirche und Gesellschaft", Genf 1966 mit dem Vorschlag einer Entwicklungssteuer. Sie folgt der Anregung der Welthandelskonferenz, einen gestaffelten Prozentsatz des Bruttosozialeinkommens der Industrieländer zukommen zu lassen.

Vorschlag der Einrichtung einer ständigen Kommission des Weltrates der Kirchen für ökonomische Probleme entsprechend der jetzt bestehenden kirchlichen Kommission für internationale Angelegenheiten (CCIA) politischer Natur.

Wir verweisen weiter auf die Christliche Friedenskonferenz (Prag), die schon seit Jahren eine Studienarbeit über diese Fragen betreibt und die Ergebnisse veröffentlicht.

- b) Die Notwendigkeit der Information gilt auch im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der DDR. Die Gemeinden brauchen Informationen über die Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern. Das erfordert Gespräche in den Betrieben und mit Sachverständigen, aber auch mit Studenten aus den Entwicklungsländern die bei uns sind. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob die Ablehnung der 1%-Forderung der Entwicklungsländer (s.o.S.29) durch die Sowjetunion auf der Welthandelskonferenz für uns überzeugend ist, einmal im Blick auf das sozialistische und kommunistische Gedankengut und zum anderen auf die Situation der DDR, die als Teil des alten deutschen Reiches durchaus eine Vergangenheit als Kolonialmacht hatte.

Durch eine intensive Arbeit an diesen Fragenkreisen tragen wir zu der notwendigen "Erziehung zur Zukunft" bei.

3. Arbeit

Die Verantwortung für unsere Arbeitsplätze und -produkte muß von Christen auch im Hinblick auf unsere menschliche Verpflichtung nach außen gesehen werden. Eine allgemeine Stärkung der wirtschaftlichen Kraft der DDR ist zwar nicht gleichbedeutend mit Entwicklungshilfe, ist aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

4. Frieden durch Entspannung

Wir müssen erneut darauf hinweisen, daß die Summe, die in ihrer Größenordnung allein durchschlagend für die Entwicklungsländer helfen könnte und die auch wirtschaftlich für die Industrieländer aufzubringen wäre, weil sie bereits aus dem wirtschaftlichen Kreislauf abgezweigt ist, in den Ausgaben für die Rüstung besteht. Die Entspannung in Europa könnte durch die Aktivität der Kirche in beiden deutschen Staaten gefördert werden. Durch ihre Position hat sie die Möglichkeit, damit mehr für die Entwicklungsländer zu tun als durch alle direkte wirtschaftliche Hilfe.

"Bei dieser Frage handelt es sich nicht nur um Sozialethik. Das gesamte Alte Testament wird lebendig wo es um den Hunger der Menschen geht. Die Propheten erhalten eine neue mächtige Sprache. Aber nicht nur das Alte, auch das Neue Testament beschreibt die Kirche und ihren Herrn als diejenigen, die in der Pro-Existenz leben für die anderen; das Gebet um Brot an jedem neuen Tag muß die Christenheit dazu veranlassen, über das Teilen der Gaben nachzudenken. Schließlich führt uns das Gebet ebensowohl vor den Nächsten, wie es uns vor Gott stellt. Ökonomische Gerechtigkeit ist ein Thema aus der Mitte der biblischen Überlieferung heraus. Die Kirche kann nichts Besseres veranlassen, als daß sie an ihrer Herstellung mitarbeiten darf. Das Volk Gottes ist nicht so sehr berufen, Brot herzustellen, als vielmehr zu verkünden, daß das Reich Gottes nahe ist - und das könnte heißen: daß jetzt die Zeit gekommen ist, die Reichen von ihren Thronen zu stürzen und Gottes Gnade und Recht für die Armen zu verkünden. Die Verkündigung des Reiches Gottes ist ein Element der Botschaft, das man in überzeugender Weise 'das Evangelium der Armen' genannt hat." (1)

---

(1) Albert van den Heuvel, Aufstand der hungernden Massen, Kontexte Band II

## VI. INTERNATIONALE ÖKONOMISCHE GERECHTIGKEIT

Das Jugendreferat des Ökumenischen Rates der Kirchen führt für Jugendsekretäre und Jugendleiter jährlich Herbstkonsultationen durch. Im Jahre 1966 war das dafür ausgewählte Thema "Internationale ökonomische Gerechtigkeit". Anwesend waren neben Jugendleitern aus europäischen Ländern Delegierte der Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" und Vertreter aus Afrika und Asien. In dem Schlußbericht dieser Konsultation heißt es u.a.:

5. Die Beteiligung der Kirche

I. Die Kirche ist durch ihre Institution und durch ihre Mitglieder an dieser Situation in vielerlei Weise beteiligt. In den armen Ländern teilen die Christen die Not und den Verdruß ihrer Mitbürger; viele von ihnen beteiligen sich an Projekten, um die Not der anderen zu erleichtern, und auch oft an der Vorbereitung einer kommenden Revolution; sie erhalten von Mutter- und Schwesterkirchen der reichen Länder Hilfe; aber es gelingt ihnen auch oft nicht, den Umfang der Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, zu erkennen.

In den reichen Ländern teilen die Christen den Wohlstand und die Selbstzufriedenheit ihrer Mitbürger; sie beteiligen sich an Hilfsprogrammen, sie haben ihr Geld in der oben beschriebenen Weise investiert; auch ihnen gelingt es oft nicht, den Umfang des Problems zu erkennen. Sowohl im Norden als auch im Süden fühlen sich die Gruppen von Christen in den entmenslichenden und dämonischen Strukturen unserer Welt gefangen, und im Norden wie im Süden hat sich eine Minderheit von ihnen zu einer Änderung verpflichtet. Die Kirchen der reichen Länder tragen die größere Verantwortung, während ihre Brüder im Süden die Not ertragen. Dadurch ist die Würde beider in Gefahr und der Gehorsam aller ist ernsthaft auf die Probe gestellt. So teilt die ganze Kirche die Unvollkommenheit und die Entfremdung der Welt.

II. Jedoch gibt es noch mehr zu teilen. Wir nennen es einen Bericht von der Hoffnung. Durch Gottes seltsame Erwählung berufen, die ganze Menschheit zu repräsentieren, ist der Kirche der Bericht von Gottes Handeln mit dem Menschen in der Geschichte anvertraut. So macht sie den Glauben Israels lebendig, der auch die ganze Menschheit repräsentierte und mit dem Gott einen Bund schloß, indem er Abraham und seine Kinder aufrief, mit der Verheißung zu leben, daß Jahwe sie zum Segen für alle Völker machen würde. Durch Israel wissen wir etwas über Pilgerfahrt und Erlösung, über Hoffnung in diesem Leben und über eine besondere Art der Führerschaft,

bei der Autorität als Dienst ausgeübt wird; über Könige, die in erster Linie Hirten waren; über einen Ruf nach Gerechtigkeit, die nicht nur mit persönlicher Rechtfchaffenheit identifiziert werden sollte, sondern die die ganze Menschheit umfaßt und engagiert.

Mit Israel empfing die Kirche den Messias, Jesus von Nazareth, in dem die Thora verkörpert ist und die Propheten erfüllt sind, in dem die ganze Menschheit repräsentiert, gerichtet und versöhnt ist. Die Geschichte der Hoffnung ist seine Geschichte bevor sie die unsere ist. Von ihm empfangen wir eine neue Freiheit, vollkommen Menschen zu sein, uns mit den Armen und Ausgestoßenen zu identifizieren, um unter ihnen die Geschichte der Hoffnung Fleisch und Blut werden zu lassen. Von ihm lernen wir, die Menschen bei ihren Namen zu rufen und an ihrer Seite zu bleiben (Johannes 10), selbst wenn ihre Ausbeuter sich gegen uns werden. Von ihm lernen wir, daß Freude nicht notwendigerweise das gleiche wie Popularität ist und Friede niemals das gleiche wie die Verteidigung des Status quo.

III. ...

IV. Wenn diese Geschichte der Hoffnung angenommen würde, könnte Europa aus seinem kollektiven Egoismus und der privaten Gier herausfinden, welche die südliche Hemisphäre über all unsere Länder geschrieben sehen. Die Geschichte unseres Kontinents beginnt erst, wenn wir die ungeheure Aufgabe sehen, die wir heute willig auf uns nehmen können. Wenn wir lernen, unsere Reichtümer und Erfahrungen zum Dienen zu gebrauchen, werden wir leben; wenn uns das nicht gelingt, sind wir bereits tot.

Unser Dienst wird nicht das Geben von Almosen sein; die Geschichte der Hoffnung will uns dazu bringen, die demütigenden Strukturen, die die Welt gefangen halten, zu erstürmen; darauf hinzuarbeiten, Rechte zu vergeben und nicht nur Reis, Partnerschaft zu praktizieren, nicht Beherrschung; Einigkeit zu zeigen und keine Trennung anzunehmen; uns selbst und unseren Ländern von der Hoffnung und der Zukunft zu berichten, und nicht dem Pessimismus derjenigen nachzugeben, die den Menschen des Dienstes und des Teiles für unfähig halten. Dieser Dienst nun, in dem uns Christus seine wirksame Anwesenheit versprochen hat, ist unsere Botschaft der Hoffnung. Es ist nun Aufgabe der Kirchen, das in ihren Aktionen und ihrem Denken auszuarbeiten.

6.

A Studium

Em-

An unsere Gruppen und Mitglieder

pfeh-

lungen

für

Aktio-

nen

1) Wir empfehlen den Jugendreferaten der Ökumenischen Räte und unseren Mitgliedskirchen, daß sie einem intensiven Studienprogramm über Kernfragen internationaler ökonomischer Gerechtigkeit den Vorrang geben, zum Gebrauch in Leiterschulung, Konferenzen und Gruppen. Dieses Studienprogramm sollte folgendes behandeln:

- in welcher Art und Weise die Kirchen schon engagiert sind (Hilfsprogramm und Entwicklungshilfe) und in welcher Weise die Kirchen sich noch engagieren sollten (politisches Handeln),
- Übersetzung und Verbreitung der Berichte von der Konferenz für Kirche und Gesellschaft, zum Gebrauch in örtlichen und übergemeindlichen Situationen,
- politische Maßnahmen, die eine Änderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen verhindern,
- eine Erhöhung der Hilfe,
- die Förderung echten internationalen Denkens.

2) Wir empfehlen, daß das Jugendreferat jeder Kirche und jedes ökumenischen Rates in Europa von jetzt ab bis zur 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Juli 1968) mindestens eine Konferenz, die gut vorbereitet und ausgewertet wird, über das Thema der Entwicklung organisiert. Es ist notwendig, daß mehrere Vertreter der Entwicklungsländer volle Teilnehmer solcher Konferenzen sind.

3) Wir empfehlen, daß die Ergebnisse dieser Studien und Konferenzen den Kirchen mitgeteilt werden, mit der Bitte, daß sie ständig sowohl die Regierungen und politischen Parteien als auch die Arbeiterschaft und die Unternehmer mit dem Anliegen konfrontieren.

4) Wir empfehlen weiterhin enge Zusammenarbeit mit säkularen und kirchlichen Organisationen, die die Sorge um internationale ökonomische Gerechtigkeit teilen.

B Erziehung

1) Wir empfehlen den Jugendreferaten der Kirchen und ökumenischen Räten, im Hinblick auf die große Wichtigkeit einer Änderung der öffentlichen Meinung in bezug auf ökonomische Gerechtigkeit, daß die Erziehung vorrangig behandelt wird. Dies sollte enthalten:

.....

- starke Unterstützung von Projekten, die von den

Kirchen, Regierungen und freien Organisationen ausgeführt werden, wenn sie die Entwicklungskriterien erfüllen, besonders das Kriterium der Integration in nationale Entwicklungspläne,  
- dauernder und erbarmungsloser Kampf gegen alle Projekte, die nicht diese Kriterien erfüllen, und starke Kritik an allen kirchlichen und säkularen Veröffentlichungen, die unwahre oder einseitige Information über die Entwicklung geben.

...

- 2) Wir empfehlen, daß die Jugendreferate ihre Erziehungsbehörden auf den angemessenen Wegen (wie durch christliche Studentebewegung und andere Studentenorganisationen) dazu veranlassen, das Anliegen der internationalen ökonomischen Gerechtigkeit in die Lehrpläne in ihren Ländern aufzunehmen. Wo keine Resultate erzielt werden, sollten Katecheten dazu veranlaßt werden, dieses Thema in ihren Klassen zu behandeln.
- 3) ...
- 4) Wir empfehlen den Jugendreferaten weiterhin, jungen Menschen zu helfen - durch alle verfügbaren Erziehungsmittel - der vorherrschenden Stimmung, immer mehr Geld für persönliche Dinge auszugeben, zu widerstehen und eine persönliche und gemeinsame Disziplin im Gebrauch ihrer Güter zu finden, welche das Anliegen der Entwicklung in ihre Lebensführung einschließt. Uns selbst und unseren Kollegen empfehlen wir, daß die Kraft dieses Aufrufes nicht dadurch vermindert wird, daß wir uns einer solchen Disziplin ausschließen.
- 5) Wir empfehlen, daß die Jugendreferate ihre G-lieder dazu ermutigen, ihre Wirksamkeit durch volle, aber kritische Teilnahme am politischen Leben ihres Landes zu erhöhen; durch den Beitritt zu politischen Parteien, Berufsorganisationen oder anderen politischen Gruppen, und an ihrer Erneuerung mitzuarbeiten; durch kritisches Zeitungslesen und durch die Entwicklung von Lesegewohnheiten und -disziplin.

## VII. CHRISTUS UND DIE HUNGERNDEN

Fragen und Gedanken zum Durchdenken biblischer Texte angesichts des Hungers und der ungerechten, ökonomischen Verhältnisse.

"Alle Menschen sind unsere Brüder. Das Blut Christi hat uns zu Kindern desselben Vaters gemacht. Wenn nun in einer Familie ein Glied leidet oder stirbt, so sind die anderen Glieder auch im Leid. Wir wissen jetzt, daß Tausende von Menschen jedes Jahr auf der Welt vor Hunger sterben. Wir können nicht mehr wie vorher leben. Selbst wenn die finanziellen Mittel es gestatten, ist ein Leben, dessen Z-uschritt über das entsprechend N-otwendige hinausgeht - und wir wiederholen es noch einmal - ist ein Leben, ohne mit allen Kräften an unserem Platz für eine gerechtere Welt zu kämpfen, Sünde."

(Michel Quoist)

A  
Eine  
Welt  
im  
Über-  
fluß

1. Mose 1, 1-31; 26-31
1. Mose 2, 15, 18 - 20

### F r a g e n

1. Die Welt hat genügend Nahrungsmittel, um alle Menschen zu ernähren. Wie unterscheiden wir zwischen dem Notwendigen und dem Luxus?
2. Sind wir gute Haushalter gewesen, indem wir die Güter der Schöpfung Gottes "beherrschten" und uns "untertan machten"?
3. Was hält uns davon ab, die Reichtümer, die unsere Erde hervorbringt, mit der größt-möglichen Z-ahl von Menschen zu teilen?

B  
Der  
Schrei  
nach  
Ge-  
rech-  
tig-  
keit

- Jesaja 1, 12-17  
Amos 2, 6-8; 4, 1-2; 21-24  
Micha 6, 6-8

### F r a g e n

1. Ist das Leiden der Hungernden das Ergebnis "natürlicher Bedingungen" oder sozialer Gerechtigkeit?
2. Christliche Nächstenliebe kann nicht mit bloßem Almosen-Geben zufrieden sein, sondern muß nach der Gerechtigkeit streben, die viele Almosen un-

nötig macht. Was bedeutet das in unserer Beziehung zu den Menschen der Entwicklungsländer, ihrem Hunger, ihrem Mangel an Bildungsmöglichkeiten etc.

3. Was bedeutet das Gleichnis vom barmherzigen Samariter für unsere Beziehung als reiche zu den ärmeren Menschen in den Ländern der dritten Welt? Wie können wir den Schmerz der Betroffenen lindern, und auch das Werk der Dämonen verhindern? Wie helfen wir die Wunden zu heilen? Was tun wir dafür, daß keine Wunden mehr geschlagen werden?

C  
Bleibt  
auf  
der  
Erde

Matthäus 11, 1-6  
Matthäus 26, 6-13  
Offenbarung 21, 1-5

#### F r a g e n

1. Was bedeutet es für uns, daß Christus in der Mitte der Bedürftigen und Unterdrückten zu finden war?

2. Sehen Sie in unserer Welt heute Zeichen dafür, daß Jesus den Menschen "neues Leben" gibt? Was sind diese? Was bedeuten sie für jene, die ihm nachfolgen? Wenn Sie keine sehen, gibt es etwas, was Sie und andere Christen tun können, um sie zu ermöglichen?

3. U Thant hat gesagt, als er über die Bedürfnisse der Hungernden sprach: "Es ist nicht mehr so, daß die tatsächlichen Möglichkeiten unsere Einfallskraft behindern, sondern so, daß die Einfallskraft die tatsächlichen Möglichkeiten behindert." Was bedeutet dies im Licht des biblischen Verständnisses von "Sünde" und neuer "Schöpfung"?

D  
Im  
Sterben  
leben  
wir

Markus 1, 14-20  
Matthäus 25, 34-40  
Johannes 20, 19-23

#### F r a g e n

1. Zitat: "Nicht irgendeine religiöse Handlung macht den Christen zu dem, was er ist, sondern die Teilnahme an dem Leiden Gottes im Leben dieser Welt." Was heißt das?

2. Was bedeutet es, das Leben des dienenden Christus in unserem persönlichen Leben wiederzuspiegeln? Im Leben der Kirche?

3. Was hindert die Kirche in unserem Land heute, die Gestalt des dienenden Christus anzunehmen?

### G e b e t

"Da sagte er zu seinen Jüngern: Laßt sie lagern... Er nahm die fünf Brote und zwei Fische, blickte gen Himmel, segnete und brach sie und übergab sie den Jüngern, damit diese sie den Volksscharen vorlegten. Alle aßen und wurden satt" (Lukas 9,14-17)

Ich habe gegessen,  
Ich habe zuviel gegessen,  
Ich habe gegessen, um zu tun wie die anderen,  
Weil ich eingeladen war,  
Weil ich in Gesellschaft war und die Gesellschaft es nicht begriffen hätte;

Und jedes Gericht,  
Und jeder Bissen,  
Und jeder Schluck ging schwer hinunter.

Herr, ich habe zuviel gegessen.  
Während zehn, hundert, tausend Unglückliche auf der Welt im gleichen Augenblick sich vor Schmerzen wanden und den Hungertod starben vor ihren verzweifelten Angehörigen.

Herr, das ist schrecklich, denn ich weiß darum, Die Menschen wissen jetzt darum.

Sie wissen, daß nicht nur Tausende, sondern Millionen Hunger haben auf der ganz-en Welt. Die Menschen haben die Hungerkarte gezeichnet; Die Todeszonen sind darauf und prägen unlöschar ihre Schrecken ein.

Die Ziffern richten die Kolonnen ihrer uner-bitterlichen Wahrheit auf:

Ein Drittel der Menschheit ist unterernährt. Mehrere Millionen Menschen sterben vor Hunger im Laufe einer einzigen Hungersnot in Indien. Die Hindus leben durchschnittlich kaum 26 Jahre.

Herr, Du siehst diese Karte, Du liest diese Ziffern,

Nicht wie der gewöhnliche Statistiker in seinem Büro,

Sondern wie ein kinderreicher Vater, der sich über die Stirn eines jeden seiner Söhne neigt.

Herr, Du siehst diese Karte, Du liest diese Ziffern seit Ewigkeit.

Du sahst sie, Du lasest sie, als Du für mich die Geschichte vom reichen Prasser und vom armen hungrigen Lazarus erzähltest;

Du sahst sie, Du lasest sie, als Du für mich das Jüngste Gericht schildertest.

" . . . Ich war hungrig . . . "

Herr, Du bist schrecklich!  
Du stehst Schlange um die Armensuppe,  
Du ißt die Reste aus dem Mülleimer,  
Du bist vor Hungerqual im Todeskampf,  
Du stirbst mit 25 Jahren verlassen in  
einem Winkel,

Während in einem anderen Winkel des großen  
Saales der Welt ich - mit einigen Gliedern  
unserer Familie - ohne Hunger zu haben, das  
esse, was genügen würde, um Dich zu retten.

" . . . Ich war hungrig . . . "

Du wirst mir das immer sagen können, Herr,  
wenn ich einen einzigen Augenblick zaudere,  
mich zu verschenken.

Ich werde niemals zu Ende kommen, meinen  
Brüdern die Suppe aufzutischen, sie sind zu  
zahlreich,

Und es wird immer solche geben, die ihren Teil  
noch nicht bekommen haben!

Ich werde niemals mit dem Kampf zu Ende kom-  
men, wenn ich für alle meine Brüder Suppe  
haben will.

Herr, es ist nicht leicht, der Welt zu essen  
zu geben.

Ich verrichte lieber mein Gebet, regelmäßig  
und genau,

Ich esse lieber am Freitag kein Fleisch ,

Ich besuche lieber meine Armen,

Ich gebe meine Gabe lieber zum Kirchweihstag  
oder an Waisenhäuser;

Doch das ist ja nicht genug,

Das ist eigentlich nichts, wenn Du mir eines  
Tages sagen kannst: "Ich war hungrig!"

. . . . .  
Herr, ich habe keinen Hunger mehr,  
Herr, ich will keinen Hunger mehr haben,  
Herr, ich will nur noch essen, um zu leben,  
um Dir zu dienen und für meine Brüder zu  
kämpfen.

Denn Du hast Hunger, Herr.

Denn Du stirbst vor Hunger, indes ich über-  
sättigt bin.

Michel Quoist

## VIII. LITERATURVERZEICHNIS

1. Lenin: Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung  
(Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd.1, S. 671-723) Dietz-Verlag, Berlin 1951
2. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus  
(Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd.1, S.767ff) Dietz-Verlag, Berlin 1951
3. Otto Rühle: Brot für sechs Milliarden  
Urania-Verlag, Leipzig, Jena, Berlin 1963
4. Fritz Baade: Der Wettlauf zum Jahr 2000  
Union-Verlag Berlin 1966
5. Karl-Heinz Domdey: Gedanken zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Weltsystemen  
(Nachwort in Baade, Der Wettlauf zum Jahr 2000)
6. Autorenkollektiv Domdey usw.:  
Gegenwartsprobleme der internationalen Handelsbeziehungen, Verlag Die Wirtschaft  
(Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft, Bd. 6)  
darin besonders:
  1. Domdey: Aktuelle Probleme der friedlichen Koexistenz  
Kap. III Die ökonomische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (S. 20ff)
  2. Paul Friedländer: Zur Spezifik struktureller Veränderungen im Außenhandel Westdeutschlands mit den Entwicklungsländern (S. 154ff)
  3. Ursula Richter: Einige Fragen der Bedeutung des unsichtbaren Handels der Entwicklungsländer (S. 174ff)
  4. Horst Uebel: Zur Rolle des einströmenden Fremdenverkehrs im unsichtbaren Handel der Entwicklungsländer (S. 184ff)
  5. Gerhard Scharschmidt: Prinzipien und Vorteile langfristiger Abkommen zwischen den sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern (S. 288ff)
  6. Wolfgang Spöte: Aspekte der wissenschaftlich-technischen Unterstützung ökonomisch schwach entwickelter Länder durch die DDR (S. 243ff)
7. Autorenkollektiv Domdey usw.  
Grundprobleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten beider Weltsysteme  
Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1966  
(Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft Bd. 7)

Darin besonders: Abschnitt II: Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern ( S.187-305 mit Beiträgen verschiedener Autoren aus verschiedenen Ländern)

8. Johann-Lorenz Schmidt: Artikelserie:  
Fast 80 Länder der Erde  
(Zu Problemen einer Ökonomie der Entwicklungsländer in  
Forum, Organ des ZR der FDJ  
Folge I Forum 22 (2. Nov.-Heft 1966)  
Folge II Forum 24 (2. Dez.-Heft 1966)  
wird fortgesetzt
9. Johann-Lorenz Schmidt: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern  
Außenhandel H. 7 (S. 52-54) 1966
10. L. Sewin: Gegenseitiger Vorteil gegenseitige Hilfe (Zusammenarbeit sozialistischer und Entwicklungsländer)  
Außenhandel 1965, H. 10 (S. 32-38)
11. Die Entwicklung der Wirtschaft und außenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR 1965 - Dokumentation  
Außenhandel 1966, H. 7 (S. 48-50)
12. G. Scharschmidt: Zu den Handelsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten  
(Außenhandel 1965, H. 3 (S. 40-45)
13. Gerhard Brendel: Der Kampf der Entwicklungsländer um ihre Stellung im Welthandel  
Deutsche Außenpolitik 1965, H. 10  
( S. 1209-1218)
14. Parviz Khalatbari: Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern  
Deutsche Außenpolitik 1966, H.2 (S.190-198)
15. Waltraut Frügel: Das Bildungswesen in den Entwicklungsländern  
Deutsche Außenpolitik 1966, H. 1 (S.75-82)
16. Johann-Lorenz Schmidt: Zu einigen Prinzipien der Beziehungen der sozialistischen Länder zu den Entwicklungsländern  
Deutsche Außenpolitik 1965, H. 10  
(S. 683ff)
17. Rohstoffe im Welthandel, Stellung der jungen Nationalstaaten im Welthandel  
Deutsche Außenpolitik 1965, H. 10  
(S. 1509ff)
18. G. Brendel/S. Wenger: Außenwirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder zu nichtsozialistischen Ländern  
Deutsche Außenpolitik 1966, H. 4  
(S. 427-438)

19. Parviz Khalatbari: Zum Wirtschaftswachstum in den  
Entwicklungsländern  
Wirtschaftswissenschaft 1966, Nr. 9  
(S. 1477-1496)
  20. Parviz Khalatbari: Überbevölkerung, Beschäftigung  
und wirtschaftliches Wachstum in den  
Entwicklungsländern  
Wirtschaftswissenschaft 1965, H. 7  
(S. 1132-1147)
  21. Romberg, Walter: Fernziel: Weltinnenpolitik  
Zeichen der Zeit 1965, H. 7  
(S. 258-262)
  22. Carolina Maria de Jesus: Tagebuch der Armut  
(Reclam-Bd.) Verlag Reclam Leipzig
-

22. 3. 78

500 Stk

KERNWAFFEN

UND

• NUKLEAR

• STRATEGIE

Vortrag von Dr. Walter Romberg

gehalten in der -AG Abrüstung- der Gossner-Mission  
in der DDR und der CFK

Berlin und Burgscheidungen Juni 1977

## Kernwaffenrüstung und Nuklearstrategie

Der Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und NaGasaki am 6. und 9. August 1945 forderte 120.000 bis 200.000 Tote und etwa die gleiche Anzahl von Verletzten <sup>1)</sup>. Die Gewalt der Bombe beruht auf dreierlei Wirkungen: Druck-, Hitze- und Strahlenwirkung. "Durch die Druckwirkung der Hiroshimabombe wurden auf einer Fläche von 10 Quadratkilometern alle aus Ziegeln gebauten Häuser zum Einsturz gebracht und die Menschen von den Trümmern der einstürzenden Häuser erschlagen und verschüttet. ... Die weniger schweren Schäden erstreckten sich bis zum Rand eines Gebietes von 200 Quadratkilometern. <sup>x)</sup> Die Hitzewirkung ging bei der Explosion von einem Feuerball von 100 Meter Durchmesser aus, in dessen Innerem eine Temperatur von mehreren Millionen Grad herrschte. Menschen, die sich in einer Entfernung von einigen hundert Metern vom Feuerball befanden und von den Hitzestrahlen getroffen wurden, verbrannten augenblicklich zu Asche. ... Bis zu einem Abstand von einem Kilometer vom Feuerball wurde alles Brennbares entzündet und noch in einer Entfernung von 3 Kilometern verkohlte Holz. Ein kurz nachher einsetzender Feuersturm setzte das Verbrennungswerk fort. ... Bei der Explosion der Hiroshimabombe war die unmittelbare Wirkung der ionisierenden Strahlung so stark, daß auch der größte Teil jener Menschen, die nicht dem Explosionsdruck und dem Feuer zum Opfer fielen, sich aber im Bereich der starken Strahlung befanden, in der Zeit von wenigen Stunden bis zu einigen Tagen an der Strahlenwirkung starben" <sup>2)</sup>. Dabei sind die Spätfolgen der Strahlenwirkung ("Strahlenkrankheiten", gehäuftes Auftreten von Krebskrankungen und Leukämie, Schädigungen, Mißbildungen und Degenerationserscheinungen an nachgeborenen Kindern, Erbschäden) nicht berücksichtigt <sup>3)</sup>. Die Explosivkraft der Hiroshimabombe betrug 15 kt ( 1 kt = Sprengwirkung von 1000 Tonnen TNT <sup>4)</sup>), d.h. rund das 1.500-fache der Sprengkraft der größten herkömmlichen Bombe des Zweiten Weltkrieges, der "Luftmine". Ein heutiger strategischer <sup>5)</sup> Nuklearsprengkopf besitzt eine Explosivkraft, die in Megatonnen ( 1 Mt = 1 Million Tonnen TNT) gemessen wird und bei den großen Sprengköpfen bis zu 20 Mt beträgt. Die gesamte Sprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg von den USA, Deutschland und Japan abgeworfenen Bomben betrug 2 Mt. Für die heute im Bereich der NATO und der Staaten des Warschauer

Vertrages angehäuften gesamte nukleare Sprengkraft ergibt sich durch Schätzungen, daß auf jeden Einwohner dieser Staaten durchschnittlich 60 t TNT fallen, d.h. jeweils 15 kt pro 250 Einwohner.

Die Bemühungen der USA, mit Hilfe des Atomwaffenmonopols eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu erzwingen (US-Strategie im Clifford-Memorandum 1946: "Die USA müssen bereit sein, einen atomaren und bakteriologischen Krieg zu führen"), schlugen fehl. Bereits 1949 erfolgt der erste sowjetische Atombombentest. 1952/53 werden - dicht nacheinander - der erste sowjetische und der erste amerikanische Wasserstoffbombentest (Thermonuklearbombe) durchgeführt. Damit ist das Monopol der USA gebrochen, der technologische Rückstand von der Sowjetunion unter schwierigen ökonomischen Bedingungen aufgeholt.

Die weiteren fünfziger Jahre sind gekennzeichnet durch Verstärkung der nuklearen und der konventionellen Aufrüstung. Die USA-Militärs entwickeln die "Doktrin der massiven Vergeltung": auf einen Bodenangriff mit konventionellen Waffen erfolgt ein strategischer Kernwaffenschlag, bevor die Nuklearwaffen des Gegners abgeschossen werden können. Da dabei technische Ausfälle und Treffungenauigkeiten nicht ausgeschlossen werden können, muß die Anzahl der eigenen Kernwaffen wesentlich höher sein als die der sowjetischen Seite. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Forcierung des Rüstungswettlaufs. 1957 beschließt der NATO-Rat die Ausrüstung der NATO mit Atomwaffen. 1957 erfolgt der erste britische Wasserstoffbombentest, 1960 der erste französische Atombombentest. Die Außenpolitik der Westmächte geht in dieser Zeit noch davon aus, daß die sowjetische Wirtschaft den Rüstungswettlauf nicht durchhalten wird und so zur Annahme der politischen Forderungen der USA gezwungen werden kann.

Um 1960 beginnt ein neuer Abschnitt im Kernwaffen-Rüstungswettlauf. Die USA <sup>6)</sup> forcieren in mehreren Schüben die quantitative und qualitative Entwicklung der Raketenwaffen. Das Ergebnis ist ein rasches Anwachsen der Anzahl der Nuklearsprengköpfe, das Entstehen neuer Raketenwaffensysteme und - als Folge - die Festlegung neuer Nuklearstrategien, zuerst auf der amerikanischen, dann nachziehend auf der sowjetischen Seite.

Der erste Schub erfolgt 1960: Das US-Defense Department informiert die amerikanische Öffentlichkeit über den möglicherweise bevorstehenden Aufbau eines umfassenden Systems von sowjetischen Interkontinentalraketen. Der beschleunigte Ausbau der amerikanischen strategischen Kernwaffen wird eingeleitet. Tatsächlich existiert zu diesem Zeitpunkt keine einzige sowjetische ICBM <sup>7)</sup>. 1963 erfährt man, daß die sowjetische Seite nur 3% der vorhergesagten Raketen gebaut hat. Es dauert sieben Jahre, bis die Sowjetunion die von den USA hervorge-rufene Lücke schließen kann.

Der zweite Schub wird 1966 ausgelöst durch die Mitteilung des US-Defense Departement, daß die sowjetische Seite ein ausgedehntes Antiraketensystem (ABM-System <sup>8)</sup>) über ihr gesamtes Territorium aufgebaut. Um das gegnerische ABM-System zu durchdringen, wird von den USA ein kostspieliges Forschungs- und Entwicklungsprogramm in Gang gesetzt, aus dem - wie geplant - eine neue Waffe, die Mehr-fachsprengstoffkopfrakete (MIRV <sup>9)</sup>), entsteht: diese Rakete besitzt mehrere (bekannt ist zur Zeit: bis zu vierzehn) Sprengköpfe, die gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten die Trägerrakete verlassen können und auf unterschiedlichen Orbitalbahnen in verschiedene Ziele gelenkt werden.

Heute ist bekannt, daß 1966 nur ein kleines ABM-System um Moskau aufgebaut wurde. Die MIRV-Rüstung hat sich inzwischen verselbständigt. Sie ist eine wesentliche Ursache dafür, daß die amerikanische Nuklearstrategie zunehmend aus einer Abschreckungsstrategie in eine Offensivstrategie verändert worden ist. Dagegen dürften die ersten Raketen des sowjetischen MIRV-Systems, das in Reaktion auf das amerikanische entwickelt wurde, erst im vergangenen Jahr installiert worden sein.

Den dritten Schub provoziert das US-Defense Departement um 1969: es läßt erklären, daß die über 200 schweren (jeweils 20 Mt Sprengkraft) sowjetischen Interkontinentalraketen SS-9 in der Lage sind, in einem ersten Kernwaffenschlag das amerikanische Minuteman-Raketensystem zu zerschlagen. Deshalb sei eine bedeutende Verstärkung des amerikanischen ABM-Systems kurzfristig notwendig. Die Information über die sowjetische SS-9 erweist sich später als gezielte Übertreibung. Sie führt zu einem Ausbauprogramm des amerikanischen ABM-Systems, das auf diese Weise die 10-fache Größe des sowjetischen ABM-Systems erhalten soll.

Mehrfachsprengkopfraketen, neue Steuerungstechniken und wachsende Treffsicherheit sind schließlich die Schwerpunkte der weiter fortschreitenden Raketentechnologie der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Neue ballistische Sprengköpfe mit selbsttätiger Lenkung in vorgeschriebene Ziele (MARV <sup>10</sup>) befinden sich im Entwicklungsstadium. Bei H-Bomben-Raketen (Sprengwirkung wie bei der Wasserstoffbombe) kann bereits eine Zielgenauigkeit in der Größenordnung von 10 Meter erreicht werden. Gleichzeitig erfolgt die Entwicklung "sehr kleiner" Sprengköpfe (Bruchteile von kt), die mit neuen Zielleitsystemen versehen sowohl als strategische wie auch als taktische Waffen eingesetzt werden sollen. Die in den letzten Jahren in den USA hochentwickelte Flügelrakete (Cruise missile) bildet das sichtbarste und vermutlich schwerwiegenste Ergebnis dieser Entwicklung <sup>11</sup>: Diese mit einem eigenen Turbinenantrieb (also nicht ballistisch) und relativ niedrig über dem Erdboden sich bewegende Rakete, die deshalb das gegenwärtige Frühwarnsystem unterfliegen kann, sucht selbsttätig das ihr einprogrammierte Ziel bis zu einer Reichweite von 2.750 km. (Der nukleare Sprengkopf beträgt wahrscheinlich 200 kt. Ersatzweise ist auch der Einbau eines konventionellen Sprengkopfes möglich.) Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß für die Flügelrakete nur konventionelle Trägersysteme bzw. Abschußvorrichtungen benötigt werden, z.B. jedes normale Torpedorohr (vom getauchten U-Boot oder über Wasser), Bomber (kann bis zu mehrere Dutzend Flügelraketen tragen) usw.

Diese, hier nur kurz angedeutete, Entwicklung der Kernwaffensysteme bildet den Hintergrund für die Veränderungen der Strategien der nuklearen Kriegführung. Am Beispiel der amerikanischen Nuklearstrategien sollen diese Veränderungen verdeutlicht werden <sup>12</sup>.

Bis zum Anfang der sechziger Jahre waren die Zielbereiche der amerikanischen strategischen Kernwaffen im wesentlichen dicht besiedelte sowjetische Bevölkerungs- und Industriegebiete ("countercity"-Strategie). Durch Androhung eines sofortigen, umfassenden Vergeltungsschlages sollte verhindert werden, daß der Gegner Nuklearwaffen einsetzt (oder auch mit massiven konventionellen Streitkräften angreift). Die potentielle Vernichtung eines Viertels der sowjetischen Bevölkerung und der Hälfte der sowjetischen Industrie wurde von der amerikanischen Seite seinerzeit als ausreichend angesehen. Diese Abschreckungsstrategie, die also durch gegenseitige "Geiselnahme" von Millionen von Menschen und von großen Industriegebieten den Kernwaffenkrieg verhindern und relative Stabilität garantieren soll,

erfordert 200 bis 400 Sprengköpfe mit einer Sprengkraft von jeweils 1 Mt auf unverwundbaren - d.h. nicht durch Überraschungsangriff zu zerstörenden - Trägersystemen. (umgekehrt würden etwa 50 sowjetische Sprengköpfe mit jeweils 10 Mt ausreichen, um ein Viertel der amerikanischen Bevölkerung zu vernichten.) Spätestens in den ersten sechziger Jahren wird die USA-Kapazität an strategischen Kernsprengköpfen beträchtlich über den für eine solche countercity-Strategie notwendigen Umfang herausgewachsen sein.

Tatsächlich verfügten die USA 1972 nach eigenen Angaben <sup>13)</sup> bereits über knapp 6 000, 1973 nach anderen Schätzungen <sup>14)</sup> über etwa 8 000 (davon 5 300 ständig einsatzbereite) s t r a t e g i s c h e Nuklearsprengköpfe. 1977 werden die USA unter Berücksichtigung der Auswirkungen von SALT I (!) etwa 9 800 strategische Kernsprengköpfe besitzen. <sup>15)</sup> Die entsprechenden Anzahlen für die Sowjetunion sind: 1972 rund 2 200, 1973 etwa 2 600, 1977 knapp 4 000 <sup>16)</sup>. Dabei sind die t a k t i s c h e n Nuklearsprengköpfe nicht berücksichtigt: in Europa zur Zeit <sup>17)</sup> schätzungsweise etwa 7 000 US-amerikanische und 3 500 sowjetische <sup>18)</sup> (USA insgesamt: etwa 22 000, davon etwa 10 000 in USA stationiert <sup>18)</sup>). Die Sprengkraft eines taktischen Kernsprengkopfes reicht bis zu 500 kt. Die in Europa stationierten taktischen Sprengköpfe entsprechen einer Explosivkraft von etwa 20 000 Hiroshima-Bomben.

Über die Entwicklung der Trägersysteme für strategische Nuklearsprengköpfe gibt die folgende Aufstellung Auskunft: <sup>19)</sup>

Träger	USA: 1967	1976	UDSSR: 1967	1976
1. Strateg. Bomber	697	430	155	140
2. Strateg. U-Boote	41	41	9	54
3. SLBM	656	656 (6 896)	27	716 ( 716)
4. ICBM	1 054	1 054 (2 154)	720	1 507 (2 197)

direkte Träger insgesamt ( 1., 3., 4.) 2 407 2 140 902 2 363

Die in Klammern angefügten Zahlen geben die Anzahl der auf den jeweiligen strategischen Raketen befindlichen Sprengköpfe an (d. h. bei Mehrfachsprengkopfraketen wird jeder Sprengkopf gezählt). Für die Anzahl der Sprengköpfe auf Raketen, die u n a b h ä n g i g <sup>19)</sup> in verschiedene Ziele gelenkt werden können, ergibt sich nach

USA: 1967	1976	USSR: 1967	1976
1 710	8 634	747	3 353

Die Gesamtsprengkraft in Mt auf den sowjetischen Trägersystemen übersteigt die amerikanische, obwohl die Anzahl der sowjetischen Sprengköpfe geringer als die der amerikanischen ist.

Durch das SALT I-Abkommen (gültig bis Oktober 1977) ist die Anzahl der strategischen U-Boote begrenzt auf 44 für USA, 62 für USSR. Im Rahmen der Vorvereinbarungen (Wladiwostok 1974) für das Abkommen SALT II, das bis 1985 laufen soll, ist vorgesehen, daß jede Seite nicht mehr als 2 400 Trägersysteme besitzt; davon dürfen 1 320 mit Mehrfachsprengköpfen besetzt sein. Falls die bei den Vorvereinbarungen getroffenen Begrenzungen wirksam werden, dürfen die USA bis 1985 die Anzahl ihrer strategischen Sprengköpfe bis auf etwa 18 500, die Sowjetunion bis auf etwa 9 500 erhöhen <sup>20)</sup>.

J.R. Schlesinger, seinerzeitiger US-Kriegsminister, gab 1974 rückblickend folgende Darstellung: " Wir sind zu dem gegenwärtigen Umfang und der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer strategischen Offensivwaffen nicht nur deshalb gelangt, weil wir mit absoluter Sicherheit über die letzte Drohung der massiven Zerstörung verfügen wollten, sondern auch weil wir es seit über zehn Jahren für ratsam hielten, uns auch gegen eine Bedrohung abzusichern, die größer sein würde als die erwartete. Diese Kalkulationen führten automatisch zu einem Überschuß an Sprengköpfen, so daß wir zusätzliche Waffen auf nicht-städtische Ziele richten konnten und auf diese Weise eine begrenzte Anzahl von Optionen erwerben, einige gehärtete Ziele anzugreifen" 21).

Die Festlegung militärischer Ziele für einen wachsenden Überschuß an strategischen Sprengköpfen ("counterforce"-Strategie) bedeutet den Übergang zu einer Strategie, die davon ausgeht, daß Nuklearwaffen nicht nur zur Abschreckung (Kriegsverhinderung) sondern auch zur Kriegführung eingesetzt werden. Eine solche Strategie wird von ihren Vertretern durch die Behauptung gerechtfertigt, daß der Gegner durch taktische oder (auf einer höheren Stufe) begrenzte strategische Kernwaffenschläge in einem Krieg, der nicht mehr zu verhindern war, von weiteren Schritten (Eskalation in die nächsthöhere Stufe) abgehalten werden kann. Dazu wieder J.R. Schlesinger: "Ich glaube, Herr Senator, wenn wir mit der sowjetischen Führung während des (Nuklear-)Krieges kontinuierlich kommunizieren und ihnen peinlich genau den begrenzten Zweck unserer Aktionen - einschließlich des Wunsches, einen Angriff auf die städtische industrielle Basis zu vermeiden - beschreiben, daß (...) die politische Führung auf beiden Seiten unter starkem Druck stehen wird, weiter Vernunft zu bewahren." 22).

Die Unglaubwürdigkeit dieser Argumentation und die Fragwürdigkeit der counterforce-Strategie werden offensichtlich, wenn man bedenkt, daß allein aus technischen Gründen die Begrenzung der Wirkung eines Kernwaffenschlags nicht hinreichend kalkuliert werden kann (dies hat sich beim Testen nuklearer Trägersysteme immer wieder gezeigt: wechselnde Windverhältnisse im Zielgebiet, Fehler in der Computersteuerung oder Produktionsfehler im Trägersystem u.a. sind die Ursachen). Außerdem sind die psychologischen Reaktionen in der betroffenen Bevölkerung und Führung nicht vorhersehbar. Tatsächlich gab es daher im Laufe der sechziger Jahre in den USA gewisse Tendenzen zurück zur countercity-Strategie, jedoch unter Beibehaltung von militärischen Zielen in der Nuklearplanung: counterforce Optionen blieben erhalten.

Erst im Januar 1974 wurde die bereits lange vorher stillschweigend eingeführte counterforce-Strategie von Schlesinger auch öffentlich als amerikanische Nuklearstrategie verkündet. Diese Strategie gilt auch heute 23). Sie ist letztlich das Ergebnis - und nicht die Ursache - der von den USA in den sechziger Jahren in Bewegung gesetzten maßlosen Nuklearwaffenentwicklung und -produktion. Heute dient sie bereits als Legitimation für die jüngste weitere Beschleunigung der waffentechnologischen Entwicklung: Mit der von Schlesinger angegebenen Zielstellung der "neuen" Strategie - Erhöhung der Flexibilität durch Vervollständigung des Wirkungsspektrums von Kernwaffen, Begrenzung von Nuklearkriegen durch Drohung mit der nächsten Eskalationsstufe - kann wiederum eine Forcierung der Kernwaffenentwicklung gerechtfertigt werden, insbesondere im Bereich der Steuerungstechnik und der "sehr kleinen" Sprengköpfe ( siehe S. 4 ).

Darüber hinaus wird erklärt, daß die counterforce-Strategie auf diese Weise "humanisiert" werde und die Möglichkeit gäbe, militärische Ziele in der Nähe von oder in Bevölkerungszentren zu vernichten ohne nachteilige Folgen für die Zivilbevölkerung ("surgical strike capability" <sup>24</sup>).

Die Vervollständigung des Wirkungsspektrums von Nuklearwaffen im Rahmen der counterforce-Strategie schließt nach wie vor die Möglichkeit ein, durch neue technologische Entwicklungen die Fähigkeit zum entwaffnenden Erstschlag ("first strike capability") zu gewinnen, mit dem man die Nuklearstreitkräfte des Gegners in einem Überraschungsangriff zerstören kann, so daß dieser nicht mehr über eine ausreichende Zweitschlags-Kapazität verfügt. Die Fähigkeit zum entwaffnenden Erstschlag gegen den Gegner bedeutet für diesen den Verlust seiner Abschreckungskapazität und damit äußerste Bedrohung. Schon das offensichtliche oder vermeintliche Streben nach Erlangung dieser Fähigkeit muß vom Gegner als ein Höchstmaß an Bedrohung angesehen werden. Die gleiche Wirkung auf den Gegner hat eine neue Verteidigungswaffe, die unverwundbar macht gegen die gegnerische Abschreckungskapazität und damit diese ausschaltet.

Weitreichende technologische Neuentwicklungen sind jederzeit möglich. Sie können unerwartet zur Erlangung der Fähigkeit zum entwaffnenden Erstschlag oder zu neuen Verteidigungswaffen führen. Auf diese Weise wird es immer neue Perioden extremer Instabilität und erhöhten Risikos eines Nuklearkrieges geben, solange es nicht gelingt, bereits die militärische Forschung und Entwicklung unter allgemeine politische Kontrolle zu bringen <sup>25</sup>.

Die Entwicklung seit Ende der 60-er Jahre beweist dies sehr deutlich. Man wird die Wirkung der neuen Waffentechnologien, der Rüstungsdynamik und der Strategien im nuklearen Bereich als beschleunigt destabilisierend bezeichnen müssen: das relative Abschreckungsgleichgewicht wird zunehmend in Frage gestellt, gegenseitige nukleare Abschreckungskapazitäten werden ausgehöhlt. Die Destabilisierung, die mit der Konstruktion und Installierung der amerikanischen MIRV-Raketen einsetzte, ist insbesondere durch die Entwicklung der Flügelrakete stark gewachsen (s. S. 4), die (zurzeit) relative Unverwundbarkeit mit sehr hoher Zielgenauigkeit verbindet <sup>26</sup>. Die in Zukunft mögliche Ausrüstung von Interkontinentalraketen mit der verfeinerten Steuerungstechnologie der Flügelraketen wird die relative Unverwundbarkeit der gehärteten ICBM-Abschüßvorrichtungen und damit deren Zweitschlagskapazität aufheben. (Als Gegenmaßnahme wird bereits der Übergang zu unterirdisch weiträumig verschiebbaren Abschüßvorrichtungen erwogen.)

Die Erhaltung der gegenseitigen Abschreckungskapazitäten wird vermutlich noch für einige Zeit durch die strategischen U-Boote mit Nuklearantrieb garantiert sein, die bis jetzt praktisch unverwundbar sind. Mitte 1974 waren von den 8 000 strategischen Kernsprengköpfen, die den USA zur Verfügung standen, rund 4500 auf U-Boot-gestützten Raketen (SLBM) installiert <sup>27</sup>. Es ist bekannt, daß gewaltige Anstrengungen auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung unternommen werden und offensichtlich auf der amerikanischen Seite bedeutende Fortschritte erzielt worden sind. Von Abrüstungsexperten wird dringend empfohlen, Begrenzungen für die Anti-U-Boot-Waffen einzuführen, um die Abschreckungskapazitäten der SLBM zu erhalten.

Die Vervollständigung des Wirkungsspektrums der Nuklearwaffen im Sinne der counterforce-Strategie hat auch in anderer Hinsicht stark destabilisierend gewirkt: die jüngste Entwicklung verfeinerter Kernwaffen mit sehr niedriger Sprengwirkung beschleunigt den Abbau der Schwelle zwischen nuklearen und konventionellen Waffen. Die Entwicklung solcher Miniatur-Kernwaffen ist in vollem Gange und wird, wenn nicht durch entsprechende Abmachungen über Rüstungskontrolle Einhalt geboten wird, zu der vermutlich folgenschwersten Konsequenz der Rüstungsgeschichte führen, zur vollständigen Verwischung der Grenzen zwischen nuklearer und konventioneller Kriegsführung. Auch hier ist die Entwicklung der Flügelrakete von großer Bedeutung: Nukleare und konventionelle Form der fliegenden Rakete sind von außen ununterscheidbar; außerdem ist sie nicht durch ihre Trägersysteme identifizierbar, da diese rein konventionell sind. (Die zur Zeit laufende Umrüstung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa, ihre stärkere Ausrüstung mit taktischen Präzisionsnuklearwaffen, weist in die gleiche Richtung. Sie wird von den Regierungen der westeuropäischen NATO-Länder im allgemeinen begrüßt.) Die Ausweitung eines konventionellen Krieges in einen Kernwaffenkrieg wird deshalb immer wahrscheinlicher <sup>28)</sup>.

Diese Tendenz wird verstärkt dadurch, daß der Kreis der Staaten, die de facto oder potentionell über Kernwaffen verfügen ("Schwellenmächte"), ständig wächst: Man schätzt, daß zur Zeit etwa 14 Staaten Kernwaffen besitzen oder aufgrund von jetzt oder demnächst zur Verfügung stehender Nukleartechnologie kurzfristig Kernwaffen produzieren können. Man schätzt weiter, daß bereits 1985, 35 Staaten in der Lage sein werden, Kernwaffen herzustellen <sup>29)</sup>.

Eine weitere Verschärfung der Destabilisierungstendenzen bewirkt der in den letzten Jahren sprunghaft angestiegene (an dieser Stelle nicht ausführlicher darstellbare) internationale Waffenhandel in die dritte Welt, der sich zunehmend auf hochentwickelte Waffensysteme erstreckt und damit das Konfrontationspotential verstärkt. Die Ausbreitung von Überschallflugzeugen und von Boden-Luft-Raketen mit großer Reichweite zeigt die folgende Tabelle <sup>30)</sup>. Sie gibt die Anzahl der Länder an, die nicht zur NATO und zum Warschauer Vertrag gehören und die diese Waffenarten besitzen.

	Überschallflugzeuge			Boden-Luft-Raketen mit großer Reichweite		
	1955	1965	1975	1955	1965	1975
Asien	--	9	15	--	5	11
Naher Osten	1	3	10	--	3	7
Afrika	--	2	11	--	--	7
Lat.Amerika	--	1	6	--	1	2
insgesamt	1	15	42	--	9	27

Da die Flügelrakete "relativ billig" ist (750 000 pro Rakete, spezielle Abschußvorrichtungen sind nicht erforderlich) und eine technologische Basis besitzt, die in den kommenden 10 Jahren in den Bereich vieler Länder rücken wird, ist ihre Verbreitung in der dritten Welt zu erwarten.

Zunehmende Destabilisierung durch neue nukleare Waffensysteme, durch Anwachsen der Anzahl der Schwellenmächte und durch fortschreitende Erosion der Grenze zwischen konventioneller und nuklearer Kriegsführung sowie durch die Auswirkungen des internationalen Waffenhandels charakterisieren die gegenwärtige Situation.

Bis jetzt existieren keine hinreichend starken politischen Kräfte oder Institutionen, die in der Lage wären, die sich anbahnende globale Ausbreitung von Kernwaffen und ihrer Trägersysteme zu verhindern, deren technologische Weiterentwicklung zu begrenzen oder sogar Abrüstungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Kernwaffen durchzusetzen. Falls die jetzige Entwicklung fortschreitet, wird in zwanzig oder dreißig Jahren jede militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten oder Staatengruppen die Verwendung von Kernwaffen zur Folge haben und mit größter Wahrscheinlichkeit in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg übergehen, sobald eine der kriegsführenden Seiten vor der Alternative "Niederlage oder Einsatz aller Mittel" steht.

Das Ausschließen der militärischen Lösung von Konflikten und die Sicherung von Formen nichtmilitärischer Konfliktaustragung, die Schaffung der hierfür erforderlichen wirksamen internationalen Institutionen und schließlich eine umfassende globale Abrüstung sind deshalb Voraussetzung für ein menschliches Überleben schlechthin. Sie sind die politische Aufgabe, die - bei Strafe weitestgehender Zerstörung der Zivilisation - von der Menschheit innerhalb der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen ist.

Dieses Ziel muß unter den komplizierten Bedingungen der sich verschärfenden weltweiten sozialen und politischen Auseinandersetzungen erreicht werden, gegen die Kräfte, die weiterhin unter Einsatz aller Mittel versuchen werden, imperialistische und kapitalistische Herrschaftsordnungen und die damit verbundenen Privilegien festzuhalten.

Anmerkungen

- 1) Siehe z.B. : M. Hoffmann, Kernwaffen und Kernwaffenschutz, 2. Aufl., Militärverlag der DDR, Berlin 1975, S. 27  
O. Messerschmidt, Auswirkungen atomarer Detonationen auf den Menschen, München 1969, S. 2.
- 2) Internationales Institut für den Frieden (Hrsg.) Wettlauf mit dem Atontod, Wien 1967, S. 11-13. Ausführliche Angaben über die äußeren Erscheinungen und die Wirkungsformen von Kernwaffen in M. Hoffmann, a.a.O. Eine wissenschaftliche Untersuchung (aus westlicher Sicht) über die Wirkungen von Kernwaffenexplosionen in der BRD, über die wirtschaftlichen Schäden und Folgen eines Nuklearkrieges in der BRD und über andere Folgen (Trinkwasser - und Elektrizitätsversorgung, Seuchengefahr, genetische Schäden u.a.) enthält der Sammelband: C.F. von Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.
- 3) Hierzu siehe auch: Weltföderation der Wissenschaftler (Hrsg.), Unermeßliche Gefahren. Eine Analyse über die Auswirkungen der Versuche mit Atom- und thermonuklearen Waffen, Berlin 1957. Siehe auch die Studie von Max Steenbeck, Die Auswirkung von Kernwaffenangriffen auf dichtbesiedelte Gebiete, Deutsche Akad. d. Wiss., Berlin, ohne Jahresang.
- 4) TNT = Trinitrotoluol, dessen Sprengkraft ungefähr der des Dynamits entspricht.
- 5) Als strategische Nuklearwaffen werden meist Interkontinentalraketen und Bomber mit großer Reichweite (über 5500 km) bezeichnet im Unterschied zu taktischen Nuklearwaffen (einschließlich Artillerie) mit geringer (bis zu 2750 km) oder mittlerer Reichweite (2750 - 5500 km).
- 6) Zur Rolle der USA bei der nuklearen Aufrüstung der sechziger Jahre siehe z.B. Erwin Knoll, Judith N. McFadden (Hrsg.), American Militarism 1979, New York 1969, insbesondere S. 61 ff..
- 7) Abkürzung für ballistische Interkontinentalrakete : ICBM = Intercontinental ballistic missile ; entsprechend SLBM = Submarine-launched ballistic missile für ballistische Raketen mit U-Boot als Abschubbasis.
- 8) ABM = Anti-ballistic missile
- 9) MIRV = Multiple independently re-entry vessel
- 10) MARV = Maneuverable re-entry vessel
- 11) Siehe SIPRI, Yearbook 1975, Stockholm 1976, S. 11 ff.. Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute) wurde 1966 gegründet und befaßt sich vor allem mit der Welterüstungssituation und Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Vorstand und Wissenschaftlicher Rat sind international zusammengesetzt (darunter Vertreter aus mehreren sozialistischen Staaten).
- 12) Für das Folgende siehe Gert Krell, Rüstungswettlauf: Verteidigung oder Eigendynamik ? Zur Kritik der amerikanischen Nuklearstrategie, in: Friedensanalysen 2, Frankfurt 1976, S. 54-85.
- 13) US Department of State (Hrsg.), Peace, National Security and the SALT-Agreements, August 1972.

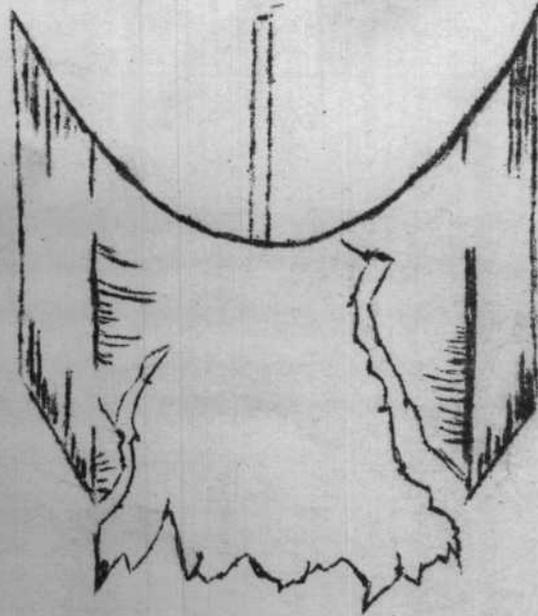
- 14) SIPRI, Disarmement or Destruction, Stockholm 1975, S. 12
- 15) siehe Anm. 13)
- 16) siehe Anm. 13) und 14).
- 17) Günter Krell, Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle, in : Friedensanalysen 2, Frankfurt 1976, S. 122. SIPRI-Direktor F. Barnaby hat vor kurzem erklärt: "... man hat keinen Überblick über die Tatsachen. Wenige Europäer wissen, daß in Europa zehntausende Kernwaffen vorbereitet liegen, ... daß ein eventueller Nuklearkrieg Europa total vernichten wird. ... Selbst in militärischen Kreisen hat man keinen Überblick. Ich doziere zuweilen bei Militärakademien in England, aber da wissen auch ziemlich hohe Marineoffiziere nicht, wieviel Kernwaffen die Marine besitzt, und sicher nicht, wieviel die Land- und Luftstreitkräfte besitzen. Dasselbe gilt für die Politiker. Ich bezweifle, ob der britische Verteidigungsminister und selbst der Premierminister wirklich einen Überblick über die exakten Anzahlen der Kernwaffen besitzen, über die sie verfügen. Sie wären sicher sehr erstaunt. Angesichts des Ernstes der Situation ist die Unwissenheit auf allen Ebenen wirklich unbegreiflich." (Interview mit der niederländischen Wochenzeitung "intermediair 53", 31.12.76).
- 18) siehe Anm. 14), S. 11.
- 19) siehe SIPRI, Yearbook 1975, Stockholm 1976, S. 24.
- 20) siehe 14), S. 12.
- 21) Secretary J.R. Schlesinger, Annual Defense Department Report Fiscal Year 1975, Washington 1974, S. 44 (Gehärtete Ziele = gegen Sprengkörper stark gesicherte militärische Ziele, wie z.B. verbunkerte unterirdische Raketenabschlußbasen oder Befehlszentralen).
- 22) 92/2 US Congress, Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on Arms Control, International Law and Organisations, Hearings: U.S. - U.S.S.R. Strategic Policies, Washington 1974, S. 13.
- 23) H. Brown, der von Präsident Carter neu berufene US-Kriegsminister, hat sich jedoch vor seiner Ernennung mehrfach kritisch gegen die counterforce-Strategie geäußert (so auch anlässlich eines Vortrages in der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften 1975). Brown ist Kernphysiker, wurde frühzeitig Mitarbeiter von Teller (Konstrukteur der amerikanischen Wasserstoffbombe) und spielte eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der amerikanischen Interkontinentalrakete Polaris. Er war u.a. führender Berater bei zahlreichen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen (Verhandlung zur Einstellung bzw. Begrenzung von Kernwaffentests, SALT-Verhandlungen u.a.) und Direktor für militärische Forschung und Entwicklung im Pentagon. (Science vol. 195, No.4277 (4. Feb. 1977), S. 463 ff.) Auch sein sowjetischer Kollege Marschall D. Ustinov, ist ursprünglich wissenschaftlicher Ingenieur für Militärtechnik und hat seit 1949 eine führende Stellung in der sowjetischen Rüstungsindustrie (Neues Deutschland v. 11.4.77).- Die jüngsten Kriegsübungen "Wintex 77" der NATO-Stäbe, die im März dieses Jahres zu Ende gingen, verliefen entsprechend der counterforce-Strategie in mehreren Etappen " von der politischen Abschreckung bis zur militärischen Abschreckung, wozu die Eskalation des konventionellen Krieges sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene bis zum Atomkrieg gehört." (Neues Deutschland v. 18.3.77).

- 24) wörtlich: Fähigkeit zum chirurgischen Schlag
- 25) Hiermit ergeben sich Fragen an die nationale Forschungsautonomie, die bei der heutigen Bedeutung der militärischen Forschung / Entwicklung für die nationale ökonomische Leistungsfähigkeit vieler Staaten und damit für die ökonomische Auseinandersetzung zwischen Staaten und Gesellschaftsordnungen - in ihrer Schwierigkeit nicht abschätzbar sind.
- 26) Ursache für die Entwicklung der Flügelrakete ist zunächst nur die Tatsache gewesen, daß die entsprechende Technologie verfügbar geworden war. Eine echte militärische Notwendigkeit hat es offensichtlich nicht gegeben (vgl. SIPRI Yearbook 1976, S. 11 ff.). " ... die Situation ist so, daß wenn einmal neue Waffen entwickelt sind, von innen heraus starke politische Kräfte entstehen, die darauf aus sind, die Waffen in großer Anzahl zu produzieren. Der politische Druck kommt von Gruppen, die militärische Industrie aufrechterhalten und sogar ausbreiten wollen. Solange diese Gruppen nicht im Zaum gehalten werden durch geschickte Politiker, ist es unwahrscheinlich, daß der Rüstungswettlauf aufhören wird" (aus dem in Anm. 17) zitierten Interview mit SIPRI-Direktor F. Barnaby).
- 27) siehe Anm. 13)
- 28) siehe den Schluß von Anm. 23)
- 29) so F. Barnaby in dem in Anm. 17) genannten Interview
- 30) siehe SIPRI Yearbook 1976, S. 18 f.

Archiv  
Exemplar

I. Auflage 25, + 26, + 29, 5, 78

700 Stück



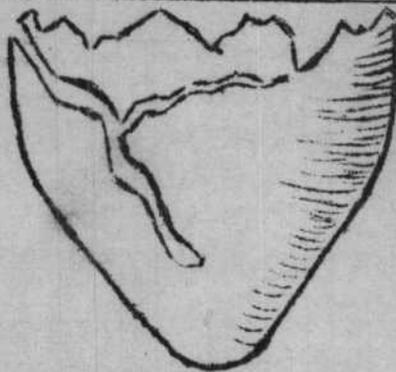
II. Auflage

13.11, + 14.11,  
+ 15.11, + 16.11,

500 Stück

Ruf zur

Abrüstung



-----  
Ausarbeitung der Arbeitsgruppe "Abrüstung" der Gossner-  
Mission und der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR

Mai / Juni 1978  
-----

## V o r w o r t

Die Frage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung steht seit ca. 30 Jahren immer wieder auf der Tagesordnung der UNO und ihrer verschiedenen Organe, sie ist Verhandlungsthema Nr. 1 in vielen bilateralen Tagungen und Gesprächen von Regierungen, sie ist nach der XIV. Vollversammlung der UNO (im November 1959) "das wichtigste Problem der ganzen Welt". -

In Europa haben wir z.Zt. die längste Phase in der Geschichte ohne Krieg. Die politische Entspannung ist eingeleitet und es ist mit Hilfe der KSZE ein Klima geschaffen worden, in dem sich die Gefahr vermindert hat, daß am Rande des immer noch forcierten Wettrüstens Auseinandersetzungen entstehen, die in einen Kernwaffenkrieg umschlagen können. -

Leider geht auch trotz einiger wichtiger Verträge im Blick auf die Rüstungsbegrenzung und des Verbots bestimmter Waffen die Aufrüstung weiter.

Im Weltmaßstab werden gegenwärtig ca. 350 Milliarden Dollar pro Jahr für militärische Zwecke ausgegeben, wovon 3/4 auf 6 Länder (USA, UdSSR, China, Frankreich, Großbritannien und BRD) entfallen. Hier in Europa sind weiterhin Atomwaffen stationiert, hier stehen sich die Militärblöcke gegenüber, hier wird besonders durch die Erfindung und den geplanten Einsatz der Neutronenbombe Menschenleben bedroht.

Die Christliche Friedenskonferenz hat sich von Anfang an ihres Bestehens für Frieden und Abrüstung eingesetzt. Die CFK ruft weiterhin die Regierungen auf, das Wettrüsten einzustellen und ein Arbeitsprogramm auf dem Gebiet der Abrüstung im Rahmen der UNO durchzuführen.

Es muß dazu kommen,

- daß keine neuen Kernwaffen entwickelt, hergestellt und eingesetzt werden,
- daß die vorhandenen Atomwaffenbestände reduziert werden,
- daß auch die Streitkräfte und die vorhandenen konventionellen Waffen reduziert werden,
- daß Maßnahmen ergriffen werden, die Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden,
- daß das vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen durchgesetzt wird,
- daß Kernwaffen nicht weiterverbreitet werden,
- daß alle chemischen Waffen verboten und vernichtet werden,
- daß atomwaffenfreie Zonen - Friedenszonen! - entstehen,
- daß die Militärausgaben aller Staaten gekürzt werden und daß diese Gelder endlich für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Völker in den Entwicklungsländern verwendet werden.

Die vom 23.5.1978 - 28.6.1978 stattfindende Sondertagung der UNO für Abrüstung ist uns Anlaß, Kirchengemeinden zur Fürbitte aufzurufen. Wir möchten aber auch mit folgenden Texten dazu helfen, daß in den Gemeinden besser und gründlicher über Abrüstung nachgedacht wird. Wir sind überzeugt davon, daß wir als Christen eine große Verantwortung für den Frieden in der Welt mittragen.

Wir regen an, den 17. Juni 1978 (1925 erstes Verbot von Giften und Gasen im Kriege) als Weltabrüstungstag zu begehen und an diesem Tag besonders auf die Mitverantwortung zur Abrüstung zu verweisen.

Was kann in unseren Kirchengemeinden für die Abrüstung getan werden?

1. Wir können uns bewußt machen, in welchem Maße die Menschheit heute durch atomare Waffen bedroht ist, welche Mittel die Rüstung täglich verschlingt (fast 1 Million Dollar in 2 Minuten!), wieviele Wissenschaftler auf der ganzen Welt für Zwecke tätig sind, - was alles geschehen könnte an Entwicklung und Bildung, wenn die Staaten abrüsten.
2. Wir können uns die bereits vorhandenen Verträge und Abmachungen der Staaten erklären, um an der Entwicklung weiterer Verträge bewußt mitzuarbeiten.
3. Wir können uns an Kirchengemeinden in anderen Staaten wenden und diese aufrufen, ihrerseits für Abrüstung mit einzutreten (bilaterale ökumenische Gespräche zwischen Kirchengemeinden).
4. Wir können die Erklärungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, der KEK und der CFK uns zu eigen machen und öffentlich dafür eintreten, daß eine allseitige und kontrollierte Abrüstung zustande kommt, daß es zu einer Reduzierung der Militärbudgets kommt und freiwerdende Mittel im Rahmen internationaler Vereinbarungen der Entwicklung von Ländern in der Dritten Welt zugute kommen.
5. Wir können öffentlich für eine Weltabrüstungskonferenz eintreten und mit Hilfe von Kollekten für Solidaritäts-Projekte in Entwicklungsländern ein Zeichen setzen.
6. Wir können für Frieden und Abrüstung beten:  
Gott möge dazu helfen, daß zwischen den Völkern ein Klima des Vertrauens entsteht und nach und nach alles "Kriegshandwerk" abgeschafft wird.

Die AG "Abrüstung" der Gossner-Mission und der CFK in der DDR möchte dazu helfen, daß in Kirchengemeinden in der DDR bewußt für Frieden und Abrüstung gearbeitet wird.

Berlin, im Mai 1978

Für die AG

gez. Bruno Schottstädt

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorwort	Seite	1	-	2
2. Bedrohliche Weltrüstungssituation	"	4	-	9
- Anhäufung von Kernwaffen -				
- Destabilisierung -				
- Zunehmende Verwundbarkeit der Satelliten- systeme -				
- Wachsende Anzahl von Nuklearmächten -				
- Internationaler Waffenhandel -				
3. Zum militärisch-industriellen Komplex	"	9	-	12
4. Zu den ökonomischen Folgen der Rüstung	"	12	-	13
5. Zahlen und Fakten	"			14
6. Militärische Ausgaben der Welt 1956-1976	"	15	-	17
- 3 graphische Darstellungen -				
7. Was wurde bisher erreicht - Stand: 1.1.1978	"	18	-	20
- Vereinbarungen -				
8. SALT-Vereinbarungen	"	20	-	21
9. Nächste Schritte zu einer vollständigen Abrüstung	"			21
10. Unsere Aufgabe (Meditation)	"	22	-	24
11. Zeugnisse zu Friede und Abrüstung	"	25	-	32
- CFK, ÖRK, Papst Paul VI. und Vatikan, KEK, Metropolit Nikodim, Direktor Klare -				
12. Auswahlbibliographie - 1970-1978	"	33	-	37
13. Ein Fürbittgebet für den Gottesdienst	"			38
14. Bausteine für einen Gemeindeabend	"			39

### Bedrohliche Weltrüstungssituation

"Europa ist in eine prinzipiell neue Epoche eingetreten, die sich von allem, was früher war, grundlegend unterscheidet. Das zu verkennen, würde für die Europäer bedeuten, einer Katastrophe entgegenzugehen. 'Wer zum Schwert greift, soll durch das Schwert umkommen', besagt eine alte Weisheit. Wer das Schwert im heutigen Europa nimmt, der wird nicht nur selber umkommen, er vermag sich nicht einmal vorzustellen, wer noch mit ihm im Feuer umkommen wird, seien es Feinde, Freunde, Verbündete oder einfach nahe oder ferne Nachbarn ... Das europäische Haus ist bis zum äußersten eng und feuergefährlich geworden. Es gibt keine Feuerwehr, und es wird auch keine geben, die imstande wäre, das Feuer zu löschen, wenn es wirklich einmal ausbricht." (L. Breshnev auf der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien Europas, Juni 1976.)

"Nicht zuzulassen, daß die Welt sozusagen nach dem Trägheitsgesetz und kraft der wahnsinnigen Logik der Vergrößerung der Arsenale in eine nukleare Katastrophe schlittert, darin besteht heute das Problem." (L. Breshnev, 21.10.1977.)

"Die möglichen Folgen eines Kernwaffeneinsatzes in einer militärischen Auseinandersetzung sind nicht kalkulierbar ... Kommt es einmal zum Großeinsatz solcher Waffen, so könnten Hunderte Millionen Menschen getötet werden, und die Zivilisation, wie wir sie kennen, ebenso wie das organisierte gesellschaftliche Leben hören in den vom Konflikt erfaßten Ländern zu bestehen auf". (Horizont Nr. 20/1977, S. 8. Dort zitiert aus einem Bericht namhafter Wissenschaftler an die XXII. UNO-Vollversammlung.)

Ein umfassender Kernwaffenkrieg zwischen den NATO- und Warschauer Vertrags-Staaten würde in den ersten Tagen zu Bevölkerungsverlusten von 700 - 800 Millionen Menschen führen. Mitteleuropa würde vermutlich weitestgehend zerstört oder unbewohnbar werden. In Ost- und Westeuropa, in Nordamerika und im asiatischen Teil der Sowjetunion würden neben zerstörten bzw. unbewohnbaren Gebieten andere Gebiete entstehen, die vielleicht bewohnbar bleiben, in denen jedoch mit der Zerstörung des Wirtschaftssystems, der Energieversorgung und der Infrastruktur auch die Grundlagen unserer Zivilisation vernichtet wären.

Die angegebenen Zitate beschreiben nicht eine ferne Gefahr. Im Gegenteil: ein dritter Weltkrieg ist in den letzten Jahren wahrscheinlicher geworden. Eine politische Entspannung in wichtigen Bereichen (Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa u.a.) hat nicht verhindern können, daß das relative militärische Gleichgewicht zwischen den Militärsystemen NATO und Warschauer Vertrag durch Entwicklung, Produktion, Verteilung und Anhäufung immer neuer Waffen und Waffensysteme und durch die damit verbundenen Änderungen der strategischen Zielsetzungen in wachsendem Maße destabilisiert wird.

Einige Angaben zur Anhäufung von Kernwaffen:

Die Entwicklung der Explosivkraft von normalen Kernwaffen zeigt der folgende Vergleich (Explosivkraft wird gemessen in t des Sprengstoffs TNT) - (TNT -Trinitrotoluol, Sprengstoff mit einer Sprengkraft, die ungefähr der des Dynamits entspricht):

1943	1945	1970
Luftmine	Atombombe	Großer strategischer
10 t	Hiroshima	Nuklearsprengkopf
	15 kt	20 Mt

(1 kt = 1000 t, 1 Mt = 1000 kt).

Die Gesamtsprengkraft aller im II. Weltkrieg von USA, Deutschland und Japan abgeworfenen Bomben betrug 2 Mt. Die Gesamtsprengkraft 1976 aller angehäuften Nuklearwaffen war 50 000 Mt, das sind 60 t für jeden Einwohner aus allen NATO- und Warschauer Vertrag-Staaten oder 15 kt pro jeweils 250 Einwohner.

Das Anwachsen der Anzahl der strategischen Nuklearsprengköpfe (Sprengkraft je Sprengkopf etwa 40 kt bis 20 Mt):

	1972	1977	1985
		unter Auswirkung von SALT I	gemäß Entw.f.SALT II
USA	5 700	8 500	18 500
SU	2 500	4 000	9 500

Von den taktischen Sprengköpfen (Sprengkraft 0,1 kt bis mehrere Mt) besitzen allein die in Europa stationierten Sprengköpfe eine Explosivkraft von etwa 20 000 Hiroshima-Bomben.

Die Entwicklung der Trägersysteme für strategische Nuklearsprengköpfe zeigt die folgende Tabelle:

Träger	USA: 1967	1976	SU: 1967	1976
Strateg. Bomber	697	430	155	140
Strateg. U-Boote	41	41	9	54
U-Boot-gestützte ballist. Raketen	656	656 (6 896)	27	716(716)
Landgestützte ballist. Interkontinentalraketen	1 054	1 054 (2 154)	720	1 507(2197)

Die in Klammern angefügten Zahlen geben die Anzahl der auf den jeweiligen strategischen Raketen befindlichen Sprengköpfe an (d.h. bei Mehrfachsprengkopfraketen wird jeder Sprengkopf gezählt).

Die Anzahl der sowjetischen Sprengköpfe ist beträchtlich geringer als die der amerikanischen. Die Gesamtsprengkraft in Mt auf den sowjetischen Trägersystemen übersteigt die amerikanische.

Anfang der sechziger Jahre basierte die amerikanische Abschreckungsstrategie auf der gesicherten Möglichkeit, ein Viertel der sowjetischen Bevölkerung (also 50 Millionen Menschen) und die Hälfte der sowjetischen Industrie im ersten Einsatz zu vernichten. Das erforderte 200 bis 400 1 Mt-Sprengköpfe auf unverwundbaren (d.h. nicht durch Überraschungsangriff zerstörbaren) Trägersystemen. Umgekehrt reichten 50 sowjetische 10 Mt-Sprengköpfe aus, um ein Viertel der amerikanischen Bevölkerung zu vernichten.

## Destabilisierung

Bis zum Anfang der sechziger Jahre waren die Nuklearwaffen nur zur Abschreckung (nicht für Verteidigung oder offensiven Einsatz) bestimmt: Zielbereiche waren im wesentlichen dicht besiedelte Bevölkerungs- und Industriegebiete. Die (von den USA) in den sechziger Jahren in Bewegung gesetzte maßlose Nuklearwaffenentwicklung und -produktion, der Überschuß an Sprengköpfen und die Installation von Antiraketensystemen und Mehrfachsprengkopfraketen führten - zuerst auf der amerikanischen, dann nachziehend auf der sowjetischen Seite - schrittweise zur Einbeziehung militärischer Ziele (einschließlich gegnerischer Abschußbasen und Trägersysteme) und damit weg von der für beide Seiten kalkulierbaren Abschreckung (z.B. beiderseitig Verlust eines Viertels der Bevölkerung) zu einem für beide Seiten nicht mehr kalkulierbaren Risiko (Unsicherheit auf beiden Seiten über militärische und zivile Vernichtungswirkung von Nuklearschlägen), d.h. zu einem relativen Gleichgewicht von geringerer Sicherheit. Dieser ersten Destabilisierungsphase folgt jetzt eine zweite, die - durch verschiedene Faktoren verursacht - umfassender ist und beschleunigt wirkt. Die Faktoren sind:

### 1. Fortschreitende Aushöhlung der Abschreckungskapazitäten

Die in jüngster Vergangenheit, u.a. im Zusammenhang mit den Mitteln der Mikroelektronik entwickelten Steuerungstechniken von Raketen und anderen Flugkörpern ermöglichen extrem hohe Treffgenauigkeiten. Zur Zeit sind nur mittelweit reichende Flügelraketen (Cruise missiles) mit solcher Steuerung ausgerüstet.

Die Vorbereitungen zur Ausrüstung von Interkontinentalraketen mit entsprechenden Steuerungstechnologien sind in den USA in vollem Gange. Verbunkerte Abschußbasen von Interkontinentalraketen, die in den Zielbereich von Raketen mit hoher Treffgenauigkeit gerückt sind, verlieren ihre Unverwundbarkeit und deshalb ihre bisher garantierte Abschreckungskapazität.

Die Erhaltung gegenseitiger Abschreckungskapazitäten wird vermutlich noch für einige Zeit durch die strategischen U-Boote mit Nuklearantrieb garantiert sein, die bis jetzt im wesentlichen als unverwundbar gelten. 1974 waren von den 8 000 strategischen Kernsprengköpfen, die den USA zur Verfügung standen, rund 4 500 auf U-Boot-gestützten Raketen installiert. Es ist bekannt, daß gewaltige Anstrengungen auf dem Gebiet der U-Boot-Bekämpfung unternommen werden. Offensichtlich sind bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden. Von Abrüstungsexperten wird dringend empfohlen, Begrenzungen für Anti-U-Boot-Waffen einzuführen, um die Abschreckungskapazitäten der U-Boot-gestützten Raketen zu erhalten.

### 2. Zunehmende Verwischung der Grenze zwischen nuklearer und konventioneller Kriegführung

Die Anfang der siebziger Jahre erfolgte Einführung der neuen amerikanischen Nuklearstrategie der "flexiblen Antwort" (Strategie der Eskalation in aufsteigenden Stufen zunehmenden Kernwaffeneinsatzes, d.h. stufenweise wachsende Zahl der Zielgebiete und der eingesetzten Kernwaffen und stufenweise wachsende Sprengkraft der

eingesetzten nuklearen Sprengköpfe) bedeutet bereits eine Herabsetzung der Nuklearschwelle: die Strategie suggeriert die Möglichkeit, nukleare Kriege in verschiedenen Abstufungen führen zu können. Als Folge dieser Strategie wird die Entwicklung verfeinerter taktischer Kernwaffen mit relativ niedriger Sprengwirkung vorangetrieben. In der jüngsten Vergangenheit ist die zunehmende Tendenz zur Einführung solcher Klein- und Kleinstkernwaffen in der NATO deutlich sichtbar. Beispiele: Neutronensprengköpfe für Artillerie und taktische Raketen kurzer Reichweite, nukleare Flächenbrandbomben, Sprengköpfe mit radioaktivem Kampfstoff. Die Waffen verstärken die Wahrscheinlichkeit für die Ausweitung eines konventionellen Krieges in einen Kernwaffenkrieg. Auch die Flügelsrakete (Cruise missile) trägt zur Herabsetzung der Nuklearschwelle bei: Sie kann mit nuklearem oder konventionellem Sprengkopf eingesetzt werden. Dabei sind nukleare und konventionelle Form der fliegenden Rakete von außen nicht unterscheidbar. Außerdem ist sie nicht durch ihre Abschußsysteme identifizierbar, die rein konventionell sind. Ein einmal vorgenommener Abbau der Schwelle läßt sich nicht rückgängig machen, solange die Waffen existieren.

### 3. Zunehmende Verwundbarkeit der Satellitensysteme

Sehr verschiedene militärische Satellitensysteme dienen heute neben der normalen Nachrichtenübertragung und -vermittlung den laufenden Aufklärungsaufgaben von festen und beweglichen Zielen, aber auch der Steuerung und Ziellenkung von Flugkörpern. Solche Satelliten bilden z.B. bei den Flügelsraketen die Grundlage für Steuerungssysteme mit hoher Zielgenauigkeit. Sie sind daher z.Zt. von größter Bedeutung für die direkte Kriegführung. Seit einigen Jahren gibt es deshalb ausgedehnte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und Testreihen im Bereich der Anti-Satelliten-Waffen (z.B. Einsatz von Laserstrahlen, Antisatellitenraketen, Antisatelliten-Satelliten). Damit wächst die Gefahr, daß Antisatellitenwaffen auch gegen die Überwachungs- und Frühwarn-Satellitensysteme eingesetzt werden, die die Voraussetzung für rechtzeitige Erkennung und Abwehr eines Überraschungsangriffs mit strategischen Kernwaffenraketen bilden. Entwicklung neuer Waffensysteme bedeutet auch hier wachsende Unsicherheit und Destabilisierung.

### 4. Wachsende Anzahl von Nuklearmächten

Neben den fünf anerkannten Kernwaffenmächten gibt es heute etwa 15 Staaten, die auf Grund der ihnen zur Verfügung stehenden Kerntechnik theoretisch in der Lage sind, nukleare Sprengköpfe herzustellen, 1984 werden es etwa 30 Staaten sein. Zur Zeit besitzen davon mindestens 5 Staaten betriebsbereite Kernkraftanlagen, die weder von der Internationalen Atomenergiebehörde noch bilateral kontrolliert werden. Ihre Zahl wird weiter zunehmen, falls es nicht noch gelingt, den Nichtweiterverbreitungsvertrag (Kernwaffensperrvertrag) durch weitere, effektivere und universelle Maßnahmen zu ergänzen.

Der Gesamtanfall 1976 von Plutonium als Rückstandsprodukt in arbeitenden Reaktoren in Ländern ohne Kernwaffen hätte für die Herstellung von über 500 Atombomben ausgereicht. Geht man von vorliegenden Plänen aus, dann wird die jährliche Kapazität 1984 etwa 3 000 Sprengkörper betragen. Es gilt als sicher, daß die Anzahl der arbeitenden Reaktoren und damit der Anfall von Plutonium

nach 1985 beträchtlich schneller anwachsen wird.

Man muß auch davon ausgehen, daß die zukünftige Entwicklung des nuklearen Rüstungslaufs, der zunächst wesentlich durch ein bilaterales Verhältnis (USA- Sowjetunion bzw. NATO - Warschauer Vertrag) geprägt worden ist, zunehmend durch ein multilaterales System verschiedener Kernwaffenstaaten bzw. -staatengruppen bestimmt sein wird. Die Herstellung oder Erhaltung von Stabilität in einem solchen nuklear aufgerüsteten System dürfte, selbst wenn eine übergeordnete, universell akzeptierte und hinreichend starke Autorität (z.B. in Gestalt der UNO) existiert, unvergleichbar schwieriger sein als in einem bilateralen System.

### 5. Internationaler Waffenhandel

Der internationale Waffenhandel in die dritte Welt erstreckt sich zunehmend auf hochentwickelte Waffensysteme und bewirkt dadurch ein starkes Anwachsen des Konfrontationspotentials. Die Ausbreitung z.B. von Überschallflugzeugen und von Boden-Luft-Raketen mit großer Reichweite zeigt die folgende Tabelle. Sie gibt die Anzahl von Staaten an, die diese Waffenarten besitzen und dabei nicht zur NATO oder Warschauer Vertrag gehören.

	Überschallflugzeuge			Boden-Luft-Raketen mit großer Reichweite		
	1955	1965	1975	1955	1965	1975
Asien	-	9	15	-	5	11
Naher Osten	1	3	10	-	3	7
Afrika	-	2	11	-	-	7
Lat.amerika	-	1	6	-	1	2
insgesamt	1	15	42	-	9	27

Militärische Auseinandersetzungen in der dritten Welt mit hochentwickelten Waffensystemen können in kurzer Zeit zu beträchtlichen Veränderungen der strategischen Situation und der Kräfteverhältnisse führen. Sie haben deshalb zur Folge, daß Großmächte oder Staatengruppen schnell direkt oder indirekt in den Konflikt einbezogen werden können. Die Aufrüstung der dritten Welt wird deshalb zunehmend eine destabilisierende Wirkung auf das relative Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Vertrag ausüben.

Zunehmende Destabilisierung durch neue nukleare Waffensysteme, durch Anwachsen der Anzahl der Staaten, die Kernwaffen herstellen oder herstellen können, und durch fortschreitende Verwischung der Grenze zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung sowie durch die Auswirkungen des internationalen Waffenhandels charakterisieren die gegenwärtige Situation. Falls die jetzige Entwicklung fortschreitet, wird in zwanzig oder dreißig Jahren jede militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten oder Staatengruppen die Verwendung von Kernwaffen zur Folge haben und mit größter Wahrscheinlichkeit in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg übergehen, sobald eine der kriegführenden Seiten vor der Alternative 'Niederlage oder Einsatz aller Mittel' steht.

Das Ausschließen der militärischen Lösung von Konflikten und die Sicherung von Formen nichtmilitärischer Konfliktaustragung, die Schaffung der hierfür erforderlichen wirksamen internationalen Institutionen und schließlich eine umfassende globale Abrüstung sind deshalb Voraussetzung für ein menschliches Überleben schlechthin. Sie sind die politische Aufgabe, die - bei Strafe weitestgehender Zerstörung der Zivilisation - von der Menschheit innerhalb der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen ist.

### Zum militärisch-industriellen Komplex

Da vom militärisch-industriellen Komplex (MIK) ganz offensichtlich der Hauptantrieb für das Wettrüsten ausgeht, müssen sich Kirchen und Christen, die einen Beitrag zur Abrüstung leisten, mit ihm beschäftigen.

Der Begriff wurde interessanterweise einer breiteren Öffentlichkeit dadurch bekannt, daß ihn der USA-Präsident Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede an die Nation verwandte. Der frühere General sah sich als Präsident der USA einem immer stärkeren Druck von seiten des MIK ausgesetzt, so daß er in langen Passagen dieser Rede vor der von daher kommenden Gefährdung einer friedlichen Entwicklung warnte. Später hat die marxistische Gesellschaftswissenschaft diesen Begriff aufgegriffen.

Was ist unter dem MIK zu verstehen?

Eine Verflechtung von

- Rüstungskonzernen
- militärischer Führung und
- für das Militär zuständiger Staatsorgane.

Diese Verflechtung ist ein relativ neues Phänomen, das sich erst unter den Bedingungen

- a) der engen Verbindung von Staat und Monopolkapital in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern (staatsmonopolistischer Kapitalismus) und
- b) der modernen Technik, durch deren rapide Entwicklung Waffen viel schneller veralten und durch immer modernere und kompliziertere ersetzt werden können, entwickelt.

Die Beweggründe zur Herausbildung des MIK sind sowohl ökonomischer als auch politisch-militärischer Natur. Ökonomisch liegen die Profite, die das Rüstungsgeschäft erbringt, im Durchschnitt dreimal höher als die der Produktion für den zivilen Sektor.

Das hängt damit zusammen, daß der Auftraggeber der Staat ist, der weithin die Kosten für die Forschung und Entwicklung trägt und teilweise auch die Produktion vorfinanziert und daß die Abnahme durch den Staat garantiert ist. Die Herstellung immer schrecklicherer Zerstörungswaffen erweist sich also im Kapitalismus als profitabelstes Geschäft.

Politisch sieht sich der Kapitalismus herausgefordert durch eine kontinuierliche Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zu seinen Ungunsten. Da er sich offensichtlich dem friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus langfristig nicht gewachsen fühlt, nimmt er seine Zuflucht zur Rüstung, durch die er seine frühere Überlegenheit militärisch wiederzuerlangen und damit diesen Prozeß aufzuhalten und womöglich umzukehren sucht.

Aus der Tatsache, daß Rüstung im Kapitalismus noch immer das profitabelste Geschäft ist, während sie im Sozialismus eine schwere Bürde für die Gesamtgesellschaft darstellt, die es verhindert, die wirtschaftlichen Möglichkeiten ganz in den Dienst menschlicher Entwicklung zu stellen - aus dieser Tatsache erklärt sich die häufig unterschiedliche Grundhaltung kapitalistischer und sozialistischer Staaten zu Fragen der Abrüstung.

Die 1977 in der Reihe der Penguin Books in London erschienene Studie "Overkill - The story of modern weapons" von John Cox gibt unter der Überschrift "Abrüstungsvorschläge" dafür ein eindrucksvolles Beispiel: "Es kann bewiesen werden, daß der militärisch-industrielle Komplex ein größerer Feind der Abrüstung ist als alle Mißverständnisse, die zwischen den Ländern unzweifelhaft bestehen. Mißverständnisse können ausgeräumt werden; die fundamentale Unterstützung für Rüstungsproduktion kann es nicht. Das hat sich 1955 gezeigt, als die Sowjetunion die Abrüstungsvorschläge des Westens in ihrer Gesamtheit annahm - nur daß der Westen sie daraufhin zurückzog. Im Ergebnis dessen wurde 'die hoffnungsvolle Atmosphäre der Zeit zerstört' (Bertrand Russel). Diese Episode ist von entscheidender Wichtigkeit für das Begreifen der Hindernisse für die Abrüstung; sie ist es deshalb wert, detaillierter in die Erinnerung gerufen zu werden.

Am 10. Mai 1955 unterbreitete die Sowjetunion vor dem UN-Abrüstungsausschuß Vorschläge, die unter anderem eine Höchststärke von 1.500.000 Soldaten, große Reduzierungen in der konventionellen Bewaffnung und Maßnahmen zur Vernichtung von 75% der Bestände an nuklearen und anderen Massenvernichtungswaffen vorsahen. Sie stimmte der Errichtung eines internationalen Kontrollorgans zu, dessen Stab von Inspektoren zu jeder Zeit den ungehinderten Zugang zu allen zu kontrollierenden Objekten haben sollte. Auf die Verwirklichung dieser Maßnahmen sollten weitere Rüstungsvermindierungen folgen.

Die sofortige Antwort des französischen Delegierten auf diesen Vorschlag war, daß 'die ganze Sache zu gut aussieht, um wahr zu sein'. Der britische Delegierte sagte nach Konsultation mit seiner Regierung, daß er sich darüber freue, daß die 'westliche Politik der Geduld nun diesen willkommenen Erfolg erreicht hat und daß die westlichen Vorschläge weitgehend und in einigen Fällen vollkommen von der Sowjetunion angenommen und zu ihren eigenen Vorschlägen gemacht worden sind'. Nachdem er alle Punkte der Übereinstimmung

aufgezählt hatte, stellte er fest: 'Wir haben einen Fortschritt erzielt, von dem ich nie zu träumen gewagt hätte'.

Nach einer zweitägigen Diskussion mit der amerikanischen Regierung sagte der Delegierte der USA: 'Wir sind befriedigt darüber, daß die Konzeptionen, die wir über einen längeren Zeitraum hin vorge schlagen haben und die wir während der vergangenen zwei Monate mehrfach wiederholt haben, in so großem Umfang von der Sowjetunion angenommen wurden.'

Nach Monaten der Verzögerung zerschlug der amerikanische Delegierte alle Hoffnungen auf Einigung am 6. September mit dem Satz: 'Die Vereinigten Staaten stellen nun alle die Positionen, die sie vor Genf zu Fragen der Rüstungsebenen im Subkomitee, im UN-Abrüstungsausschuß oder in der UNO selbst bezogen hat, unter Vorbehalt.' Mit anderen Worten: alle die Vorschläge, die noch drei Monate vorher mit Nachdruck und Beharrlichkeit vertreten worden waren, wurden nun zurückgezogen.

Es ist tatsächlich nicht so schwierig Abrüstungsvorschläge zu entwerfen. Die Schwierigkeit liegt darin, Regierungen zu zwingen, die zu verwirklichen. Unter den gegenwärtigen Umständen hat der militärisch-industrielle Komplex bei weitem größere Macht und größeren Einfluß als die einfachen Menschen. Die Menschen aller Völker wollen Frieden, aber sie werden verwirrt durch Propaganda."

In der Tat: Der MIK hat - vor allem - in den USA einen umfassenden Propagandaapparat aufgebaut, um Regierungsmitglieder, Parlamentarier und die ganze Bevölkerung im Sinne seiner Ziele zu beeinflussen. Der methodistische Theologe John M. Swomley aus den USA hat schon 1964 unter dem Titel "The Military Establishment" eine umfassende Untersuchung gerade dieser Seite der Aktivitäten des MIK vorgelegt. So hatten schon 1960 in den USA 261 Generäle und Admiräle und 485 Offiziere im Ruhestand oberhalb des Ranges eines Obersten einträgliche Posten in jenen Konzernen inne, die 80% der Rüstungsgüter in den USA erzeugten. Sie nutzten ihren Einfluß im Verteidigungsministerium, um den von ihnen vertretenen Konzernen neue Rüstungsaufträge zu verschaffen und Waffenmodernisierungen vorzuschlagen - vor allem um des Profites willen.

Hauptmittel dieser Propaganda ist der Antikommunismus. Mit seiner Hilfe wird die These von der militärischen Bedrohung durch den Kommunismus in Presse und Film, in Schule und teilweise auch in den Kirchen aufgebaut, um die Bereitschaft zu einer immer weiteren Steigerung der Rüstungshaushalte zu wecken.

Eine letzte wichtige Aussage zum MIK: Während in der Vergangenheit Rüstungsproduktion stimulierend auf die gesamte kapitalistische Wirtschaft wirkte, sind die von ihr vergeudeteten Summen inzwischen so groß geworden, daß sie die Gesamtwirtschaft eines kapitalistischen Landes belasten und zu krisenhaften Erscheinungen führen. Es profitiert nach wie vor und teilweise in wachsendem Maße die Rüstungsindustrie, der MIK. Der zivile Sektor leidet mehr oder weniger stark unter der Krise. So kommt es zu einer Differenzierung unter den Vertretern des Kapitalismus selbst: zwischen

solchen die - als Vertreter des MIK - eine Politik der Konfrontation mit dem Sozialismus betreiben; und solchen, die vielmehr im wachsenden Handel mit dem Sozialismus ihre Chance sehen und die deswegen zu einem realistischen Eingehen auf die Politik der friedlichen Koexistenz bereit sind. Die Fronten zwischen beiden Gruppen sind fließend. In dieser Situation kommt es darauf an, die Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten des MIK zurückzudrängen und damit ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zur Abrüstung abzutragen. Diesem Ziel dient etwa auch die Handelspolitik der sozialistischen Staaten, die den zivilen Bereich in den kapitalistischen Ländern stärkt. Ein wesentlicher Beitrag dazu läge aber auch im Zurückdrängen der blinden Haßideologie des Antikommunismus. Hier tut sich ein weites Feld für christlichen Friedensdienst auf.

#### Zu den ökonomischen Folgen der Rüstung

Die jährlichen anteiligen Rüstungsausgaben des Bruttosozialproduktes waren nach dem zweiten Weltkrieg in den meisten Ländern höher als in der unmittelbaren Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. So wurden z.B. in den USA 1937 1,3 % des Bruttosozialproduktes und 1960 10,1 % für die Rüstung ausgegeben.

England gab 1937 2,7 % und  
1960 7,4 % seines Bruttosozialproduktes für die Rüstung aus!

Der zweite Weltkrieg kostete jährlich 190 Milliarden Dollar, während 1973 über 200 Milliarden Dollar auf der Erde für Rüstungszwecke ausgegeben wurden.

Nach der heutigen Preisbasis betragen die jährlichen Rüstungsausgaben z.Zt. etwa 350 Milliarden US-Dollar.

Das Bestreben, durch Verbesserung in der Waffentechnik strategische Vorteile erreichen zu können, ließ die Neuanschaffungskosten für Waffen und Ausrüstungen wesentlich gegenüber den fünfziger Jahren ansteigen. Gleichzeitig stiegen aber die Betriebskosten der Waffen und Ausrüstungen, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung neuer Waffentypen und die Ausgaben für qualifizierte Kader, die diese Waffen bedienen können. Geringe Erhöhung der Kampfkraft wurde mit großen Ausgaben bezahlt.

Die extrem starke Vergeudung von Kapital belastet die Wirtschaft der einzelnen Länder und verstärkt die Inflation. Kriege und Rüstung führen nicht mehr zur Stimulierung der kapitalistischen Wirtschaft. Während in der Zeit des Koreakrieges eine starke wirtschaftliche Belebung in den kapitalistischen Industriestaaten zu verzeichnen war, hatte der Krieg in Vietnam, der den USA rund 150 Milliarden Dollar gekostet hat, die entgegengesetzte Wirkung.

Viele Ökonomen sehen in der starken Vernichtung des Kapitals den Grund der Krise in der Weltwirtschaft, die Anfang der 70er Jahre hervortrat und bis heute andauert.

Z.Zt. arbeiten auf der Erde etwa 60 Millionen z.T. hochqualifizierte zivile und militärische Kader für die Rüstung und das Militär. Hierdurch wird eine ungeheure Menge menschlicher Arbeitskraft verschwendet, die zur Lösung anderer Probleme - wie z.B. der Umweltverschmutzung oder des Energieproblems - genutzt werden könnte. Ebenso werden große Mengen der Naturreichtümer dieser Erde verschwendet. Mit den finanziellen Mitteln der Rüstung könnten in zivilen Zweigen der Wirtschaft mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als sie gegenwärtig in der Rüstung vorhanden sind.

Das ständige Steigen der Rüstungsausgaben rief auch ihr Anwachsen in den Entwicklungsländern hervor.

Während 1955 5% der Weltrüstungsausgaben (rund 8,7 Milliarden Dollar) auf die Entwicklungsländer entfielen, waren es 1975 14% (rund 37,5 Milliarden Dollar).

Da die Entwicklungsländer oft nicht in der Lage sind, moderne Waffen selbst herzustellen, müssen sie diese aus den Industrieländern kaufen. So entfallen von den 20 Milliarden US-Dollar, die jährlich für den Waffenhandel ausgegeben werden, 6 Milliarden auf die Entwicklungsländer. Dies führt zu starken Belastungen ihrer Zahlungsbilanz. Die Abführung der Rüstungskosten aus dem Staatshaushalt und die Abstellung hochqualifizierter Kader für militärische Zwecke belasten die Entwicklungsländer stärker als entwickelte Länder, da ihnen wesentlich weniger Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Z.Zt. leben in ihnen aber noch etwa 520 Millionen Menschen, die ständig von Hunger bedroht sind. Für die Entwicklungsländer sind deshalb Rüstungsausgaben besonders harte Bürden.

Für die Rüstung werden z.Zt. jährlich etwa 25 mal mehr Mittel als für die ökonomische Unterstützung der Entwicklungsländer ausgegeben. Somit werden die Mittel, die für die Beseitigung des Hungers und der sozialen Probleme auf der Erde dringend notwendig wären, zum Anhäufen von Potential für die Vernichtung verschwendet.

## Zahlen und Fakten

Zwischen 1945 und 1975 gab es 119 Kriege (Bürgerkriege inbegriffen). Die Gesamtdauer betrug mehr als 350 Jahre, 69 Länder und die Streitkräfte von 81 Staaten waren beteiligt.

Der Militärhaushalt der BRD belief sich 1976 auf 12,3 Mrd. Dollar, in der DDR wurden im Jahr 1976 ca. 3 Mrd. Dollar für Verteidigung und Sicherheit ausgegeben.

(SIPRI-Jahrbuch 1977 - alle Ausgaben sind auf USA-Dollarbasis umgerechnet. - Die Monatszeitschrift "Wissen und kämpfen" 7/77 gibt für die DDR eine Zahl von 10,6 Mrd. Mark an.)

An der militärischen Forschung und Entwicklung arbeiten z.Zt. in den USA und der UdSSR zusammen ca. 400 000 Wissenschaftler, das bedeutet, daß ca. 40% der qualifiziertesten Wissenschaftler der Welt für die Rüstung arbeiten.

5 - 6% der Weltproduktion von Waren und Leistungen sind für militärische Zwecke.

Die Zahl der raketengestützten Sprengköpfe der Kernwaffenmächte USA und UdSSR stieg von 1970 - 76 um mehr als das Dreifache, von ca. 3 700 auf ca. 12 000. Es wird eingeschätzt, daß ihre Gesamtdetonationsstärke das 1,3 Millionenfache der auf Hiroshima abgeworfenen Bombe beträgt. Die taktischen Kernwaffen betragen das Vierfache der strategisch atomaren Sprengköpfe, ihre Detonationsstärke soll das 50 000-fache der Hiroshima-Bombe besitzen.

Zahlen zum Waffenhandel: Der Waffenhandel hatte im letzten Jahrzehnt eine jährliche Steigerungsrate von 3-4%.

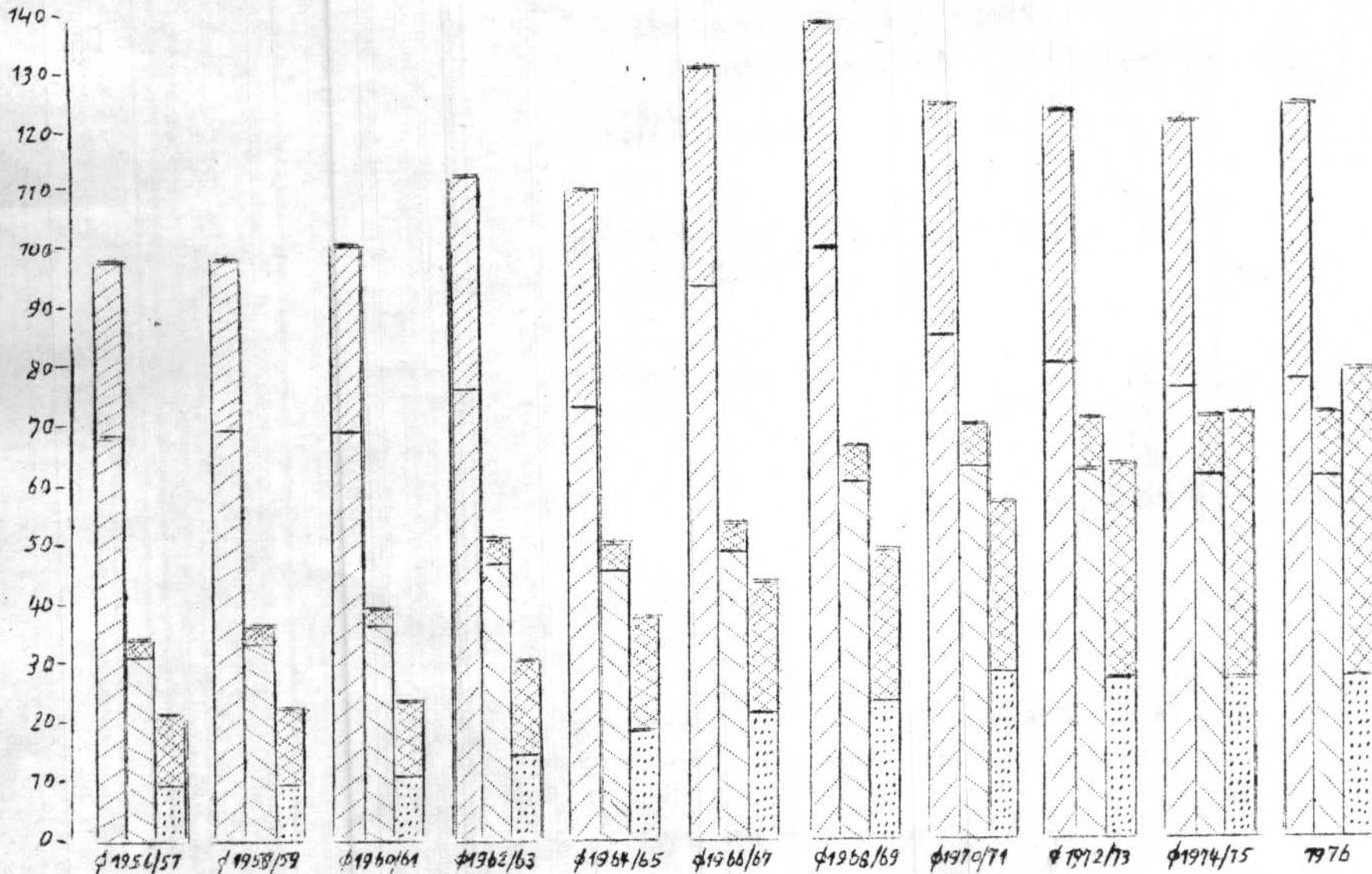
Ein Beispiel: Waffenexporte aus den USA 1968: unter einer Mrd. Dollar; 1974: etwa 11 Mrd. Dollar; 1977: (geschätzt) etwa 17 Mrd. Dollar.

Waffenlieferungen der USA 1976 u.a.: an Saudiarabien für 2,5 Mrd. Dollar; an den Iran: 1,3 Mrd. Dollar; an Südkorea: 625 Millionen Dollar.

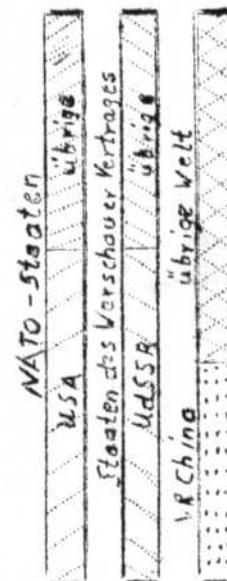
# Militärausgaben 1956 - 1976 der Welt in Mrd. US-Dollar

(Preisbasis u. Paritätsverhältnisse von 1973; für sozialistische Länder lfd. Preisbasis u. Benoit-Lubell-Umrechnungskurs; VR-China grob geschätzt)

Mrd. US-Dollar



Zeichenerklärung



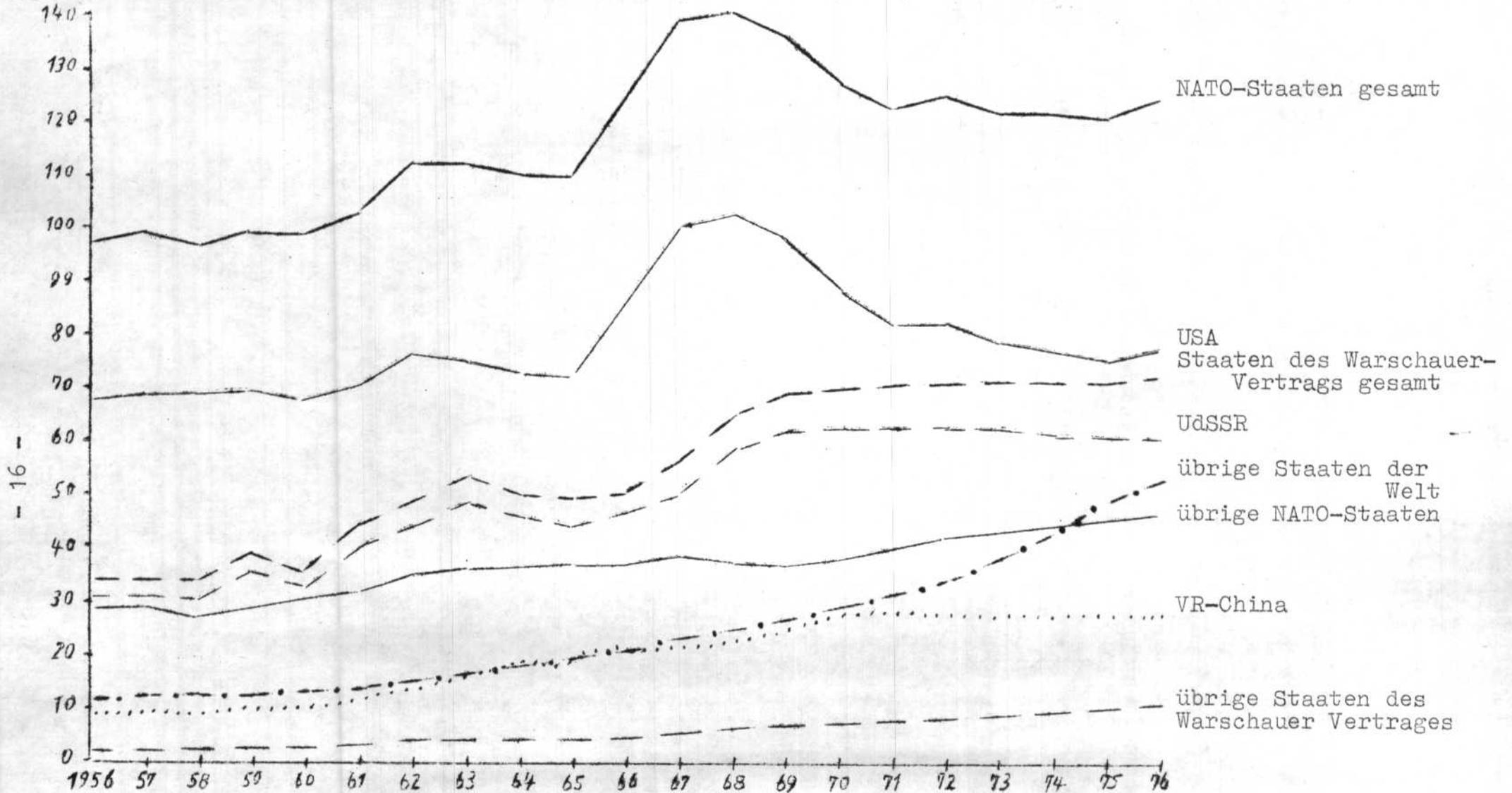
Quelle: Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI): World Armaments and Disarmament, SIPRI yearbook 1977

# Militärausgaben der Welt 1956 - 1976

in Mrd.US-Dollar

Mrd.US-Dollar

(Preisbasis u. Paritätsverhältnisse von 1973; für sozialistische Länder lfd. Preisbasis u. Benoit-Lubell-Umrechnungskurs; VR-China grob geschätzt)



Quelle: Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI): World Armaments and Disarmament. SIPRI-Yearbook 1977

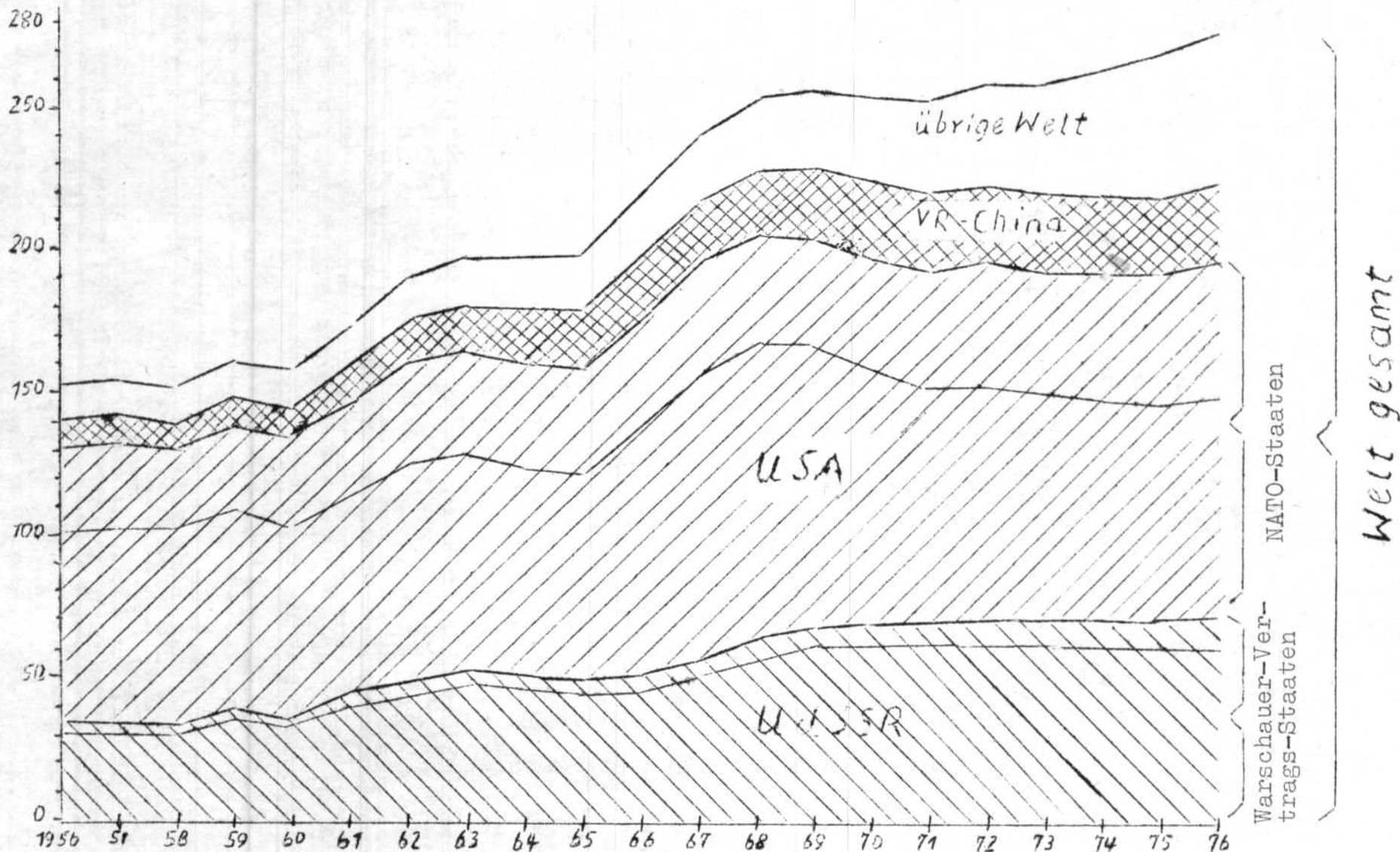
# Militärausgaben 1956 - 1976 der Welt

in Mrd.US-Dollar

(Preisbasis u. Paritätsverhältnisse von 1973; für sozialistische Länder lfd. Preisbasis u. Benoit-Lubell-Umrechnungskurs; VR-China grob geschätzt)

Mrd.US-Dollar

- 17 -



Quelle: Stockholm International Peace Research Institut (SIPRI): World Armaments and Disarmament. SIPRI-Yearbook 1977

Was wurde bisher erreicht? - Stand: 1.1.1978

Vereinbarungen

=====

1. Genfer Protokoll über das Verbot der Verwendung von ersticken-  
den, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologi-  
schon Mitteln im Kriege,

unterzeichnet am 17. Juni 1925 in Genf,

ratifiziert von 96 Staaten (die USA ratifizierten dieses Pro-  
tokoll erst 1975).

2. Antarktis-Vertrag

unterzeichnet am 1.12.1959 in Washington,

in Kraft getreten am 23. Juni 1961,

ratifiziert von 19 Staaten.

- - - - -

Dieser Vertrag erklärt die Antarktis zum Gebiet ausschließ-  
lich friedlicher Nutzung.

Der Vorschlag für den Vertrag wurde am 2.5.1958 von den USA  
unterbreitet, die UdSSR stimmte sofort zu.

- - - - -

3. Vertrag über Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre,  
im Weltraum und unter Wasser (Moskauer Vertrag),

unterzeichnet am 5.8.1963 in Moskau,

in Kraft getreten am 10.10.1963,

ratifiziert von 108 Staaten.

- - - - -

Dieser Vertrag bereitere den Boden für weitere Abkommen  
auf dem Gebiet der Kernwaffenabrüstung. Seit diesem Ver-  
trag ging die radioaktive Verseuchung der Erdatmosphäre  
erheblich zurück.

Seit Mitte der fünfziger Jahre unterbreiteten die UdSSR  
mehrere Vorschläge für das Verbot aller Kernwaffenversuche.

- - - - -

4. Vertrag über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei  
der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des  
Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag),

unterzeichnet am 27.1.1967 in Moskau, London u. Washington,

in Kraft getreten am 10.6.1967

ratifiziert von 74 Staaten.

- - - - -

Der Weltraumvertrag untersagt, Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen in den erdnahen Raum zu bringen, auf Himmelskörpern einzulagern oder sonstwie im Weltraum zu stationieren, dort Militärstützpunkte zu errichten, Manöver abzuhalten und Waffen zu testen.

Am 31.5.1966 schlug die UdSSR - unter Berücksichtigung von Überlegungen verschiedener Staaten - ein solches internationales Abkommen vor.

- - - - -

5. Vertrag über Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika,  
unterzeichnet am 14.2.1967,  
ratifiziert von 20 Staaten.

- - - - -

Am 23.3.1963 schlug der Präsident Mexikos anderen lateinamerikanischen Staaten die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone vor.

- - - - -

6. Vertrag über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Kernwaffensperrvertrag),  
unterzeichnet am 1.7.1968 in Moskau, London und Washington,  
in Kraft getreten am 5.3.1970,  
ratifiziert von 101 Staaten.

- - - - -

Diesem Vertrag sind bisher u.a. China, Frankreich, die Südafrikanische Republik, Israel und Brasilien nicht beigetreten.

Der Vertrag verbietet die Weitergabe von Kernwaffen aller Kernsprengkörper, deren Übernahme, Produktion oder anderen Zugang durch Nichtkernwaffenstaaten. Er enthält Festlegungen zur Nutzung der Kernenergie und zur Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Agentur.

Ende der fünfziger Jahre machte der irische Außenminister den Vorschlag, Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu ergreifen. Die USA machten im August 1965 einen Vorschlag, die UdSSR legte am 24.9.1965 einen umfassenden Vertragsentwurf vor.

- - - - -

7. Vertrag über Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund und Ozeanboden sowie in deren Untergrund (Meeresbodenvertrag),  
unterzeichnet am 11.2.1971,  
in Kraft getreten am 18.5.1972,  
ratifiziert von 62 Staaten.

- - - - -



Durch den Vertrag wird der Meeresgrund und -untergrund zu einem kernwaffenfreien Gebiet erklärt. Der Vertrag schützt die Weltmeere vor radioaktiver Verseuchung.

Am 18.3.1969 legte die UdSSR einen Vertragsentwurf vor, 1970 wurde der Vertrag im Rahmen des Genfer Abrüstungsausschusses mit den USA ausgearbeitet.

- - - - -

8. Konvention über Entwicklung, Produktion und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen sowie über ihre Vernichtung,

unterzeichnet am 10.4.1972 in Moskau, London und Washington, in Kraft getreten am 26.3. 1975, ratifiziert von 73 Staaten.

- - - - -

Die Konvention verbietet Entwicklung, Produktion und Lagerung von B-Waffen, sie sieht sogar deren Vernichtung vor und ist somit das erste Abrüstungsabkommen der Geschichte.

Am 19.9.1969 unterbreitete die UdSSR mit 8 anderen sozialistischen Staaten den Konventionsentwurf.

- - - - -

9. Konvention über das Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (Umweltvertrag),

unterzeichnet am 18.3.1977, bisher von 40 Staaten unterschrieben, noch nicht in Kraft getreten.

- - - - -

Die Konvention verbietet den Mißbrauch von militärischen Mitteln zur Umweltbeeinflussung - z.B. Veränderung der Struktur der Erde einschließlich der Pflanzen und Tierwelt, der Lithosphäre, der Hydrosphäre und der Atmosphäre.

- - - - -

Außer den 9 genannten Verträgen und Abmachungen haben die UdSSR und die USA seit 1972

Vereinbarungen geschlossen:

1. Zeitweiliges Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen.

Das Abkommen war nur bis 1977 gültig, ist aber eine Grundlage für weitere Verträge. (Englischer Titel für die Gespräche zwischen den USA und der UdSSR = "Strategic Arms Limitation Talks, SALT")

2. Vertrag über die Einschränkung der Raketen-Abwehrsysteme.
3. Abkommen über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges.
4. Vertrag über die Einschränkung der unterirdischen Versuche.
5. Vertrag über unterirdische Kernwaffenexplosionen zu friedlichen Zwecken.

(Weiteres zu den Verträgen und Abmachungen siehe Wochenzeitung "Horizont" Nr. 37/1977.)

Bei Gesprächen zwischen L.I. Breshnev und dem damaligen Präsidenten der USA, Ford, in Wladiwostok im November 1974 wurde vereinbart, ein neues Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen abzuschließen. Es ist zu hoffen, daß das Abkommen zustande kommt.

#### Nächste Schritte auf dem Weg zu einer vollständigen Abrüstung

1. Verbot aller Kernwaffenversuche.
2. Verbot neuer Massenvernichtungswaffen (Neutronenbombe) einschließlich Forschung und Entwicklung für solche Waffen.
3. Verbot aller chemischen Waffen.
4. Weltvertrag über Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.
5. Kürzung der Militärhaushalte - Nutzung zu Gunsten eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in den Entwicklungsländern.
6. Einschränkung des Waffenhandels.
7. Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz.
8. Ergänzung und universelle Anwendung des Kernwaffensperrvertrages.

## Unsere Aufgabe (Meditation)

---

Die gegenwärtige internationale Lage zeigt eine Eskalation des Wettrüstens in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.

Immer neue Waffensysteme werden entwickelt. Immer mehr Staaten verfügen über Kernwaffen bzw. sind in der Lage, kurzfristig solche Waffen herzustellen. Die Schwelle von konventioneller zu nuklearer Kriegführung wird immer niedriger. Der Umfang des internationalen Handels auch mit hochentwickelten Waffensystemen in die "Dritte Welt" hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Konnte man in den Anfängen dieser Entwicklung von einem gewissen Gleichgewicht der Abschreckung noch eine relative Sicherung des Friedens erwarten, so hat das Wettrüsten heute eine die internationale Lage destabilisierende Wirkung. Damit wird die eskalierende Rüstung zu einer akuten Gefahr für den Weltfrieden.

Zugleich gefährden die immer größer werdenden Aufwendungen für die Rüstung die ökonomische Grundlage für menschliches Leben überhaupt. Die Situation ist ernst. Noch nie hat die Menschheit eine solche Bedrohung ihrer physischen Existenz erlebt.

Zwar wird seit Jahren über Abrüstungsmaßnahmen verhandelt. Aber das darf uns nicht beruhigen. Je größer die Anzahl der immer gefährlicher werdenden Waffen wird, die auf der Erde angehäuft sind, umso mehr wächst die Wahrscheinlichkeit einer verheerenden Weltkatastrophe - sei es, daß sie durch einen technischen Fehler ausgelöst wird. Die Menschheit hat nicht mehr viel Zeit, um den Rüstungswettlauf zu stoppen.

Wir Christen wissen, daß es ein Zu-Spät geben kann. Wir wissen aber auch, daß Gottes Wille mit der Menschheit nicht das Inferno, sondern Leben und Friede ist. Deshalb ist uns auch heute der Weg in die Resignation versperrt, wenn wir nicht Gottes Verheißungen verleugnen wollen. Schon vor 15 Jahren sagte Martin Luther King: "Wir müssen ernstlich um den Frieden beten, aber wir müssen ebenso ernstlich für die Abrüstung und das Ende der Kernwaffenversuche eintreten... Kein Problem wird gelöst, wenn wir träge darauf warten, daß Gott allein sich darum kümmert."

Der Glaube an Gottes erschaffendes, erlösendes und vollendendes Handeln an der ganzen Welt befreit und verpflichtet uns, im Gehorsam gegen Gottes Willen verantwortungsbewußt daran mitzuarbeiten, daß das verheißene Heil in der Welt Gestalt gewinnt.

Die Gefahr für uns alle ist zu groß, und der Preis für den heutigen Rüstungsstand ist zu hoch, als daß Entspannung und Abrüstung allein den Politikern und einigen Spezialisten überlassen bleiben könnten. Entspannung und Abrüstung beginnen in den Köpfen der Menschen, in denen ein wirksames Abrüstungsbewußtsein entsteht.

Die in dieser Arbeitsmappe zusammengestellten Informationen zeigen:

- Rüstung verschlingt die nur in begrenztem Umfang vorhandenen Rohstoffe und Energien der Erde, sie bindet Produktions- und Forschungskapazitäten in einem unverantwortlichen Ausmaß, ohne entsprechende Werte zuschaffen.

- Rüstung blockiert kulturellen und sozialen Fortschritt im nationalen Bereich und verhindert wirksame Hilfe für die Entwicklungsländer.
- Rüstungsinvestitionen schaffen nur halb so viele Arbeitsplätze, wie Investitionen in der wertschaffenden Konsumgüterproduktion, im Baugewerbe oder im Bereich kultureller und sozialer Dienstleistungen.

Diese Feststellungen gelten für alle Staaten unabhängig von ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur.

Vergleicht man aber einmal die Abrüstungsinitiativen und konkreten Vorschläge, die von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten in die bisherigen Verhandlungen eingebracht worden sind, nach Anzahl und Inhalt mit denen aus den USA und anderen kapitalistischen Staaten, so ergeben sich wesentliche Unterschiede.

Seit 1945 hat allein die Sowjetunion mehr als 70 konkrete Maßnahmen zur Abrüstung und Sicherung des Friedens vorgeschlagen. Diesen Vorschlägen steht eine weitaus geringere Anzahl aus kapitalistischen Ländern gegenüber. Die Profite der Rüstungsindustrie liegen in den kapitalistischen Ländern nach eigenen Angaben weit über den Profiten in anderen Industriezweigen. In sozialistischen Ländern hingegen zieht niemand einen Vorteil aus der Rüstungsproduktion.

Die unterschiedliche Interessenlage spiegelt sich auch in der nachweisbaren Tatsache wider, daß generell gesehen die sozialistischen Staaten immer wieder gezwungen waren und sind, einen Rüstungsvorsprung kapitalistischer Staaten einzuholen.

Aus diesem Grunde kann auch nicht undifferenziert von einer gegenseitigen Bedrohung zwischen den beiden großen Machtblöcken in der Welt gesprochen werden.

Obwohl eine unleugbare Affinität zwischen Sozialismus und Frieden besteht, weil es in der sozialistischen Gesellschaft keine ökonomischen Interessen an Rüstungsproduktion gibt, muß das Eintreten für den Frieden nicht unbedingt identisch mit dem Eintreten für den Sozialismus sein.

Die CFK, in der viele Christen mit sozialistischen Überzeugungen mitarbeiten, geht davon aus, daß auch Menschen anderer politischer Ansichten einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens leisten können. Allein die Gebundenheit an die Haßideologie des Antikommunismus macht unfähig zum Friedensdienst. Die Alternative zum Antikommunismus ist nicht der Kommunismus, sondern die friedliche Koexistenz.

Diese von den sozialistischen Staaten vertretene politische Konzeption rechnet damit, daß der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht notwendig zum Krieg führen muß. Durch sie sollen alle Kräfte mobilisiert werden, die sichern, daß dieser Gegensatz im friedlichen Wettstreit ausgetragen wird.

So fordern die sozialistischen Staaten auch nicht einseitige Abrüstungsmaßnahmen von der anderen Seite. Ihr Ziel ist Rüstungsverminderung bei Erhaltung der gleichen Sicherheit. Sie gehen z.B. bei den Wiener Verhandlungen davon aus, daß beide Seiten einen Rüstungsstand erreicht haben, der ihrem Sicherheitsbedürfnis einigermaßen entspricht. Dieser erreichte Stand soll proportional vermindert werden. Die Westmächte dagegen möchten zunächst einmal diesen Stand zu ihren Gunsten korrigieren.

- a) Sie klammern strategische Waffen und Luftwaffe aus den Verhandlungen aus und stellen dann eine zahlenmäßige Überlegenheit sowjetischer Panzer fest.
- b) Sie wollen nicht sehen, daß das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion nicht nur von den geographischen Gegebenheiten bestimmt wird, sondern ebenso sehr von den geschichtlichen Erfahrungen: die Sowjetunion hat den brutalen Überfall des Hitlerfaschismus erlebt und muß heute feststellen, daß die Kräfte, die hinter diesem Überfall standen, keineswegs überall in Westeuropa entmachtet sind.
- c) Die Sowjetunion ist heute noch von einem Netz imperialistischer Militärstützpunkte umgeben: von Griechenland und der Türkei über Iran bis zum Indischen Ozean und zum Fernen Osten. Dasselbe trifft umgekehrt weder für die USA noch für Westeuropa zu.

Bei nüchterner Prüfung dieser Fakten erweist sich der Ansatz der sozialistischen Staaten bei den Wiener Verhandlungen als vernünftig. Haben wir das nicht auch als Christen und Kirchen zum Ausdruck zu bringen?

Fragen der Verteidigungsbereitschaft und der Wehrerziehung können nur vor diesem Hintergrund recht bedacht werden. Gewiß besteht zwischen dem erklärten und erwiesenen Willen, den Frieden zu sichern, und der Stärkung der Verteidigungsbereitschaft in der sozialistischen Staatengemeinschaft eine dialektische Spannung, nicht aber ein Widerspruch. Diese Spannung darf nicht ignoriert, sie muß politisch verarbeitet werden. Eine Armee, deren Regierung kontinuierlich Abrüstungsvorschläge unterbreitet, muß auch von Christen - bei aller Nüchternheit - anders beurteilt werden, als eine Armee, auf die das nicht zutrifft. Die gleiche Spannung besteht zwischen der Erziehung zum Frieden und der Erziehung zur Bereitschaft, das Erreichte zu verteidigen. Das eine trägt den gegebenen Machtverhältnissen Rechnung, das andere dient dem Ziel eines friedlichen Morgen.

## Zeugnisse zu Friede und Abrüstung

Aus der Botschaft der 1. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag 1961:

1. "Im Lichte des Friedens Gottes haben wir erkannt:

Im atomaren Zeitalter ist Krieg keine verantwortbare und sinnvolle Möglichkeit zur Lösung internationaler Probleme mehr. Wer die Massenerstörung überhaupt erwägt, wer zur Abschreckung mit atomaren Waffen droht, wer solche unmenschlichen Mittel bereitstellt, wer junge Menschen für ihre mögliche Anwendung erzieht, der handelt nicht nur gegen alle Einsichten menschlicher Vernunft, sondern er versündigt sich an Gott.

Weil das atomare Wettrüsten noch andauert, bitten wir alle Parlamente und alle Regierungen, alles zu tun und vieles zu wagen, was zur Abschaffung des Krieges führt.

Dazu gehören als erster Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Einigung über internationale Kontrollmaßnahmen.

Dazu gehört der Verzicht der noch nicht atomar gerüsteten Völker auf den Besitz der Massenvernichtungsmittel.

Dazu gehört alles, was der Bemühung um die allgemeine, totale Abrüstung und um einen organisierten Weltfrieden dient.

Dazu gehören schließlich ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, so daß am Ende die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dient.

Dazu gehören auch alle Versuche und Vorschläge zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen und zur Schaffung international garantierter Neutralitätsverträge."

2. Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe "Friede und Abrüstung" an die 2. Allchristliche Friedensversammlung in Prag 1964:

"In Jesus Christus, in seinem Tod und in seiner Auferstehung, hat Gott die Welt versöhnt. Alle Menschen sind in das Friedenswerk Gottes einbezogen. Der Friede Christi aber ist nicht Selbstsicherung: er fordert von uns als Gemeinde Hingabe an unsere Menschenbrüder. Versöhnte leben nicht nur anders, sie leben für andere.

In unserem täglichen Dienst sind wir zum Mithandeln und Mitbringen hinsichtlich der Gestaltung des Friedens in der ganzen Welt bestimmt. Im Namen unseres gnädigen Herrn ergeht unser Ruf zur Abrüstung an alle Menschen für alle Menschen.

Obwohl die Einsicht in die Notwendigkeit allgemeiner und kontrollierter Abrüstung sowohl unter den Politikern als auch unter den Völkern gewachsen ist und verschiedene konkrete Schritte, wie der Moskauer Vertrag, die freiwillige Beschränkung der Herstellung spaltbaren Materials durch die Großmächte, die Einrichtung des "heißen Drahtes", den Boden bereitet haben, muß der Durchbruch zur Abrüstung selbst erst noch errungen werden."

3. Aus der Erklärung der V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Dezember 1975 in Nairobi:

"Die Weltrüstungssituation"

1. Drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Menschheit wieder in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß bewaffnet. Zuverlässigen Berechnungen (aus dem Friedensforschungsinstitut in Stockholm) zufolge betragen die Weltrüstungsausgaben 1974 insgesamt mehr als 220 Milliarden US-Dollar. Das heißt, die militärischen Ausgaben der Welt entsprechen etwa dem Volkseinkommen von über einer Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern Südasiens, des Fernen Ostens und Afrikas. Der Löwenanteil dieser Ausgaben - 82% im Jahre 1973 - entfällt auf die NATO- und Warschauer Pakt-Staaten. Auf China entfallen etwa 5%. Abgesehen von dem finanziellen Aufwand bedeuten die genannten Zahlen eine ungeheure Verschwendung der natürlichen Ressourcen der Welt.
2. Die Steigerung der Rüstungsausgaben wird lediglich von Fortschritten in der militärischen Technik übertroffen. Atomsprenköpfe haben heute eine Sprengkraft von mehreren Millionen Tonnen TNT. Ebenso bedeutend ist die Verbesserung von Geschwindigkeit und Treffsicherheit bei den nuklearen Trägerwaffen. Zusätzlich zu den strategischen Kernwaffen, die für interkontinentale Auseinandersetzungen entwickelt wurden, haben die Supermächte ein umfangreiches Arsenal von taktischen Kernwaffen angelegt. Damit verringert sich die potentiell wichtige Schwelle zwischen konventioneller und nuklearer Kriegführung.
3. Das krebsartige Wachstum von militärischer Forschung und Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß sich der Rüstungswettlauf von größerer Quantität auf bessere "Qualität" konventioneller wie nuklearer Waffen verlagert hat. Nachdem man Indochina und den Nahen Osten als Testgebiete für konventionelle Waffen benutzt hat, ist es zu einer "stillen Revolution" moderner Kriegführung gekommen: Neue Generationen von Flugzeugen, Hubschraubern, Kanonenbooten und Bomben wurden entwickelt. Die modernen Waffenarsenale enthalten u.a. elektronisches Gerät, ferngelenkte Geschosse, Sensoren und ein vielgestaltiges Sortiment von Splitterbomben.
4. Es besteht zunehmend die Gefahr einer Ausbreitung von Militärstützpunkten. Ausländische Militärstützpunkte bedeuten eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Integrität vieler Nationen. In einer Zone, die bisher relativ unberührt von Konflikt und Konfrontation geblieben war, im Indischen Ozean, hat in letzter Zeit ein massiver Aufbau von Militärstützpunkten stattgefunden.
5. Eine weitere alarmierende Entwicklung ist die zunehmende Militarisierung der Dritten Welt. Auf die Dritte Welt, China ausgenommen, entfallen 7 bis 9% der Weltrüstungsausgaben - etwa das Dreifache der offiziellen Entwicklungshilfe aus anderen Ländern an die Dritte Welt.

Im allgemeinen steigen die Militärausgaben der Entwicklungsländer relativ schneller als die entsprechenden Ausgaben der Industriestaaten. Die meisten Waffen der Dritten Welt stammen aus den entwickelten Ländern. Einige Länder der Dritten Welt planen jedoch den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Aufrüstung und Militarisierung haben in vielen Fällen dazu beigetragen, daß sich Entwicklungsprioritäten verlagerten, daß das wirtschaftliche Wachstum geschwächt bzw. erstickt und die sozio-politische Kraft der Länder der Dritten Welt reduziert wurde.

6. Die Beziehungen zwischen den beiden mächtigsten Militärblöcken der Welt beruhen auf dem Prinzip der gegenseitigen Abschreckung. Diese entwickelt jedoch eine Eigendynamik, die den Rüstungswettlauf eher beschleunigt als verlangsamt. Frieden und Stabilität können natürlich nicht durch eine Politik der Drohungen erreicht werden. Die Tendenz, bei Berechnungen immer vom Schlimmstmöglichen auszugehen, sowie die Neigung zur Überempfindlichkeit, zu übertrieben scharfen Reaktionen und zum Planungsgigantismus können das Wettrüsten nur noch weiter eskalieren.
7. Die rasante Aufrüstung scheint heute jedoch nicht allein durch externe, sondern auch durch interne Faktoren verursacht zu sein. Die ständig expandierenden militärischen, industriellen; bürokratischen Apparate spielen eine wichtige Rolle bei der Beschleunigung des Wettrüstens. Darüberhinaus wird die Aufrüstung durch die technologische Konkurrenz vorangetrieben, in der jede Seite versucht, ihr Potential aufs äußerste zu steigern. Militärische Forschung und Entwicklung warten in der Regel nicht erst Reaktionen der Gegenseite ab, sondern reagieren vielmehr in einem kontinuierlichen Prozeß jeweils auf den eigenen Entwicklungsstand.
8. In den letzten fünfundzwanzig bis dreißig Jahren sind verschiedene Versuche gemacht worden, den Rüstungswettlauf zu stoppen. Trotz einer ganzen Reihe von UN-Resolutionen, in denen zur Abrüstung aufgerufen wurde; konnten Abrüstungsverhandlungen lediglich die Vernichtung bakteriologischer Waffen erreichen.
9. Das Interesse an der Abrüstung konzentriert sich heute weitgehend auf die Idee der Rüstungskontrolle, d.h. auf die Kontrolle der Rüstungsfortschritte. In diesem Zusammenhang könnten die Verträge über die friedliche Nutzung der Antarktis und des Weltraums sowie die Konvention gegen die Meeresverschmutzung und das Teilabkommen gegen Atomtests genannt werden. Am wichtigsten ist hier zweifellos der seit fünf Jahren bestehende Atomsperrvertrag, der die Verbreitung von Nuklearwaffen verhindern soll und die Grundlagen für eine Kontrolle der friedlichen Nutzung von Atomenergie schafft. Bedauerlicherweise haben mehrere wichtige Staaten den Vertrag nicht unterzeichnet oder ratifiziert.

10. Mit den SALT-Verhandlungen und -Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten unternehmen die beiden Supermächte einen Versuch, sich in Fragen der quantitativen Aufstockung ihrer Waffen einander anzupassen; Ziel ist ein Gleichstand der Bewaffnung. Die Verhandlungen mögen zu einer Verbesserung des politischen Klimas zwischen den beiden Ländern beigetragen haben, doch haben sie den strategischen Rüstungswettlauf gleichzeitig vor allem in die Richtung einer Verbesserung der Waffenqualität gelenkt.
11. Zwischen den beiden Supermächten ist es zwar nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation gekommen, doch hat man seit dem Zweiten Weltkrieg in etwa hundert Kriegen gekämpft, die über zehn Millionen Menschen in sechzig Ländern das Leben gekostet haben. Unter Bedingungen, in denen Massenvernichtungswaffen zum Einsatz kommen können, bleiben die Möglichkeiten zur Entwicklung eines Verhältnisses der Partnerschaft und Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit der Erklärung von Helsinki zwischen den Großmächten begrenzt.

#### Appell an die Kirchen

=====

1. Die obige Untersuchung wird den Kirchen zum Studium empfohlen.
2. Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen. Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird.
3. Wir fordern den neuen Zentralausschuß auf, Schritte zu unternehmen, um eine Konsultation über Abrüstung durchzuführen. Diese Konsultation sollte eine Untersuchung und einen Vergleich des verfügbaren Materials über die ursächlichen Faktoren des gegenwärtigen Wettrüstens sowie die technischen, wirtschaftlichen, umwelttechnischen und militärischen Auswirkungen anstellen. Die Konsultation sollte sich zum Ziel setzen, eine Strategie auf nationaler und internationaler Ebene zur Verhinderung der weiteren Aufstockung der Militärausgaben vorzuschlagen. Diese Strategie sollte u.a. folgende Punkte berücksichtigen:
  - a) Vorbereitung von Bildungsprogrammen zur Verwendung durch die Kirchen,
  - b) Anregung diesbezüglicher Diskussionen in der Öffentlichkeit,
  - c) Studium der Fragen von Krieg und Frieden in theologischer Sicht,

- d) Vermittlung der Erfahrungen der historischen Friedenskirchen,
- e) Untersuchung der Beteiligung der Kirchen an Waffenproduktion und -handel,
- f) Förderung der Einberufung einer weltweiten Abrüstungskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen,
- g) Notwendigkeit der Umschulung und Wiederbeschäftigung derer, die bisher in der Rüstungsindustrie ihren Lebensunterhalt verdienten.

- 4. Der Zentralaussschuß sollte sicherstellen, daß Abrüstung ein Hauptanliegen des Ökumenischen Rates der Kirchen ist.
- 5. Wir appellieren an alle Christen, für die Abrüstung der Welt zu denken, zu arbeiten und zu beten."

- 4. Papst Paul VI. hat 1965 vor der UNO ausgeführt:

"Wenn ihr Brüder sein wollt, dann laßt die Waffen den Händen entgleiten. Man kann nicht lieben, wenn man Offensivwaffen in den Händen hat."

- 5. Aus einem Memorandum des Vatikan 1976:

"Das Wettrüsten ist ohne Vorbehalt zu verdammen... Es ist ein Akt der Aggression, der sich zum Verbrechen steigert, weil die Rüstungen - selbst wenn sie niemals angewendet werden - bereits durch ihre Kosten die Armen dem Hungertode ausliefern... Das Wettrüsten verstärkt die Sicherheit nicht... Das Wettrüsten ist ein beschleunigter Prozeß geworden, der der Kontrolle des Staates zu entgleiten droht... Das Wettrüsten muß beendet werden. Die Einschränkung der Rüstungen muß durchgesetzt werden."

- 6. Die Konferenz Europäischer Kirchen empfahl 1975:

"..in Verbindung mit den einzelnen Kirchen und anderen kirchlichen und ökumenischen Organisationen für allseitige und kontrollierte Abrüstung einzutreten und alle Anstrengungen zu unterstützen, die auf eine wirkliche Reduzierung des Militärbudgets hinzielen."

- 7. Der Präsident der CFK, Metropolit Dr. Nikodim, - einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen - sagte in einem Referat auf der IV. Allchristlichen Friedensversammlung 1971 in Prag folgendes:

"Erhebungen des Stockholmer Internationalen Instituts zum Studium der Probleme des Friedens beziffern den Weltvorrat

an nuklearen Waffen aller Kategorien mit 50 000 Megatonnen, d.h. etwa 15 Tonnen Trinitrotolol pro Mensch. Dies ist eine um das 2 500 000-fache gesteigerte Sprengkraft im Vergleich zu der Bombe, die über Hiroshima abgeworfen ist und mehr als 140 000 Menschen das Leben gekostet bzw. schwer geschädigt hat! Kann eigentlich, wagt eigentlich ein Christ an dieser Bilanz des Schreckens und Grauens vorüberzugehen?"

8. Interview mit Michael T. Klare, Direktor des Projektes "Militarismus und Abrüstung" im Institut für Politische Studien zu Washington:

Frage: "In der Arbeitsgruppe I (Wettrüsten und Strategien für Abrüstung), der Sie während der ÖRK-Konferenz in Glien angehörten, ergab sich oft Übereinstimmung zwischen ihren Ausführungen und denen Ihrer Tischnachbarn Dr. Bujewski von der Russischen Orthodoxen Kirche und Frau Jane Leiper vom Washingtoner NCCC-Büro. Hatten Sie bereits daheim Arbeitskontakte zum Nationalrat der Kirchen Christi in den USA?"

Antwort: "O ja, wir arbeiten in der "Koalition für neue Wege der Militärpolitik" zusammen, einer Vereinigung kirchlicher Gruppen und Gruppen der Friedensbewegung. Gegründet wurde diese Koalition während des Vietnamkrieges, um gegen Steuerbewilligungen für diesen Krieg anzukämpfen. Gegenwärtig geht es uns darum, Mitglieder des Kongresses für Abrüstungsmaßnahmen zu engagieren. "

F.: "Welche Möglichkeiten haben Sie, die öffentliche Meinung anzusprechen?"

A.: "Wir haben die Chance, den Durchschnittsbürger in einer Frage anzusprechen, die ihm gegenwärtig am meisten Sorgen bereitet: die erschreckende Aushöhlung der Lebensqualität in den USA, die vor allem durch Inflation, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation verursacht wird. Zur gleichen Zeit aber nehmen die Ausgaben für Waffen ständig zu. Hier nun versuchen wir, unseren Mitbürgern klarzumachen, daß solche Aufrüstung ihren elementaren Lebensinteressen schadet. Nur durch Kürzung des Militärhaushaltes können Mittel freigesetzt werden zur Lösung der Nöte, unter denen viele Menschen in unserem Lande leiden. "

F.: "Das bedeutet gewiß auch Auseinandersetzung mit solchen politischen Kräften, die eine Erhöhung der Militärausgaben propagieren?"

A.: "Natürlich! Unsere Friedensbewegung - die Kirchen eingeschlossen - steht gegenwärtig in einem intensiven Kampf um die öffentliche Meinung, die ja das Abstimmungsverhalten der Kongreßmitglieder wesentlich bestimmt. Wir haben uns mit sehr einflußreichen politischen Kräften auseinandersetzen, die die Aufrüstung weiter forcieren wollen und die über große Mittel verfügen, um auf die Kongreßabgeordneten entsprechenden Druck auszuüben, nicht zuletzt auf Präsident Carter selbst, wie seine Bereitschaft für solche Rüstungssteigerung zur Genüge gezeigt hat. Der Weg,

der dabei begangen wird, knüpft an die ungunstigen Traditionen des kalten Krieges an. Man macht in Hysterie, man sucht eine Atmosphäre der Furcht innerhalb der Öffentlichkeit vor angeblicher "sowjetischer Bedrohung" zu verbreiten."

F.: "Was sind die Motive für solche Hysteriemache?"

A.: "Zunächst einmal das Profitmotiv. In den USA gibt es nicht nur eine Luftwaffenfabrik, sondern mehrere gigantische Konzerne. Angesichts der Wirtschaftsdepression droht einigen von ihnen bald der Bankrott. Um ihres eigenen Überlebens willen propagieren jene Konzerne einen übersteigerten Bedarf an Militärausrüstungen. Zum anderen gibt es machtpolitische Motive. Die herrschenden Kreise der USA haben erkannt, daß nach ihrer Niederlage in Vietnam und dem Fortschritt der Befreiungsbewegung in der dritten Welt ein weltgeschichtlicher Wendepunkt erreicht ist: Entweder die USA passen sich den veränderten Kräfteverhältnissen in der Welt an, oder sie versuchen, verlorene Machtpositionen wiederzugewinnen. Und es gibt Kreise, die den zweiten Weg gehen wollen, d.h. zurück in den Kalten Krieg."

F.: "Hat diese Gruppe Einfluß auf die öffentliche Meinung?"

A.: "Ein von ihr unlängst gegründetes "Komitee über die gegenwärtige Gefahr" betreibt eine breit angelegte "Aufklärungskampagne" über die "sowjetische Gefahr" und über die angebliche Notwendigkeit, sie durch forcierte Aufrüstung abzuwenden. In jeder Woche wartet es mit einem neuen "Dokument" auf, das selbst erfundene Stories über neue Waffen in der Sowjetunion enthält. Und das "kriegt" natürlich Presse, weil man Leute "mit großem Namen" als "Gewährsmänner" vorzuweisen hat: einen ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister, Admirale, Generale, konservative Gewerkschaftsführer.

Darum eben ist es so dringend notwendig, daß die Kirchen ebenfalls zur Öffentlichkeit sprechen und sie davon überzeugen, daß wir diese Art von Geschichtenmacherei zurückzuweisen und ihre Motive aufzudecken haben. Wir müssen bewußtmachen helfen, was in der Welt in Wirklichkeit vorgeht. Vor allem muß gesagt werden, daß die USA nicht bedroht sind und daß eine dementsprechende Hysteriemache auf keinen Fall im Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit liegt."

F.: "Kann diese Hysteriemache zum Ausbruch eines Nuklearkrieges führen?"

A.: "Dies ist in der Tat meine größte Sorge. Obwohl die Führer der USA gegenwärtig erklären, daß ein Nuklearkrieg nicht in Frage komme, propagieren eben jene an weiterer Aufrüstung interessierte Kreise die Möglichkeit eines Nuklearkrieges. Damit die USA ihn "gewinnen", müßten neue Waffensysteme erfunden werden, mit denen man einen nuklearen "Erstschlag" ohne Furcht auf Erwidern führen könnte. Der Vorrang, den das USA-Militärbudget für 1978 der Produktion neuer Waffensysteme einräumt, kann von Moskau nicht anders als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die USA eine aggressive "Erst-Schlag"-Nuklearkapazität anstrebt. Darum hat im Einsatz der Friedenskräfte und Kirchen unseres Landes für weltweite Abrüstung

gegenwärtig höchste Priorität, den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern. Das bedeutet Verzicht zum einen auf die Einführung von "Erst-Schlag"-Waffen, zum anderen auf die Produktion der Neutronenbombe, deren Einsatz einen begrenzten Konflikt sofort zum Nuklearkrieg eskalieren könnte. Zweite Priorität hat die Minderung von Spannungen zwischen den beiden größten Mächten, d.h. die Schaffung einer Atmosphäre, in der ein Krieg gegeneinander als Möglichkeit für immer ausscheidet."

(Aus "NEUE ZEIT" vom 20.4.1978)

9. Aus dem Kommuniqué über den Dialog zwischen Vertretern der Kirchen der USA und der DDR in Chorin:

"Als unveränderte Aufgabe der Christen und Kirchen hielten die Gesprächsteilnehmer fest, sich für die Entwicklung alternativer Sicherheitssysteme, für die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen und für die Gewinnung eines echten Abrüstungsbewußtseins einzusetzen.

Die Arbeit an einer echten Abrüstung muß erst noch anfangen. Die Teilnehmer an dem Gespräch hoffen, daß aus der bevorstehenden Konferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Frage des Wettrüstens und der ÖRK-Konsultation über Militarismus ein neues dynamisches Programm für die Kirchen zu den Fragen von Frieden und Abrüstung in aller Welt hervorgeht. Die Dialogteilnehmer unterrichteten sich über die Vorbereitungen zu der am 23. Mai 1978 in New York beginnenden Sondersitzung der UN zu Fragen der Abrüstung. Es wäre ein Unglück, wenn diese Sondersitzung ohne bedeutungsvolle Fortschritte verlief. Sie sind willens, ihre jeweiligen Regierungen dringend zu bitten, dieses Forum dazu in Anspruch zu nehmen, daß ein neues moralisches und politisches Klima für weltweite Abrüstung und Frieden geschaffen wird."

(Das Gespräch fand vom 5.-7.4.1978 statt.)

Auswahlbibliographie  
zu Fragen der Abrüstung 1970 - 1978  
- DDR-Veröffentlichungen -

Bücher und Broschüren

1. Dokumente zur Abrüstung 1917-1976  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1978,  
herausgegeben v. Institut für Internationale Politik und  
Wirtschaft der DDR, bearbeitet und eingeleitet von  
Peter Klein.
2. Klein, Peter  
Die Vereinten Nationen und das Problem der Abrüstung  
in: 25 Jahre Vereinte Nationen, Berlin 1970
3. Klein, Peter  
Nichtverbreitung von Kernwaffen - entscheidender Beitrag  
zur europäischen Sicherheit  
in: Wohin geht Europa?  
Hrsg.v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1970
4. ABC-Waffen, Abrüstung und Verantwortung der Wissenschaft-  
ler.  
Report über eine internationale Konferenz der Weltfödera-  
tion der Wissenschaftler, Berlin (DDR), 21-23. Nov. 1971  
Hrsg.v. Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft für  
die Weltföderation der Wissenschaftler, Berlin o.J.  
(u.a. mit Beiträgen von: M.v.Ardenne, Abrüstung und Ge-  
sundheitswesen; B.Greatrath, Völkerrechtliche Aspekte der  
Abrüstungsfrage; W. Krutzsch, Die Haltung der DDR zum Ver-  
bot der B- und C-Waffen; J.Kuczynski, Soziale und ökonomi-  
sche Folgen der Abrüstung; K. Lohs, Ökonomische Probleme  
bei der Vernichtung chemischer Kampfstoffe; G.Schumann,  
Technische Kontrolle und die Nichtverbreitung von Kern-  
waffen; P.A.Steiniger, Möglichkeiten rechtlicher Sicherung  
des Wissenschaftlers im Kampf gegen Massenvernichtungs-  
waffen).
5. Hänisch, Werner; Krüger, Joachim  
Gewaltverzicht und europäische Sicherheit, Berlin 1971
6. Die Abrüstung als das wirksamste Mittel zur Durchsetzung  
und Gewährleistung des Gewaltverbots  
in: Völkerrecht. Lehrbuch. Hrsg.v.d.Arbeitsgemeinschaft  
für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehun-  
gen an der Akademie für Staats- u. Rechtswissenschaft der  
DDR. Gesamtdredaktion Herbert Kröger. Teil 2, Berlin 1973
7. Doernberg, Stefan  
Europäische Sicherheit und internationale Entspannung  
Berlin 1973
8. Kuczynski, Jürgen  
Wissenschaft und Rüstung  
in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, Teil 1,  
Berlin 1973

9. Außenpolitik der DDR - für Sozialismus und Frieden  
Hrsg.v.Institut für Internationale Beziehungen an der  
Akademie für Staats-u. Rechtswissenschaft der DDR,  
Berlin 1974
10. Engelhardt, K.; Heise, H.  
Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herr-  
schaftssystem  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1974, 1.Aufl., 304 S.
11. Christen im weltweiten Friedenskampf  
- Studienband der Christlichen Friedenskonferenz -  
Union-Verlag, Berlin 1974, 1.Aufl., 319 S.
12. Korionow, Witali  
Die Politik der friedlichen Koexistenz in Aktion  
Verlag Progreß, Moskau 1975, 117 S
13. Kröger, H.; Wünsche, H.  
Friedliche Koexistenz und Völkerrecht  
darin: 1.2.1. Multilaterale Vereinbarungen zur Rüstungs-  
begrenzung, zur Abrüstung und zur Festigung  
des Friedens und der Internationalen Si-  
cherheit  
1.2.2. Bilaterale Vereinbarungen zwischen der UdSSR  
und den USA über friedliche Koexistenz,  
Rüstungsbegrenzungen und Entwicklung der  
Zusammenarbeit  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1975, 1.Aufl., 111 S.
14. Lohs, Karlheinz u.a.  
Chemische Waffen müssen verboten werden.  
Eine Analyse des Entwicklungsstandes auf dem Gebiet der  
chemischen Waffen, der Konsequenzen ihres Einsatzes und  
der Möglichkeiten, zu einem bedingungslosen Verbot sol-  
cher Waffen zu kommen.  
London: Weltföderation der Wissenschaftler, Berlin 1975
15. Kreuzzug gegen die Koexistenz  
- Psychologische Kriegführung heute -  
Hrsg.v.Institut f.Intern. Politik und Wirtschaft  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1975, 176 S.
16. Lenin, W.I.  
Über die Politik der friedlichen Koexistenz  
Dietz Verlag, Berlin 1977, 2.Aufl., 222 S.
17. Friedliche Koexistenz in Europa  
- Entwicklungstendenzen der Auseinandersetzung zwischen  
Sozialismus und Imperialismus -  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1977, 1.Aufl., 330 S.
18. Sechs Jahrzehnte Kampf um Frieden und Sicherheit in Euro-  
pa - Eine Dokumentation zu den Initiativen der Sowjet-  
union und den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer  
Vertrages für die kollektive Gewährleistung der europäi-  
schen Sicherheit -  
Zusammengestellt und eingeleitet v. Ernst Laboor  
Dietz Verlag, Berlin 1977, 211 S.

19. Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa  
- Dokumente -  
Hrsg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der  
DDR  
Staatsverlag der DDR, Berlin 1977, 2. Aufl., 192 S.

#### Forschungshefte und Zeitschriftenaufsätze

---

1. Militär-Industrie-Komplex in der BRD  
DWI-Forschungshefte, Berlin 6 (1971) 3
2. Hess, Peter  
Ökonomische und soziale Aspekte der Abrüstung auf einem  
Pugwash-Symposium  
Wirtschaftswissenschaft, Berlin 19 (1971) 7
3. Ernst, K.-D.; Krutzsch, W.  
Die Behandlung von Abrüstungsfragen auf der XXVI. Tagung  
der Vollversammlung der Vereinten Nationen  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 17 (1972) Sonderheft
4. Klein, Peter  
Thesen zur Abrüstungsfrage  
IPW-Berichte, Berlin 1 (1972) 6
5. Klein, Peter  
Aktuelle Probleme der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung  
IPW-Berichte, Berlin 2 (1973) 5
6. Klein, Peter  
Bedeutsame Abkommen zwischen der UdSSR und den USA zur  
Verhütung eines nuklearen Krieges  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 18 (1973) 6
7. Klein, Peter  
Stand und Perspektiven einer militärpolitischen Integra-  
tion in Westeuropa  
IPW-Berichte, Berlin 2 (1973) 10
8. Bollinger, K.; Hagen, R.  
Zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehun-  
gen  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 19 (1974) 6
9. Doernberg, Stefan  
Die Abrüstungsfrage im Wechselverhältnis politischer,  
ökonomischer und sozialer Aspekte  
IPW-Berichte, Berlin 3 (1974) 1
10. Einhorn, Cläre  
IAEA - wichtiges Instrument zur Friedenssicherung  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 19 (1974) 4

11. Engelhardt, Klaus  
Ökonomische und soziale Aspekte der Abrüstung  
Wirtschaftswissenschaft, Berlin 20 (1974) 5
12. Klein, Peter  
Zur weiteren Durchsetzung des Abrüstungsprinzips  
- UNO-Bilanz 1974/75 -  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 20 (1975) Sonderheft
13. Kröger, Herbert  
Das Wechselverhältnis zwischen Entspannung und Abrüstung.  
Einführender Bericht auf dem internationalen Symposium  
über "Die Rolle der Wissenschaftler und ihrer Organisa-  
tionen/im Kampf um Abrüstung". Moskau (15./19. Juli 1975)  
Wissenschaftliche Welt, Berlin 19 (1975) 3
14. Oeser, Ingo  
Im Kampf um reale Ergebnisse der militärischen Entspannung  
Einheit, Berlin 20 (1975) 10
15. Rönsch, Bernhard  
Der Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft um  
Rüstungsbeschränkung und Abrüstung  
Militärwesen, Berlin 19 (1975) 10
16. Schumann, Hans  
Aktuelle Probleme der Abrüstung und die Überprüfung der  
Wirkungsweise des Vertrages über die Nichtweiterverbrei-  
tung von Kernwaffen.  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 20 (1975) 10
17. Sitzlack, Georg  
Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und  
die IAEA  
Deutsche Außenpolitik, Berlin 20 (1975) 3
18. Klein, Peter  
Dem Wettrüsten ein Ende machen  
IPW-Berichte, Berlin 5 (1976) 6
19. Oeser, Edith  
Völkerrecht und Abrüstung  
IPW-Berichte, Berlin 6 (1977) 5
20. 60 Jahre Kampf der UdSSR für Rüstungsbegrenzung und  
Abrüstung  
IPW-Berichte, Berlin 6 (1977) 10
21. Bassarak, Gerhard  
Der Jüngste Tag  
Standpunkt, Berlin 5 (1977) 8
22. Lübbert, Konrad  
Christen für die Abrüstung  
Kaltenborn, Carl-Jürgen  
Einige Aspekte des Kampfes um die Abrüstung  
Standpunkt, Berlin 5 (1977) 9

23. Abrüstung - Weltproblem Nr. 1  
Fischer, O.: Die DDR und die Abrüstung; Burhop, E.: Was ist die Neutronenbombe; Strelzow, J.: Nukleare Abrüstung und SALT; Engmann, G.: Wie in den USA und der BRD das Wettrüsten angeheizt wird; Was ist "Cruise Missile"?; Was ist "Trident"?; Aktuell und realistisch - Vorschläge sozialistischer Staaten zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung - ; Was bisher erreicht wurde - Vereinbarungen zur Einstellung des internationalen Wettrüstens und zur Abrüstung - ; Hoffmann, G.: Worum geht es im Genfer Abrüstungsausschuß?; Wie wirken Kernwaffen?; Zázworka, G.: War Business - Das Geschäft mit dem Tode - Zu einigen Hintergründen des weltweiten imperialistischen Waffenhandels; Bartel, O.: Worauf es in Wien ankommt; Engelhardt, K.: Über den ökonomischen Nutzen.  
Horizont, Berlin 10 (1977) 37
24. Mewes, Fritz  
Nachdenken über Abrüstung  
Standpunkt, Berlin 6 (1978) 1

-----  
Hektographiertes Arbeitsmaterial zur Abrüstung kann auch  
beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR bezogen werden.  
-----

Ein Fürbittgebet für den Gottesdienst

Lieber Vater im Himmel!

Wir danken dir, daß du in deinem Sohn Jesus Christus in unsere Welt gekommen bist und in ihm das Heil der Welt gebracht hast.

Wir danken dir, daß du uns als deine Gemeinde mitten in diese Welt gestellt hast, und daß du uns dazu hilfst, diese Welt gerecht zu gestalten.

Wir danken dir, daß du uns in den letzten 30 Jahren Frieden in Europa geschenkt hast. Wir danken dir für alle Menschen, die für Frieden und Entspannung in der Welt wirken. Wir danken dir für das Zustandekommen vieler Verträge, die ein besseres Zusammenleben der Menschen ermöglichen.

Wir danken dir für alle Gespräche, die zwischen den Großmächten und den Staaten in Europa geführt wurden und geführt werden - in Helsinki, in Belgrad, in Genf und in Wien. - und die den Frieden sichern helfen.

Wir bitten dich für alle Friedensarbeiter: Schenke ihnen wache Gewissen und hilf ihnen, nicht müde zu werden.

Wir bitten dich für alle Arbeit der UNO und hilf, daß sich die einzelnen Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung bewußt sind. Zeige den Politikern im Nahen Osten und in Südafrika Wege, die zu einer gerechten Lösung der Spannungen und zur Befriedigung der Völker führen.

Laß die Atommächte zu der Einsicht kommen, daß die strategischen Waffen vermindert und ganz abgeschafft werden. Zeige allen neue Wege für Frieden, für Abrüstung und Verständigung.

Laß auch unsere Kirchen besser erkennen, wo ihr Einsatz nottut.

Befähige uns, deine Jünger in dieser Welt zu bleiben und hilf, daß wir für den Frieden in der Welt mit Hilfe von persönlichen Opfern an Zeit, Geld und Kraft eintreten. Laß die Kirchen nicht nach Selbstsicherung trachten, sondern erhalte sie im Geist des Dienens und der Hingabe!

Amen.

Bausteine aus dem vorliegenden Material für einen  
G E M E I N D E A B E N D

Themen: ...ihre Schwerter zu Pflugscharen... Abrüstung heute  
Abrüstung oder Ende der Menschheit  
Eine Welt ohne Waffen oder keine Welt  
Abrüstung - Wunschtraum oder Lebensnotwendigkeit?

Einstieg:

2-3 Zitate aus "Zeugnisse zu Friede und Abrüstung"  
(ab S.25)

Gem.Lied: "Um Frieden haben wir schon oft gebetet"  
aus 'Gott liebt diese Welt'II, Nr. 59  
oder: "Herr, der du vormals.." EKG 185,1-5

Informationsteil:

Bekanntmachen mit Zahlen über vorhandene Rüstungska-  
pazität und den Charakter der einsatzbereiten Waffen-  
systeme nach 'Bedrohliche Weltrüstungssituation',  
S.4-5 und 'Zahlen und Fakten', S.14, wenn möglich  
mit Hilfe einiger graphischer Darstellungen von  
Rüstungsausgaben und Explosivkraft im Vergleich  
mehrerer Jahre, S. 15-17.

Vorstellen der Folgen dieser Situation (ökonomische  
u. Gefährdung der Zivilisation) nach 'Zu den ökonomischen  
Folgen, S. 12-13, und 'Bedrohliche Weltrü-  
stungssituation', S. 4-5 und S.8, 1. Absatz.

Bibeltexte: Diese und andere Texte sollen die Motivation  
von Christen in ihrem Engagement für Frieden und  
Abrüstung bekräftigen und zum Gespräch darüber er-  
mutigen:

Bergpredigt - und insbesondere die  
Seligpreisungen  
Jesaja 2,4  
Römer, 5,1 ff.  
Epheser 2,14 ff.  
Kolosser 1,20  
Römer 14, 17-19

Lieder: Gib Frieden zu unsrer Zeit EKG 389  
Gott Lob, nun ist erschollen EKG 392  
Herr Gott, dich loben wir EKG 393

Diese Lieder können auch auf ihre Aussage über  
Frieden, Waffen und Tun der Christen untersucht  
und diskutiert werden.

Gott, gib Frieden Gott liebt diese Welt I/13  
Hört, wen Jesus glücklich preist " " " I/21  
Wer sagt mir, ob das Wort " " " III/79

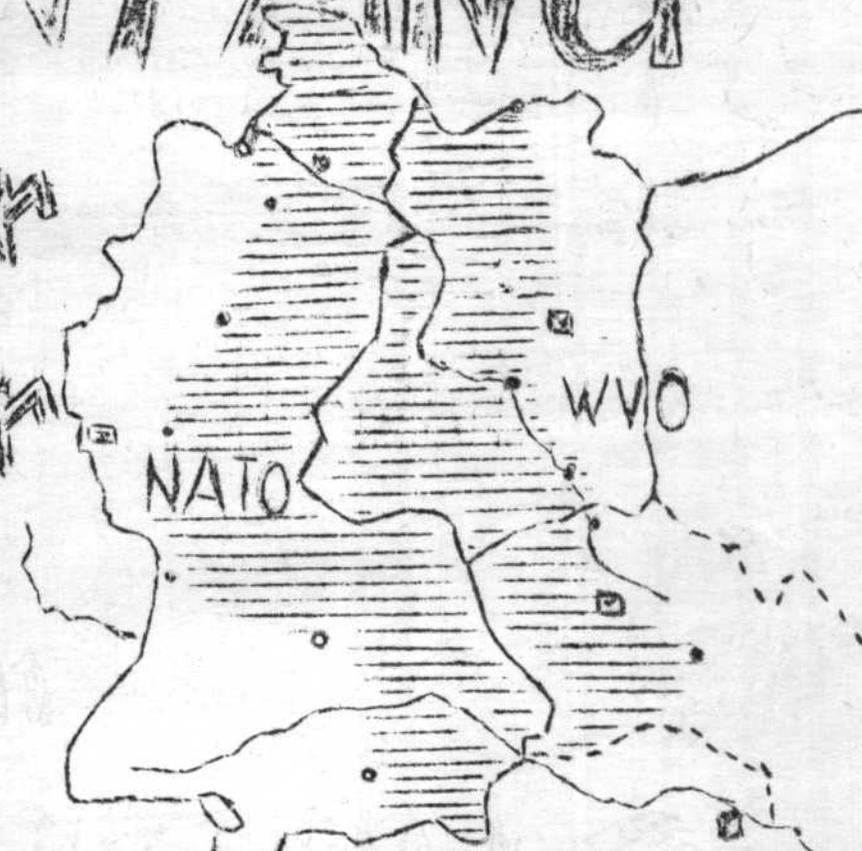
Meditation: 'Christus zerbricht das Gewehr', Grafik von Otto  
Pankok liegt als Dia dieser Mappe bei; als Postkarte  
(je 10 Stück mit Texten dazu), herausgegeben von  
'Werk und Feier' in der Reihe Bildbetrachtung, Nr. 1,  
kann das Bild aus einem Restposten bestellt werden  
bei Peter Müller, 1277 Waldsieversdorf, W.-Pieck-Str.  
55/08/208. (Diese Grafik entstand im Jahre 1950).

Konsequenzen: Zur Frage: 'Was können wir nun tun?' finden  
sich Gedanken und Anregungen im  
'Vorwort' und in 'Unsere Aufgabe' S. 22 ff.

-----  
Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe:

Karl Metzner, Erfurt; Fritz Mewes, Rathenow; Kurt Haupt, Rathenow; Peter Müller, Waldsiefersdorf; Carl Ordnung, Berlin; Ulrich Baumgart, Dresden; Margarete Schulz, Berlin; Johannes Soeder, Petkus; Gottfried Rottmann, Berlin; Horst Greulich, Berlin; Dr. Helmut Wehlan, Berlin; Dr. Walter Romberg, Berlin; Knut Geisler, Radebeul; Jochen Jantzen, Berlin; Bruno Schottstädt, Berlin.

Am  
ANFANG  
war  
der  
KORRIDOR



BEITRÄGE DER ARBEITSGRUPPE " FRIEDEN UND ABRÜSTUNG "  
DER GOSSNER - MISSION UND DER CHRISTLICHEN FRIEDENS -  
KONFERENZ IN DER DDR - MÄRZ 1988

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	S. 1 - 2
Wie Europa zum Pulverfaß geworden ist (Geschichte der militärischen Bewaffnung in Europa nach dem 2. Weltkrieg)	S. 3 - 11
Von Rapacki bis Palme (Zur Geschichte des Korridor-Gedankens)	S. 12 - 16
Konventionelle Überlegenheit des Ostens? (Bedrohungsanalysen, ihre Voraussetzungen und Hintergründe)	S. 17 - 19
"Waffenfreie Zonen" in Europa (Schritte auf dem Weg zu einem neuen militärischen Sicherheitssystem in Europa)	S. 20 - 24
Bedeutung und Ziel von Initiativen zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa	S. 25 - 30
Biblisch-theologische Reflexionen zur gemeinsamen Sicherheit	S. 31 - 35

## V o r w o r t

Unter der Überschrift "Am Anfang war der Korridor..." beteiligt sich die gemeinsame Arbeitsgruppe "Frieden und Abrüstung" der Gossner-Mission und der Christlichen Friedenskonferenz mit einer Reihe von Beiträgen an den Bemühungen, auf dem Wege weiteren Rüstungsabbaus und der Bildung militärisch ausgedünnter Zonen und Korridore voranzukommen, aus denen die gefährlichsten Angriffswaffen entfernt worden sind. Die Beiträge wollen über Zusammenhänge bisheriger Abrüstungsvorhaben und -versuche informieren und zugleich über Schwerpunkte der gegenwärtigen Abrüstungsproblematik orientieren.

Mit dem am 8. Dezember 1987 in Washington unterzeichneten INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces, betrifft die Liquidierung landgestützter ballistischer und Flügel-Raketen der UdSSR und der USA mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km) hat die reale Abrüstung begonnen. Die Konzeption des "Gleichgewichts der Interessen" (M. Gorbatschow) und der gegenseitigen gleichen Sicherheit bedeutet einen chancenreichen politischen Durchbruch. Er eröffnet die Möglichkeit, weitere Bereiche und Systeme von Massenvernichtungsmitteln in den Rüstungs-Abbau einzubeziehen. Dabei handelt es sich einmal um die entscheidende Verringerung der strategischen Offensivwaffen (das sind land- wie auch seegestützte ballistische Raketen mit einer Reichweite von mehr als 5500 km und schwere Bomber); über die Halbierung dieser Waffensysteme laufen in Genf Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR. Für uns in Europa stehen vor allem folgende Interessen im Vordergrund: Der Gesamtabbau der Raketensysteme mit einer Reichweite von weniger als 500 km; auf jeden Fall geht es um eine wesentliche Reduzierung. Weiter steht im beiderseitigen Interesse, daß keine Modernisierung erfolgt, die den INF-Vertrag durch Kompensation, d. h. durch den Ausgleich mit anderen Waffensystemen, in Frage stellt. Und es geht um eine die bisherigen militärischen Konzeptionen verändernde Rückstufung der konventionellen Streitkräfte, um gemeinsame Sicherheit zu erreichen.

Noch nie war die Bildung von Korridoren und Zonen, in denen Massenvernichtungsmittel nuklearer und chemischer Art radikal abgebaut und verboten sind, bis hin zur Herstellung und Erprobung, und auch konventioneller Streitkräfte nur noch defensiv strukturiert sind, so aktuell. Das zeigen jüngste internationale Initiativen wie

- der Vertrag von Raratonga (13 Staaten verbünden sich zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im südpazifischen Raum);
- das gemeinsame Dokument der Finnischen Sozialdemokratischen Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Italienischen Sozialistischen Partei für die Zusammenarbeit von nichtkernwaffenbesitzenden Ländern im Interesse der europäischen Abrüstung;

- der Vorschlag des Generalsekretärs der KP der CSSR, M. Jakes, für eine "Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen" entlang der Trennlinie zwischen WVO und NATO;
- die Initiative der DDR zu einem "Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen" im Juni 1988 in Berlin.

Mit dem INF-Vertrag wurden Konsequenzen ausgelöst, die, soll der Abrüstungsprozeß nicht ins Gegenteil verkehrt werden, die Schaffung solcher zuerst entnuklearisierter und zusehends entmilitarisierter Räume notwendig machen. Korridore werden also zu einer Schlüsselfrage gegenwärtiger Abrüstung.

Auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt steht eine Fülle komplizierter Probleme an, die nur bewältigt werden können, indem die beiderseitigen Sicherheitsinteressen und Besorgnisse gemeinsam verarbeitet werden. Nicht nur der radikale Abbau der angehäuften Vernichtungssysteme, sondern veränderte Konzeptionen und Strukturen, wie z. B. die Umstrukturierung der militärischen Kräfte im Sinne einer nicht-offensiven Verteidigung und einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, sind unumgehbare Notwendigkeiten, um gemeinsame Sicherheit zu gewinnen.

Die von der Arbeitsgruppe Ende 1982 herausgegebene Textmappe "Raum für den Frieden" plädierte damals schon für die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und unterstrich, daß solche Initiativen nicht nur von Regierungsentscheidungen abhängen, sondern die entschlossene Unterstützung aller Menschen brauchen. Nur in breiter öffentlicher Verantwortung werden solche Initiativen effektiv. Mit dem INF-Vertrag ist geradezu eine neue Phase friedenspolitischer Auseinandersetzungen eröffnet, in der sich die Verantwortung für den Frieden aufs neue bewähren muß. Die Entwicklungen seit dem Abschluß des INF-Vertrages lassen erneut erkennen, daß der Prozeß realer Abrüstung bei jedem neuen Schritt auf den Widerstand entspannungsfeindlicher Gegenkräfte stößt. Diese Aufgaben mitzugestalten, "Korridore der Nichtangriffsfähigkeit" zu schaffen, bedeutet gleichzeitig, an der Bildung von "Zonen des Vertrauens" mitzuwirken. Der "Korridor" bedeutet, Verantwortung in die Tat umzusetzen.

Wir denken, daß der konziliare Prozeß, indem er Christen in unserem Land zu verantwortlichem Denken und Handeln in der Gesellschaft ermutigt, dazu einen Beitrag leisten kann. Dem will auch diese Händreichung dienen.

Für die Arbeitsgruppe

Gottfried Rottmann Dr. Walter Romberg

## Wie Europa zum Pulverfaß geworden ist

=====

Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges glaubten die USA sich zur Führung der Welt berufen. Deutschland, Japan und Italien waren zerschlagen. Großbritannien und auch Frankreich zählten zwar zu den Siegermächten, gingen aber doch geschwächt aus dem Krieg hervor. Im Westen wurde weithin angenommen, daß die Sowjetunion sich von den Schäden des Krieges für lange Zeit nicht würde erholen können.

Mit dem Tode Roosevelts, unter dessen Regierung erst die diplomatische Anerkennung der UdSSR erfolgt war und der wenige Wochen vor seinem Ableben den britischen Premier Churchill devor gewarnt hatte, von Abmachungen mit der Sowjetunion in Jalta abzugehen, übernahm Truman das Amt des Präsidenten der USA. Unmittelbar nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion hatte Truman im US-Senat plädiert: "Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sie wechselseitig so viele wie möglich umbringen." (1) Als Präsident ließ er schon bald wissen - wird aus seinem Umfeld berichtet - "die Russen würden bald auf ihren Platz verwiesen werden, und die USA würden dann die Führung ergreifen, um die Welt zu regieren, wie sie regiert werden sollte" (1). Teile der Großindustrie und des Großkapitals, seit der amerikanischen großen Rezession 1929 dringend an neuen Märkten interessiert, hatten vor allem auch die Wechselwirkung von Hochrüstung und Hochkonjunktur angenehm erfahren und waren an entsprechenden Weichenstellungen nach dem Krieg interessiert.

Während der Potsdamer Konferenz zündeten die USA am 16. Juli 1945 die erste nukleare Testbombe bei Alamogordo (Wüste New Mexiko/USA). Auf eine weitere Erprobung verzichteten sie, um durch eine schnelle Kapitulation Japans dem Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan zuvorzukommen und die Sowjetunion unter keinen Umständen an der Besetzung Japans zu beteiligen (2).

Nach den Abwürfen der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 verfügten die USA zunächst offenbar über keine weiteren einsetzbaren Kernwaffen (3). Aber bereits im November 1945 lag ein US-Geheimplan für einen Atombombenangriff vor, und zwar auf "die zwanzig lohnendsten Ziele" in der UdSSR (4). Nachdem Ende 1945 von führenden amerikanischen Geschäftsleuten ein "Komitee über Kommunismus und Sozialismus mit der Herstellung eines antikommunistischen Konsensus" gebildet worden war und im Januar 1946 Trumans "Ausgangspunkt unserer Außenpolitik einen "harten Kurs" markiert hatte, hielt Stalin am 9. Februar 1946 eine Rede, in der er die Weltlage analysierte und folgerte, der Kapitalismus werde weiterhin fortfahren, Kriege hervorzurufen - bis ihn der Kommunismus als weltwirtschaftliche Organisationsform abgelöst haben werde. Die Wahl-Rede Stalins wurde im Westen als Rückkehr zum Ziel der "Weltrevolution" und als "die kriegesüchteste Äußerung eines führenden Staatsmannes" seit dem Ende des 2. Weltkrieges gewertet (5).

(1) "New York Times", 24.6.1941, zitiert in H.W. Kehn: Der Kalte Krieg 1, Köln, 1986, S. 14

(2) H.W. Kehn, a.a.O., S. 38, 50. (3) ibid., S. 53 u. Anm. 7 auf S. 363.

(4) B. Greiner, K. Steinhaus: Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Köln 1980, S. 23; S. 74, Dokument 3:20 Atombombenziele in der Sowjetunion.

Empfehlungen des Vereinigten Aufklärungskomitees (3.11.1945).

(5) H.W. Kehn, a.a.O., S. 67 f.

Die Ansichten, die der damals in Moskau tätige US-Diplomat George F. Kennan daraufhin in seinem "langen Telegramm" vertrat (das er später anderes interpretiert sehen wollte), waren dem Kurs Trumans hochwillkommen: Die Sowjetunion sei nicht zu Kompromissen bereit, lehne Koexistenz mit den USA ab und sie könne, da sie unnötige Risiken meide, durch Stärke leicht zum Rückzug bewegt werden (6).

Als der britische Ex-Premier W. Churchill im März 1946 in Fulton/USA den Begriff "Eiserner Vorhang" gebrauchte, der "von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria niedergegangen" sei - erstmals hatte er diese Vokabel im August 1945 verwendet (5) - und ein Programm für eine amerikanisch-britische Weltherrschaft "nicht nur für die gegenwärtige Zeit, sondern für das kommende Jahrhundert" forderte, reagierte J.W. Stalin am 13. März 1946 in der "Prawda" mit der Frage nach dem Unterschied zwischen dem Anspruch auf Hegemonie in der Welt für die "arische" Rasse, wie bei Hitler und einem solchen Anspruch für die "englischsprechenden" Völker (7).

Mit seiner Rede vor beiden Häusern am 12. März 1947, die über alle amerikanischen Rundfunksender - darunter die neugegründete "Stimme Amerikas" in russisch - übertragen wurde, erklärte Truman in aller Öffentlichkeit den "kalten Krieg". Der unmittelbare Zweck war, 400 Millionen Dollar ziviler und Militärhilfe für die Türkei und Griechenland zur Verfügung zu stellen; um gegen eine "kommunistische Bedrohung" intervenieren zu können. Die Rede sollte als Verkündung der "Truman-Doktrin" in die Geschichte eingehen. Ihre Aufgabe bestand darin, dem Kommunismus einen entschiedenen Kampf anzusagen und in diesem Kampf keine neutrale Position zu dulden. Der amerikanische "Globalismus" war begründet, das Recht zur Unterbindung von Revolutionen proklamiert (8). In diesem Zusammenhang hatte Truman schon vorher formuliert: "Es gibt eine Sache, die von den Amerikanern höher als der Frieden bewertet wird. Das ist die Freiheit. Glaubensfreiheit - Redefreiheit - unternehmerische Freiheit" (9).

Ein halbes Jahr später, im September 1947, wurde auch von der Sowjetunion die Spaltung der Welt in "zwei Lager" bestätigt, "das antidemokratische und imperialistische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische andererseits" (10).

Durch die Berlin-Krise 1948 geriet die Welt erstmals an den Rand eines Atomkrieges: die USA stationierten, um Druck auf die UdSSR auszuüben, in Großbritannien Atombomber (11).

Am 6. November 1947 hatte der sowjetische Außenminister W.M. Molotow erklärt; daß das Geheimnis der Atombombe schon lange nicht mehr bestehe (12), und im September 1948 bezeichnete der sowjetische UN-Delegierte A. Wyschinski die Behauptung, es gebe nur einen Staat, der ein Monopol über die Atomenergie und die Atombombe besitze, als mit gefährlichen Fehlrechnungen belastet (13).

(6) H. Neubert: Europa 1945 - Europa 1985, Berlin 1985, S. 64

(7) L. Knorr, NATO-Geschichte - Strategie - Atomkriegsplanung, Frankfurt am Main 1985, S. 24 f. (8) H. Neubert, a.a.O., S. 67.

(9) A. Charisius, R. Lambrecht, K. Dorst: Weltgendarm USA; Berlin 1983, S. 68; (10) durch Andrzej Szymanow; nach H.W. Kahn; a.a.O.; S. 96 f. (11) L. Knorr, a.a.O. S. 41; H.W. Kahn, a.a.O., S. 166-171.

(12) NATO.-Strategie und Streitkräfte, a.a.O., S. 43.

(13) H.W. Kahn, a.a.O., S. 109.

Nachdem Truman dann am 23. September 1949 bekanntgab, "daß sich im Gebiet der UdSSR in den letzten Wochen eine Atomexplosion zugetragen hat" (14), was die US- und die britische Luftwaffe anhand einer radioaktiven Wolke festgestellt hatten, hieß es in einer TASS-Meldung vom 25. September 1949, "daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atomwaffen kennt und über solche Waffen verfügt" (12). Damit war die Zeit des amerikanischen Atomwaffenmonopols beendet.

Über wieviele Atombomben die USA zu dieser Zeit verfügten, ist bisher nicht bekannt geworden. Möglicherweise waren es 133 Anfang 1950. Bis zum 1. Januar 1953 sollten es 400 sein (15). Doch die von der US-Luftwaffe festgestellte radioaktive Wolke mußte nicht von der ersten sowjetischen Bombe herrühren. Als offizielles Datum der ersten nuklearen Waffenversuchsdetonation der UdSSR wird der 29. Juli 1949 angegeben (16). Mehrfach war auch ernsthaft in den militärischen Führungsstäben der USA und mit dokumentierten Plänen für den Präsidenten die Möglichkeit eines atomaren Präventivschlages erwogen worden. Bis in die frühen fünfziger Jahre hinein ergeben jedoch die Berechnungen, daß die A-Bombenvorräte nicht reichen würden, die gegnerischen Wirtschaftszentren zu zerstören und zugleich den daraufhin erwarteten Vorstoß der sowjetischen Truppen nach Westeuropa bzw. Nah- oder Fernost zu stoppen. Ende Oktober 1947 hatten die Vereinigten Stabschefs der USA angemeldet, daß "ein militärisches Erfordernis für ungefähr 400 Atombomben mit einer Zerstörungskraft entsprechend der Nagasaki-Bombe existiert". Bis diese Forderung - wahrscheinlich im Januar 1951 - erfüllt war (15), hatte die Brechung des Atombombenmonopols die Bedarfsberechnungen schon über den Haufen geworfen.

Ins Jahr 1949 fällt gleichfalls ein signifikantes Datum der Militärgeschichte Westeuropas: Am 4. April wurde in Washington von zwölf Regierungen der Nordatlantikpakt unterzeichnet. Ihm waren bereits Ende 1947 Bemühungen um die Schaffung einer militär-politisch-wirtschaftlichen "Westunion" vorausgegangen. In vorbereitenden Beratungen wurde erwogen, nur echt atlantische Staaten in den Pakt aufzunehmen; im Vertragstext setzte sich jedoch - gegen die Bedenken, die Sowjetunion könnte sich stärker provoziert fühlen - die Formulierung durch, die neben dem sofortigen Mitglied Italien (als Mittelmeeranrainer) bewußt die Mitgliedschaft "Spaniens, Deutschland und Österreichs" ermöglichen sollte. Westdeutschland in diese Staatenfamilie zu integrieren, war ein sehr wesentlicher Grund für die NATO-Gründung. Dabei ging es auch darum, die Stützpunkte für die B-29-Bomber mit einem Aktionsradius von 3200 Kilometern möglichst nahe an sowjetische Grenzen heranzurücken.

Die sozialistischen Länder wie mit einem eisernen Ring umgeben, folgten weitere Militärpakte in anderen Regionen: ANZUS (1951), SEATO (1954), CENTO (1959). Die Ablehnung des Antrags der Sowjetunion, auch Mitglied des NATO-Bündnisses zu werden, machte das Reden von der Offenheit und Friedfertigkeit desselben wenig überzeugend (17). Der militärische Zusammenschluß sozialistischer Länder in der Organisation des Warschauer Vertrages erfolgte erst sechs Jahre später: am 14. Mai 1955. Darin verpflichteten sich die Mitglieder, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu unterstützen, das die Existenz der Militärblöcke überflüssig macht und zu deren Auflösung führt.

(14) *ibid.*, S. 110. (15) *ibid.*, S. 112. (16) NATO. - Strategie und Streitkräfte, a.a. O., S. 66, (17) L. Knorr, a.a. O., S. 82.

Mit Ausbruch des Korea-Krieges erhielt der USA-Präsident die Ermächtigung zur Totalmobilisierung und zur Wirtschaftskontrolle. Bis Ende 1952 sollten die Heere des Westens auf 6,5 Mill. Mann gesteigert werden, die Flugzeugproduktion sollte um das Fünffache, die Produktion der Kampffahrzeuge um das Vierfache und die der Elektronik auf das Viereinhalbfache steigen. Die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung verdreifachten sich tatsächlich zwischen 1950 und 1953, das US-Militärbudget stieg von 13 Mrd. Dollar auf 49,7 Mrd. Dollar. In wenigen Monaten wurden vier zusätzliche Divisionen nach Europa verlegt. Die "Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" plante, der BRD 500 000 Mann Streitkräfte, d.h. fünfmal soviel wie der Weimarer Republik (die doppelt so groß gewesen war) zuzugestehen. Die Lissaboner NATO-Konferenz Anfang 1952 beschloß, bis Ende 1954 96 Divisionen in Westeuropa aufzustellen; 12 davon waren Westdeutschland vorbehalten, das wegen starken nationalen und internationalen Widerstands noch gar nicht NATO-Mitglied war. Ungeachtet dessen hatten die USA das Land jedoch seit 1952 mit taktischen Atomwaffen ausgestattet (18).

Seit 1952 war Großbritannien Kernwaffenmacht und verfügte seit 1956 über Streitkräfte mit nuklearen Waffen (19).

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten (ohne VR China) hatten Ende 1952 sechs Millionen Mann unter Waffen (20). Die USA glaubten, mit ihrer Wasserstoffbombenexplosion im November 1952 zwar noch im Vorteil zu sein, aber nur Monate später, im August 1953, zündete die UdSSR die erste Wasserstoffbombe. Im Mai 1955 bei der Flugparade in Tuschino zeigten sich US-Beobachter durch eine sowjetische Bomberflotte überrascht, die auch diesen Vorsprung der USA egalisiert hatte (21).

Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Eisenhower erfolgte eine stärkere Hinwendung von der konventionellen zur Nuklearrüstung. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands sowie wirtschaftliche Belastungen hatten dazu geführt, daß der westdeutsche Teil des NATO-Hochrüstungsprogramms nicht erfüllt worden war. In den USA selbst hatten die hinter dem neuen Präsidenten stehenden Kreise der Hochfinanz von der personalintensiven konventionellen Rüstung auf die stärker umsatzorientierte hochtechnisierte Luft- und Nuklearrüstung umgeschaltet.

1954 gab das Pentagon bekannt, daß in der BRD taktische Kernwaffeneinsatzmittel der USA-Armee (Kernmunition mit einer Sprengkraft von 20 kt; zum Vergleich: die Hiroshimabombe hatte 15 kt) in Artillerieeinheiten - 90 Geschütze, die Kernwaffen abfeuern konnten - stationiert worden sind (22).

Laut dem Londoner "International Institute for Strategic Studies" stand der Sowjetunion 1955 eine ballistische Rakete von 13 000 Kilometer Reichweite und mit einem Sprengkopf von 10 Megatonnen zur Verfügung; die "Atlas" den USA erst 1959 mit drei Megatonnen Sprengkraft (23).

Im Jahre 1957 wurde ein neuer Waffentyp geboren, der sich aus der "Verbindung von mächtigen nuklearen oder thermonuklearen Sprengköpfen mit interkontinentalen Raketen" ergab: die strategische Raketenkernwaffe der UdSSR, eine mehrstufige ballistische Interkontinentalrakete.

(18) H.W. Kahn, a.a.O. 225 ff. (19) NATO-Strategie und Streitkräfte, Berlin, 1. Auflage 1976, S. 116 (20) H.W. Kahn, a.a.O., S. 225.  
(21) ibid., S. 293 (22) NATO-Chronik-Fakten-Dokumente, Berlin 1983.  
(23) H.W. Kahn, a.a.O., S. 294.

"Daß eine derartige Waffe in der UdSSR früher als in den USA entwickelt worden war, war ein überzeugendes Beispiel der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wissenschaft und Technik. Das gab dem ersten sozialistischen Staat ein mächtiges Mittel in die Hand, die imperialistischen Aggressoren zu zügeln und deren Wunschträume vom 'roll back' zu vereiteln; denn die bis dahin gegebene Unverwundbarkeit des Territoriums der USA mit den vorhandenen Waffensystemen gehörte der Vergangenheit an" (24). Mit einer Rakete dieser Art war am 4. Okt. 1957 der erste künstliche Erdsatellit der Welt durch die UdSSR gestartet worden ("Sputnik-Schock" in der westlichen Welt) (22).

Die ersten ballistischen nuklearen Mittelstreckenraketen kamen 1958/59 aus Amerika. Großbritannien erhielt 60 davon (Typ "Thor" mit 3000 km Reichweite), Italien 1959/60 insgesamt 30 und die Türkei 15 (22).

1959 wurden in Großbritannien hochtoxische bakteriologische Kampfstoffe - die Botulin-Giftstoffe - entwickelt, die eine ähnliche verheerende Wirkung wie Kernwaffen haben (22). In der BRD lagerten zu dieser Zeit ohnehin Tausende Tonnen chemischer Kampfstoffe der USA. USA-Präsident D.D. Eisenhower gab 1959 bekannt, daß die NATO-Staaten und die anderen Bündnispartner der USA etwa 5 Millionen Soldaten, etwa 30 000 Kampf- und Unterstützungsflugzeuge und über 2500 Kriegsschiffe bereitgestellt haben (22). Zwischen 1950 und 1960 haben die USA militärische Auslandshilfe im Umfang von 26 Mrd. Dollar geleistet, davon gingen 14.57 Mrd. an europäische NATO-Staaten (22).

Gegen Ende der fünfziger Jahre führten die USA, später als die UdSSR, andere Typen strategischer Raketen, darunter interkontinentale ballistische Raketen, ein. "Die durch die gewaltigen Fortschritte in der sowjetischen Militärtechnik hervorgerufene Krise der USA-Militärstrategie vom Überraschenden, massierten Kernwaffenschlag brachte weitere Konsequenzen für die Streitkräfteentwicklung mit sich" (24).

Am 13. Februar 1960 zündete Frankreich in der Schara die erste Plutoniumbombe, und im Dez. 1960 beschloß die französische Nationalversammlung die Schaffung einer eigenständigen Kernwaffenstreitmacht (die "force de frappe"): land- und bordgestützte Mittelstreckenbomber, taktische Kernwaffen, landgestützte Mittelstreckenraketen strategischer Bestimmung, kernkraftgetriebene U-Schiffe mit Mittelstreckenraketen strategischer Bestimmung (22).

In den Depots der USA-Streitkräfte in Europa waren in den 60er Jahren 7200 Kernmittel angehäuft worden, davon befanden sich etwa 5550 in der BRD (25). Im April 1964 wurde das erste mit operativ-taktischen Raketen des Typs "Pershing" (Kernsprengköpfe mit 60 bis 400 kt) ausgerüstete Artilleriebataillon in die BRD verlegt, im Mai 1965 folgte das zweite (22).

USA-Präsident L.B. Johnson verkündete im Jan. 1965, die ständig zum Einsatz bereiten strategischen Streitkräfte der USA seien denen jeder anderen Nation hinsichtlich Zahl und Qualität überlegen (22). Von 1961 bis 1966 ist das in Westeuropa befindliche taktische Kernwaffenpotential der USA verdoppelt worden (22).

In den früheren 60er Jahren sind in der UdSSR die SS-4 und SS-5-Mittelstreckenraketen eingeführt worden (26). "Das Kräfteverhältnis hatte sich im Verlauf der 60er Jahre weiter zugunsten des Sozialismus gewandelt. Die militärische Macht der UdSSR und der anderen sozialisti-

(24) NATO.-Strategie und Streitkräfte, a.a.O., S. 105, 107, (25) ibis., S. 304. (26) L.Knorr, a.a.O., S. 199.

schen Staaten hatte die militärisch aggressiven Möglichkeiten des amerikanischen Imperialismus und damit auch der NATO entscheidend eingegrenzt" (27).

Mit der Zündung der ersten französischen Kernsynthesebombe am 24. Aug. 1968 mit einem TNT-Äquivalent von 2 Mill. t wurde eine neue Etappe der französischen Kernwaffenrüstung eingeleitet (22).

Tabelle: Kernwaffenversuchsdetonationen (16)

	<u>nukleare</u>	<u>thermonukleare</u>
USA	16. 7. 1945	1.11.1952 (nicht transportabel) 28. 4.1954 (transportabel) 21. 5.1956 (vom Flugzeug aus)
UdSSR	29. 7.1949	12. 8.1953 (transportabel) 12.11.1955 (vom Flugzeug aus)
GB	3.10.1952	15. 5.1957
FR	13. 2.1960	24. 8.1968
VR China	16.10.1964	17. 6.1967

Hinzuzufügen ist:

Indien 18. 5.1974

Die Hauptkampfkraft der strategischen Kernwaffenstreitkräfte Großbritanniens bestand Mitte der 70er Jahre in vier kernkraftgetriebenen U-Booten mit je 16 "Polaris-A3"-Raketen (die je drei Sprengköpfe besitzen); für den konventionellen Einsatz existierten weitere 15 kernkraftgetriebene U-Boote (28).

Ein Bild über die militärische Situation in Mitteleuropa in den 70er Jahren läßt sich gewinnen, wenn man die zentraleuropäische NATO-Gruppierung betrachtet, die unmittelbar den Hauptkräften des Warschauer Vertrages gegenübersteht. Sie umfaßte 765 000 Soldaten (deren Anzahl im Spannungs- oder Kriegsfall auf 36 bis 52 Divisionen angehoben werden kann). 6600 Panzer, 2900 Kampfflugzeuge, 5000 Geschütze und Granatwerfer - darunter 600 für die Verwendung als Kernwaffeneinsatzmittel - 300 Starttrampen für operativ-taktische Raketen, mehr als 1200 Starttrampen für Fla-Raketen sowie 7200 Kernsprengköpfe (29).

Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre wurden die europäischen Mittelstreckenraketen zum beherrschenden Thema. Die folgende Tabelle zeigt den Stand an nuklearen Mittelstreckenwaffen in und für Europa vom Frühjahr 1981 (30):

(27) NATO.-Strategie und Streitkräfte, Berlin, 2. Aufl. 1980, S. 23  
(28) NATO. - 1. Aufl.; a.a.O., S. 361. (29) ibid., S. 432  
(30) L. Knorr, a.a.O., S. 215.



Auch in der Phase der Entspannung, als die offizielle Regierungspolitik der USA die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz anerkannte, hielten einflußreiche Kräfte am Wettrüsten fest, so daß die Bemühungen, die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen, fehlschlügen. Selbst mit dem SALT-I-Abkommen 1972, das die Zahl der Interkontinentalraketen von USA und UdSSR auf gleicher Höhe begrenzte, glaubten die USA sich einen langjährigen Vorsprung gegenüber der anderen Seite gesichert zu haben, weil sie Raketen mit Mehrfachsprengköpfen besaßen. Bereits Mitte der siebziger Jahre verfügten sowjetische Raketen gleichfalls über Mehrfachsprengköpfe, so daß die Parität wiederhergestellt war.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schoben sich Gegner der Entspannungspolitik in den USA wieder stärker in den Vordergrund. Sie konstatierten ein "Scheitern der Entspannung" aus Enttäuschung darüber, daß revolutionäre Veränderungen in einigen Ländern der "Dritten Welt", die als Einbrüche in vermeintliche Sicherheitszonen und in den imperialistischen Einflußbereich angesehen wurden, nicht verhindert werden konnten. Politische Veränderungen in Südeuropa und kommunistische Wahlerfolge in Westeuropa, die wieder - wie nach 1945 - kommunistische Parteien in Regierungsnähe rückten, schreckten ebenfalls. Die Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre ließ zudem einen Ausweg in der Rüstung suchen und dazu mit Hilfe von Feindbildern auf eine Politik der Konfrontation und der Hochrüstung wie zu Zeiten des kalten Krieges umschalten.

Im Mai 1978, während in New York die erste UN-Sondertagung über Abrüstung stattfand, faßte in Washington die NATO-Ratstagung mit einem Langzeitrüstungsprogramm den Beschluß, die Militärausgaben bis zur Jahrhundertwende stetig zu steigern. Im Dezember 1979 folgte der Brüssler Raketenbeschluß, der die Stationierung von 108 Pershing II-Raketen und 464 bodengestützten Flügelraketen (Cruise Missiles) festlegte. Zum Anlaß wurde der Austausch veralteter SS-4 und SS-5 Raketen durch den mobilen Typ SS-20 sowie die Diskussion um die sogenannten Backfire-Bomber der UdSSR genommen. Die neuen Mittelstreckenraketen verkürzten die Vorwarnzeit von bisher etwa zwanzig Minuten auf etwa fünf und erlaubten von ihrer Reichweite her auch strategische Schläge gegen Zentren in der Sowjetunion zu führen. Sie paßten in das Konzept jener Berater des US-Präsidenten Reagan, die förderten, die USA müsse zur Durchsetzung ihrer Politik in der Lage sein, mehrere lokale (Kernwaffen)Kriege (die USA-Territorium nicht berühren) bzw. einen überraschenden "Enthauptungsschlag" gegen die Machtzentren der Sowjetunion zu führen.

Nachdem im November 1983 die ersten Pershing II-Raketen in die Bundesrepublik gebracht und die ersten Marschflugkörper in Großbritannien stationiert worden waren (31), verlegte die UdSSR, wie angekündigt, Mittelstreckenraketen der Typen SS-12 (OTR 22), SS-21 und SS-23 in die DDR und die CSSR.

Mit der Unterschrift Gorbatschows und Reagans unter den Vertrag über die Beseitigung aller nuklearen Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite Anfang Dezember 1987 in Washington wurde eine Jahrzehnte währende Entwicklung der Anhäufung von nuklearen Waffen in Europa erstmalig gestoppt und beschlossen, eine der gefährlichsten Waffenkategorien zu vernichten. Nicht betroffen von dem Abkommen sind Raketen unter 500 Kilometer Reichweite, die Flugzeug- und seegestützte Systeme, sowie die vor allem von Artillerie verwendbaren taktischen Nuklearwaffen; ferner sind davon nicht erfaßt die nicht geringen Raketenpotentiale Frankreichs und Großbritanniens.

(31) *ibid.*, S. 236

Das damit zur Beseitigung bestimmte Nuklearpotential wird global auf 4 % geschätzt. Für Mitteleuropa, auf das Ende der siebziger Jahre der angehäuften Sprengstoffvorrat pro Bewohner auf 60 Tonnen TNT berechnet worden war, würde die Beseitigung der in diesem Raum konzentrierten Waffenart eine spürbare Entlastung bringen (32). Die vereinbarten Verifizierungsmaßnahmen stellen zudem einen Präzedenzfall dar, der Vertrauen schaffen und weitere Abkommen begünstigen kann.

Übersehen werden soll jedoch nicht, daß - ungeachtet der Tatsache, daß die Sowjetunion mit dem Vertrag die etwa dreifache Anzahl von Sprengköpfen zur Disposition gestellt hat wie die USA - nun erneut "Lücken" in der Strategie der atomaren Abschreckung ausgemacht werden, die es mit rüstungstechnologischen Vorsprüngen des Westens zu füllen gelte. Das Abschreckungskonzept hat die Welt nicht sicherer gemacht, sondern deren Existenz überhaupt gefährdet. Es gilt umzukehren, den Kurs auf Sicherheit durch mehr Rüstung zu verlassen und im Sinn des neuen politischen Denkens nach politischen Wegen der Konfliktlösung, Entspannung und Zusammenarbeit zu suchen. Europa besitzt als Kontinent dank seines gemeinsamen Ursprungs und einer durch viele Kriege besonders leidvollen Geschichte günstige Voraussetzungen, zur Überwindung einer drohenden Weltkatastrophe beizutragen.

---

(32) L. Knorr, Vom Waffentüfteln zur Abrüstung, Köln 1978 S. 14, nach J. Fjodorow, Akademiemitglied, UdSSR, während des Treffens der Weltfriedenskräfte, Helsinki 1976.

## V o n R a p a c k i b i s P a l m e

=====

Der Gedanke eines nuklearfreien Mitteleuropas hat seinen Ursprung in den frühen fünfziger Jahren, als die USA eine Reihe von Atomsprengekörpern und entsprechende Trägermittel entwickelten, um sie in westeuropäischen NATO-Ländern zu stationieren. Angesichts der seit Anfang der 50er Jahre betriebenen Bemühungen der Bonner Bundesregierung unter Adenauer, die Bundesrepublik - noch vor deren Mitgliedschaft in der NATO - mit taktischen Atomwaffen auszustatten, formierte sich in der BRD Mitte der 50er Jahre die erste große antinukleare Protestbewegung ("Anti-Atomtod-Bewegung").

Auf dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen sind Vorschläge des britischen Außenministers Eden 1954/55 sowie 1957/58 des britischen Oppositionsführers Gaitskell zu sehen, die einen Rückzug der Siegermächte von der Demarkationslinie und eine Demilitarisierung deutscher Gebiete sowie auch Polens, der CSSR und Ungarns erregten, aber offenbar diese Länder entsprechend dem "roll back"-Denken in die westliche Einflußsphäre bringen sollten. Ernsthafter erwog ein Memorandum des US-Politikers George F. Kennan von 1956 den Gedanken eines nichtmilitarisierten und neutralen vereinigten Deutschlands, das die Gegensätze und Gefahren der sich gegenüberstehenden Blöcke mildern könnte; die Stationierung amerikanischer Kernwaffen in Westdeutschland, so warnte Kennan, werde zwangsläufig die Sowjetunion zur anhaltenden militärischen Präsenz in osteuropäischen Staaten verpflichten. Solche Vorschläge aufgreifend, stellten sich SPD und FDP der Protestbewegung gegen die Lagerung taktischer Atomraketen in der Bundesrepublik im Frühjahr 1959 mit Deutschlandplänen an die Seite, in denen jeweils die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einen zentralen Stellenwert hatte.

### Populäre polnische Pläne

Zuvor, im März 1956, hatte der spätere sowjetische Außenminister Gromyko als Delegierter bei den UN-Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen, "in Europa eine Zone der Rüstungsbeschränkung und -inspektion zu schaffen; die Gebiete beider Teile Deutschlands und benachbarter Staaten umfaßt". Sie sollten ausdrücklich das Verbot der Stationierung von Atomwaffen einschließen. Ein auf Mitteleuropa bezogener Vorschlag erging offiziell im gleichen Jahr von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Diese Initiative weiterführend unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki am 2. Oktober 1957 vor der UN-Vollversammlung namens seiner Regierung und in Abstimmung mit den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages das Angebot seines Landes, sich dem Verbot der "Produktion und Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen" anzuschließen, falls beide deutsche Staaten zu einem solchen Verbot bereit wären. Der Rapacki-Plan löste ein lebhaftes internationales Echo aus. Die Regierung der DDR stimmte ihm sofort zu, die CSSR erklärte gleichfalls ihre Bereitschaft, einem solchen Vertrag beizutreten und auch ihr Territorium kernwaffenfrei zu halten. Westlichen Einwänden entgegenkommend modifizierte und präziserte die VR Polen den Rapacki-Plan mehrfach, der in seiner

vierten Fassung vom März 1962 in einer ersten Phase der Verwirklichung des "Einfrieren der Kern- und Raketenwaffen und Verbot der Schaffung neuer Basen", in einer zweiten Etappe die streng kontrollierte Beseitigung jener Waffen und außerdem eine "Verringerung der Streitkräfte sowie der konventionellen Bewaffnung" vorsah.

USA-Regierung und NATO waren jedoch nicht bereit, auf die Stationierung von Kernwaffen in Westeuropa zu verzichten, und die Regierung der BRD sowie anderer NATO-Länder fanden sich trotz vehementer Proteste ihrer Bevölkerung bereit, ihr Territorium dafür zur Verfügung zu stellen. Der "Gomulka-Plan" vom Dezember 1963 über ein Einfrieren der Kernwaffen in Zentraleuropa gelangte nicht einmal mehr in ein Stadium ernsthafter zwischenstaatlicher Erörterung.

### Die Idee geht um die Welt

Dennoch lebte die Idee der nuklearfreien Zonen in der internationalen Politik weiter. 1957 hatte Rumänien zum ersten Male einen Vertragsabschluß über einen atomwaffenfreien Balkan vorgeschlagen. 1958 regte die Sowjetunion gleiches für den asiatisch-pazifischen Raum an, im gleichen Jahr und präzisiert 1963 auch für die Region des Mittelmeeres. Erstmals 1961 brachte eine Gruppe afrikanischer Staaten in der UN-Vollversammlung eine Resolution ein, Afrika als kernwaffenfreien Kontinent zu respektieren; während diese Resolution im wesentlichen nur die Unterstützung der sozialistischen und einer Reihe von Entwicklungsländern erhielt, fand derselbe Gedanke 1965 bereits einhellige Zustimmung (bei Enthaltung Frankreichs).

In den skandinavischen Ländern hatte die internationale Diskussion um den Rapacki-Plan zu dem frühen Entschluß beigetragen, in Friedenszeiten die Stationierung von Kernwaffen zu verweigern. Schwedens Außenminister legte 1961 sogar den Plan vor (Unden-Plan), "alle diejenigen Länder, welche noch keine Kernwaffen besitzen, zu einem 'Anti-Atomklub' zusammenzuschließen", um so weltweit politischen Druck auf die Kernwaffenmächte auszuüben. Starke Beachtung fand vor allem die Erklärung des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen vor der Paasikivi-Gesellschaft zur Errichtung von kernwaffenfreien Zonen im Mai 1963. Kekkonen unternahm noch mehrere Vorstöße mit dem Ziel, daß Nordeuropa offiziell zu einer kernwaffenfreien Zone erklärt würde, die von den Kernwaffenbesitzenden Staaten respektiert wird. Seit 1985 ist dieses Ziel Gegenstand eines skandinavischen Arbeitsgremiums auf Parlamentsebene, seit März 1987 auch auf Regierungsebene.

Einen starken Impuls zugunsten der Schaffung eines vertraglich garantierten atomwaffenfreien Nordeuropas gab Michail Gorbatschow Anfang Oktober 1987 mit seiner Rede in Murmansk, in der er die sowjetische Bereitschaft zur Garantieerklärung für eine solche Zone bekräftigte, weitere einschneidende Reduzierungen des Raketenpotentials im benachbarten sowjetischen Raum sowie der baltischen U-Bootflotte anbot und weitreichende Vorschläge zur Entspannung und Zusammenarbeit in der gesamten nordpolaren Region, an die drei Kontinente grenzen, unterbreitete.

### Erste Ecksteine des Erfolges

Eine Reihe von Verträgen, die Kern- und andere Massenvernichtungswaffen in bestimmten, keiner nationalen Souveränität unterliegenden Gebieten verbieten, existieren und haben sich international bewährt: Antarktis-Vertrag 1959, Weltraum-Vertrag 1967 und Meeresboden-Vertrag 1971. Neben diesen, nicht gering zu schätzenden Sonderfällen, führten die Bemühungen Mexikos und anderer lateinamerikanischer Staaten um eine kernwaffenfreie Zone in Mittelamerika zum Erfolg und erstmalig 1967 zur Unterzeichnung eines solchen Vertrages (Vertrag von Tlatelolco). Auch wenn dabei einige Probleme offen blieben (z.B. die Frage des Transports von Nuklearwaffen in der Region), beflügelte das Ergebnis doch kräftig nichtpaktgebundene Staaten im Nahen Osten und in Südasien, einen entsprechenden Prozeß auch in ihrem jeweiligen Territorialbereich voranzutreiben. Mit dem im August 1985 ausgearbeiteten Vertrag von Rarotonga, der nach seiner noch ausstehenden völligen Ratifizierung acht Staaten des Südpazifiks mit 20 Millionen Einwohnern umfassen wird, wäre ein weiterer Eckstein für einen nuklearwaffenfreien Planeten Erde gesetzt.

Der Gedanke einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wurde energisch wiederbelebt zu einer Zeit neuer Bedrohung. Die Pläne zur Installierung neuer US-Raketen in Westeuropa weckten heftigen Widerstand in den betreffenden Ländern. Eine Bewegung zur Errichtung kernwaffenfreier Zonen in Kreisen, Städten und Gemeinden entstand. Dem Beschluß des Stadt-Parlaments von Manchester im November 1980 folgten zahlreiche Kommunen in anderen westeuropäischen Ländern: sogar Stadtbezirke, Straßenzüge, Arbeitsplätze wurden zu kernwaffenfreien Zonen erklärt. Als Ziel wurde gesetzt, auf diese Weise Europa "von Portugal bis Polen" von allen atomaren Waffen und Einrichtungen zu deren Herstellung zu befreien. Hatten solche einseitigen Deklarationen auch zunächst mehr symbolischen Wert, so trugen sie doch wesentlich dazu bei, breiteste Bevölkerungsschichten für die atomare Gefahr zu sensibilisieren und das öffentliche Bewußtsein dafür zu schaffen, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung überwunden und Europa an der Nahtstelle der beiden mächtigsten Militärblöcke vordringlich denuklearisiert werden muß.

### Frei von atomaren Gefechtsfeldwaffen!

In der praktischen Politik stärker relevant wurde der Leitgedanke der nuklearfreien Zone in Mitteleuropa durch den Bericht der "Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen" (nach dessen Vorsitzenden Palme-Kommission genannt). Unter den 44 Empfehlungen enthält jener Bericht den Vorschlag einer von "nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse reicht". Der etwa 150 Kilometer beiderseits der Trennlinie der beiden Militärblöcke angeregte denuklearisierte Streifen quer durch den europäischen Kontinent, so wird in dem Dokument argumentiert, wäre vor allem eine "wichtige vertrauensbildende Maßnahme, welche die atomare Schwelle anheben und die Versuchung zum frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen um einiges herabsetzen könnte".

Nach der Wahl Olaf Palmes zum Regierungschef Schwedens erging im Dezember 1982 eine offizielle Note der schwedischen Regierung an die Staaten des KSZE-Bereichs mit dem erneuten Vorschlag einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen befreiten Zone, nun allerdings zunächst von der Ostsee bis an die Alpen reichend. Die negativen Antworten von westlicher Seite führten hauptsächlich sicherheitspolitische Bedenken an. Von den sozialistischen Staaten hingegen wurde vorgeschlagen, die Zonenbreite auf 500 bis 600 Kilometer auszudehnen. Im Februar 1983 richtete DDR-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker an BRD-Kanzler Helmut Kohl den Appell, die schwedische Initiative zu unterstützen, und verband damit die Bereitschaftserklärung, das gesamte Territorium der DDR bei entsprechend erweiterter Zonenbreite auf BRD-Seite zur Verfügung zu stellen. Die BRD-Regierung versagte sich diesem Appell vor allem mit der Begründung, die östliche Seite sei mit konventionellen Waffen der westlichen überlegen. Aber sie stimmte doch einem Meinungsaustausch von Regierungsbeauftragten beider deutscher Staaten über Grundsatzfragen zu.

#### Grundsätze für einen Korridor

Bei einem Treffen des SED-Generalsekretärs Erich Honecker mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Berlin im September 1985 wurde die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Erörterung der Vorschläge der Palme-Kommission angeregt. Nach sechs Zusammenkünften von Experten beider Parteien wurden im Oktober 1986 die gemeinsam erarbeiteten "Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa" veröffentlicht. Dabei kamen der Arbeitsgruppe Erfahrungen beider Parteien bei der Konzipierung eines Rahmenabkommens für die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa zugute, das bereits im Juni 1985 der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Die KPTsch hatte schon bald nach Veröffentlichung sich dem gemeinsamen Entwurf von SED und SPD angeschlossen, und im April 1987 wandten sich die Regierungen der DDR und der CSSR an die BRD-Regierung mit dem Vorschlag, unverzüglich mit Verhandlungen über einen atomwaffenfreien Korridor zu beginnen. Die Staatschefs beider Länder erläuterten zusätzlich im Juni 1987 in einem Schreiben an den UN-Generalsekretär ihre Initiative.

Im Unterschied zum Palme-Vorschlag sieht die Parteien-Initiative einen von allen Atomwaffen freien Korridor vor, der also neben den nuklearen Gefechtsfeldwaffen auch alle anderen taktischen Kernwaffen betreffen würde. Ein von Kernwaffen generell befreiter Korridor wäre sicherheitspolitisch effektiver und leichter kontrollierbar; national und international sind Kontrollen auch vorgesehen. Da die Trägersysteme ausdrücklich miteinbezogen sind, Trägermittel aber oft nuklear wie konventionell (und außerdem auch noch für chemische Gefechtsköpfe) verwendungsfähig sind, würde deren Entfernung zugleich eine Reduzierung konventioneller Potentiale bedeuten und auf Grund des stärker offensiven Charakters der Trägermittel im Interesse der Schaffung nichtangriffsfähiger militärischer Strukturen wirken.

Ein solchermaßen realisierter nuklearfreier Korridor wäre also eine eminent wichtige vertrauensbildende Maßnahme und könnte insbesondere die von Seiten der BRD gegen die doppelte Null-Lösung ins Feld geführten "Sonderbedrohungen" (durch verbleibende taktische Nuklearwaffen und konventionelle Waffen) entscheidend vermindern noch vor Verhandlungen über apostrophierter Ungleichge-

wichte jener Waffenkategorien. Die drei Jahre nach Verwirklichung vorgesehene Prüfung auf Erweiterungsfähigkeit böte zudem günstige Möglichkeiten, ihn mit den laufenden Bemühungen um Denuklarisierung anderer europäischer Regionen zu verbinden. Über die unmittelbare Wirkung hinaus, die angehäuften Konfrontationspotentiale an der Stelle ihrer größten Konzentration auf engstem Raum zu beseitigen und damit die stärkste Gefahr einer Katastrophe radikal zu vermindern, könnte dem Korridor-Vorschlag damit eine zentrale Rolle für einen ganz Europa umfassenden Prozeß der Entspannung und Zusammenarbeit zukommen.

## Konventionelle Überlegenheit des Ostens ?

Gegen alle Pläne und Vorschläge zu einer schrittweisen nuklearen und chemischen Abrüstung in Europa wird häufig das Argument der enormen Überlegenheit des Warschauer Vertrages und vor allem der Sowjetunion auf konventionellem Gebiet ins Feld geführt. Das war auch bei der Diskussion um den INF-Vertrag der Fall. Nach dessen Unterzeichnung wird in NATO-Kreisen unter Hinweis auf diese Überlegenheit eine Kompensation für die abzuziehenden Mittel- und Kurzstreckenraketen verlangt. Wie ist es um diese Überlegenheit bestellt ? Der im folgenden unternommene Versuch, diese Frage zu beantworten, stützt sich im wesentlichen auf drei Untersuchungen:

1. Andreas von Bülow: Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis Ost-West, wie es wirklich ist, München 1985. Der Verfasser, SPD-Bundestagsabgeordneter, war von 1976 bis 1980 Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium.
2. Admiral Antoine Sanguinetti: Einseitiges Übergewicht oder Gleichgewicht der beiden Blöcke im konventionellen Bereich. Dieser umfangreiche Aufsatz ist am 14.10.87 in "Le Monde diplomatique", Paris, erschienen und danach als Occasional Paper Nr. 3 von den Generälen für Frieden und Abrüstung, zu denen der Autor gehört, in deutscher Übersetzung herausgegeben worden.
3. "Conventional Forces in Europe" INF Study Paper Nr. 2, das als Beilage zur September/Oktoberausgabe 1987 des "Grassroots Organizer" in Washington erschien, einer Publikation, die die beiden Friedensbewegungen SANE und FREEZE herausgeben, die sich im Sommer 1987 zusammengeschlossen haben und jetzt von Pfarrer William Sloan Coffin geleitet werden.

Ein sinnvoller Vergleich kann sich nicht auf das bloße Zählen der konventionellen Waffensysteme und Truppenstärken beschränken. Er muß nach Möglichkeit andere Gesichtspunkte einbeziehen, wie die technische Perfektion und das Alter dieser Waffen oder die geographischen und strategischen Bedingungen, unter denen sie eingesetzt werden usw.. Die Beschränkung auf bloße Zahlen reicht schon deshalb nicht aus, weil infolge unterschiedlicher Kriterien und Sichtweisen die von den verschiedenen Experten mitgeteilten Zahlen in vielen Fällen nicht völlig übereinstimmen.

Trotz dieser Abweichungen bestätigen alle Zahlen eine Grundtatsache: die zahlenmäßige Überlegenheit des Ostens in den meisten konventionellen Waffenarten. Das INF Study Paper gibt Zahlen aus dem vom USA-Verteidigungsministerium herausgegebenen Buch "Sowjetische Militärmacht" wieder. Sie lauten:

	NATO	WVO	Verhältnis
Divisionen	110	133	1:1,21
Truppenstärke	2088000	2685000	1:1,29
Panzer	21600	32000	1:1,48
Antipanzerverwaffen	14370	18000	1:1,25
Artillerie (einschl. Raketen)	17200	23000	1:1,34
Kampffahrzeuge	40850	38000	1:0,93
Kampfhubschrauber	1100	960	1:0,87

Das INF-Study Paper stellt dazu fest, daß dieses "leichte zahlenmäßige Übergewicht der Warschauer Pakt-Staaten über die NATO-Verbündeten nicht von strategischer Bedeutung" sei. Dieses Übergewicht werde zudem noch durch andere Tatbestände geschwächt, z. B. dadurch, daß "NATO-Ausrüstung und -Ausbildung der des Warschauer Paktes weit überlegen ist. Nach der Einschätzung des USA-Verteidigungsministeriums waren 1986 - 25 von 30 von den USA eingeführten Waffensystemen den entsprechenden sowjetischen Varianten überlegen".

Was beispielsweise die Panzer des Warschauer Vertrages anlangt, so sind nur knapp ein Drittel modernerer Bauart. Zwei Drittel stammen aus den fünfziger oder sechziger Jahren, befinden sich also in einem Alter, in dem NATO-Panzer schon lange ausrangiert sind. Experten machen darauf aufmerksam, daß die NATO, obwohl sie immer wieder auf die Panzerüberlegenheit des Ostens hinweist, seit Jahren keinerlei Anstalten trifft, diese Überlegenheit auszugleichen, obwohl ihr das von ihren Produktionskapazitäten her ein Leichtes wäre. Man weiß also dort um den geringen Kampfwert der älteren sowjetischen Modelle - und hält wohl überdies die Panzerwaffe überhaupt nicht mehr für so wirkungsvoll in einem modernen Krieg. Militärs halten das Grenzgebiet zwischen NATO und Warschauer Pakt "bis auf wenige Kilometer für das Auffahren riesiger Panzerarmeen nicht geeignet" (Bülow). Es gibt da zu viele Gebirge, Waldgebiete, Moor- und Heideflächen, Flüsse und Kanäle. Die Panzer müßten immer wieder auf Verkehrswegen konzentriert werden, was sie äußerst verwundbar macht.

Überdies hat die NATO hochwirksame Präzisionslenkkraketen entwickelt, die eine Treffgenauigkeit von 95 % aufweisen. Der Einsatz solcher Waffen hat sich in der letzten kriegerischen Auseinandersetzung im Nahen Osten für die syrischen Panzer sowjetischer Bauart als verheerend erwiesen.

Von allen Industrienationen ist die UdSSR diejenige mit dem geringsten Grad an Berufssoldaten: 30 % im Vergleich zu 43 % in Frankreich, 51 % in der BRD und 100 % in Großbritannien und den USA. Das hat Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Wartung und Bedienung des modernen Kriegsmaterials und zum operativen Einsatz, aber auch auf eine Mobilmachung, für die in der Sowjetunion wegen des weniger dichten Straßen- und Eisenbahnnetzes Wochen gebraucht würden, während das in Westeuropa, wo jeder Soldat weniger als 24 Stunden von seinem Stellort entfernt wohnt, viel schneller bewerkstelligt werden kann.

Das sind nur einige Fakten, die für die Gesamtsituation stehen. Sanguinetti kommt zu dem Ergebnis: "Das Atlantische Bündnis ist mit einem viel moderneren und wirksameren Militärapparat ausgestattet, als allgemein geglaubt wird".

Und von Bülow faßt seine Studie so zusammen:

- "1. Die NATO ist auch in der konventionellen Verteidigung wesentlich stärker als in ihren Selbstdarstellungen.
2. Die NATO hat mehr Soldaten unter Waffen als der Warschauer Pakt.
3. Die Staaten der NATO sind den Staaten des Warschauer Paktes in der Zahl der Bevölkerung um das Anderthalbfache und in der Wirtschaftskraft um nahezu das Vierfache überlegen.
4. Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt haben in einem länger andauernden konventionellen Abnutzungskrieg keine Chance, den Nachschub aus den USA nach Europa in nennenswertem Umfang nachhaltig zu unterbinden.
5. Auch in einem Blitzkrieg kann die Sowjetunion die NATO nicht zu für die Sowjetunion tragbaren Bedingungen überwinden."

## "Waffenfreie" Zonen in Mitteleuropa

In der gegenwärtigen europäischen sicherheits- und abrüstungs- politischen Diskussion spielt der Zonen-Begriff eine wesentliche Rolle. Für "kernwaffenfreie" und "chemiewaffenfreie" Zonen existieren ausgearbeitete Vorstellungen und Verhandlungsvorschläge, für Zonen, die auf bestimmte Arten von konventionellen Waffen verzichten ("waffenartfreie" Zonen, z. B. "panzerfreie" Zonen), gibt es zahlreiche Diskussionsvorschläge. Und auch Vorstellungen über "waffenfreie Zonen" in Europa (entmilitarisierte Zonen) werden diskutiert. Das in der europäischen Geschichte nicht neue Konzept waffenfreier oder waffenartfreier Zonen erhält heute dadurch besonderes Gewicht, daß die Festlegung solcher Zonen Richtung und militärischen Rahmen für die Verwirklichung einer neuen europäischen Sicherheitspolitik liefern könnte:

Die überfällige - weil überlebensnotwendige - Errichtung neuer vertrauensbildender und stabiler militärischer Sicherheitsstrukturen in Europa, insbesondere in Mitteleuropa, ist nicht realisierbar ohne Rückzug oder Vernichtung bestimmter Waffenarten und umfassende Reduzierung der in Mitteleuropa stationierten konventionellen Streitkräfte. Zu den zu beseitigenden Waffenarten gehören sicher Waffensysteme, die gleichzeitig nuklear und konventionell verwendbar sind - d. h. mit nuklearen und konventionellen (und chemischen) Gefechtsköpfen eingesetzt werden können - darunter ein Großteil der normalen Artillerie- und Raketensysteme. Und zu den zu reduzierenden bzw. abzuziehenden Streitkräften gehören notwendig die zu raumgreifender Offensive fähigen Großverbände, vor allem Panzer- und (schwere) Schützenpanzerverbände. Die Diskussion über die erforderliche neue Militärstruktur, die mit der Diskussion über geltende und zukünftige Militärdoktrinen und -strategien verbunden werden muß, hat also Antwort zu geben auf die Frage: Welche Waffenarten im europäischen Bereich der NATO und der Warschauer Vertrag-Organisation (kurz: WVO) können in bestimmten Gebieten - z. B. in einer Zone entlang der Grenzlinie zwischen NATO und WVO - nicht zugelassen werden, wenn auf allen Seiten und dauerhaft Sicherheit, Vertrauensbildung und Stabilität erreicht werden soll?

In militärischen Konsultationen und Beratungen zwischen NATO und WVO ist zu klären, welche Waffensysteme, welche Militärverbände und -strukturen von der einen oder anderen Seite als besonders bedrohlich wahrgenommen werden, sei es in Bezug auf mögliche Waffenwirkung, sei es im Hinblick auf Fähigkeit zur Überraschung oder Fähigkeiten zur Offensive. Für jedes derartige Waffensystem ist die Zone festzulegen, in der diese Waffenart nicht stationiert werden darf (sofern sie nicht vollständig beseitigt werden soll). Entsprechend sind Verbotszonen für besonders bedrohend wirkende Militärverbände, z. B. Luftlandeeinheiten, und Strukturen zu vereinbaren.

Das von beiden Militärbündnissen, NATO und WVO, gemeinsam mit den Neutralen/Nichtpaktgebundenen aufzubauende militärische Sicherheitssystem in Mitteleuropa muß, wenn es Sicherheit, Vertrauen und Stabilität gewährleisten soll, Grundbedingungen erfüllen:

Krisenstabilität: Auch in einer zugespitzten politischen Krise außerhalb oder innerhalb Europas muß das System militärisch stabil sein: Es darf keinen Handlungsdruck in Richtung auf die Auslösung militärischer Operationen, den Beginn einer militärischen Auseinandersetzung erzeugen. Keine Seite darf in dieser

Situation die Wahrnehmung haben, daß derjenige, der - in Teilgebieten oder im Großen - zuerst zuschlägt, entscheidenden Vorteil (eine "Angriffsprämie") vor dem erhält, der sich zurückhält und abwartet. Eine Abschreckung, die auf der Fähigkeit beruht, die andere Seite - falls sie angreift - auf deren eigenem Territorium, d. h. auf dem Territorium des Angreifers, schnell und vernichtend zu schlagen, ist deshalb nicht krisenstabil. Denn die Fähigkeit der ersten Seite zum Vernichtungsschlag gegen die zweite Seite gilt auch für den Fall, daß die erste Seite angreift. In einer Krisensituation kann bzw. muß diese Fähigkeit von der zweiten Seite als äußerste Bedrohung angesehen werden, der sie gegebenenfalls durch einen Präventivschlag zuvorzukommen versuchen wird.

Die Forderung nach Krisenstabilität führt so zur Forderung nach dem gemeinsamen Aufbau eines Systems "nicht-offensiver Verteidigung". Das ist eine Verteidigung, die sich auf die Fähigkeit beschränkt, einen Angreifer auf bzw. über dem eigenen Territorium, dem Territorium des Angegriffenen, gegenüberzutreten und hier dem Angreifer untragbare Verluste beizubringen. Eine solche Fähigkeit wird von der anderen Seite nicht als Bedrohung wahrgenommen, ist also nicht provokativ. Damit Verteidigungsfähigkeit auf und über dem eigenen Territorium nicht umgesetzt werden kann in die Fähigkeit, offensiv in fremdes Territorium einzudringen - damit also die eigene militärische Fähigkeit für die andere Seite nicht als Bedrohung erscheint - muß die eigene Verteidigungsfähigkeit durch ihren strukturellen Aufbau an das eigene Territorium gebunden sein. Sie darf nur auf dem eigenen Gebiet funktions- und schlagfähig sein. Das angestrebte neue militärische Sicherheitssystem muß "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" besitzen.

Ausreichende Verteidigungsfähigkeit ohne Eskalationszwang: Falls es dennoch zu Kampfhandlungen kommt, müssen die Streitkräfte auf dem eigenen Territorium fähig sein, eingedrungenen fremden Streitkräften schnelle (operativ-taktische)-Erfolge unmöglich zu machen. Welche Streitkräfte, Bewaffnung, Struktur usw. auf einer Seite als ausreichend gelten können, hängt von den Streitkräften, Bewaffnung usw. der Gegenseite ab. Beispiel: Eine ausgedehnte panzerfreie, aber leichte Schützenpanzerwagen zulassende Zone im östlichen Zentraleuropa erlaubt - unter sonst gleichartigen Bedingungen - eine entsprechende Zone im westlichen Zentraleuropa.

Streitkräfte und ihre Bewaffnung müssen außerdem so gewählt und organisiert sein, daß im Falle von Kampfhandlungen nicht Anreize für Eskalationsschritte (Erhöhung des Niveaus der Kampfhandlungen durch Ausweitung oder/und Einbeziehung stärkerer Waffen und Verbände) oder sogar Eskalationsautomatismen wirksam werden.

Ausreichende Transparenz: Die laufende Verifizierung der vereinbarten Bestimmungen über die im jeweiligen Gebiet zugelassenen Streitkräfte, Bewaffnung, Strukturen usw. erfolgt durch ein effizientes internationales Überwachungs- und Kontrollsystem. Das Gesamtsystem der Streitkräfte ist soweit transparent, daß der verdeckte Erwerb von Offensivfähigkeiten nicht möglich ist.

Rüstungsstabilität: Modernisierung oder Neueinführung von Waffensystemen in den Kontrollzonen erfolgt nur auf der Grundlage von Konsultationen und gemeinsamer Vereinbarung aller Seiten.

Im folgenden werden vier Modelle für ein neues Militärsystem in

Mitteleuropa vorgestellt, die auf dem Konzept der waffen(art)-freien Zonen basieren und die gegenwärtig diskutiert werden.

#### (1) Palme-Zone

Die Zone, der "Palme-Korridor", umfaßt Teile der DDR, CSSR und BRD und wird begrenzt von Linien, die etwa 150 km westlich und östlich der Trennlinie zwischen NATO und WVO in Mitteleuropa verlaufen.

Vorgeschlagen wird, daß aus dieser Zone zusammen mit den nuklearen Gefechtsfeldwaffen (Palme-Vorschlag) auch alle nuklearfähigen Systeme (nuklearfähige Artillerie, Flugzeuge) sowie alle schweren mechanisierten Streitkräfte und Waffen zurückgezogen werden, einschließlich der schweren und mittleren Rohrartillerie, der Raketen-/Geschoßwerfersysteme und des schweren Pioniergeräts.

Zugelassen in der Zone sind leichte Infanterie-Verbände, kleinste luftgestützte (Hubschrauber-gestützte) mechanisierte Verbände. Dabei gelten für alle Fahrzeuge und Waffen feste Obergrenzen für Gewicht (etwa 20 t) und Kaliber (etwa 100 mm). Das Überfliegen der Zone durch Militärflugzeuge ist auf Hubschrauber und einen Abfangjäger-Typ bzw. Sonderfälle (laufende Kontrollaufklärung, Verbindungsflüge u. a.) beschränkt.

Vorstellbar sind auch andere Grenzlinien der Zone (asymmetrisch zur NATO-WVO-Trennlinie, mit Breite größer als 300 km, usw.). Die möglichen Grenzlinien werden dabei von Art und Umfang der Streitkräfte und der Bewaffnung außerhalb der Zone abhängen.

Eine Zone von diesem Typus wird nur dann zu struktureller Nichtangriffsfähigkeit führen, wenn sie mit gleichzeitiger oder nachfolgender starker Reduzierung von konventionellen Streitkräften und Rüstungen in den Gebieten auf beiden Seiten "hinter" dieser Zone verbunden ist. Andernfalls wäre Krisenstabilität mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gewährleistet.

#### (2) Das SAS-Konzept

(SAS = Studiengruppe Alternative Sicherheit, eine internationale Arbeitsgruppe von Friedensforschern, Organisationsspezialisten, Ökonomen, Militärs, Technologen)

Unter den Entwürfen für ein neues Militärsystem in der BRD, die auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zielen, besitzt das SAS-Konzept die bisher ausführlichste Darstellung der vorgesehenen Bewaffnung und Struktur. Vorgeschlagen werden zwei Zonen:

Über die erste Zone, einen etwa 80 km tiefen Streifen entlang der Ostgrenze der BRD, sind statische (immobile) leichte Infanterie-Gruppen dünn verteilt: Jede Gruppe besteht aus rd. 30 Soldaten und ist verantwortlich für die Verteidigung eines festen Gebiets mit einer Fläche von ca. 16 km<sup>2</sup> (im Osten) bis 6-9 km<sup>2</sup> (im Westen; d. h. mit in der Tiefe zunehmender Dichte). Die Gruppe ist durch intensive Ausbildung und Übungen eng vertraut mit "ihrem" Geländeabschnitt. Vorgefertigte billige Sperrmittel und Unterstand-Bauteile aus Stahl und Beton, die schnell im Gelände verlegt werden können, und eine Bewaffnung, die aus leichten Infanterie- und Panzerabwehrwaffen, aus einfachen sensor-gestützten bzw. ferngesteuerten Waffensystemen besteht, sollen die Grundlage für eine Kampftaktik bilden, die Verzögerung und Abnutzung eingedrungener Streitkräfte des Gegners erreichen soll.

Neben diesem dezentralisierten Infanterie-Netzwerk, dem "Auffangnetz", enthält die erste Zone mechanisierte mobile Eingreifkräfte: leichte Panzerabwehreinheiten mit hoher Feuerkraft und mobile

Infanterieeinheiten, beide auf leichtgepanzerten Radfahrzeugen, sowie in geringerem Umfang stark gepanzerte schwere Fahrzeuge, die letzteren im hinteren (westlichen) Teil der Zone. Die Eingreifkräfte haben die Aufgabe, gegnerische Kräfte, die nicht im Auffangnetz aufgerieben werden können, zu halten und zurückzuwerfen. Sie wirken in enger Verbindung mit dem Infanterie-Netz. In Bezug auf Kommunikation und Versorgung sind sie nicht selbständig, sondern abhängig von den öffentlichen Versorgungsnetzen, deshalb auch unfähig zu offensiven Operationen über die Grenzlinie hinaus.

Die zweite Zone, das rückwärtige Verteidigungsgebiet, ist vor allem mit leichter Infanterie zum Schutz von Objekten und mit motorisierten leichtgepanzerten Einheiten gegen Luftlandeoperationen und Diversion besetzt.

Die die Luft- und Seestreitkräfte betreffenden Teile des SAS-konzepts sind ebenfalls defensiv ausgerichtet. Die Marine ist dabei auf Küstenschutz beschränkt (Küstenbewaffnung und leichte Schiffseinheiten für das Küstengebiet).

### (3) Großeuropäische Rüstungskontrollzone

Der folgende Vorschlag für eine Rüstungskontrollzone zwischen Atlantik und Ural wurde der Pugwash-Studiengruppe für konventionelle Streitkräfte in Europa vorgelegt und auch mit den dort anwesenden Militärexperten aus NATO und WVO - darunter mehreren Generalstabsoffizieren aus der Sowjetunion, Ungarn und Polen - fruchtbar diskutiert. Der Vorschlag wird in der Studiengruppe weiter bearbeitet. Seine Hauptpunkte in dem zuletzt vorgelegten Entwurf sind:

- Im Gesamtgebiet zwischen Atlantik und Ural werden zugelassen
- keine oder nur sehr wenige land- und luftgestützten Nuklearwaffen
  - eine Obergrenze von 10 000 für Kampfpanzer und schwere Artilleriegeschütze/Geschoßwerfer, mit einer maximalen Dichte von 50 auf jedem Gebiet von  $50 \times 50 \text{ km}^2$
  - eine Obergrenze von 2000 Kampfflugzeugen
  - eine maximale Reichweite von 50 km für alle Raketen-/Geschoßwerfersysteme, keinerlei Cruise Missiles (Marschflugkörper)
  - ein Verhältnis von 1:2 für mobile gepanzerte Einheiten im Vergleich zu mehr statischen, leichten Infanterieeinheiten
  - eine Obergrenze von 20 000 für luftgestützte Truppen und ein Maximum von 1000 für Kampf- und Panzerabwehr-Hubschrauber
  - die Abschaffung der Divisionsstruktur, die besonders wichtig für die Koordinierung weitreichender Offensivoperationen ist.

Zu den internationalen Kontrollmaßnahmen soll eine umfassende Vor-Ort-Verifizierung durch eine Kommission neutraler Staaten (z. B. Schweden, Finnland, Österreich und Schweiz) gehören.

### (4) Entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa

Der Vorschlag sieht den - schrittweise zu verwirklichenden - vollständigen Abzug aller militärischen Streitkräfte und Einrichtungen aus einem Streifen beiderseits der DDR/CSSR-BRD-Grenze vor, der (z. B.) 70 km Gesamtbreite besitzt und gegebenenfalls erweitert werden kann (waffenfreie Zone).

Überwachung und Kontrolle, d. h. Verifizierung, in entmilitarisierten Zonen ist wesentlich einfacher als in Zonen, in denen begrenzte Streitkräfte und Rüstungen stationiert sind. Für die

mitteleuropäische waffenfreie Zone wurde UN-Kontrolle, eventuell mit Anwesenheit von UN-Kontingenten, vorgeschlagen. Verifizierung durch eine europäische Institution hätte dagegen den Vorteil der "innereuropäischen" Lösung.

Voraussetzungen für einen umfassenden Dialog über neue Militärstrukturen in Europa, über den Abbau von Angriffsfähigkeiten und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit in Mitteleuropa, sind durch verschiedene Initiativen und Grundsatzklärungen der Warschauer Vertrag-Staaten geschaffen. Dazu gehören die Berliner Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1987 ebenso wie die von SED und SPD gemeinsam erarbeiteten und im Juni 1985 bzw. Oktober 1986 vorgelegten Vorschläge für ein Rahmenabkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa bzw. Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa. Dazu gehört ebenso der Jaruzelski-Plan, die polnische KSZE-Initiative vom Mai 1987, die u. a. für den Abzug der Kernwaffen mit Reichweite unter 500 km aus Mitteleuropa, für eine Einigung über die Definition der konventionellen Waffen mit besonders hoher Schlagkraft und Offensivfähigkeit und über die Aufnahme von Verhandlungen zu ihrem Rückzug, und für Beratungen über eine Neuorientierung der Militärdoktrinen/-strategien und über das Konzept der nichtoffensiven Verteidigung eintritt.

Auch die NATO-Staaten haben sich inzwischen auf dem KSZE-Folge-treffen in Wien für "Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa" (Juli 1987) und grundsätzlich für neue Verhandlungen über Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa ausgesprochen. In der KSZE-Untergruppe der 23 Mitgliedsstaaten der Militärbündnisse (NATO und WVO) besteht Einvernehmen darüber, daß bei diesen Verhandlungen der Abbau von Asymmetrien und die Beseitigung von Fähigkeiten zum Überraschungsangriff und zu weitreichenden Offensivoperationen Priorität haben sollen.

Zwei Fragen werden bei den anstehenden Beratungen und Verhandlungen zunehmendes Gewicht erhalten: Militärische Streitkräfte bestehen - vereinfacht gesagt - aus Schild- und Schwertkomponente (Defensiv- und Offensiv-Komponente). Stärkung des Schildes unter Beibehaltung oder sogar Schärfung des Schwertes erhöht Bedrohungen und Kriseninstabilität. Wie kann gesichert werden, daß der Aufbau defensiv orientierter Verteidigung die dauerhafte Beseitigung bedrohlicher Schwertkomponenten einschließt? Die zweite Frage steht in engem Zusammenhang mit der ersten: In der menschlichen Geschichte haben technologische Durchbrüche stets zu neuartigen Waffenarten und damit zur Infragestellung vorhandener Gleichgewichte geführt. Wie kann gewährleistet werden, daß ein Sicherheitssystem ohne Angriffsfähigkeit nicht durch Technologieentwicklung ausgehöhlt wird und ein neuer Rüstungswettlauf entsteht, mit neuen Bedrohungen und neuer Konfrontation?

Anzustreben ist ein Verbund verschiedener waffen(art)freier Zonen unter strengster internationaler Kontrolle. Primär geht es nicht um Einführung neuer Waffentechnologien und Umrüstung sondern um Abbau der bestehenden Offensivfähigkeiten. Wo Rüstungsentwicklung oder Modernisierung notwendig ist, um eine defensiv orientierte Verteidigung aufzubauen, muß sie gemeinsam von allen Seiten konzipiert und kontrolliert werden. Die Initiativen aus den sozialistischen Ländern geben deshalb der Verdünnung und Beseitigung von Streitkräften und Rüstungen im Rahmen von Zonen-Konzepten die Priorität.

## Bedeutung und Ziel von Initiativen zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa

Seit den 70er Jahren wird im Rahmen des UNO - Abrüstungsausschusses, zu dem 40 Staaten gehören, über ein umfassendes Verbot chemischer Waffen (C - Waffen) verhandelt. Es treffen aus Genf immer dichter werdende Signale ein, die besagen, daß die Verhandlungen eine solche inhaltliche Qualität erreicht haben, daß ein entsprechender Vertragsabschluß bald zur Realität werden könnte. Aber solange es nicht dazu gekommen ist, dürfen Engagement und Bemühungen für eine globale Abrüstung chemischer Waffen nicht nachlassen.

### Zur Bedeutung chemischer Waffen

Die Ära militärtechnischer Nutzung von chemischen Waffen begann am 22. April 1915, als sie im 1. Weltkrieg in Ypern von deutscher Seite erstmals als Kampfstoff eingesetzt wurden. Später folgten Frankreich, das zaristische Rußland und Großbritannien. Damals und bei weiteren Einsätzen von C - Waffen Italiens 1935/1936 in Äthiopien und Japans 1937 in China kam es zu verheerenden Auswirkungen unter Soldaten und Zivilbevölkerung.

Damit hatten sich alle Ängste bestätigt, die bereits vor der Nutzung von C - Waffen bestanden. Es ist interessant, daß erste vertragliche Initiativen zur Verhinderung des Einsatzes chemischer Waffen in das vorige Jahrhundert zurückreichen (Petersburger Deklaration 1868), die in der Einbeziehung von C - Waffen in die Heager Landkriegsordnung von 1899 ihren sichtbaren Ausdruck fanden. Durch die Ereignisse im 1. Weltkrieg und in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten hat sich gezeigt, daß alle Bemühungen um Vereinbarungen zur Verhinderung eines Einsatzes bestimmter Waffengattungen nur begrenzten Wert haben, wenn diese Waffenarten weiter existieren und Regierungen und Militärs zur Verfügung stehen. Immerhin hat die faschistische deutsche Wehrmacht trotz eines überaus großen Arsenal C - Waffen nur vereinzelt in der Partisanenbekämpfung eingesetzt, sicher aus der Überlegung heraus, daß gleichgeartete Gegenschläge der Alliierten kaum überschaubare Folgen haben könnten. Außerdem war schon damals bekannt, daß die Anwendung chemischer Waffen das Risiko in sich birgt, daß eigene Truppen und Bevölkerung im wenig vorhersehbaren Umfang mitbetroffen werden.

Nach dem 2. Weltkrieg bekam die Weiterentwicklung chemischer Waffensysteme eine wachsende Dynamik. Eine neue Qualität entstand mit der Konstruktion sogenannter Binärwaffen und im weiteren von Multikomponentwaffen. Die Vorbereitungen zu ihrer Entwicklung reichen bis in das Jahr 1954 zurück. Die erste Präzisierung erfolgte 1962 mit einem Sonderprogramm des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Bei dieser chemischen Waffenkategorie werden zwei oder mehr chemische Substanzen, von denen jede für sich keine oder eine nur geringe Giftwirkung hat, getrennt in entsprechend konstruierten Gefechtsköpfen von Granaten, Raketen, Bomben u.a. installiert. Erst nach dem Abschluß kommt es zur Durchmischung dieser Stoffe, wodurch sie eine hochtoxisch wirkende Verbindung eingehen. Bei den entsprechenden Giften handelt es sich um die gleichen Substanzen, die gegenwärtig zum Arsenal der C - Waffen gehören. Das sind vor allem phosphororganische Ester wie Soman, Sarin oder VX - Stoffe, die im Kontaktfall bereits in geringsten Mengen tödlich wirken. Sarin ist bei

100mg/m<sup>3</sup>, VX - Stoffe sind bei 36 mg/m<sup>3</sup> letal, d.h. tödlich. Von Sarin existieren heute mindestens 20 000 t, von den V - Stoffen mehr als 5 000 t. Es reichen 4 t Sarin aus, um in einer dicht besiedelten Stadt pro km<sup>2</sup> Fläche tausende Menschen zu töten. Bei modernen Varianten dieser Substanzen sind nur Bruchteile dieser Mengen nötig.

Gegenwärtig wird auf Grund der vorliegenden Informationen davon ausgegangen, daß C - Waffen in Mitteleuropa ausschließlich in der BRD in mehreren Depots der US - Armee lagern. Neben den USA und UdSSR gehören C - Waffen auch zum Waffenbestand der Armeen Frankreichs und Großbritanniens.

Die Anwendung chemischer Kampfstoffe durch Irak im irakisch - iranischen Krieg macht aber deutlich, daß auch weitere Staaten im Besitz von C - Waffen sind und ihr Einsatz im Konfliktfall weder einzugrenzen noch zu kontrollieren ist.

Im NATO - Konzept der Air Land Battle Doctrine nehmen C - Waffen einen wichtigen Platz ein. Sie sollen noch vor nuklearen Waffen eventuell zur Anwendung kommen. Die Gefahr einer weiteren Aufrüstung mit chemischen Waffen ist hochaktuell, weil 1986 der USA - Kongreß der Produktion von Binärwaffen zugestimmt hat, allerdings unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den NATO - Rat. Im Mai 1986 haben sowohl die Verteidigungsminister als auch die Außenminister der NATO - Staaten die Produktion von Binärwaffen sanktioniert. Es bleibt abzuwarten, wie in der gegenwärtigen Situation der USA - Senat votiert, der ebenfalls noch zustimmen muß. Die Produktion von Binärwaffen scheint jedoch bereits begonnen zu haben. Nach bekannt gewordenen Verträgen ist die Herstellung von 40 000 Flugbomben ("Big Eyes"), die VX - Kampfstoffe freisetzen, und an eine halbe Million (!) 155 mm-Granaten, die Sarin freisetzen, vorgesehen. Eine Lagerung dieser Waffen ist aber letztlich nur dort sinnvoll, wo mit kriegerischen Konflikten gerechnet wird, weil ihr Transport während bereits laufender bewaffneter Auseinandersetzungen nur unter großen Schwierigkeiten durchführbar ist. Aus diesem Grund kann bereits im Krisen- oder Spannungsfall der Transport in ein bestimmtes Gebiet die Situation verschärfen. Wenn es zur Serien-Produktion von Binär- bzw. Multikomponentwaffen kommt, besteht die Gefahr, daß eine effektive Abrüstung chemischer Waffen kaum noch zu kontrollieren ist. Die relativ harmlosen Ausgangsstoffe können getrennt gelagert und als Desinfektionsmittel, Ausgangsstoffe für Kosmetik usw. ohne Probleme deklariert und maskiert werden. Eine Weitergabe ist ebenfalls schwerlich zu überschauen.

Mit Recht gelten heute C -Waffen als die gefährlichsten Massenvernichtungsmittel nach den Nuklearwaffen. Käme es zu ihrer Anwendung, dann wären ihre Auswirkungen kaum weniger katastrophal. Das gilt vor allem für die Gebiete, wo sie gelagert und angewendet werden. Diese Risiken werden leider häufig unterschätzt oder unter dem Eindruck der nuklearen Gefahren vernachlässigt.

Zur Entwicklung von Initiativen für ein Verbot chemischer Waffen. Seit 1925 existiert das Genfer Protokoll über ein Verbot der Anwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und bakteriellen Mitteln. Es wurde erst 1975 von den USA unterzeichnet. Wenn es auch bis Anfang der 70er Jahre verschiedene Abrüstungsinitiativen auf diesem Gebiet gab, so wurden sie doch erst im letzten Jahrzehnt angesichts der neuen waffentechnischen Entwicklungen intensiver.

In UNO - Gremien haben seit 1966 eine Reihe von Ländern Vorstöße zum Verbot von C - Waffen unternommen, u.a. Großbritannien,

Ungarn und 1972 alle sozialistischen Länder.

Ein Meilenstein war der Beginn von Verhandlungen im Rahmen des oben erwähnten UNO - Abrüstungsausschusses in Genf, der 1980 auch eine gesonderte Kommission einsetzte.

In den Jahren 1975 - 1980 kam es zwischen der UdSSR und den USA zu bilateralen Verhandlungen über eine Abrüstung von C - Waffen, die einseitig von den USA abgebrochen wurden.

1980 hat die UNO ihre Mitgliedstaaten zur Liquidierung der C - Waffen aufgefordert. Etwa um diese Zeit nahm die Palme - Kommission ihre Arbeit auf, die später die Schaffung einer C - waffenfreien Zone in Mitteleuropa vorschlug. Die DDR hat sich 1983 in einer entsprechenden Erklärung vor der UNO als erster Staat diesem Konzept angeschlossen.

Eine weitere Initiative ist im Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages vom 10.1.1984 zu sehen, alle C - Waffen in Europa zu vernichten.

Die von Gorbatschow eingebrachte Initiative für eine von Kernwaffen freie Welt bis zum Jahre 2000 enthält auch eine Passage zur Vernichtung chemischer Waffen. Auf dem XI. Parteitag der SED 1986 hat er hierzu weitgehende Vorschläge, vor allem im Hinblick auf Kontrollmaßnahmen, unterbreitet. Die vom sowjetischen Vertreter Israeljan im Genfer Abrüstungsausschuß am 22.4.1986 vortragenen Punkte stellen ihre Konkretisierung dar. Sie enthalten auch breit angelegte Kontrollrechte im Territorium der Vertragspartner einschließlich ihrer Chemiebetriebe, Lagerstätten und militärischen Standorte.

Als eine ungewöhnliche, aber bedeutende Initiative erwies sich der gemeinsam von der SED und der SPD erarbeitete Vorschlag für einen "Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freie Zone in Europa" vom 19. Juni 1985. Die vorausgegangenen Verhandlungen hatten im November 1984 auf der Basis von Absprachen zwischen Erich Honecker einerseits und Willy Brandt sowie Hans-Jochen Vogel andererseits begonnen. Das Ergebnis war ein sehr kompetent ausgearbeiteter Vorschlag für eine C - waffenfreie Zone in Mitteleuropa. In ihm sind auch detaillierte Problembereiche berücksichtigt worden, z.B. Definitionsfragen ("Grauzonenproblematik") und mögliche Schwierigkeiten in der Verifizierung von Abrüstungsschritten. Das Vorschlagspapier weist auch auf ein umfassendes, weltweites Verbot chemischer Waffen hin.

Das Papier von SED und SPD hat in die Beratungen in Genf ebenso Eingang gefunden wie in die KSZE - Folgekonferenz in Stockholm. Am 13. Mai 1986 hat sich die KP der CSSR der SED - SPD - Initiative im Hinblick auf eine Einbeziehung der CSSR in die mitteleuropäische Zone angeschlossen, die potentiell auch auf die Benelux - Staaten, Dänemark und Polen ausgedehnt werden könnte. Die Bedeutung des Vorschlags für den Rahmen eines Abkommens für eine C - waffenfreie Zone in (Mittel)Europa von SED und SPD kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Unterschiedliche, ideologisch erheblich voneinander abweichende Gruppierungen können zu konstruktiven Abrüstungsschritten gelangen, wenn beiderseits guter Wille vorliegt, was trotz schon vorliegender Erfahrungen, z.B. bei SALT, bis heute nicht unbedingt als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf. Das Überdenken eigener Positionen bedarf ebenso wie die Relativierung eigener, ideologisch geprägter Betrachtungsweisen fortlaufender Bemühungen und größter Bereitschaft, wie es an diesem Beispiel dargestellt werden kann. Insofern sind solche Gespräche - vor allem wegen

ihres positiven Resultats - auch eine Ermutigung für übergreifende Friedensinitiativen aus weltanschaulich unterschiedlichen Positionen heraus.

2. Sorgfältig erarbeitete Vorschläge kleinerer Staaten können auch Verhandlungen auf UNO - Basis, zwischen den Großmächten und anderen befördern helfen.

3. Erfahrungen und Teilergebnisse der Gespräche zwischen SED und SPD können auch für analoge Abrüstungsvorgänge bei anderen Waffengattungen genutzt werden, wie sich am Vorschlagspapier beider Parteien vom 21.10.1986 für eine atomwaffenfreie Zone in (Mittel) Europa belegen läßt.

4. Der im Papier enthaltene Vorschlag, daß auch nichtpaktgebundene und neutrale Staaten, die dem Vertrag beigetreten sind, sich an der Kontrolle zur Einhaltung einer solchen Zone beteiligen können, hat innovativen Charakter.

Vorteile einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa

Falls es zu einer C- waffenfreien Zone, einem chemischen "cardon sanitaire" in Mitteleuropa käme, so sind folgende Vorteile zu erwarten:

1. Das Gesamtpotential an Waffen in dieser Zone wäre verringert.
2. Eines der Massenvernichtungsmittel wäre in diesem Korridor nicht mehr existent.
3. Für eine solche Zone besteht nicht die Gefahr von Unfällen mit C - Waffen.
4. An einer C - waffenfreien Zone könnte die Kontrollfähigkeit von Verboten bezüglich Herstellung, Lagerung, Stationierung, Transport und Abbau dieser Waffen überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.
5. Im Falle eines kriegerischen Konflikts wäre (somit) diese Zone wesentlich weniger von den Gefahren einer Anwendung dieser Waffen bedroht.
6. Es wäre ein erster Schritt für ein umfassendes, globales Verbot chemischer Waffen, denn ein Abzug aller gegenwärtig in der BRD lagernden C - Waffen würde etwa fünf Jahre benötigen, während eine Vernichtung aller zur Zeit existierenden C - Waffen etwa 10 Jahre betragen würde. Es sieht allerdings so aus, als wenn ein Großteil der in der BRD vorhandenen C - Waffen der US - Armee vor Ort vernichtet werden muß, weil sie wegen Korrosionsprozessen an den Gefechtsköpfen und Behältnissen nicht mehr gefahrlos transportiert werden können.
7. Eine chemiewaffenfreie Zone würde die Entwicklung und Produktion neuer chemischer Waffen bremsen, vielleicht sogar zum Stillstand bringen.
8. Die Rüstungskosten - die jedoch für C - Waffen vergleichsweise niedrig liegen - würden gesenkt werden können.
9. Die positive Erfahrung mit einer von C - Waffen freien Zone könnte Beispiel für die Schaffung weiterer Zonen dieser Art sein.
10. Eine C - waffenfreie Zone könnte ein Anreiz sein für analoge Abrüstungsschritte bei anderen Waffengattungen.
11. Eine C - waffenfreie Zone wäre Erfolg und Impuls für die Friedensbewegung zugleich (jedoch nicht zwangsläufig, weil Abrüstungserfolge auch einen beruhigenden und damit hemmenden Effekt haben können).

12. Die Konversionsproblematik, d.h. die Umwandlung der Rüstungsgüter produzierenden Industrie in eine mit zivilem Charakter, könnte in dieser Zone beobachtet bzw. mit allen ihren Auswirkungen weiter erforscht und vorangebracht werden. Die Konversion wäre im Chemiewaffen produzierenden Bereich verhältnismäßig unproblematisch.

13. Das Vertrauensverhältnis zwischen allen beteiligten Staaten und darüber hinaus zwischen beiden Bündnissystemen würde verbessert, wenn ein derartiges Abkommen ratifiziert, ratifiziert und sich als tragfähig erweisen würde.

#### Schlußbemerkung

Trotz aller Hoffnungszeichen gibt es noch viele Widerstände gegen ein umfassendes Verbot chemischer Waffen, ebenso gegen den Teilschritt einer C - waffenfreien Zone in Europa. Sie können mit Beharrlichkeit, unbedingtem Willen zur Abrüstung und nicht zuletzt durch Vertrauen in die Kraft der eigenen Argumente überwunden werden.

USA-Bestände tödlich wirkender chemischer Waffen x)

Position	gelagerte Anzahl	Kampfstoff-abfüllung in US t (1t=1,102US t)
-----		
Munition, veraltet, irreparabel bzw. für ausgesonderte Waffen:		
115-mm-Werferaketen	480 000	2 500
155-mm-Granaten, Minen, leck bzw. irreparabel	320 000	1 400
Kampfstofftanks zum Abfüllen von neuer bzw. wiederverwendbarer Munition:		
1-t-Tanks mit nichtsehaftem Nervenkampfstoff GB (Sarin)	5 700	4 300
1-t-Tanks mit sehaftem Nerven-kampfstoff VX	2 300	1 800
1-t-Tanks mit sehaftem "Senf-gas" (d.h. Schwefel-Yperit)	14 000	12 600
Artilleriemunition mit sehaftem Kampfstoff: für noch in der Bewaffnung befindliche, jedoch veraltete Waffen:		
- Senfgasgranaten für 4,2 Zoll-GW	470 000	1 400
- Senfgasgranaten für 105-mm-Haubitzen	480 000	700
Für moderne Waffen:		
- Senfgasgranaten für 155-mm-Haubitzen	300 000	1 700
- VX-Granaten für 155-mm- und 8-Zoll-Haubitzen	300 000	950
Artilleriemunition mit nicht-sehaftem Kampfstoff: für noch in der Bewaffnung befindliche, jedoch veraltete Waffen:		
- GB-Granaten für 105-mm-Haubitzen	900 000	750
Für moderne Waffen:		
- GB-Granaten für 155-mm- und 8-Zoll-Haubitzen	200 000	850
Flugzeugmunition für noch in der Bewaffnung befindliche, jedoch veraltete Waffen:		
- 910-kg-Sprühcontainer mit VX-Abfüllung	900	630
Für moderne Waffen:		
- 225-kg- und 340-kg-Container mit GB-Abfüllung	13 000	1 300

x) entnommen aus: Karlheinz Lohs, Manfred Uschner, für ein chemiewaffenfreies Europa, Berlin 1986, S. 102 - 103

Biblisch-theologische Reflexionen zur gemeinsamen Sicherheit

" Das einzige, was dem Menschen zum Verhängnis werden kann, ist der Glaube an das Verhängnis."

Martin Buber

Die besondere Chance des Jahres 1987 ist Wirklichkeit geworden: der Abschluß eines Abkommens über Mittelstreckenraketen, mit dem zum ersten Mal in der G-Geschichte des nuklearen Wettrüstens modernste atomare Waffensysteme wieder abgebaut werden sollen. Beide Seiten, die UdSSR und die USA, haben komplizierte Verhandlungen bis zum Vertragsabschluß gebracht. In folgenden Verhandlungsrunden müssen auch die Luft- und seegestützten Systeme zur Debatte stehen, so daß eine Aushöhlung der erreichten Null-Lösung für die landgestützten Mittelstreckenwaffen verhindert wird. Dieser erstmalig größere Erfolg in der Abrüstungsproblematik wird - so ist zu hoffen - das Startzeichen sein für den Prozeß nachfolgender Schritte. Es geht um Zwischenziele auf dem Wege zu einem atomwaffenfreien Europa. Um die Gefahr eines Einsatzes der nicht viel weniger grausamen konventionellen Waffen zu verhindern, sind drastische Reduzierungsabkommen wie auch defensive Umwandlungen konventioneller Rüstungen unumgänglich. Alles in allem geht es um einen dynamischen Entspannungsprozeß, in dem das Verhältnis beider Systeme nicht nur entnuklearisiert, sondern entmilitarisiert wird. Auf dem Weg dahin wird die Handlungsfrist, die die nukleare Abschreckung vielleicht im Augenblick noch gibt, - sie wurde nie als ein unveränderbares System auf Dauer verstanden -, zu nutzen sein, um ein Sicherheitssystem zu gewinnen, das eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit garantiert. Die doppelte Null-Lösung bietet die Chance einer "Initialzündung zur Realisierung struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit von Ost und West" (Dieter S. Lutz). Damit wird der bisher blockierte Weg frei für politische Lösungen der Sicherheit in Europa.

Als Michail Gorbatschow sich im Februar 1987 die Null-Lösung der NATO zu eigen machte, war das ein heilsamer Schock, die Abrüstungsbereitschaft des westlichen Bündnisses herauszufordern. Blicke die NATO bei ihrer geäußerten Absicht, die Abrüstung ballistischer Systeme mit der Eröffnung eines weiteren Rüstungswettkampfes in den 90er Jahren zu verbinden, wäre mit solcher Sicherheits-"Logik" Westeuropa geradezu eine strukturelle Abrüstungsunfähigkeit zutagegebracht. In der NATO wird z.B. gefordert, den mit der Null-Lösung erfolgenden Verlust von Pershing II- und Cruise Missile-Systemen durch die Aufrüstung von 150 F-111-Bombern mit je 10 Air Launched Cruise Missiles "auszugleichen". Die Doktrin der Flexiblen Antwort drängt eher zur Aufrüstung als zu einer durchgreifenden Abrüstung. Die angesprochene Problematik verdeutlicht, daß bereits auf dem Wege zu dem erreichten Vertragsabschluß über den Abbau von Mittelstreckenwaffen eine Vielzahl von Schwierigkeiten angegangen werden mußte. Das gleiche gilt für zukünftige Verhandlungsschritte. In diesem Entwicklungsprozeß der militärischen Fragen in Europa haben die konventionellen Streitkräfte ein entscheidendes Gewicht bekommen. Der bislang aufrechterhaltene Grundsatz "Angriff ist die beste Verteidigung" - der Gegenangriff eingeschlossen -, bedarf der Wandlung. Die seit dem Zweiten Weltkrieg beibehaltene Orientierung der Strukturen der konventionellen Streitkräfte

der NATO wie der Warschauer Vertragsstaaten ist bisher mehr an der Erhaltung der Angriffsfähigkeit ausgerichtet. Daraus hat sich jene Instabilität ergeben, die immer wieder hoffnungsvolle Abrüstungsansätze zum Stillstand kommen ließ. Heute gilt es, Strukturen zu wandeln und neu zu entwickeln, um Stabilität zu gewinnen. Dabei geht es um nicht-offensive Verteidigungsstrukturen im konventionellen Bereich. Um in der Sicherheitsfrage voranzukommen, bedarf es vor allem aber neuer politischer Strukturen, nicht nur militärischer und militär-technischer Ausgewogenheiten. Nur auf dem Wege gemeinsamer Sicherheit werden wir Schritte finden, die Explosivität der Weltsituation zu entschärfen, die die gesamte Menschheit tödlich gefährdet. Es drängt die Zeit, sich von der Vorstellung und Fixierung zu lösen, daß nur vom Abbau der militärisch-technischen Arsenale und von der Verringerung oder Umstrukturierung der militärischen Potentiale her die notwendige Friedenssicherung zu erreichen sei. Zweifellos steht die militärische, alles Leben auf der Erde bedrohende Rüstungs-Problematik an der Spitze. Aber nicht minder fordern heute die großen, schwierigen und drängenden Weltprobleme, daß sie alle in ihrem Zusammenhang untereinander von uns erkannt werden und daß wir uns auf sie konzentrieren. Anders werden wir einer Lösung der anstehenden Fragen nicht näherkommen. In diesen Weltproblemen, die die Menschheit und alles Leben auf der Erde in tödliche Gefahr bringen, liegen die entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit. Sicher bedeutet Krieg heute totale Vernichtung der Menschheit. Jeder regionale Konflikt birgt die Gefahr in sich, zu einer globalen Katastrophe zu eskalieren. Es ist dringender denn je, immer stärker in internationaler politischer Kooperation Verständigungsmöglichkeiten zu entwickeln, um entstandene Krisenherde einzudämmen und an ihrer Ausweitung zu hindern. Dabei wird nicht zu übersehen sein, daß die zahlreichen, in der Dreiviertelwelt bestehenden Konflikte und Krisen ein zentrales Feld der Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten sind. Zugleich aber läßt die weltpolitische Entwicklung eine fortschreitende Auflösung bipolarer Machtstrukturen erkennen.

Die Dreiviertelwelt stellt in der gegenwärtigen Weltsituation ein ungeheures Konfliktpotential dar. Dabei ist das Problem der Unterentwicklung ein Hauptfaktor. Er ist aber nicht die einzige Ursache der Konflikthanfälligkeit. Wenn wir nicht die bedrängenden, uns alle fordernden Weltprobleme angreifen, werden wir auf weltweite Katastrophen zusteuern. Die globalen Probleme gefährden unsere Sicherheit in höchstem Maße. Sie alle bedrohen elementar unser aller Leben: Die Lebensbedingungen der Dreiviertelwelt mit der immer mehr anwachsenden Bevölkerungsexplosion, mit den dort grassierenden Krankheiten, mit zum Teil weiter anwachsendem Hunger und fortschreitender Verarmung. Dazu kommt die ungerechte Verteilung der Güter in der Weltwirtschaft und die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern der westlichen Welt, die eine neue Armut produziert. Der Raubbau an den nichterneuerbaren Ressourcen auf der von uns bewohnten Erde führt zu der Frage, wie lange die Rohstoffe und die für die Energieversorgung unentbehrlichen Brennstoffe reichen. Damit werden unsere jetzigen Lebensordnungen und Lebensstile in Frage gestellt. Zu einem weltweiten Problem ist auch die Verschmutzung und Vergiftung unserer Umwelt - Erde, Wasser und Luft - angewachsen durch die Industrialisierung, die immer stärker das Leben bestimmt, durch die Auswirkungen radioaktiver Niederschläge usw. Diese Probleme stellen uns alle heute vor die Fragen: Wie wollen wir eigentlich leben? Auf welche Weise wollen wir die

vorhandenen Konflikte lösen? Von unseren bisherigen Erfahrungen und Verhaltensweisen her ergeben sich keine befreienden Orientierungen. Zum Beispiel können wir uns Rivalität - und das gilt nicht nur für die Großmächte - bei der Bewältigung der genannten Weltprobleme nicht mehr leisten. Nur im Zusammenwirken, nur gemeinsam und kooperativ werden wir Wege zur Lösung der Probleme und damit Wege des Überlebens finden. Nur wenn wir erkennen, daß wir in unserer Weltsituation alle 'im gleichen Boot' sitzen, haben wir eine Chance. Das trifft für alle Weltprobleme zu.

In der augenblicklichen politischen Situation sind die Angebote und Initiativen Generalsekretär Gorbatschow's, vor allem auf dem Gebiet der Abrüstung, hoffnungsvolle Zeichen und eine Chance, veraltete, unbrauchbar gewordene Standpunkte zu revidieren. Gegen alle vorhandenen Widerstände und zu begründenden Befürchtungen besteht die Hoffnung, daß der Durchbruch gelingt und dort mit der Kooperation begonnen wird, wo die Widerstände zur Zeit am geringsten sind: bei Projekten, die im direkten Interesse beider Seiten liegen. Anders wird kaum der Weg gewonnen werden können, wechselseitiges Vertrauen aufzubauen. Vom Suchen gemeinsamer Wege, von Chancen zum Leben, das immer mit anderen zusammen Leben heißt, von Konfliktbewältigung und davon, was als "neues Denken" in unserer Zeit wirksam werden will, davon redet die Bibel.

Wir werden die Bibel lesen lernen müssen mit den gleichen Augen, mit denen wir auch unsere Welt sehen. Wir werden die Bibel entdecken lernen müssen, wie sie von der Kehrseite der Geschichte aus entworfen ist: nicht von den Siegern her, sondern von den Verlierern -; nicht von den Ausbeutern her, sondern von den Ausbeuteten - , nicht von denen her, die stark bleiben, sondern von den Opfern her. Mit diesem "Blick von unten" werden wir lernen, daß wir aufstehen müssen gegen die soziale Gleichgültigkeit, gegen die Ausbeutung der Natur und gegen die Unfähigkeit zum Frieden, weil wir Frieden zu verantworten haben.

Wer die Unfähigkeit zum Frieden aus der Perspektive der Opfer sehen lernt, der kann nicht mehr anders als sich gegen den Zusammenhang von Rüstung und Unterentwicklung zu stellen, der für immer mehr Menschen in unserer Welt die Lebensmöglichkeiten einschränkt, ja nimmt. Der in der Bibel verkündigte SCHALOM, den die jüdisch-christliche Tradition nur im Zusammenhang der Vielfalt menschlicher Beziehungen, im Verhältnis zu Gott und unter den Menschen, kennt, umfaßt die Überwindung von Ungerechtigkeit und Gewalt; die Versöhnung mit der Natur, die Entwicklung menschlicher Gemeinschaft in Freiheit und Solidarität, alles in der Verantwortung dafür, um mit Bonhoeffer zu sprechen, "wie eine kommende Generation weiterleben soll."

Einige biblische Impulse seien genannt, die die Chance eines Neubeginns eröffnen und die zu Gerechtigkeit und Frieden drängen. Zuerst ein utopischer Text. Für ihn haben wir kein Beleg, daß er ja verwirklicht wurde. Er hat aber darin seine besondere Bedeutung, daß er gegen die Geschichte steht, wie sie von den Siegern geschrieben wird. Er entwirft einen neuen Anfang, um die Folgen eines verlorenen Krieges zu überwinden. Darin aber kommt eine Nähe zu unserer Geschichte: 3. Mose 25. Er stammt aus dem 6. Jahrhundert v. Chr.; im babylonischen Exil, in Fristerkreisen, ist er entstanden. Wie es weitergehen sollte nach der Rückkehr in das Land der Väter, das sollte nicht nur Illusion bleiben. Im Jahre 586 v. Chr. war alles in die Brüche gegangen: die staatliche Ordnung, aber auch Theologie und Glaube, Thron und Altar, wie sie miteinander im Bündnis waren, und ein herrschendes falsches Sicherheitsdenken. Die Selbständigkeit Judas war durch die Babylo-

nier zerbrochen worden. Eine falsche Innen- und Außenpolitik hatte diesen Zusammenbruch vorbereitet. Und Gott hatte sich nicht als Garant einer verfehlten Macht- und Sicherheitspolitik erwiesen. Er war der Gott der Schwachen geblieben. Das war die Situation, in die hinein der Text geschrieben wurde. Nur ein radikaler neuer Anfang war als Weg möglich. 3. Mose 25 redet, als wäre das Volk Israel abermals in der Wüste und hörte Mose zu. Was in diesem Text geschrieben steht, ist kein einheitlicher Zusammenhang. Viele Stimmen sprechen hier. Der Text wirkt wie das Ergebnis von Diskussionen. Vom "JOBEL"-Jahr ist hier die Rede, das im 50. Jahr gehalten werden soll. Alte Freilassungsbestimmungen aus dem 2. und dem 5. Buch Mose werden interpretiert. Sie zeigen an, daß Israel im Exil umdenken gelernt und darüber begriffen hat, daß eine verfehlte Ausbeutungspolitik nach innen und eine auf falsche Sicherheiten setzende Machtpolitik nach außen die Ursachen für die erfahrene Katastrophe wären. 3. Mose 25 erzählt von der Planung eines radikalen Neubeginns. Das Ziel ist, gerechte Verhältnisse herzustellen. 50 Jahre dauerte das Exil. Das 50. Jahr sollte immer das "JOBEL"-Jahr sein. Der Text läßt spüren, zu solchem Anfang braucht es langen Atem. In unserer heutigen Sprache gesprochen macht der Text den Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie und Politik deutlich: Erde, Natur und auch Menschen können ausgebeutet werden - oder aber sie werden "freigelassen". Hier wird eine Grenze gesetzt: Es geht nicht mehr darum, aus ihnen allen das Letzte herauszuholen und sie damit zu zerstören. 3. Mose 25 erinnert an solidarische Praxis und fördert so zu gegenwärtigem Handeln. Das macht diesen Text wichtig.

Ebenfalls im alten Bundesbuch findet sich 2. Mose 23, 4 f. eine "Verordnung", die verdeutlicht, daß jedem Juden die Not eines Tieres wichtiger sein soll als die Feindschaft des Besitzers. Über dem drohenden Unglück soll er sich wieder mit dem, der ihm Feind ist, zusammenfinden. Haß und Vergeltung wollen konkret überwunden werden. Die Hilfsbedürftigkeit des Feindes wird hier zur Chance, die Feindschaft zu überwinden. "Intelligente Feindesliebe" gilt es heute zu entwickeln (C.F. von Weizsäcker); das gebietet heute die Vernunft. Und das bedeutet eine Wandlung unseres Sicherheitsdenkens. Denn was Frieden und Überleben bedroht, das ist ja nicht der Feind, nicht der Gegner allein, sondern das ist die wechselseitige Gegnerschaft, als ob die eigene Sicherheit durch die Bedrohung des anderen garantiert würde. Frieden aber ist nicht gegen den anderen zu sichern; Frieden kann immer nur mit dem anderen, mit dem Gegner, gewagt werden. Die Bibel bestreitet nie, daß es Feindschaft gibt. Aber die Bibel drängt uns, andere sehen zu lernen: In der Feindesliebe lernen wir uns selbst mit den Augen des anderen zu sehen, mit den Augen dessen also, den wir für unseren Feind halten. Wie verarbeiten wir unsere Aggressionen? Unsere Feindbilder hängen mit den Beziehungen untereinander und auch mit der Art der politischen Beziehungen zusammen. Wie erfahren sie eine Wandlung?

Matthäus 5, 39, 44 fordert Jesus in radikaler Interpretation der alttestamentlichen Gebote Verzicht auf Gewalt und Feindesliebe. Er stellte diese Verkündigung dem Haß der Römer, vor allem aber den Zeloten entgegen, die die Römer mit Haß verfolgten. Auch heute noch wird behauptet, das taue nicht für die Realität. Aber bedeutet es nicht eine Wandlung in unseren - auch eben den politischen - Beziehungen, wenn wir Feindschaft als etwas Vorläufiges lernen, als etwas, das nicht so bleiben muß? Feindesliebe sucht in dem Feind heute den Partner von morgen. Ergeben sich nicht neue Beziehungen, wenn das zu bekämpfende Unrecht getrennt wird von dem Menschen, der es tut? Wir müssen nicht mehr unsere Identität aus

Abgrenzungen gewinnen. Den Gegner mit anderen Augen sehen und dabei sich selber mit den Augen des anderen sehen, bewahrt vor Selbsttäuschung und läßt die eigene Feindseligkeit erkennen. Je mehr wir kritikfähig werden, umso mehr verlieren Feindbilder ihre Wirkung. Feindesliebe ermutigt zum ersten Schritt und bringt damit Fronten in Bewegung. Neues politisches Handeln, eine neue Art politischer Beziehungen wird möglich, wenn unsere Feindbilder zu realen Bildern gewandelt werden.

Wenn es stimmt, daß "Feindesliebe die Vernunft des Überlebens" ist, dann bekommt das Gebot Jesu für unsere Zeit besonderes Gewicht, geht es doch heute vor allem um gemeinsame Sicherheit, um Kooperation, um gemeinsamen Weg, Frieden zu gewinnen und zu überleben. Hier motivieren biblische Impulse politische Vernunft, ohne die wir keinen Weg in die Zukunft finden werden, ja sie fördern in unserer Situation zu einem neuen Handeln heraus, das Wege baut, auf denen die Kette von Haß und Gegenhaß, ungerechter Tod und Rache unterbrochen wird. Unsere Beziehungen werden "entfeindet", wenn wir dem anderen den Grund nehmen, vor uns Angst zu haben. Die biblischen Impulse weisen uns auf Wege, Konflikte dynamisch zu überwinden.

Diese Textmappe "Am Anfang war der Korridor..." enthält Beiträge zu Problemen auf dem Wege zu "gemeinsamer Sicherheit" in Europa, die von den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe, Horst Gust, Carl Ordnung, Dr. Walter Romberg, Gottfried Rottmann, Dr. Helmut Wehlan und Dr. sc. med. Christian Zippel erarbeitet wurden.

## Europäische Sicherheit - ein Auftrag für Christen und Kirchen

---

Thesen - erarbeitet von der CFK-Gruppe für Internationale Fragen  
Perlin

1. Die Schaffung der Europäischen Sicherheit steht seit dem Ende des 2. Weltkriegs auf der Tagesordnung. Lange genug haben sich die Völker die Politik des kalten Krieges gefallen lassen müssen. Immer mehr Menschen erkennen heute die Gefährlichkeit imperialistischer Politik wie sie immer noch am deutlichsten im Zusammenwirken aggressiver Kräfte in den USA und der BRD in Erscheinung tritt und treten für ein stabiles Sicherheitssystem in Europa ein.
2. Die Staaten des Warschauer Vertrages haben in den letzten Jahren genügend Vorschläge zur Schaffung der Europäischen Sicherheit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterbreitet. Sie sind zwischen den Regierungen der europäischen Staaten ausführlich diskutiert worden. Fast alle Regierungen haben sich für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz ausgesprochen. Es kommt jetzt darauf an, eine solche Konferenz ohne Vorbedingungen und unter gleichberechtigter Beteiligung aller europäischen Staaten, einschließlich der BRD und der DDR, durchzuführen.
3. Die DDR hat das Potsdamer Abkommen auf ihrem Boden konsequent verwirklicht und damit für ihren Teil die Voraussetzung dafür geschaffen, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht.  
Die Anerkennung der DDR durch andere Staaten ist für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems wesentlich.
4. In der BRD entwickeln sich Kräfte, die den status quo in Europa anerkennen wollen. Das Drängen dieser Kräfte hat erheblich dazu beigetragen, daß die derzeitige Regierung der BRD Verträge mit der UdSSR und der VR Polen geschlossen hat. Durch beide Verträge wird die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa fixiert. Sie können deshalb

nach ihrer Ratifizierung zur Gewährleistung der Europäischen Sicherheit beitragen. Es kommt darauf an, daß beide Verträge schnellstens ratifiziert und realisiert werden.

5. Die BRD hat sich mit den Verträgen von Moskau und Warschau verpflichtet, ihre Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu gestalten, sowie den Beitritt der BRD und der DDR zur UNO zu fördern. Keiner der beiden deutschen Staaten darf im Ausland den anderen vertreten oder in dessen Namen handeln. Damit hat die BRD-Regierung faktisch sogenannte innerdeutsche Beziehungen für unsachgemäß erklärt, und es ist daher folgerichtig, wenn es zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen kommt. Die Formel "innerdeutsche Beziehungen" muß als Ausdruck von Revanchepolitik gegenüber der DDR verstanden und überwunden werden.
6. Voraussetzung jeder realistischen Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Staaten ist die Anerkennung der Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD, die in gegensätzliche Gesellschaftssysteme integriert sind.
7. Die Junktim-Politik der BRD hilft nicht zur Entspannung in Europa. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau darf nicht an die - unbedingt nötige - Lösung der Westberlinfrage gekettet werden.  
An der Lösung aller Fragen, die die Sicherheit in Europa betreffen, kann und muß gleichzeitig gearbeitet werden.  
Zwischen Westberlin und der DDR muß es zu Abmachungen kommen. Westberlin kann sich nicht gegen die DDR entwickeln, ihm muß seine Frontstadtfunktion endgültig genommen werden.
8. Die Schaffung der Europäischen Sicherheit erfordert ferner die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an und den Verzicht auf jede Gewaltanwendung bei der Lösung von Streitigkeiten zwischen den Staaten.

9. Der Vorschlag der UdSSR zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa ist eine gute Grundlage für multilaterale Gespräche über Fragen der Europäischen Sicherheit.
10. Besondere Gefahren für die Europäische Sicherheit gehen von der Existenz faschistischer Regimes in einigen europäischen Ländern - Spanien, Portugal und Griechenland - und vom Neonazismus in Westdeutschland aus. Der Kampf gegen den Faschismus ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für den Frieden. Das Verbot der neonazistischen NPD, die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in Ländern mit faschistischen Regimen, die Abschaffung der Notstandsgesetzgebung in der BRD u.a. würden wesentliche Fortschritte auf dem Wege für Sicherheit und Entspannung in Europa bedeuten.
11. Wenn sich Christen und Kirchen mit der Verantwortung für den Frieden in Europa befassen, können sie dieses nur in Buße tun. Christen und Kirchen sind schuldig geworden (besonders innerhalb der EKID), weil sie zu lange zu brennenden Fragen in Europa entweder geschwiegen oder von anti-sozialistischen Positionen her geredet haben. Die Versöhnung in Jesus Christus wurde von ihnen oft versöhnlerisch im Blick auf die Systeme verstanden. Sie waren nicht qualifiziert, sich am Kampf um Gerechtigkeit in der Welt zu beteiligen.
12. Der Auftrag für Christen und Kirchen ist es, für eine Verbesserung der Verhältnisse in der Welt einzutreten - und dieses nicht, um für sich selbst etwas zu retten, sondern im Geist ihres Herrn Jesus Christus Partei zu ergreifen für arme, unterdrückte und entrechtete Mitmenschen. Unsere Mitmenschen in Europa aber leben in unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen. Wer hier für andere leben will, muß seine Entscheidungen von einer sachgemäßen Analyse seiner spezifischen politischen Situation her fällen und von daher für die Verbesserung des politischen Klimas und die Errichtung eines stabilen Sicherheitssystems arbeiten.

### Verkündigung und Zukunft

Auf der Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates in Canterbury im August 1969 sprach der Generalsekretär Dr. Blake von einer "Polarisierung", die die theologische Diskussion seit Uppsala kennzeichnet und die Gefahr theologischer und kirchlicher Spaltungen erhöht. Er meinte eine theologische Polarisierung zwischen denen, die die "vertikale Dimension" des christlichen Glaubens betonen, und denen, die auf eine Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Verwirklichung einer kommenden Weltgemeinschaft im "Horizontalen" drängen. Schon Visser't Hooft hatte in Uppsala in seinem Referat "Der Auftrag der ökumenischen Bewegung" dieses fragwürdige Koordinatensystem theologischer Orientierung in den Sätzen eingeführt: "Ich glaube, daß wir im Hinblick auf die große Spannung zwischen der vertikalen Interpretation des Evangeliums mit seiner Betonung von Gottes erlösendem Handeln im Leben des einzelnen einerseits und der horizontalen Interpretation mit dem Schwerpunkt auf den menschlichen Beziehungen in der Welt andererseits aus dem ziemlich primitiven Hin- und Herschwanken von einem Extrem zum anderen herauskommen müssen. Ein Christentum, das seine vertikale Dimension verloren hat, hat sein Salz verloren und ist dann nicht nur in sich selbst fade und kraftlos, sondern auch für die Welt unnütz. Hingegen würde ein Christentum, das infolge einer Konzentration auf die vertikale Dimension seine Verantwortung für das Gemeinschaftsleben vernachlässigen würde, die Inkarnation verleugnen, die Liebe Gottes zur Welt, die sich in Christus dargestellt hat.

Zu der von den "Vertikalen" an den Ökumenischen Rat in der Zeit nach Uppsala gestellten Anfrage, ob ein "eschatologisch-historisch richtig verstandenes Evangelium die starke Inanspruchnahme des Ökumenischen Rates durch soziale, wirtschaftliche und politische Fragen rechtfertigt", sagte Dr. Blake, man müsse sowohl die Karikatur eines Christentums, das dadurch, "daß es sich aus der Geschichte heraushält, dieses sinnlos machen würde", als auch die Karikatur eines Christentums vermeiden, "das sich mit den diesseits orientierten Zukunftserwartungen der säkularen Gesellschaft identifiziert". Auch der Vorsitzende des Zentralausschusses, der Inder M.M. Thomas, mußte sich in Canterbury mit Voten auseinandersetzen, die eine einseitige Betonung des Dienstes an Menschen und des gesellschaftlichen Engagements auf der Weltkirchenkonferenz von Uppsala kritisierten. Er verwies auf die tiefe Krise in der weltweiten theologischen Situation und antwortete in einer Interpretation der neuen theologischen Einsichten von Uppsala den besorgten Traditionalisten<sup>2)</sup>: "Solange der gekreuzigte und auferstandene Jesus von Nazareth als der Einzige gesehen wird, durch den Menschen Vergebung, Kindschaft und wahre Menschheit empfangen, bleibt er der Andere und das Ziel. Weder die Transzendenz noch die Eschatologie werden hier geleugnet. Und der Vorwurf des Liberalismus, Pantheismus oder Historizismus, der durch die Hintertür hineinschleicht, trifft augenscheinlich nicht zu."

Hinter diesen Polarisierungen meldet sich das theologische Grundproblem des Verhältnisses von Heilserwartung und Weltverantwortung gegenwärtig mit äußerster Dringlichkeit an.

### Heilserwartung und Weltverantwortung

Heil als das biblische Schlüsselwort wird in der Theologie, in der Praxis der kirchlichen Verkündigung und in der durch die Überlieferung geprägten Gemeindefrömmigkeit bis zur Stunde weithin so ausgelegt, daß das Heil, religiös verstanden, keinen ursprünglichen Bezug zum Wohl als einer "irdisch-diesseitigen" Veränderung jener Verhältnisse hat, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Karl Marx). Im Luthertum wird das Heil als die "Rechtfertigung der Sünder" formuliert. Der Kleine Katechismus spricht in lapidaren Formeln von "Vergebung der Sünden", "Erlösung von Tod und Teufel" und "Leben und Seligkeit". In den evangelistischen und pietistischen Strömungen wird das Heil als die "persönliche Bekehrung" des einzelnen verstanden. In der modernen Existentialtheologie ist das Heil aufs engste an den persönlichen Glauben und die Gewissensentscheidung des einzelnen gebunden. So erscheint das Heil in einer individualistischen Engführung und unter einem spezifischen religiösen Aspekt als die Hinwendung des einzelnen zu einem überzeitlichen und jenseitigen Reich. Der durch solches Heil erweckte Glaube scheint in einem supranaturalen Bereich angesiedelt zu sein. Die durch solches Heil entzündete Hoffnung scheint sich zu einer himmlischen Region und zur "Seligkeit der Seele" aufzuschwingen. Adeolu Adegbola, einer der Führer der jungen Theologengeneration Afrikas, hat in seinem auf der Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" (1966) gehaltenen Vortrag "Vom Stammestum zur Nation" die Verständnislosigkeit afrikanischer Christen gegenüber Problemen der Politik und der Gesellschaft mit einem Verständnis von Heil in Zusammenhang gebracht, das eben nicht nur für die Christenheit in Afrika kennzeichnend ist, wenn er sagt: "Des Christen Hoffnung und Ziel lag im Himmel, und dafür sollte er auch kämpfen statt für Dinge dieser Welt, die sowieso vergänglich sind. Die Welt wurde als dem altbösen Feind zugehörig betrachtet, und wenn das so war, sollte sich der Christ auf all dies gar nicht einlassen. Die Versuchung bestand darin zu folgern, daß, weil die Kirche nicht von dieser Welt ist, sie auch nicht für diese Welt ist." Wir werden diese gewiß sehr pointierte Beschreibung nicht als bloße Karikatur abtun können. Die biblische Botschaft steht dann im Zwielicht, ein System zeitlos fixierter religiöser Wahrheiten außerhalb der Wirklichkeit von Welt, Geschichte und Gesellschaft zu sein. Der Glaube ist dann als der Glaube des einzelnen auf einen transzendenten und supranaturalen Sonderbereich bezogen, der seine Bedeutung vor allem in den Grenzsituationen menschlicher Existenz, in der Anfechtung durch "Sünde, Tod und Teufel" hat, aber dem einzelnen nicht zu einer denkerischen Bewältigung und zur praktischen Verantwortung in der jeweiligen gesellschaftlich-geschichtlichen Situation verhilft. Die ethischen Antworten kreisen dann vor allem um personale Fragen in der Intimsphäre und im Umkreis von Familie und Nachbarschaft. Sie erweisen sich als ohnmächtig angesichts der elementaren gesellschafts-politischen Aufgaben und Entscheidungen in der gegenwärtigen Welt (Weltfriede, Weltwirtschaft, Welternährung usw.). Es hat dann den Anschein, als ob der christliche Glaube zu den gewaltigen Chancen, aber auch den abgründigen Gefährdungen, angesichts derer die heutige Menschheit einen gemeinsamen Weg zu suchen hat, keine Aussagen machen kann.

So wird der Glaube weltlos und geschichtslos, Es wird das Heil als das Heil für den einzelnen in seinen seelischen Nöten privatisiert und spiritualisiert. In den gegenwärtigen theologischen und kirchlichen Prozessen der Polarisierung und der weiten Skala zwischen einer "Wort-Gottes-Theologie" und einer "Theologie der Revolution" treten Heilsartwartung und Heilsverantwortung weit auseinander.

Es scheint nur eine sehr schmale, aber nicht wirklich tragfähige Brücke über den Abgrund zwischen den beiden Polen zu geben. Es ist die Brücke der individuell praktizierten Nächstenliebe, auf der der einzelne immer wieder als Christ aus dem Elfenbeinturm seines Glaubens in das Gelände der politischen Welt und ihrer Zeitschichte unterwegs ist. Tatsächlich aber kann der Christ in dem so gelebten Glauben und in der so praktizierten Nächstenliebe die wirklichen Weltverhältnisse in den politischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen weder erhellen noch ihre Veränderung bewirken.

So verfestigt sich das Entweder-Oder von Heil oder Wohl, religiöser Jenseitigkeit oder säkularer Diesseitigkeit, Rettung der Seele oder Versöhnung für die Welt, Gottesfriede oder Weltfrieden, apolitischem Herzensglauben oder sozialrevolutionärer Aktivität.

Dieses verfestigte Entweder-Oder ist für die Lage der Christenheit im ganzen kennzeichnend. Es markiert die tiefe Krise des historischen Christentums. Es ist einer der Gründe für die erschütternde Echolosigkeit heutiger christlicher Verkündigung in der ganzen Welt. Es ist falsch, eine Alternative zwischen einer "Theologie des Glaubens" und einer "Theologie der Gesellschaft" zu konstruieren. Man begeht einen Kardinalfehler, wenn man den Glaubenden als ein abstraktes, zeitloses und geschichtsloses Individuum ansieht. Der abstrakte Mensch ist ein Phantom. Der Mensch existiert in Wirklichkeit als "ein Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse", wie es Karl Marx prägnant gegenüber jeder idealistischen Anthropologie formuliert hat. Es wird also das Mensch-Sein des Menschen im Kern verfälscht, wenn es von der gesellschaftlichen Bedingtheit geschichtlichen Existierens abgelöst und abstrakt personalistisch betrachtet wird. So muß der christliche Glaube als Glaube an den Gott, der in Jesus Christus die Welt geliebt hat, auf das Leben im Weltgeschehen bezogen sein. Andererseits kann sich der Glaube nicht auf die Gestaltung von Weltproblemen unter Ausklammerung der in der biblischen Botschaft gesetzten Akzente einlassen, wenn er nicht zu einer in der heutigen nachreligiösen Welt im Grunde schon höchst überflüssigen religiösen Begleitmusik entarten will. Aber werden hier nicht doch Gespenster an die Wand gemalt? Müssen wir hier nicht doch, auch wenn wir uns das subtile Gespräch mit Theologen der Gegenwart jetzt verboten sein lassen, an das große theologische Werk von Karl Barth erinnern? Barth hat doch vor allem in der Spätepoch seiner theologischen Arbeit, z.B. in seinem grundlegenden Aufsatz "Die Menschlichkeit Gottes" (1956) und in dem großen Kapitel "Der Heilige Geist und die Sendung der christlichen Gemeinde" (Kirchliche Dogmatik IV 3/2), die Öffnung des christlichen Glaubens zur Welt hin unüberhörbar proklamiert. Er hat die christliche Gemeinde als "Die Gemeinde für die Welt" eindeutig bestimmt und immer wieder leidenschaftlich eine Zerspaltung zwischen Wort Gottes und Menschheitsgeschichte, Evangelium und politischer Wirklichkeit, Glaube und Welt abgewiesen.

Houerdings sind jedoch von Wilhelm Dantine und Kurt Lüthi besonders gewichtige, kritische Rückfragen an die Theologie von Karl Barth gestellt worden <sup>6)</sup>. Beide Autoren kritisieren, daß bei Barth von einer wirklichen Bezogenheit des Glaubens auf das konkrete Weltgeschehen und von einem echten Gespräch etwa mit der säkularen Welt von heute und ihrem Atheismus kaum etwas zu bemerken sei. Für die nachbarthianische Epoche ist es wohl bezeichnend, daß Kurt Lüthi in seinem Aufsatz "Theologie als Gespräch, das doppelte Dilemma der Theologie Karl Barths angesichts der Wandlung der Theologie und der modernen Welt" feststellen muß: "Die Grundstrukturen der Theologie Barths erreichen die Welt in ihrem Eigensein, in ihrer Entwicklung und Wandlung, in ihren Prozessen und Evolutionen nicht. Das theologische Wort und die faktischen Situationen fallen auseinander."

Auch im praktischen Leben der Kirchengemeinden lösen die Prozesse der Polarisierung eine tiefe Beunruhigung und heftigste Spannungen aus. Einerseits herrschen noch weithin traditionelle Leitbilder von Kirche <sup>7)</sup>. Kirche wird als zeitloses Institut verstanden, in dem "das reine Wort Gottes" nach dem Verständnis des Fundamentalismus in einer gänzlichen Abkapselung gegenüber der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit mit dem traditionellen Vokabular im Zirkel des privaten Gott-Mensch-Verhältnisses und des intimen Ich-Du-Verhältnisses rezitiert wird und die Sakramente (Taufe, Abendmahl) im Zwielficht religiöser Mysterienfeiern zelebriert werden. Kirche wird als Institution zur Pflege eines kultisch-liturgischen Erbes archaischen Stils oder als Dienstleistungsbetrieb zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse mit "sakralem Kundendienst" angesehen. Kirche erscheint als Organisation zur Vertröstung auf die Seligkeit der Seelen in einem himmlischen Jenseits, zur seelischen Betreuung in persönlichen und familiären Existenzkrisen, zur Förderung der Nächstenliebe und gewiß auch zur Anleitung für moralische Aufrüstung. Kirche stellt sich als geschlossene religiöse Gesellschaft wie auf einer Insel im Meer dar. Kirche will sich in den Stürmen der Zeit und in den Wandlungen der Geschichte als Burg und Festung bewahren. Sie will denen, die in Unsicherheit und Angst, in Skepsis und Hoffnungslosigkeit der "bösen Welt" gegenüberstehen, Asyl und Zuflucht gewähren. So wird Kirche zum Zufluchtsort der Innerlichkeit und zur Stätte, an der im engsten Umkreis der Gläubigen eine Gemeinschaft mit Nestwärme kultiviert wird. Hinter verschlossenen Türen und in hermetischer Abdichtung gegen die Welt wird das vertraute und geliebte Frömmigkeitserbe gepflegt.

Ein letztes Wissen um missionarische Sendung führt dazu, in Kampagnen einer auf die "Bekehrung" der einzelnen ausgerichteten Evangelisation gelegentliche Ausbrüche aus dieser Festung mit dem Ziel zu unternehmen, von dem feindlichen Weltgelände einzelne Gefangene als Beute hinter die kirchlichen Festungsmauern einzubringen. Hier erfahren sie dann die Vergebung ihrer moralischen und spirituellen Sünden und eine Versicherung gegen ihr Sterben durch das Angebot eines in der Hoffnung auf Auferstehung zu ergreifenden jenseitigen Heils.

So wird die Kirche zum Getto der Frommen und zu einem Entlastungsinstitut für diejenigen, die noch eine religiöse Antenne besitzen. Diese Ansiedlung der aus der Gesellschaft Emigrierten und ins religiöse Getto Ausgewanderten ist heute durch eine alarmierende Milieuerengung im Blick auf bestimmte Bevölkerungsgruppen und Altersschichten gekennzeichnet, die oft beschrieben und beklagt worden ist.

Natürlich wächst die Erkenntnis, daß solche Leitbilder, wenn man sie auf dem Hintergrund der originalen biblischen Bilder von Kirche als dem wandernden Gottesvolk und von christlicher Gemeinde als der Stadt auf dem Berg, dem Licht der Welt und dem Salz der Erde betrachtet, nur Zerrbilder genannt werden können. So erleben wir jetzt eine Fülle von Diskussionen und Experimenten, in denen man die Stickluft eines solchen Getto-Daseins hinter sich lassen und "Kirche für die anderen" und "Gemeinde für die Welt" werden möchte.

Es soll der Aufspaltung zwischen Kirche und Welt abgesagt werden. So werden Strukturfehler der Kirche leidenschaftlich erörtert. Es wird an Kirchenreformen in der Beschäftigung mit einer zur Flut anschwellenden Literatur zu diesem Thema gebastelt. Es wird im Kraftfeld einer "Theologie der Revolution", einer "Theologie der Gesellschaft" und einer "Theologie der Säkularisation" nicht nur in Genf und Uppsala das gesellschaftliche Engagement des Christen im Sinn der Verantwortung für "Wirtschaftliche und soziale Weltentwicklung" (Uppsala Sektion III) und "Auf dem Wege zu Gerechtigkeit und Frieden in internationalen Angelegenheiten" (Uppsala Sektion IV) in Zeichen der Proexistenz und der Solidarität und in Konfrontation mit den aktuellen weltweiten Problemen der atomaren Bedrohung, des Welthungers, der Massendiskriminierung und mit den spezifischen Fragen der technologischen Welt von morgen (Weltraumfahrt, Automation, Kybernetik, Massenmedien usw.) betont. Es werden den agendarischen Vorlagen für den sonntäglichen Gottesdienst neue Modelle bis hin zum "Politischen Nachtgebet" entgegengestellt. Man braucht sich nicht zu wundern, daß es in dieser Polarisierung derzeitig auch extreme Versuche der "Umfunktionalisierung" der Kirche gibt<sup>8)</sup>, angesichts derer die konservativen und traditionellen Christen umso heftiger in einer gelegentlich fanatischen Defensive sich zu Anwälten des kirchlichen status quo aufwerfen. Die unsre Gemeinden beunruhigenden Konflikte zwischen Bibelkritik und Gemeindefrömmigkeit stellen in diesem Spannungsfeld nur einen sehr begrenzten Sektor dar.

Die Unruhe ist virulent, und sie wird nicht einfach beschwichtigt werden können. Sagen nicht wache Geister und zwar in der Christenheit selbst das Absterben der Kirche als einer religiösen Institution voraus, wenn sie nur dem einzelnen in seinem privaten Lebensraum dient? Muß nicht eine Verkündigung, die mit dem Arsenal dogmatischer und religiöser Antworten und mit einem privatisierten Glaubensverständnis nur noch die seelische Erhebung des einzelnen bewirkt, aber vor den Problemen unsrer zukünftigen Menschheitsgeschichte schweigend kapituliert, als ein letztes anachronistisches und ektierendes Phänomen in der säkularisierten Welt von morgen und übermorgen mehr und mehr verkümmern? Es muß nun freilich mit derselben Schärfe auch die andre Frage aufgeworfen werden, ob die Kirche, wenn man sie andrerseits etwa als Institut für Weltverbesserung auf internationaler Basis oder als Organisation für gesellschaftspolitische und soziale Aktivitäten im

Zeichen der Mitmenschlichkeit versteht, nicht auch sehr bald überflüssig sein wird, weil in der weiten Welt die Aktionen für Gerechtigkeit und Frieden unter politischem Vorzeichen und im Zusammenhang mit einer politisch dirigierten und national kalkulierten Planung verwirklicht werden, die durch einen innerweltlichen Humanismus motiviert ist. Angesichts dieser Fragen, die unterschwellig in der Christenheit von heute schon umgehen und als heimlicher Grund für alle Unruhe nicht mehr verdrängt werden können, erhebt sich umso dringlicher für Theologie und Kirche die entscheidende Kernfrage, ob in der biblischen Botschaft selbst, mit der die christliche Kirche nun wirklich steht und fällt, einursprünglicher Weltbezug des christlichen Glaubens gesetzt ist, ein Weltbezug, der eine solche Polarisierung von Heil und Wohl, Jenseitserwartung und Weltverantwortung, religiösen Kult und sozialetischer Aktivität im Grunde unmöglich macht. Es ist die Frage, ob die der Christenheit in der Bibel gegebene Wahrheit von vornherein eine geschichtliche und damit doch eine politische und soziale Relevanz hat und die Christen unmittelbar in eine weltweite Verantwortung für die Zukunft der Menschheit und für das Geschick der Erde einweist oder nicht. Eine Antwort auf diese in allen vordergründigen Fragen sich anmeldende Kernfrage, in der es zuletzt eben nicht um die Frage von Restauration oder Reform, Beharrlichkeit oder Modernität, sondern um die Frage nach der Verkündigung selbst geht, erfahren wir, wenn wir uns auf das Wort Schalom neu besinnen. Die Erhellung dieses zentralen biblischen Schlüsselwortes wird deutlich machen, daß die von uns skizzierte Aufspaltung von Heil und Wohl eine Zersetzung, ja, eine Pervertierung der genuinen biblischen Botschaft darstellt.

### Das biblische Schlüsselwort Schalom 9)

In Nachwirkung des augustinisch-mittelalterlichen Erbes werden bis heute in Theologie und Kirche ein "himmlisch-ewiger" Friede (Gottesfriede, Seelenfriede) als Herzensangelegenheit des einzelnen und ein "irdisch-weltlicher" Friede als politischer und zivilisatorischer, durch Macht stabilisierter Weltfriede radikal voneinander geschieden. Trotz der neuen Akzentsetzungen auf der Konferenz "Kirche und Gesellschaft" und der sozialetischen Aktivitäten in der Ökumene ist die Last dieses augustinischen Erbes mit der Aufspaltung von Gottesfriede und Weltfriede, Heil und Wohl theologisch noch keineswegs aufgearbeitet oder gar überwunden. Die Verzerrung der biblischen Hoffnung auf den in der Geschichte Israels und der Welt und in Kontext eines sozialen Geschehens sich auswirkenden Schalom zu einer Hoffnung auf Seelenfrieden im individuellen Bereich erweist sich noch immer als eine furchtbare Hypothek für die Christenheit in der heutigen Weltstunde. Mit der Spiritualisierung, Privatisierung und Entpolitisierung der biblischen Schalom-Zeugnisse ist der ursprüngliche Weltbezug und Geschichtsbezug des christlichen Glaubens zerstört worden.

Von den alttestamentlichen Texten her ist uns durch die exegetischen Untersuchungen in jüngster Zeit ein neues Verständnis dieses biblischen Schlüsselwortes erschlossen worden.

Dieses Wort verbietet uns kategorisch die traditionelle Aufspaltung zwischen religiösem und weltlichem Frieden.

Es ist im Grunde unübersetzbar. Versucht man es zu übersetzen, sei es durch "Heil", sei es durch "Wohl", so steht man sofort vor den schon aufgezeigten Aporien der Zerspaltung. Mit Schalom wird jene komplexe Wirklichkeit angezeigt, die absolute Grenzziehungen zwischen einem überzeitlichen Gottesreich und der in der Zeit sich ereignenden Menschheitsgeschichte nicht duldet. Das Verhältnis von Heilserwartung und Weltverantwortung kann nicht länger im traditionellen Sinn bestimmt werden<sup>16)</sup>. Die Schalom-Verheißungen der biblischen Botschaft meinen nicht einen nabusen Horizont individueller religiöser Erwartungen, sondern zielen in den konkreten gesellschaftlichen Dimensionen auf universales Heil-Sein und endgültige Gerechtigkeit, auch wenn der endzeitlich verheißene Schalom als die "absolute Zukunft" (Karl Rahner<sup>11)</sup>) mit keinem geschichtlichen Gesellschaftszustand identifiziert werden kann.

Es kann hier die Schalom-Bewegung in ihren dynamischen Prozessen innerhalb der tausendjährigen Alttestamentlichen Geschichte in den einzelnen Stadien nicht nachgezeichnet werden. Sie schwingt sich, wenn wir von sehr späten apokalyptischen Randerscheinungen im nachexilischen Schrifttum absehen, nirgends über diese Welt hinaus. Sie ist immer auf eine Gemeinschaft, nämlich auf Israel als das Bundesvolk, bezogen, das stellvertretend für die gesamte Menschheit und Völkervelt steht. Sie schafft diesem Bundesvolk in allen Wandlungen, Aufschwüngen und Niederbrüchen seiner Geschichte die nach vorn hin offene Zukunft. Diese Schalom-Bewegung beginnt damit, daß dem in der Frühzeit von Israel proklamierten "Heiligen Krieg" mit der Verwerfung jeder Heroisierung kriegerischer Aktionen abgesagt wird. Die Propheten kündeten einen kommenden Messias als Schalom-Regenten an, z.B. Jesaja 9,4-6: "Jeder klirrende einherstampfende Schuh (Stiefel!) und jeder Mantel (Uniformmantel!), in Blut gewälzt, wird zur Flamme, eine Speise des Feuers! Denn ein Kind ist uns geboren, ein Sohn ist uns gegeben, und die Herrschaft ist auf seiner Schulter, und er heißt: Wunderbar-Rat, Kraftheld, Ewigvater, Schalom-Fürst, daß er aufrichte die Herrschaft und des Schalom kein Ende sei auf dem Thron Davids und in seinem Reich, daß er es aufrichte und stütze mit Recht und Gerechtigkeit von nun an auf ewige Zeit" (Übersetzung von Volkmar Hertrich). In diesem Text begegnen die beiden Schlüsselworte Schalom (Heil, Friede) und Zedaka (Gerechtigkeit), die in der alttestamentlichen Verkündigung unlöslich zusammengebunden sind. Schalom konnte im AT nur in Bildern und Strukturen sozialer und politischer Prozesse gedacht werden, durch die alle Glieder des Volkes, aber auch die Fremden zu einem heilen Leben befreit werden. Schalom fordert Gemeinschaftstreue, Rücksicht auf die sozial Deklassierten, unverfälschte Rechtsprechung und äußere Wohlfahrt.

Man bedenke die Weisungen in der deuteronomistischen Sozialgesetzgebung 5. Mose 24, 14, 17: "Du sollst einen armen und bedürftigen Tagelöhner nicht erpressen, mag er einer deiner Brüder oder einer deiner Fremdlinge sein, die in

deinem Lande, in einer deiner Ortschaften wohnen. Am selben Tag, ehe die Sonne darüber untergeht, sollst du ihm seinen Lohn geben, denn er ist arm, und darauf ist sein Begehren gerichtet, - daß er nicht über dir zu Jahwe rufe und über dich eine Schuld komme. Du sollst nicht das Recht eines Fremdlings oder einer Waise beugen. Du sollst nicht das Kleid einer Witwe zum Pfand nehmen, sondern sollst daran denken, daß du ein Sklave gewesen bist in Ägypten und daß dich Jahwe, dein Gott, von dort losgekauft hat." In allen Krisen israelitischer Geschichtserfahrung blieb die Erwartung des Schalom lebendig. Dabei verlor Schalom niemals seinen universalen und konkreten Charakter eines sozialen und politischen Geschehens.

Die prophetischen Ankündigungen des verheißenen Schalom haben niemals eine bloße Innerlichkeit oder eine weltflüchtige Jenseitshoffnung kultiviert. Auch in der exilischen und nachexilischen Zeit, in der Israels politische Existenz zerstört war, sind die Verheißungen von Schalom nicht spiritualisiert worden, wenn sie auch als Ankündigungen einer endzeitlichen Erfüllung über die geschichtlichen Realitäten hinausweisen. Sie schließen auch jetzt die aus der früheren Zeit Israels vertrauten materiellen Aspekte ein, so bei Hesekiel 34,25 ff: "Ich will einen Bund des Schalom mit ihnen schließen und alle bösen Tiere aus dem Lande ausrotten, daß sie sicher in der Stadt wohnen und in den Wäldern schlafen können (Anmerkung: Welch ein Realismus! Auch ruhiger Schlaf gehört zum Schalom, man denke an Nächte in Bombenkellern oder hinter Stacheldraht, im vietnamesischen Dschungel oder in palästinänsischen Flüchtlingslagern)..... Und sie sollen sicher auf ihrem Lande wohnen und sollen erfahren, daß ich der Herr bin.....<sup>12)</sup>: niemand soll sie schrecken." So kann Gerhard von Rad sagen "Überblickt man die mannigfache Verwendungsmöglichkeit von Schalom im AT, so fällt doch ein Negatives auf: Keinen Beleg wüßten wir namhaft zu machen, in dem Schalom die spezifische seelische Haltung eines inneren Friedens bezeichnete. Ja, auch das ist leicht festzustellen, daß Schalom viel häufiger auf eine Vielheit als auf ein Individuum bezogen wird. Denkt man an die Verbindung mit Zedaka (Gerechtigkeit), so muß man sagen, daß das Wort Schalom ein ausgesprochen sozialer Begriff ist."

Hans Schmidt hat in seinem Essay vier elementare Kennzeichen des alttestamentlichen Schalom genannt<sup>13)</sup>. Er spricht von der Universalität, der Solidarität, der Realität und der Temporalität des Schalom. Israels Weg transzendierte von Anfang an die bestehenden Verhältnisse um der noch ausstehenden Verheißungen willen, die auf Schalom für alle Völker zielen. Schalom kann nur in Solidarität mit denen, die nach Recht und Gerechtigkeit hungern, gelebt werden. So wird die alttestamentliche Schalom-Erwartung zur Provokation an die jeweils bestehenden politisch-gesellschaftlichen Zustände. Sie kennt nicht den Zwiespalt von Seele und Leib. Die Einberufung zum Schalom setzt dem Unfrieden der Welt nicht einen weltlosen Herzensfrieden entgegen. Schauplatz des Schalom bleibt die Erde. Indem die Einberufung zum Schalom Menschen für Gottes Gerechtigkeit in Anspruch nimmt,

werden sie als Mitwirkende Gottes in die Lebensprozesse eingewiesen, in denen der Mensch zur Herrschaft auf Erden berufen wird. "Wer die Friedenserwartung demgegenüber vergeistigt und verengt, indem er sie individualistisch verinnert, licht und jenseitsflüchtig entweltlicht, der verweigert sich den Weltweg Gottes und übt Verrat am Schalom" (Hans Schmidt). Schalom kann also weder mit einer jenseitigen Heils-Ordnung noch mit einer diesseitigen Welt-Ordnung gleichgesetzt werden, sondern meint Gottes Zukunft, die Welt und Mensch real transzendiert als eine Zukunft, deren Wirklichkeit für Israel schon jetzt Geborgenheit und Herausforderung zugleich bedeutet. Die Einsicht in die radikale Vorläufigkeit und Zweideutigkeit aller menschlichen Friedensbemühungen bleibt in Israel mit der Erwartung des Schalom-Regenten (Messias) verbunden, der den verheißenen Schalom heraufführen und vollenden wird.

Aus der Ökumene, in der im letzten Jahrzehnt gerade in der Begegnung mit dem alttestamentlichen Zeugnissen eine "Theologie der Geschichte" und eine "Theologie des Exodus" sich profilieren, sollen drei Stimmen zum Schalom-Thema zitiert werden. In einem "Aufriß zum Verständnis von Mission", den eine holländische Arbeitsgruppe verfaßt hat <sup>14)</sup>, heißt es: "Das Evangelium fordert und bewirkt die persönliche Antwort einzelner, verbietet aber, weil es Schalom als soziales Geschehen bringt, die einseitige Sorge um das eigene Seelenheil. Das Evangelium zielt auf Schalom in der Veränderung der Welt. Schalom ist Heil, Friede..... Wir finden heute unter vielen anderen, zum Teil in aller Stille vor sich gehenden Bewegungen Beispiele für die Aufrichtung von "Zeichen des Schalom", etwa in der rassistischen Freiheitsbewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in der Aktion "Sühnezeichen", in der Präsenz der Arbeiterpriester in Frankreich, im Wagnis zu interkonfessionellen Gruppen in Holland, in der Arbeit in Riesi in Sizilien, im Friedensdienst mancherlei Art....." In einem vom Referat für Fragen der Verkündigung beim Ökumenischen Rat der Kirchen herausgegebenen Bericht heißt es <sup>15)</sup>: "Versucht man den Inhalt der missio Dei zu definieren, dann bietet der biblische Begriff des Schalom eine Hilfe. Dieses Wort wird verwendet, um alle Aspekte des menschlichen Lebens in ihrer gottgewollten Fülle beim Namen zu nennen: Gerechtigkeit, Wahrheit, Gemeinschaft, Friede, usw. Dieses eine Wort faßt alle Gaben des messianischen Zeitalters zusammen. Sogar der Name des Messias kann einfach Schalom heißen (Micha 5,5; Eph. 2,14). Das Evangelium ist ein Evangelium des Schalom (Eph. 6,15), und der Gott, den dieses Evangelium verkündet, kann oft der Gott des Schalom genannt werden. Schalom ist keine innere Verfassung (Friede des Herzens), die man für sich genießen kann. Schalom ist ein soziales Geschehen, ein Geschehen der zwischenmenschlichen Beziehungen. Er kann darum niemals auf eine einfache Formel gebracht werden. Er muß entdockt werden als Gottes Gabe in bestimmten Situationen. Das Ziel, auf das Gott hinarbeitet, ist die Aufrichtung des Schalom, und das schließt ein die Verwirklichung der vollen Möglichkeiten der ganzen Kreatur und ihre letzte Versöhnung und Einheit in Christus.

Der amerikanische Theologieprofessor Harvey Cox, der die "Vergeistigung" der biblischen Worte und des christlichen Lebens einmal "die typische Häresie des 20. Jahrhunderts" genannt und die Christen unserer Generation aufgefordert hat, etwas von der "erdnahen Handfestigkeit" des AT in die abstrakte Sprache der Christenheit hin-zubringen und die Bibel nicht so sehr zu entmythologisieren als sie vielmehr zu entspiritualisieren, sagt zum Wort Schalom <sup>16)</sup>: "Es gibt ein Wort, das gewissermaßen alles zusammenfaßt, was Gott uns mit Jesus von Nazareth sagt, und das ist der alte hebräische Ausdruck Schalom. Gewöhnlich übersetzen wir dieses Wort mit 'Frieden', aber das besagt bei weitem nicht genug. Für den Juden bedeutete das Wort Schalom einen Zustand persönlichen und gemeinsamen Lebens, der umfassender war als Friede im Sinne des Nichtkampfes, wie wir das Wort verstehen, und mehr als der verwässerte 'innere Friede' oder 'Seelenfriede', den manche Leute so gern im Munde führen. Schalom ist keine individualistische Angelegenheit, keine immaterielle oder im flachen Sinne geistliche Sache. Er ist ein positiver Zustand des Friedens, der Freude, menschlicher Gemeinschaft, lebendiger Gerechtigkeit. Er bedeutet Fülle, Gesundheit, Mitmenschlichkeit. Für den Juden war Schalom etwas, das bis in jeden Winkel des gemeinsamen Lebens reichte: selbst das Tanzen auf den Straßen und das Händeklatschen gehörte dazu. Aber nur Gott konnte Schalom geben, denn er machte das Wesen des neuen Zeitalters aus, das der Messias bringt. Er ist der Schalom-Bringer."

Die Christenheit bekennt Jesus von Nazareth als den im AT verheißenen Schalom-Bringer (Messias, Christus, aber was bedeuten diese Bezeichnungen, die schon für die hellenistischen Gemeinden der Ältesten Christenheit unverständlich waren, für die Gemeinde von heute?).

Bei der Betrachtung neutestamentlicher Schalom-Zeugnisse, bei der es jetzt natürlich nicht um subtilo exegetische Erörterungen, sondern nur um die Begegnung mit zentralen Textaussagen gehen kann, müssen wir uns an Bemerkungen aus einem Brief von Dietrich Bonhoeffer erinnern lassen, in denen <sup>17)</sup> er von der engen Verbindung des NT mit dem AT spricht: "Noch etwas zu unseren Gedanken über das Alte Testament. Im Unterschied zu den anderen orientalischen Religionen ist der Glaube des Alten Testaments keine Erlösungsreligion. Nun wird doch aber das Christentum immer als Erlösungsreligion bezeichnet. Liegt darin nicht ein kardinaler Fehler, durch den Christus vom Alten Testament\* getrennt und von den Erlösungsmythen her interpretiert wird?..... Nun sagt man, das Entscheidende sei, daß im Christentum die Auferstehungshoffnung verkündigt würde und daß also damit eine echte Erlösungsreligion entstanden sei. Das Schwergewicht fällt nun auf das Jenseits der Todesgrenze. Und oben hierin sehe ich den Fehler und die Gefahr. Erlösung heißt nun Erlösung aus Sorgen, Nöten, Ängsten und Sehnsüchten, aus Sünde und Tod in einem besseren Jenseits. Sollte dieses aber wirklich das Wesentliche der Christusverkündigung der Evangelien und des Paulus sein? Ich bestreite das. Die christliche Auferstehungshoffnung unterscheidet sich von der mythologischen darin, daß sie den Menschen in ganz neuer und gegenüber dem Alten Testament noch verschärfter Weise in sein Leben auf der Erde verweist."

Der Christ hat nicht wie die Gläubigen der Erlösungsmythen aus den irdischen Aufgaben und Schwierigkeiten immer noch eine letzte Ausflucht ins Ewige, sondern er muß das irdische Leben wie Christus ("Mein Gott, warum hast du mich verlassen?") ganz auskosten und nur, indem er das tut, ist der Gekreuzigte und Auferstandene bei ihm und ist er mit Christus gekreuzigt und auferstanden. Das Diesseits darf nicht vorzeitig aufgehoben werden. Darin bleiben Neues und Altes Testament verbunden.....".

Es kann nachgewiesen werden<sup>18)</sup>, daß sich der Bedeutungsumfang der im NT begegnenden griechischen Vokabel Eirene (Friede) mit dem alttestamentlichen und rabbinischen Schalom deckt. Die Interpretation alttestamentlicher Schalom-Zeugnisse hat deutlich gemacht, daß Schalom von uns eigentlich gar nicht übersetzt werden kann, weder mit "Heil", weil Heil traditionell eben religiös und das heißt dann auch individualistisch und spiritualistisch, jenseitig und geschichtslos verstanden wird, noch mit "Wohl" oder "Friede", weil Wohl oder Friede innerweltlich, sozialpolitisch und sozialethisch ausgelegt werden. Wir stehen bei der Übersetzung der entsprechenden neutestamentlichen Vokabel Eirene vor denselben Schwierigkeiten. Man schwankt ja dann auch immer wieder, ob man Eirene entweder mit Heil oder mit Friede übersetzen und ob man diesen Frieden dann als "Gottesfrieden" oder als "Weltfrieden" deuten soll. So werden wir, um den abgewiesenen Mißverständnissen nicht erneut Raum zu geben, Eirene mit dem uns in seiner Komplexität jetzt erschlossenen Begriff Schalom "übersetzen". Es wird sich zeigen, daß uns, indem wir die falsche und für Theologiegeschichte und Kirchengeschichte so verhängnisvolle Zerspaltung von Heil und Wohl bzw. Friede abweisen, der Weg zu einer Entschlüsselung der im NT mit Eirene beschriebenen Wirklichkeit in engster Nachbarschaft zur alttestamentlichen Schalombotschaft besser eröffnet wird. Diese These kann nicht so leichtfertig aufgestellt werden. Hegermann<sup>19)</sup> hat sich mit der herkömmlichen Auffassung auseinandergesetzt, nach der die alttestamentliche diesseitige Friedensverheißung und Friedenshoffnung im NT scharf abgewiesen wird, weil das NT auf der Seite der apokalyptisch-transzendenten Erfahrung stehe, nach welcher der neue Aeon als die schlechthin wunderbare Welt Gottes das Heil ist, während diese Welt vergeht und vernichtet wird. Seine Antwort lautet: "Das NT läßt alle Apokalyptik entschieden hinter sich, indem es die radikale eschatologische Umwälzung als geschichtlich im Jesus-Ereignis angebrochen proklamiert. Die urchristliche Verkündigung lenkt mit dieser Sicht, mit diesem geschichtlichen Anbruch des kosmisch-eschatologischen Schalom inmitten der alten Welt bei aller Anknüpfung an die Apokalyptik zu der Struktur der Verheißung eines eschatologischen Schalom im AT zurück."

In den Friedensgruß-Texten wird der in Jesus erschienene Schalom als Anbruch des eschatologischen und universalen Schalom unter der Chiffre "Himmelreich" (Matth. 10,7) oder "Reich Gottes" (Luk. 10,9) mitten in dieser Welt ausgerufen. Der palästinensische Alltagsgruß Schalom ist in den Aussendungsreden (Matth. 10,7-8; 12-13 und Luk. 10,5-6; 9-11) im Munde der Boten des Schalom-Bringers Jesus nicht eine konventionelle Redensart, sondern vollmächtige Aktion, durch die in zeichenhaften Demonstrationen (Krankenheilungen, Dämonenaustreibungen) der in Jesus angebrochene eschatologische

und iniversale Schalom jetzt präsent ist. Wie real und leibhaftig dieser von den Jüngern überbrachte und zugesprochene Schalom ist, zeigt Matth. 10,12 an: "Wenn ihr aber in ein Haus eintretet, so bietet ihm den Gruß (nämlich den Schalomgruß!); und wenn das Haus dessen würdig ist, so wird euer Schalom darauf kommen. Wenn es dessen aber nicht würdig ist, so wird euer Schalom zu euch zurückkehren." Hier wird die von uns in AT entdeckte ganzheitliche Struktur des Schalom im Übergewicht nach der materialien Seite hin (z.B. Krankenheilungen) und am sozialen Kontext ("Schalom diesem Haus" Luk. 10,5) erkennbar. So werden auch die Schalomgrußtexte aus den Osterzeugnissen (Joh. 20) und im Eingang oder im Schluß der Paulinischen Briefe zu verstehen sein.

Von den Texten, die Hegermann "kosmologische Friedonstexte" nennt, weil in ihnen die Weltenwende als schon geschehen verkündigt wird, da die kosmischen Unheilkräfte durch Leben, Sterben und Auferstehen Jesu als des Schalom-Bringers gestürzt sind, sollen der Engelgesang von Luk. 2,14<sup>20</sup>) und der Abschnitt Eph. 2,14-16 betrachtet werden.

Der Engelgesang Luk. 2,14 lautet in seiner ursprünglichen zweizeiligen Fassung: "Herrlichkeit in den Höhen bei Gott und auf Erden Schalom unter den Menschen des Wohlgefallens." Der Zugang zum Verständnis wird blockiert, wenn man an den Text die Frage heranträgt, ob Eirene hier als Seelenfriede (Gottesfriede) oder als Zustand äußerer Befriedung (zivilisatorischer Weltfriede) auszulegen sei. Indem wir hier Eirene mit Schalom "übersetzen", entfallen alle Streitgespräche darüber, ob individueller Herzensfriede oder politisch-irdischer Friede gemeint sei. Dieser Engelgesang ist authentischer Kommentar zum Ereignis der in jener Nacht geschehenen Geburt des Schalom-Bringers Jesus. Diese Proklamation der Engel besagt, daß durch die Geburt des Schalom-Bringers Josus - und wir müssen natürlich im Blick auf die ganze neutestamentliche Botschaft sofort hinzufügen: durch seine Kreuzigung und Auferstehung - jetzt der Schalom auf der Erde als Realität angebrochen ist und zwar der Schalom in seinen kosmischen, universalen und eschatologischen Dimensionen, wie er uns in den alttestamentlichen Zeugnissen begegnet ist. Dieser Schalom hat "auf Erden", das heißt inmitten der Welt und inmitten der Menschheitsgeschichte, den Raum für seine Verwirklichung. Der in der Gruppe der Jünger und in der Gemeinschaft der Gemeinde gelebte Schalom kann auf dem Weltgelände im Konflikt mit negativen Mächten wohl bedrängt, er kann aber im Fortgang der Menschheitsgeschichte nicht mehr liquidiert werden. Die Christenheit bezeugt dies im Bekenntnis der Auferstehung Jesu Christi von den Toten als ihre Hoffnung. Von dieser Hoffnung wird sie inmitten ihrer eigenen schuldhaften Niederlagen und inmitten der von ihr erlittenen Agressionen, also "unter dem Kreuz" getragen.

Der andere "kosmologische Friedenstext" Eph. 2,14-16 lautet in Anlehnung an die Übersetzung von Heinrich Schlier<sup>21</sup>): "Denn er (nämlich Christus) ist unser Schalom, der da beide zu einem macht und die Scheidewand

des Zaunes niederriß, die Feindschaft in seinem Fleisch, das Gesetz der Gebote, die Satzungen sind, vernichtete, auf daß er die zwei zu einem neuen Menschen schaffe, Schalom stiftend, und versöhne die beiden in einem Leibe mit Gott durch das Kreuz, er, der die Feindschaft getötet in ihm. Und er kam und verkündete Schalom euch, den Fernon, und Schalom den Nahon." Obwohl dieser Text zu den schwierigsten Texten des ganzen NT gehört, müssen doch seine entscheidenden Aussagen auch im Blick auf den Kontext (2,11-13) herausgestellt werden. In einer theologischen Interpretation der ganzen Menschheitsgeschichte wird die gesamte Menschheit bis zu der durch Kreuz und Auferstehung Jesu Christi heraufgeführten Wende in die beiden Gruppen "Israel" und "nichtisraelitische Völkerwelt" aufgegliedert. Diese Zerspaltung der einen Menschheit in die beiden Gruppen ist dadurch annulliert worden, daß Jesus Christus die Scheidewand zwischen den alten Gruppierungen niedergerissen (V.14), "die eine neue Menschheit" geschaffen (V. 15) und die Feindschaft, in der die ganze Menschheit in ihren Gruppen gegen Gott stand, durch die Versöhnung mit Gott getötet hat (v. 16). "Er ist unser Schalom" (V. 14): Dieser Satz kann nicht als religiöse Weisheit mißverstanden werden. Er zeigt den durch Christus am Kreuz geschaffenen Schalom als eine reale und effektive Potenz in der Menschheitsgeschichte auch im Vorblick auf Zukunft an.

Die Christenheit der vor-konstantinischen Zeit hat als dynamische Minorität die Kraft des Schalom-erkes Christi auf die Menschen der zeitgenössischen Umwelt ausgestrahlt, aber sie hat nicht einen Seelenfrieden der einzelnen im Stil der Mysterienreligionen und ihrer Kultverbände gepflegt. In der Verwirklichung eines gemeinsamen und bruderschaftlichen Lebens aus den Kräften der Agape (Liebe) auf dem Grunde des ihr geschenkten Schalom hat sie in einer großartigen Freiheit den von der antiken Gesellschaft errichteten "Scheidewänden" (Eph. 2!) abgesagt und zwar nicht in verbalen Deklamationen, sondern in zeichenhaften Handlungen. Es waren wirklich revolutionäre Aktionen, wenn z.B. in der christlichen Gemeinde der ersten Jahrhunderte der sogenannte freie Bürger und der sonst als Haustier gehaltene Sklave als Christen brüderlich und partnerschaftlich und nicht nur "geistlich" miteinander verbunden waren oder wenn ein Sklave zum Bischof der Gemeinde berufen wurde. Welch eine Provokation gegenüber dem gesellschaftlichen status quo jener Zeit.

Im Blick auf andere neutestamentliche Texte, die Hegermann den "Friedensmahnungen" zuordnet, stellt er die Frage: "Ist der neutestamentliche Appell, den eschatologischen Gottesfrieden im Glauben zu ergreifen und zu leben, nicht viel zu sehr auf den personalen Bereich bezogen, als daß daraus ein weltumgestaltendes Handeln erwachsen könnte? Ist dieser personale Charakter nicht eine Absage an Weltgestaltungsprogramme? Wirkt der Glaube in Wahrheit nicht in Wahrheit entweltlichend?"

Am Modell des Philemonbriefes <sup>22)</sup> kann gezeigt werden, daß es durchaus um Änderungsgesellschaftlicher Strukturen und gemäß einem neuen ökumenischen Ausdruck um "Love in structures" ("Liebe in Strukturen" im Unterschied zur persönlichen Nächstenliebe) geht. Der Apostel schickt den entlaufenen Sklaven Onesimus zurück, aber (v. 16) nicht mehr als einen Sklaven, sondern als einen geliebten Bruder, "sowohl im Fleisch als auch im Herrn". Der Ausdruck "Bruderschaft im Fleisch" meint hier den sozialen Bereich. Leider hat die Christenheit oft nur eine "Brüderlichkeit im Herrn", d.h. eine religiös oder personalistisch verstandene Brüder-

lichkeit praktiziert. Man argumentiert dann: In der Welt gibt es nun einmal Herren und Sklaven, Ausbeuter und Ausgebeutete, in Christus aber und in dem Leben, das durch ihn bestimmt wird, sind diese Gesetze aufgehoben und zwar in der Sphäre der Innerlichkeit und in der Gemeinschaft des Glaubens. Auf der Weltkonferenz "Kirche und Gesellschaft" wurde einen solchen fragwürdigen und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen status quo nur bestätigenden und verfestigenden "christlichen" Personalismus" abgesagt. Das paulinische "Sowohl im Fleisch als auch im Herrn" macht deutlich, daß für die Christenheit auch die weltlichen Probleme der Gesellschaft von Bedeutung werden. Es gibt im NT tatsächlich keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Personalethik und Sozialethik. Davon von uns beschriebene Schalom macht auch diese Aufspaltung unmöglich.

### Die Schalom-Gemeinde im Horizont der Zukunft

Man spricht nur eine Binsenwahrheit aus, wenn man feststellt, daß die Welt gegenwärtig durch die politischen, wissenschaftlichen und technischen Prozesse radikale Strukturverwandlungen erfährt. Die Gestaltung weiter Gebiete der Erde unter dem Zeichen des Marxismus-Leninismus, das rasante Gefälle in Weltraumfahrt und Automation, Atomphysik und Kybernetik, Medizin und Informationstechnik, Bevölkerungsexplosionen und Welternährungsprobleme bezeichnen nur die heute überall zitierten Stichworte für Entwicklungen, die in einem atemberaubenden Tempo die Gesellschaft revolutionieren.

Die Menschheit erlebt eine Phase tiefer Mutationen ihres Bewußtseins. Auf Grund der durch Naturwissenschaft und Technik erschlossenen Möglichkeiten ist sie jetzt ganz anders als in ihrer bisherigen Geschichte in die Lage versetzt, zukünftige Entwicklungen schon jetzt in der Prognose mit Hilfe von Computern und Kommunikationssystemen wissenschaftlich zu erkennen und sie durch Planung zu beeinflussen, ja zu steuern<sup>23)</sup>. Die Verantwortung für die schon im Horizont stehende Welt des Jahres 1958 und des Jahres 2000, von der uns nur noch eine Generation trennt, muß schon heute auch angesichts der elementaren Gefährdungen vor allem des Weltfriedens und der Welternährung um dieser nächsten Generation willen wahrgenommen werden.

Die der Menschheit jetzt gegebenen Möglichkeiten zur Veränderung der Welt und zur Verwandlung aller Verhältnisse gemäß dem von Karl Marx aufgestellten kategorischen Imperativ, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", müssen in der Planung und in dem von solcher Planung bewirkten politischen, ökonomischen und technologischen Handeln ergriffen werden. Die Zukunft ist nicht mehr ein Fatum, das in Passivität mit optimistischen oder pessimistischen Stimmungen nur zu erwarten und hinzunehmen ist. Das Verhältnis der Menschheit zu ihrer eigenen Zukunft befindet sich also in einem tiefgreifenden Wandel<sup>24)</sup>. Dieser Vorrang einer von der menschlichen Gesellschaft selbst verantwortlich zu planenden und zu gestaltenden Zukunft muß natürlich eine tiefe Krise vertrauter religiöser Vorstellungen des christlichen Glaubens auslösen<sup>25)</sup>. Scheinen nicht das "Jenseits" und der "Himmel über uns" entschwinden zu sein? Scheint nicht die Welt in ihrer Zukunft ganz von der Planung, dem Handeln, der Vernunft oder auch der Unvernunft der Menschheit bestimmt zu werden? Hat es nicht den Anschein, daß wir

in der Welt nur noch uns selbst und unsern eigenen Möglichkeiten, unserem Wollen zur Weltverbesserung, aber auch unsern zerstörerischen Kräften zur Weltvernichtung begegnen? In dieser Weltsituation wird die durch ihr Erbe aus einer ganz andern und höchst stabilen Welt von gestern und vorgestern mitgeprägte christliche Kirche so herausgefordert wie wahrscheinlich noch niemals in ihrer ganzen bisherigen Geschichte. Man wird sich also über die eingangs geschilderten Polarisierungsprozesse in der ökumenischen Christenheit von heute nicht wundern dürfen. Die Kirche, wie sie sich jeweils in den örtlichen Kirchengemeinden darstellt, scheint dann für die nahe Zukunft nur noch vor einem Entweder-Oder zu stehen. Soll sie sich als geschlossener Verein am Rande der Gesellschaft, der Welt und der Geschichte in der Rolle eines religiösen Betreuungsinstituts verstehen und ihre ererbten Positionen gegen den Aufstand der Säkularisierung zu behaupten suchen? Oder soll sie sich ganz und gar in die Gesellschaft und ihre Aktivitäten einpassen, mit der Gesellschaft vorbehaltlich kooperieren und ihr eigenständiges Dasein nur mit einer andern, nämlich "christlichen" Motivierung des gemeinsamen Handelns begründen? Auch hier zeigt sich im praktischen Leben unserer Gemeinden weithin heute ein unruhevolles Hin- und Herschwanke zwischen Absonderung von der Welt und Auflösung in die Welt. Diese falschen Alternativen müssen durch die in den biblischen Zeugnissen wiederentdeckte Schalom-Verkündigung überwunden werden.

Die Christenheit muß im Lichtkegel der biblischen Zeugnisse erkennen, daß sie die Schalom-Gemeinde in der zur Zukunft hin offenen Geschichte der Welt und der Menschheit heute zu leben hat. Sie muß der Versuchung absagen, sich als abgekapselter Konventikel der Religiösen in Frontstellung gegen alle nichtreligiösen und säkularen Zeitgenossen zu etablieren und zu behaupten. Sie muß ebenso der Versuchung widerstehen, die Rolle eines Sektors gesellschaftlicher und kultureller Organisationen zu spielen und diese Rolle mit Berufung auf eine nebulöse christliche Dekoration zu rechtfertigen, zumal eine solche Rechtfertigung wohl nur durch Gründe einer sich mehr und mehr zersetzenden Traditionsgebundenheit bestimmt sein kann. Bedarf denn ein innerweltlicher Humanismus, der sich in politischen Aktionen und in technologischen Prozessen um das Wohl des Menschen und der Menschheit bemüht, zu seiner Legitimierung wirklich einer religiösen Überhöhung oder Vertiefung durch Verweis auf einen Schöpfergott und auf jenen vor fast 2000 Jahren verstorbenen Mann aus Nazareth, der hier als Vorbild wahrer Mitmenschlichkeit verehrungswürdig erscheint? Ein so auf Humanität reduziertes Christentum wird aus Gründen der Pietät gewiß auch in der Zukunft als kulturelles Erbe gepflegt werden. Die Kirche Jesu Christi darf sich aber nicht als ein Museum verstehen, in dem dieses Erbe in gelegentlichen Feierstunden als Vermächtnis zitiert würde. Die christliche Gemeinde wird in der säkularisierten und mündig werdenden Welt unerbittlich nach dem spezifischen, unverwechselbaren und unvertretbaren Grund ihrer Existenz und ihrer Sendung gefragt werden. Die biblische Botschaft verwehrt es uns, die in den gegenwärtigen Polarisierungsprozessen auf die beiden extremen

Formeln gebrachten Antworten von der Kirche als dem religiösen Heilsinstitut oder der Kirche als dem religiös begründeten Wohlfahrtsinstitut aufzunehmen.

Der Hinweis auf das für die Christenheit in ihrer ganzen Geschichte grundlegende Bekenntnis zu Jesus genügt hier auch nicht. Denn dieses Bekenntnis muß heute ausgelegt werden. Die Rezitation der verschiedenen dogmatischen Aussagen über Jesus im NT und in der Geschichte der Kirche kann eine solche Auslegung nicht ersetzen. Das Bekenntnis zu Jesus als dem "Herrn" und dem "Heiland" ist in Gefahr, individualistisch mißverstanden zu werden. Andererseits ist ein Bekenntnis zu Jesus als dem "Wohltäter" etwa in der modernen Zeichnung eines Sozialrevolutionärs mit dem christlichen Credo nicht in Einklang zu bringen.

Wenn die christliche Gemeinde Jesus als den Schalom-Bringer bekennt, so nimmt sie damit heute das Bekenntnis der ältesten Christenheit zu Jesus als dem Messias, dem Christus, auf. Unsere Bemühungen um eine Auslegung der Schalom-Wirklichkeit hatten den Sinn, das Bekenntnis zu Jesus als dem Schalom-Bringer für die Gemeinde von heute deutlich zu machen.

Der gekreuzigte und auferstandene Jesus ist "unser Schalom" (Eph. 2,14). Die Evangelien sind mit ihren Berichten von Jesu Proklamationen und Aktionen, seinen Krankenheilungen und Dämonenaustreibungen, seiner bedingungslosen Solidarität mit den Armen und Elenden und seinen messianischen Mahlgemeinschaften mit den von der Gesellschaft diskriminierten und geächteten Zöllnern und Sündern eine Auslegung dieses neutestamentlichen Zeugnisses<sup>26)</sup>. Durch diese in den Berichten der Evangelien gegebene Auslegung wird die zentrale Aussage "Er ist unser Schalom" davor bewahrt, als mythische Rede im Stil der antiken Erlösungsreligionen verstanden zu werden.

Die Evangelien machen anschaulich, wie Jesus von Nazareth als der messianische Schalom-Bringer Menschen zu einem sinnerfüllten, heilen und geheilten Leben im Schalom befreit. Das Kreuz, an dem er als Folge der Rebellion aller durch seine Liebe aufs äußerste herausgeforderten Frommen und Unfrommen hingerichtet wird, steht auf dieser Erde und in der Mitte unserer Welt als das Zeichen der Versöhnung Gottes mit der Welt (2. Kor. 5,18 ff). Die Auferstehung des Gekreuzigten ist im Verständnis der Christenheit die grundlegende Wende in der Menschheitsgeschichte. Seit der Auferstehung Christi steht alle Geschichte der Menschheit im Zeichen des in seinem Leben, Sterben und Auferstehen Ereignis gewordenen Schalom. Die Christenheit, die Jesus als den Auferstandenen bekennt, lebt auf ihren geschichtlichen Wegen und sogar in Situationen äußerster Bedrängnis, wie sie in den Martyrien der ersten Jahrhunderte gegeben waren, in der Gewißheit, daß dieser Schalom durch keinen Aufruhr antichristlicher Mächte in Zukunft mehr vernichtet werden kann, sondern in der absoluten Zukunft des neuen Himmels und der neuen Erde seine Vollendung erfahren wird. Darum steht die Christenheit im Apostolat der Hoffnung an der Welt.

Die Christenheit wird in Begegnung und Gespräch mit den Zeitgenossen eines Zeitalters der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, der Bevölkerungsexplosionen und Wissenschaftsexplosionen, der "Zukunftstechniken" wie Computertechnik, Raumfahrttechnik und Atomtechnik, der Automatisierungen und der Organverpflanzungen darüber Auskunft geben müssen, "was die universale christliche Heilsbotschaft der zur weltweiten wissenschaftlichen Planung und technischen Verwirklichung ihres eigenen Wohles aufgebrochenen und aufgeschauchten Völkerwelt zu sagen oder hinzuzufügen hat" <sup>27)</sup>. Die christliche Gemeinde als die Gemeinde des gekreuzigten und auferstandenen Schalom-Bringers Jesus wird neu erkennen müssen, daß sie als das wandernde Gottesvolk mit der ihr anvertrauten Schalom-Wahrheit als die Gruppe der vom Schalom Getragenen und der auf Vollendung des Schalom Hoffenden in der Geschichte als der nach vorn hin offenen Zukunft unterwegs sein kann. Sie wird sich hüten müssen, in das Zwielicht zu geraten, als sei sie eine Nachhut jener "Hinterwelt", die Karl Steinbuch in seiner Warnung vor einer "Komplizenschaft" der Kirche mit dieser Hinterwelt so sarkastisch beschrieben hat <sup>28)</sup>. Die christliche Gemeinde hat als Gruppe - auch die ganze Christenheit in ihren Großkirchen ist heute nur eine Gruppe in der Menschheit - ihr spezifisches, unverwechselbares und unvertretbares Dasein darin, daß ihre Glieder bezeugen, durch den Schalom-Bringer Jesus aus der Versklavung an die Mächte "Gesetz, Sünde, Tod, Teufel" befreit worden zu sein. Nach den biblischen Zeugnissen kann diese Befreiung nicht auf den Erfahrungsbereich des Individuums und auf den Bereich des Seelischen eingeschränkt werden. Hier geht es durchaus auch um soziale Wirklichkeiten.

Die Glieder der als Gemeinde Jesu Christi und als Kirche anzusprechenden Gruppe haben im Glauben an die Auferstehung Christi im Grunde den Tod schon im Rücken. Als die Hoffenden im Vorblick auf die Vollendung des Schalom, in der nach dem alle geschichtlichen und übergeschichtlichen Vorstellungsmöglichkeiten transzendierenden Bild aus dem 21. Kapitel der Offenbarung Johannes (21,3-5) der Tod nicht mehr sein wird, sind die Christen jenseits des Teufelskreises von Illusionen und Ängsten und jenseits der Todeslinie frei für Weltverantwortung und Dienst an den Mitmenschen.

Als die Hoffenden können die Christen jenseits von Utopismus und Resignation ihre Weltverantwortung im engsten persönlichen Umkreis, aber auch im Bedenken der Zukunft der ganzen Menschheit auf unserm so klein gewordenen Planeten wahrnehmen. Sie werden Weltverantwortung in der liebenden Hinwendung zum Mitmenschen, in der Teilnahme an Planungen und Projektionen und im politischen und gesellschaftlichen Engagement wahrnehmen und zwar als Menschen, die in der Nachfolge Christi Parteigänger der "Mühseligen und Beladenen", d.h. im besonderen der von Kriegen und Hungersnöten Bedrohten, der Opfer von Klassenkämpfen und Rassenkämpfen, der wirtschaftlich und kulturell Verelendeten und Unterdrückten sein sollen.

Christen wissen, daß das Reich, das Jesus durch seine Existenz verkündigt und darstellt, auch Schalom für den Leib, auch Frieden auf Erden, auch Befreiung der Kreatur von der Vergänglichkeit (Röm. 8. 20-23) ist.

Die christliche Gemeinde als das wandernde Gottesvolk lebt ihre geschichtliche Existenz und praktiziert ihre Sendung jeweils in ihrer Zeit als eine Gemeinde, die im Glauben den Anbruch des Schalom-Reiches in Jesus als den Christus bekennt, in der Liebe den erfahrenen Schalom ausstrahlt und in der Hoffnung auf die in der Auferweckung des Gekreuzigten verheißene Vollendung des Schalom-Reiches in gespannter Leidenschaft wartet. Von dem vollendeten Schalom-Reich, dessen Erwartung die Christenheit heute mit Hoffnung für die Menschheit und für jeden einzelnen Menschen erfüllt, spricht die Bibel im Bilde von dem neuen Himmel und der neuen Erde. Die Konturen dieses Bildes können nur in jenen Abgrenzungen verdeutlicht werden, nach denen "der Tod nicht mehr sein wird noch Leid noch Geschrei noch Schmerz" (Offb. 21,4). Das vollendete Schalom-Reich ist weder ein "Himmel der Seligen" noch eine zukünftige perfekte Weltordnung. Es kann vom Menschen und von der Menschheit nicht produziert und nicht fabriziert, es kann nur im Glauben an den Gekreuzigten und Auferstandenen von der Christenheit in Stellvertretung für die Menschheit hoffend erwartet werden. Solche Erwartung ist aber keine Stimmung und Haltung bloßer Passivität in einem als "Jammertal" zu diffamierenden Wartesaal der Geschichte. Sie ist auch eine Ausflucht in eine weltlose und überzeitliche, geschichtslose Jenseitigkeit als Auswirkung religiöser Narkotika.

Die in der Auferstehung Christi gegründete Hoffnung der Christenheit auf den neuen Himmel und die neue Erde macht die Christen nicht weltflüchtig und jenseitssüchtig, sondern weist sie in der Erwartung dieser absoluten Zukunft heute in unsere Welt mit der Aufgabe ein, sich im Protest gegen "Tod, Leid, Geschrei und Schmerz" im Namen dieser verheißenen Zukunft Gottes mit Fantasie und Liebe als Anwalt der "Menschenfreundlichkeit Gottes" einzusetzen. Darum werden Christen schon heute ihren Widerspruch gegen Verarmung und Verelendung, Erniedrigung und Beleidigung, Schuldverstrickung und Todesgeschick des Menschen bezeugen und praktizieren müssen und zwar im individuellen Bereich und in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konfliktsituationen, auch wenn eine solche Praxis der Proteste und der Aktionen, des Widerstandes und des Aufstandes z.B. gegen Welthunger, Atomkrieg und Massendiskriminierung für sie Gefängnis, Leiden, ja Tod - man denke an Martin Luther King und an lateinamerikanische und spanische Priester - bedeuten kann. So kann sich in unsern Tagen die Nachfolge Christi darstellen nicht in einer erbaulichen Enklave introvertierter Frömmigkeit, sondern auf dem Schauplatz der Erde und im Kampfgebiet der Welt als der politischen Welt!

So entartet die Hoffnung der Christen nicht zur träumerischen Schwärmerei im Sinne irgendwelcher Aufschübe und Vertagungen, sondern sie bewährt sich als Widerstand und Leiden im Eintreten für die Schaffung von Gerechtigkeit und Frieden um der Menschen willen, denen das Schalom-Reich verheißen ist.

Es ist sehr wohl verständlich, daß in einer Christenheit, die bis gestern die biblische Botschaft weithin als Seelenheil für den einzelnen privatisiert und damit verkürzt hatte, gegenwärtig von einer "Theologie der Revolution"<sup>29)</sup> und einer "Theologie der Gesellschaft" mit einer andern Einseitigkeit der politische Weltendienst der Christen und das soziale Engagement als gesellschaftspolitische Diakonie angesichts der akuten Nöte, Krisen und Gefährdungen um des Wohles der Menschheit willen gefordert werden. Angesichts dieser Einseitigkeit ist nun aber klarzustellen, daß die Hoffnung auf das kommende Schalom-Reich nicht in den vielen Hoffnungen auf zukünftige Gestaltungen der Gesellschaft aufgeht. Eine Alternative zwischen einem religiösen Jenseitsglauben, der die Erde letztlich im Stich läßt, und einer Zukunftshoffnung, die in Verantwortung für die Menschheit die Erde verändert, kann vor der biblischen Schalom-Botschaft nicht bestehen. Wenn die christliche Gemeinde in der Hoffnung auf die Vollendung des Schalom-Reiches und in der Erwartung der absoluten Zukunft Gottes, die sie allein inmitten der in Fülle angebotenen innerweltlichen Zukunftskonzeptionen anzeigt, einen letzten Vorbehalt gegenüber diesen Zukunftskonzeptionen macht, so schützt sie den einzelnen augenblicklich lebenden Menschen davor, "nur als Material und Mittel für den Aufbau einer technologisch durchrationalisierten Zukunft betrachtet zu werden"<sup>30)</sup>. Sie kritisiert jeden Versuch, die Individualität nur als Funktion eines technologisch gesteuerten Gesellschaftsprozesses zu sehen. Sie bezeugt, daß der einzelne unverwechselbar und unersetzbar ist und zwar als Geschöpf Gottes und sogar in einem verfehlten und gescheiterten, schuld-beladenen und todgezeichneten Leben zum Schalom befreit werden kann. Gewiß hat die herkömmliche kirchliche Verkündigung sich zu einseitig immer nur an solche Grenzsituationen der einzelnen fixiert. Jetzt dürfen aber diese Grenzsituationen nicht einfach verschwiegen werden. Die Frage darf nicht zur Randfrage bagatellisiert oder grundsätzlich ausgeklammert werden: Hat die Kirche den Krebskranken, den Gehirngeschädigten oder den zu langer Freiheitsstrafe und möglicherweise zum Tode verurteilten, aus der Gesellschaft ausgestoßenen Kriminellen im Ernst eine Botschaft zu sagen auch dann, wenn alle Möglichkeiten zur Heilung oder zur sinnvollen Rückgliederung in die Gesellschaft zerstört sind? So wird die Station der Krebskranken nicht nur für spezielle Seelsorge, sondern für die Verkündigung der Kirche überhaupt zum Testfall. In der Begegnung mit solchen Menschen in der äußersten Grenzsituation wird das Andersartige der der Christenheit aufgetragenen Schalom-Botschaft noch einmal deutlich. Auch dem angesichts eines absurd erscheinenden Sterbens scheiternden Menschen darf bezeugt werden, daß er die auch ihm durch den Schalom-Bringer Jesus angebotene Möglichkeit ergreifen und sich auch im schrecklichsten Dunkel eines "hoffnungslosen" Verfalls oder Endes von Schalom getragen wissen darf.

Sofern die traditionelle Auslegung des Heils auf die Verkündigung der freien Gnade Gottes in solchen Situationen verweist, ist ihr Anliegen unaufgebar. Die biblische Schalom-Wirklichkeit meint nicht ein beziehungsloses Nebeneinander von Heil und Wohl, die meint aber auch nicht eine Identität von Heil und Wohl. Schalom ereignet sich im Zuspruch der Gnade auch für Menschen, denen in Grenzsituationen ihr Wohl unwiderruflich zerbrochen ist. Bei allen heutigen Reflexionen über die Aktualität des Evangeliums in den gesellschaftlichen Dimensionen auf dem Boden einer sogenannten Politischen Theologie<sup>31)</sup> darf dies keinen Augenblick vergessen werden! Damit ist nicht ein Rückfall in ein Christentum als "seelische Tröstung" oder "privatisierte Religion" gemeint. Es ist aber das Spezifische und Unverwandelbare der christlichen Verkündigung behauptet gegenüber gewissen in den heutigen Polarisierungsprozessen sich abzeichnenden Gefahren; "daß sich das Christentum mit den diesseits orientierten Zukunftserwartungen der säkularen Gesellschaft identifiziert" (Dr. Blake).

Eine Kirche, die zu einem religiösen Betreuungsinstitut als metaphysische Heilanstalt oder als Sanatorium zur Pflege der Seelen entarten würde, müßte wohl im nachreligiösen Zeitalter allmählich verkümmern und als Asyl für Weltflucht der Bedeutungslosigkeit verfallen. Eine Kirche, die andererseits ohne jeden Vorbehalt im politisch-gesellschaftlichen Engagement in Übereinstimmung mit dem Verständnis ihrer Umwelt aufgehen und dann unter dem Vorzeichen der Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe nur noch soziale und humanitäre Aktivitäten entfalten würde, wird wohl in Zukunft kaum noch gefragt sein, da eine "Humanität ohne Gott" möglich und wirksam erscheint. Unsere säkularen Zeitgenossen, Marxisten und Humanisten, werden bald nicht mehr verstehen, weshalb hier noch ein Rest von christlicher Dekoration benötigt werden sollte. Auch durch Kirchenreformen, so notwendig, ja überfällig sie heute sein mögen, wird die christliche Gemeinde letztlich nicht für ihre Sendung und ihren Weg in die Zukunft erneuert werden. Es ist mit irgendwelchen Renovierungen nicht getan. Es geht tatsächlich um die Wiederentdeckung der der Christenheit mit der biblischen Schalom-Botschaft aufgetragenen Wahrheit. Die christliche Gemeinde, die sich selbst von dieser Wahrheit erneuern läßt und alles daran setzt, um diese Wahrheit vor unseren Zeitgenossen glaubwürdig zu bezeugen, ist von der Sorge um ihre eigene Zukunft befreit und vor Müdigkeit und Resignation bewahrt. Sie wird Zukunft haben, weil sie die Zukunft des Schalom-Reiches im demütigenden Dienst ausrufen soll. Ihre Sendung ereignet sich auch in einer veränderten Zukunft der Menschheit und in einer gewandelten Welt unter jenen Verheißungen, die nach den biblischen Zeugnissen der Dynamik des "Evangeliums des Schalom" (Eph. 6,15) in der Geschichte der Menschheit Raum schaffen.

## Anmerkungen

1. In: ZdZ, 1968, S. 370 ff.
2. Vgl. M.M. Thomas, Uppsala 1968 und die gegenwärtige theologische Lage, in: Ökumenische Rundschau 1969, S. 379 ff.
3. In dem Sammelband, Die Kirche als Faktor einer kommenden Weltgemeinschaft, 1966, S. 195 ff.
4. Zur theologischen Kritik dieses kurzschlüssigen Entweder-Oder, vgl. vor allem Gerhard Ebeling, Das Verständnis von Heil in säkularisierter Zeit, in: Kontexte Bd. 4, 1967, und Johann Baptist Metz, Zur Theologie der Welt, 1968.
5. Vgl. Martin Honecker, Theologie und Soziologie, in: Evangelische Kommentare 1969, S. 501 ff.
6. Vgl. den Sammelband, Theologie zwischen gestern und morgen, Interpretationen und Anfragen zum Werk Karl Barths, Hg. Wilhelm Dantine und Kurt Lüthi, 1968.
7. Zum folgenden Abschnitt verweise ich auf Werner Jetter, Was wird aus der Kirche?, 1968.
8. Vgl. Werner Simpfendörfer, Offene Kirche - Kritische Kirche, Kirchenreform am Scheideweg, 1969.
9. Zu diesem Thema verdanke ich wesentliche Erkenntnisse dem Beitrag von Hans Schmidt, Schalom - Die hebräisch-christliche Provokation, in: Weltfrieden und Revolution, Neun politisch-theologische Analysen, Hg. Hans-Eckehard Bahr, 1968, und dem bisher nicht veröffentlichten Vortrag von Harald Hegermann, Die Bedeutung des eschatologischen Friedens in Christus für den Weltfrieden heute nach dem Zeugnis des Neuen Testaments. Der genannte Beitrag von Hans Schmidt wurde inzwischen in überarbeiteter Fassung neu veröffentlicht in: Hans Schmidt, Frieden, 1969.
10. In diesem Zusammenhang ist auf die beiden Essays von Hans Schmidt, das Problem des politischen Christus, in Kontexte 2, 1966, und Geschichte, in: Theologie für Nicht-theologen, 1966, sowie auf den Aufsatz von J.B. Metz, Zum Problem einer politischen Theologie - Die öffentliche Verantwortung des Glaubens, in: Kontexte 4, 1967, zu verweisen.
11. Karl Rahner, Zukunft der Kirche - zwischen Planen und Hoffen, 1968.
12. Vgl. Theologisches Wörterbuch zum Neuen Testament II, Sp. 404.
13. a.a.O. S. 214 ff.
14. In: Mission als Strukturprinzip, ein Buch zur Frage missionarischer Gemeinden, Hg. Hans Jochen Margull, 1965, S. 39 ff.
15. Die Kirche für andere und die Kirche für die Welt, 1967, S. 17.
16. Harvey Cox, Der Christ als Rebell oder Streitreden wider die Trägheit, 1968, S. 38 ff.

17. In: Widerstand und Ergebung, 1951, S. 225.
18. Vgl. Theologisches Wörterbuch zum Neuen Testament II, Sp. 409 ff.
19. Vgl. Anmerkung 9.
20. Vgl. meinen Aufsatz, Eine Auslegung von Lukas 2,14, in: Zdz 1965, S. 434 ff.
21. Vgl. H. Schlier, Der Brief an die Epheser, 1957, S. 118.
22. Ich verweise auf den Beitrag von Arthur Rich in: Polis 29, Kirche und Gesellschaft, 1967, S. 9 ff.
23. Vgl. den Sammelband "Philosophie und Prognostik, weltanschauliche und methodologische Probleme der Gesellschaftsprognose", 1968.
24. Vgl. Wolf-Dieter Marsch, Zukunft, 1969
25. Diese Krise ist von J.B. Metz in seinem Buch "Zur Theologie der Welt", 1968, in schonungsloser Offenheit dargestellt worden.
26. Vgl. Eduard Schweizer, Jesus Christus im vielfältigen Zeugnis des Neuen Testaments, 1968.
27. Werner Jetter, a.a.O. S. 32.
28. Karl Steinbuch, Falsch programmiert, über das Versagen unserer Gesellschaft in der Gegenwart und vor der Zukunft und was eigentlich geschehen müßte, 1969.
29. Vgl. den Sammelband, Diskussion zur "Theologie der Revolution", Hg. Ernst Feil und Rudolf Weth, 1969.
30. J.B. Metz, a.a.O. S. 110.
31. Vgl. den Sammelband, Diskussion zur "politischen Theologie", Hg. Helmut Peukert, 1969.

# FRIEDEN



# GERECHTIGKEIT

BEITRÄGE DER ARBEITSGRUPPE „FRIEDEN UND ABRÜSTUNG“  
DER GOSSNERMISSION UND DER CHRISTLICHEN  
FRIEDENSKONFERENZ IN DER DDR - SEPTEMBER 1985

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
NACH-DENKEN nach VANCOUVER	2 - 8
Entwicklungen in der Dritten Welt und die Rolle der sozialistischen Länder - einige Aspekte	9 - 21
Zur Frage einer möglichen Kooperation zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten bei der Überwindung der Armut in Asien, Afrika und Lateinamerika	22 - 25
Frieden und Entwicklung	26 - 28
Waffenhandel mit Entwicklungsländern	29 - 37
Überlegungen zum Zusammenhang von Aufrüstung und Weltgesundheit	38

Nur zur innerkirchlichen Information

## NACH-DENKEN nach VANCOUVER

Zwei Jahre nach der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver und der dort verabschiedeten "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" finden wir uns in einer Weltsituation, in der die USA im Streben nach Überlegenheit mit der Ausweitung auf den Weltraum folgenschwere sicherheitspolitische und rüstungstechnische Entscheidungen auslösen. Mit der "Strategischen Verteidigungsinitiative" (Strategie Defense Initiative, kurz: SDI) wird die Menschheit getäuscht und die Wissenschaft mißbraucht. Das Argument, damit eine Verteidigung gegen Atomwaffen erreichen zu können, ist technisch nicht zu realisieren. Ein wirksamer Schutz kann nur durch nukleare Abrüstung erzielt werden. Das Weltraumwaffen-Konzept verrät den Trend, den eigenen Erstschlag ermöglichen zu wollen. Die Behauptung, SDI habe "defensiven" Charakter, bedeutet darum eine Täuschung der Weltöffentlichkeit. Weltraumwaffen werden die vorhandenen nuklearen Potentiale weder verringern noch ersetzen, sondern ergänzen. Die SDI-Entwicklung und alle daraus entstehenden Folgen werden weitere Abrüstungsinitiativen nicht fördern, sondern entscheidend behindern. Verträge, wie SALT I einschließlich des ABM-Vertrages (vom 16.5.1972), zur Begrenzung atomarer Angriffswaffen, wie auch die ohne Ratifizierung der USA von beiden Seiten eingehaltene SALT II-Vereinbarung, sind in ihrer weiteren Gültigkeit gefährdet. Es steht fest, die nukleare Abschreckung, die über 35 Jahre "funktioniert" hat, "Frieden zu sichern", allerdings in den Ländern der "Dritten Welt" eine große Zahl von Kriegen mit Millionen von Toten nicht verhindert hat, kann mit der SDI-Eskalation nicht überwunden werden.

Nach wie vor sind die beiden Großmächte USA und UDSSR aufeinander bezogen und stehen einander mit gewaltigen, weiter wachsenden Rüstungspotentialen gegenüber. Wenn die nukleare Bedrohung überwunden werden soll, dann kann dies nur auf politischem Wege geschehen.

Im Blick auf die immer noch weiter anwachsende Gefährdung unserer Welt steht die Menschheit vor ökologischen wie Ressourcen-Problemen in bisher ungekannten Ausmaßen. Der "Krieg der Sterne", wie das SDI-Programm auch genannt wird, verschlingt mehr an Kosten, als die Länder der "Dritten Welt" an Schulden haben. Kostenhöhen von 500 Milliarden Dollar allein für die USA werden genannt. "Diese größte Rüstungsausgabe in der Geschichte ... zwingt zu bedeutenden Minderungen des Lebensstandards in den meisten Staaten dieser Erde, auch bei uns" (Manfred von Ardenne). Abgesehen von den zu erwartenden unzumutbaren volkswirtschaftlichen Belastungen und dem damit verbundenen zwangsläufigen Sozialabbau werden die Mittel gebunden, die zur Lösung von Problemen der "Dritten Welt" dringend benötigt werden. Als Beispiel sei angeführt: Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden die USA in zehn Jahren ungefähr eine Billion Dollar pro Jahr für militärische Zwecke ausgeben. Das entspricht dem elffachen des derzeitigen Jahreshaushaltes aller Entwicklungsländer zusammengenommen. Den Entwicklungsländern wird damit praktisch jede Möglichkeit geraubt, Hilfe oder technologische Unterstützung zu erhalten (s. W. Górnicki, neue Perspektiven 1/85, S.15).

"Die Menschheit lebt heute im Schatten eines Wettrüstens und in einer in den Systemen begründeten Ungerechtigkeit, die intensiver, weiter verbreitet, gefährlicher und kostspieliger sind, als die Welt je erlebt hat. Nie zuvor war die Menschheit der totalen Selbstzerstörung so nahe wie jetzt. Nie zuvor haben so viele Menschen unter der Herrschaft von Entbehrungen und Unterdrückung gelebt...."

Mit diesen Worten beginnt die "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" von Vancouver.

Was bedeutet diese Erklärung in der gegenwärtigen Situation, die von solchen noch weiter wachsenden Gefahren bestimmt wird? Erweist sie sich auch nur als eines der Konferenzpapiere, von denen gegenüber den vielfachen Bedrohungen nichts oder auf jeden Fall zu wenig erwartet werden kann? Oder wurden doch mit der Erklärung Positionen gesetzt, die als Ausgangspunkte zu wirksamen Schritten ermutigen?

Mit der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" zeigt die ökumenische Bewegung eine neue Qualität politischer Verantwortung der Kirche Jesu Christi: Die Vertreter der offiziellen Kirchen haben eine Position bezogen, die in ihrer Entschiedenheit eine sehr große Nähe zu der Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes in der BRD vom 12. Juni 1982 hat. Die Aussagen der Vollversammlung von Amsterdam 1948, daß Krieg dem Willen Gottes grundsätzlich entgegensteht, und von Nairobi 1975, daß Christen öffentlich bereit sein sollen, ohne Schutz von Waffen zu leben - diese Aussagen sind zusammengefaßt worden zu dem Ergebnis: Ein Atomkrieg, auch ein begrenzter Einsatz atomarer Waffen, ist unter keinen Umständen vertretbar und zu rechtfertigen. Das Konzept der atomaren Abschreckung wird als ungeeignet abgelehnt, in dieser Welt zum Frieden zu kommen.

Noch deutlicher - auch in der theologischen Begründung - kommt diese Position im Bericht der Fachgruppe 5 der Vollversammlung in Vancouver zum Ausdruck: "...Atomare Abschreckung ist moralisch unvertretbar, weil ihre Glaubwürdigkeit darauf beruht, daß der Einsatz von Atomwaffen tatsächlich beabsichtigt ist. Wir sind der Überzeugung, daß jedwede Absicht, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, eine zutiefst unmenschliche Verletzung des Sinnes und Geistes Christi ist, der in uns sein sollte... Sie kann niemals Grundlage eines echten Friedens sein." Die Absage an das Abschreckungssystem ist ein Urteil des Glaubens, erwachsen aus der Analyse der Situation und verbindet miteinander Sachverstand, politische Vernunft und theologisches Denken.

Die Kirchen werden mit der "Erklärung" aufgefordert, ihre Regierungen auf das Genfer Abkommen von 1980 zu verweisen und mit Nachdruck dahin zu wirken, "ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet wird." Auch damit ist ein neuer Akzent gesetzt, gemessen am Charakter bisheriger Verlautbarungen, Die Frage, inwieweit eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung politisch durchgesetzt werden kann, bleibt damit vorerst natürlich noch unbeantwortet. Neu ist die Geschlossenheit, mit der die genannten Positionen vertreten werden bis hin zu der im Punkt 26 der "Erklärung" ausgesprochenen Verweigerung, sich beim Einsatz "von Massenvernichtungsmitteln oder anderen Waffen, die wahllos alles zerstören", zu beteiligen.

Diese Verweigerung wird dazu noch theologisch begründet (Punkt 23), indem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Gefahren unserer Zeit weder als naturgegeben für Christen hingenommen werden, noch Anlaß zur Verzweiflung sein können. Denn: "Als Gläubige, die sich zu einem Herrn und Heiland, zu Jesus Christus, dem Friedefürst, bekennen, ist uns die Haushalterschaft über die Hoffnung Gottes für die Zukunft der Schöpfung anvertraut..."

In Vancouver wird gegenüber der elementaren Bedrohung von Leben und Zukunft der heutigen Welt betont, was uns in dieser Situation Hoffnung gibt: "Wir fragen aus dieser Bedrohung heraus nach Jesus Christus als dem Leben für die Welt."

Neu ist vor allem auch, in welcher Entschlossenheit und Besonnenheit neben der Frage des Friedens für die Frage einer gerechteren Ordnung unserer Welt Partei genommen worden ist. Die Warnung des südafrikanischen Theologen Allan Boesak, nicht mit der Friedensfrage den Problemen der Ungerechtigkeit, der Armut, des Hungers und des Rassismus aus dem Wege zu gehen, wurde nicht bestätigt.

Die "Erklärung" hält beides, Frieden und Gerechtigkeit, zusammen (s. Punkt 8): "... Frieden kann nicht auf ungerechten Strukturen basieren, Frieden setzt eine neue Weltordnung voraus, die begründet ist auf Gerechtigkeit für und in allen Völkern."

Neu ist, daß in dem Kampf um Gerechtigkeit die Kirchen der Welt nicht nur mit den Armen, Unterdrückten, Ausgebeuteten und Benachteiligten solidarisch sein wollen, sondern mit den Gruppen, Bewegungen und Organisationen, die für die Beseitigung ungerechter Machtstrukturen kämpfen.

Drei elementare Lebensfragen, in denen die Menschheit auf der gesamten Erde heute für das Überleben bedroht ist, stellt sich die repräsentative Versammlung der Kirchen in Vancouver:

1. der Frage des Friedens in einer von Massenvernichtungsmitteln (von konventionellen über atomare bis zu den Weltraumwaffen) bedrohten Welt;
2. der Frage nach der Zukunft der Schöpfung und damit umfassend der Ökologie-Problematik einschließlich der Fragen nach der Verwendung der Ressourcen und nach der Verantwortung von Wissenschaft und Technik;

und 3. der Frage nach der Gerechtigkeit im Blick auf die folgenreichen Gegensätze zwischen Reichen und Armen, zwischen verschiedenen Regionen der Erde, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Völkern und Staaten und Interessengruppen.

Wir sollten uns keine Illusionen machen, die genannten Positionen sind Ausgangspunkte für ein hoffentlich davon ausgehendes, nicht nachlassendes Handeln der Kirchen in ihren Wirkungsbereichen. Die Geschlossenheit der Vollversammlung eröffnet Chancen der Kooperation zu einer schrittweisen Bewältigung von Teilen der Problemfelder von Frieden und Gerechtigkeit. Beides sind Ziele, auf die hin es zu arbeiten, zu kämpfen und zu verhandeln gilt. Es wird vor allem eine Aufgabe sein, zwischen dem Problem des Friedens und jedem Schritt zur Verringerung militärischen Potentials bis hin zur Gewaltlosigkeit auf der einen Seite und dem Problem der Gerechtigkeit und den sozialen Veränderungen in der Welt eine enge Beziehung herzustellen.

Ein spezieller Akzent für die Thematik "Abrüstung und Entwicklung" im Zusammenhang mit der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" von Vancouver wird in der gegenwärtigen Weltsituation durch die Dritte-Welt-Politik der USA gesetzt. In der Reagan'schen Präsidentschafts-Ära ist die "Dritte Welt" zum Schauplatz des "Entscheidungskampfes" zwischen West und Ost in der Gesamtstrategie der USA geworden. Nach dem "Leitlinien-Dokument des Pentagon 1984 - 1988" ist die "Dritte Welt" als einer der Hauptkriegsschauplätze in der globalen Kriegsführungs-Strategie der USA eingebaut. Alle Ebenen und Mittel denkbarer Auseinandersetzungen - "vom Aufstand bis zum Atomkrieg" - sind einbezogen. Die "Dritte-Welt-Politik und die militärische Sicherheitspolitik sind seit Regierungsantritt Präsident Reagan's weithin deckungsgleich geworden.

Um Rohstoff- und Profitinteressen in den Entwicklungsländern zu sichern, sieht diese strategische Planung militärische Interventionen aller Spielarten vor. Die "amerikanische Macht" in der "Dritten Welt" wiederherzustellen, dienen als Instrumente die "Schnellen Eingreiftruppen", die "verdeckte Kriegsführung" (z.B. Nicaragua), das Programm der "Auslandshilfe" und die internationalen Finanzorganisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds). Die Äußerung des ehemaligen Außenministers Alexander Haig charakterisiert die Problematik dieser Politik zu Lasten der Länder der "Dritten Welt": "... Unsere Hilfsprogramme erzielen politische, strategische und wirtschaftliche Erträge, die weit größer als ihre Kosten sind" (s. US Department of State - Bureau of Public Affairs - International Security and Economic Program FY 1983, Washington, März 1982).

Solange es nicht gelingt, die USA zu einer Änderung dieser Strategie zu bewegen und insbesondere Maßnahmen in die Wege zu leiten, die den Entschuldungsprozeß für die Länder der "Dritten Welt" in Gang bringen und vorantreiben, sind Entlastungsversuche anderer für die verschuldeten Entwicklungsländer wirkungslos. Die von den USA total beherrschten Mechanismen der Finanz- und Währungspolitik sind daher unbeeinflussbar, und das ausgerechnet in der längsten Rezession der Weltwirtschaft, die sich am verheerendsten in den Gebieten der Entwicklungsländer auswirkt.

Bei aller Effizienz dieser Einflüsse aber entsteht die entscheidende Gefährdung des Friedens und Verhinderung von Schritten, bessere Gerechtigkeit gegenwärtig zu verwirklichen, durch die Fortsetzung des Wett-rüstens.

Lassen sich Ansätze entdecken, die Bedrohungen zu reduzieren ? Sind Interessen zu erkennen, in deren Richtung Erstarrungen aufzulockern und in Bewegung zu bringen wären ? Sicher zeigen die gegenwärtigen diplomatischen Initiativen in diese Richtung mit dem Versuch, internationale, vor allem aber europäische Interessen zu mobilisieren und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln.

Wirtschaftliche Verflechtungen im Zuge solcher Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamer Forschung und Entwicklung gemeinsamer Projekte bedeuten eine friedenssichernde Qualität und leiten unumkehrbare politische Entspannung ein. Solche Kooperation, in die auch die Länder der "Dritten Welt" als Partner einbezogen werden, schafft Chancen, konstruktiv auf eine neue Wirtschaftsordnung hinzuarbeiten. Einen sicherheitspolitischen Ansatz bietet neben den bisher ergangenen Vorschlägen zur Minderung der militärischen Potentiale auch das "Prawda"-Interview mit Generalsekretär Michail Gorbatschow vom 7.4.1985, ein Ansatz, von dem reduzierende Wirkungen ausgehen können, wie es dort heißt: daß "die Interessen anderer Staaten...nicht mißachtet werden dürfen". Damit deuten sich Möglichkeiten an, zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen, die Zug um Zug ein System kollektiver Sicherheit entstehen lassen. Dabei werden keine schnellen und tiefgreifenden Veränderungen zu erwarten sein, ist doch auf einem solchen Wege die Schwierigkeit zu überwinden, daß eine Ablösung des Abschreckungs-Konzepts durch positive Alternativen mit Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Auf jeden Fall aber lassen selbständige, ja einseitige Schritte mehr erwarten als Verhandlungen, die nur dann effektiv werden können, wenn vor allem die USA ihre bisher beibehaltene Position der Unverwundbarkeit und das Streben nach Fähigkeit, einen Krieg gewinnbar führen zu können, verändern. Ergebnisversprechende Verhandlungen sind auch dann nur denkbar, wenn es zur Einfrierung nuklearer Waffen kommt, wie es den Forderungen der amerikanischen Freeze-Bewegung und vielen anderen Vorschlägen u.a. der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Vertrages entspricht.

Konkrete Abrüstungsschritte und Vereinbarungen über die Begrenzung der Rüstung, insbesondere atomarer Waffen, werden immer mehr die Voraussetzung einer Zukunft im Frieden und zur Grundvoraussetzung für das Überleben der Menschheit. Die Unterschiede in den Grundpositionen der USA und der UdSSR sind nicht unüberwindlich unter der Voraussetzung, daß die Vorbehalte überwunden werden und die Notwendigkeit erkannt wird, daß ein Nuklearkrieg verhindert werden muß, die Rüstungseskalation gestoppt und ein systematischer Abbau der vorhandenen Waffenpotentiale begonnen wird.

Mit der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" wird Denken und Handeln der Kirchen angesprochen. Was kann von den Kirchen erwartet werden?

Die Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR hat sich im September 1982 zur "Absage an Geist und Logik der Abschreckung" bekannt.

In der gegenwärtigen Situation entspricht es der politischen Verantwortung der Kirchen nach Vancouver, die eigentlichen Wurzeln jenes Geistes der Abschreckung aufzudecken, der die Hoffnungen der Menschheit zunichtemacht durch die lebensfeindlichen und zerstörenden Wirkungen, die er hervorbringt. Propst Dr. H. Falcke hat auf der ökumenischen Tagung unter dem Thema "Auf dem Wege zu einer Theologie des Friedens", September 1984 in Budapest, auf vier charakteristische Kennzeichen dieses "Geistes", besser "Ungeistes" hingewiesen:

1. die eigene Sicherheit so zu verabsolutieren, daß man für sie bereit ist, Menschen in Massen zu opfern, alles Leben auf der Erde aufs Spiel zu setzen und trotz der Tatsache, daß wegen der Rüstungseskalation jährlich Millionen Menschen verhungern, diese "tödliche Utopie der Sicherheit", wie E. Eppler sie genannt hat, weiter ausbaut;
2. auf den psychologischen Zwang zum Freund-Feind-Denken, in dem Feindbilder immer neu aufgebaut und aufgebauscht werden müssen, um das eigene Droh- und Vernichtungspotential zu rechtfertigen;
3. die Menschen zu verdinglichen, die nach abstrakter Computersprache nur noch als Mega-Tote auftauchen oder, wie die Auslöschung von Menschenleben im Atomkrieg unter der Bezeichnung "collateral damage", d.i. "Nebenschaden", läuft. Bei der ökumenischen Konferenz in Boston 1979 wurde diese Entwicklung als "Bewußtseinsvergiftung" gebrandmarkt;
4. das dem Militärischen entlehnte "worst-case-Denken", das auf den schlimmsten aller Fälle hinrüstet und dadurch die Lösung der wirklichen Weltprobleme verhindert.

Hier sind die Kirchen gerade von der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" her in den Dienst der Gerechtigkeit im Sinne von Matthäus 6,33 gerufen, Friedensverantwortung wahrzunehmen gegenüber Zynismus und Gewissensabgestumpftheit eines verabsolutierten Sicherheitsdenkens, gegenüber der Absicht, alles Menschliche manipulieren und abstrahieren zu wollen, wie es schon bei der Entwicklung der Neutronenwaffen geschah. Es gehört zur Friedensarbeit der Kirchen, die Gewissen für Menschenwürde und politische Vernunft wachzuhalten, daß sie weder verdrängt noch ausgeschaltet werden können. Eine Abrüstung der Waffen kann nur dauerhaft zustandekommen, wenn sie mit einer Abrüstung im Inneren der Menschen verbunden ist.

Die Kirchen sind gerufen, die Potenzen des Glaubens einzubringen in die große Aufgabe, das ethische Vakuum zu füllen. Die Kirchen sind gerufen, dies zu tun - bis in die Sprache hinein - mit Zeichen, die Frieden fördern. Frieden fördern, das kann aber nur geschehen, wenn der Weg das Ziel widerspiegelt, wenn in allem, was getan und eingesetzt wird, das Ziel des Friedens zu erkennen ist. Was gesagt wird in der Kirche und von der Kirche, dürfen nicht "Worte jenseits der Fronten" sein.

Unter allen Aufgaben solcher Friedensarbeit steht vor allem die Aufgabe der Bewußtseinsbildung an. Und das bedeutet ein Umlernen in unserer Welt, in der seit Jahrtausenden die Tradition des Krieges gepflegt und dazu erzogen worden ist. Es wird ein langer Weg, Menschen bewußt auf Frieden zu orientieren. Diese Bewußtseinsbildung ist eine unumgängliche, für eine Zukunft im Frieden notwendige geistige Voraussetzung, die Sachkunde und Erkenntnis der Zusammenhänge erfordert. Es gilt aufzuzeigen, wie eskalierende Rüstung mit den alltäglichen Lebensbereichen verflochten ist und alle Beziehungen zu den Menschen in der "Dritten Welt" bestimmt und belastet werden. Immer wieder neu muß auch in den Gemeinden mögliche, realisierbare Solidarität wachgerufen werden. Hier wird zu beachten sein, daß die Kräfte des einzelnen und der Gruppen in den Gemeinden begrenzt sind.

Auf der anderen Seite werden Christen und Gemeinden bedeutungslos und geben sich selber auf, wenn sie von den Leiden anderer nicht mehr berührt werden und gegenüber den Problemen der "Dritten Welt" in teilnahmsloser, egoistischer Provinzialität verharren. Darum wird es in dem Auftrag, Frieden und Gerechtigkeit zu bewirken, eine vordringliche Aufgabe der Kirchen, in ihren Gemeinden ökumenisches Bewußtsein zu wecken und zu stärken.

Die Delegation der Kirchen der DDR brachte in Vancouver den Vorschlag ein, von der Vollversammlung aus ein weltweites christliches Friedenskonzil einzuberufen. Wenn es auch dort nicht zum Beschluß kam, bleibt der Vorschlag doch als Herausforderung, auf ein solches Konzil im Weltmaßstab hinzuarbeiten und den in Vancouver eingeschlagenen Weg, engagiert für Frieden und Gerechtigkeit einzutreten, in mutiger Konsequenz weiterzuführen. Entscheidend im Sinne der Herausforderung der "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" werden aber die Impulse sein, die von den Gemeinden ausgehen, von ihrer Spiritualität im Gebet, im Bibelstudium und den Gottesdiensten her, von der dort entfalteteten Phantasie her, solidarische Zeichen zu setzen, Impulse in kleine praktische Schritte zu übersetzen und Kontakte durch engere Verbindungen zu entwickeln und nicht zuletzt von ihrer Lebensweise her, der Lebensweise der Glieder der Gemeinde als Träger der Friedensbotschaft des Evangeliums. Die Praxis in den Gemeinden soll und will Friedensarbeit sein in umfassendem Sinn.

Wie die Probleme "Frieden und Gerechtigkeit" in Vancouver zusammengehalten wurden und dies in der "Erklärung" ihren Niederschlag fand, so wird Gemeindearbeit von der Vollversammlung her herausgefordert, weder die Friedensfrage unter den Problemen der Dritten Welt noch die Frage des Kampfes um Gerechtigkeit vor allem in der südlichen Hemisphäre unter der begründeten Sorge um und für den Frieden untergehen zu lassen. Das Umdenken und Umlernen als Konsequenz dieser Herausforderung wird in unseren Gemeinden viel verändern. Aber nur so, wie die "Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit" abschließt, können wir " unserer gemeinsamen Berufung gerecht.... werden, unseren einen Herrn Jesus Christus, den Friedefürst, das Leben der Welt, zu verkündigen und ihm dienen."

Literatur zu "Nach-DENKEN nach VANCOUVER":

- Manfred von Ardenne, "USA-Hochrüstung im Weltall mit allen Mitteln bekämpfen" in: Neues Deutschland Nr. 120 vom 24.5.1985, S. 3 und 4;
- Me George Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith, "Der Präsident vor der Alternative: Krieg der Sterne oder Rüstungskontrolle" in: "Blätter für deutsche und internationale Politik" 5/85, S. 614 ff.;
- Karl-Heinz Dejung, "Theologische Überlegungen angesichts der Herausforderung zu einer Sicherheitspartnerschaft" in: Neue Stimme, Köln, 1/1985, S. 17 ff.;
- Erhard Eppler, Konsequenzen für die Politik (Referat in der Ev. Akademie Tutzing am 2.12.1984);
- Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Vancouver, August 1983
- Erklärung der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR zur Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa, Potsdam, September 1983
- Rainer Falk, "Von der heimlichen Kolonialmacht zum Zuchtmeister der Dritten Welt" in: Neue Stimme, Köln 4, 1985, S. 26 ff.;
- Heino Falcke, "Den Bedrohungen des Überlebens begegnen", "epd-Dokumentation 46/83, S. 37 - 39);
- Cornelia Füllkrug-Weitzel, "Atomare Abschreckungspolitik und 'Dritte Welt'", in: Junge Kirche, Bremen, 2/1984, S. 83
- Wiesław Górnicki, "Verstärkte Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern" in: Neue Perspektiven, Helsinki, 1/85, S. 14 ff.;
- Wolf-Dieter Graewe, "Einheit der Kirchen in Gerechtigkeit und Frieden" in: Evangelische Monatszeitschrift "Standpunkt" 3/1984, S. 70 ff.;
- Hartwig Liebich, Interview mit Allan Boesak (Südafrika) in: "Die Weltmission", Hamburg, Nr. 6, Dezember 1983;
- "Prawda" vom 7.4.1985: Interview mit Generalsekretär Michail Gorbatschow;
- Reflexionen über einige Schwerpunkte der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in: "beiträge C Ökumene 11/Theol. Studienabt. beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR, Dezember 1983;
- Stellungnahme zur Friedensverantwortung der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, Potsdam, Sept. 1983;
- T.B. Subasinghe (Sri Lanka), "Frieden und wirtschaftliche Entwicklung bedingen einander" in: Neue Perspektiven, Helsinki, 6/84, S. 15 ff.;
- UNIDO-Bericht (UNO-Org. für industrielle Entwicklung), "Technologien zum Nutzen der Menschheit" - Auszug: "Einleitung einer weltweiten Bewegung zur Abschaffung der Armut" in: Neue Perspektiven, Helsinki, 2/1985, S. 18 ff.;
- Rolf Wischnath, "Das Christusbekenntnis und die Stellung der Christen zu den Massenvernichtungsmitteln", Beiheft zu "Junge Kirche", Bremen, 7/83.

## Entwicklungen in der Dritten Welt und die Rolle der sozialistischen Länder - einige Aspekte

Entwicklung und Probleme der Entwicklungsländer (kurz: EL) werden in den kommenden Jahrzehnten zunehmend und mit Nachdruck auch das Leben der sozialistischen Länder Osteuropas beeinflussen (1). Entwicklung und Probleme der EL heißt: Bevölkerungswachstum, Hunger und Unterernährung, Industrialisierung, allgemeine Veränderung der ökonomischen Strukturen, wachsende soziale und politische Spannungen, außenpolitische Folgewirkungen. Die Auswirkungen auf die sozialistischen Länder werden sich wesentlich von den Wirkungen auf die kapitalistischen Länder unterscheiden, da Lebensform und Lebensniveau in den westlichen Industriestaaten ökonomisch durch das kapitalistische Wirtschaftssystem getragen wird. Dieses System ist in seiner heutigen Form nicht von der wirtschaftlichen Beherrschung und Ausbeutung der Dritten Welt durch die westlichen Industrieländer zu trennen (2). Die meisten EL sind fest in dieses System eingefügt.

Aber es wäre naiv anzunehmen, die sozialistischen Länder - weil sie im Augenblick einen geringen prozentualen Anteil am Welthandel haben - würden von den zukünftigen Entwicklungen in der Dritten Welt nur unbedeutend berührt werden. Nicht allein die direkten "Ost-Süd"-Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der Dritten Welt werden in wachsendem Maße betroffen sein: infolge von Veränderungen der Ökonomien der sozialistischen Länder wie der der EL, durch die zunehmenden Herausforderungen durch Ernährungskatastrophen in der Dritten Welt an die Hilfspotentiale der sozialistischen Länder, durch Infragestellung von Wert- und Zielvorstellungen angesichts globaler Krisen.

Noch bedeutungsvoller sind wahrscheinlich die indirekten Konsequenzen für das "Ost-West"-Verhältnis: Werden die Entwicklungen der Dritten Welt in den kommenden Jahrzehnten das kapitalistische Weltsystem und die Ost-West-Beziehungen so verändern, daß günstigere Voraussetzungen für umfassende und dauerhafte Abrüstungsmaßnahmen entstehen, für politische Vereinbarungen und Strukturen, die Wege aus der Gefahr der Selbstvernichtung oder Selbstverstümmelung der Menschheit durch Krieg ermöglichen? Für die Antwort auf diese Frage ist es keineswegs gleichgültig, wie sich die sozialistischen Länder entwickeln.

Im Folgenden werden zunächst einige Eckdaten (Bevölkerung, Ernährung, Arbeit u.a.) angegeben, die für die Entwicklungen in weiten Teilen der Dritten Welt bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus kennzeichnend sind. Der zweite Abschnitt skizziert die gegenwärtige Hauptkraft der ökonomischen Dynamik in der Dritten Welt, die transnationalen Konzerne, der dritte beschreibt die jüngsten Entwicklungen des internationalen kapitalistischen Finanzsystems. Die heutige und zukünftige Rolle der sozialistischen Länder für die Dritte Welt behandelt der vierte Abschnitt. Es folgen Angaben über die bisherige Unterstützung von EL durch die DDR. Zum Schluß wird der Zusammenhang zwischen Rüstung, Entwicklung und Ost-West-Konflikt im Hinblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen in der Dritten Welt angesprochen.

### 1. Die Dritte Welt heute und morgen (Eckdaten) (3)

**Bevölkerung:** Auf der Erde leben heute 4,8 Mrd Menschen, davon 3,6 Mrd. in der Dritten Welt. Nach Schätzungen werden es im Jahre 2025 über 8 Mrd. sein, davon fast 7 Mrd. in heutigen Entwicklungsländern. Das Wachstum vollzieht sich vor allem in der Dritten Welt. Experten schätzen, daß Stabilität in der Weltbevölkerungszahl nicht vor Ende des kommenden Jahrhunderts eintreten wird. Zwar gibt es zahlreiche Länder, die heute praktisch kein oder sogar negatives Bevölkerungswachstum haben -

vor allem höher industrialisierte Staaten (Japan, einige europäische Länder, darunter Ungarn und die DDR) sowie einige Entwicklungsländer (Kuba, Simbabwe u.a.) -; andererseits ist das Bevölkerungswachstum in weiten Teilen der Dritten Welt ungebrochen: 1980-2025 wird sich die Bevölkerungszahl in Südasien noch einmal verdoppeln, in Lateinamerika auf das 2,4-fache, in Afrika auf das 3,3-fache erhöhen. Die Erdbevölkerung wächst jährlich um 75 - 80 Mio, d.h. alle 5 Tage um mehr als eine Mio. Von den geschätzten 8 Mrd. Menschen im Jahre 2025 werden 4,5 Mrd. in Ost- und Südasien leben. Die hinter diesen Zahlen stehenden sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Probleme für die kommende Generation auf unserer Erde sind ungeheuer. Einige seien angedeutet:

Ernährung: Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten - und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür -, wird es um das Jahr 2000 knapp 700 Mio Menschen auf der Erde geben, die unterernährt sind. Ursachen: Probleme der Landverteilung, nicht den einheimischen Bedürfnissen entsprechende Form der Agrarproduktion, wachsende Bevölkerung in kritischen Randzonen, Umweltzerstörung, größere Nahrungsbedürfnisse pro Kopf in entwickelteren Gebieten. Das Getreidedefizit in den EL wird bei anhaltenden Trends im Jahre 2000 auf mehr als das Dreifache des Wertes von 1978/79 angewachsen sein. Der potentielle Überfluß der entwickelten Länder würde mehr als ausreichen, um dieses Defizit zu decken. Aber eine entsprechende Umverteilung erscheint unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht durchsetzbar (4). Bis zum Jahr 2000 wird sich die Fläche an Wüsten, Ödland u.ä. bei unveränderten Trends verdoppeln. Das pro Kopf verfügbare Wasser wird in den nächsten 60 Jahren in Asien durchschnittlich auf etwa die Hälfte, in Afrika auf 1/5 zurückgehen.

Arbeit: In den kommenden 20 Jahren wächst die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter auf der Erde um etwa 30 Mio jährlich, d.h. innerhalb von 20 Jahren treten über 1/2 Mrd. Menschen zusätzlich auf den "Arbeitsmarkt". Die Beschaffung entsprechender Arbeitsplätze, auch nur annähernd, erscheint aussichtslos. (Bereits in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist eine Reduzierung der gegenwärtigen Arbeitslosenzahl von "nur" 30 Mio nicht in Sicht.)

Urbanisierung, Migration: Man schätzt, daß im Jahre 2000 knapp die Hälfte der Erdbevölkerung in städtischen Gebieten leben wird. Die Anzahl der Städte mit mehr als 4 Mio Einwohnern wird sich in den 20 Jahren von 1980 bis 2000 fast verdoppeln (1980: 35, 2000: 67). Im Jahre 2000 wird es voraussichtlich 24 Städte mit mehr als 6 Mio Menschen geben (1980: 3), davon 17 in der Dritten Welt. Für die größten Städte wird geschätzt

	heute:	2000:
Mexico	15-17 Mio	etwa 31 Mio
Calcutta	9,5 "	knapp 20 "
Bombay	8,5 "	etwa 16 "
Kairo	7,3 "	über 16 "

Schon heute reagieren Städte wie Calcutta kaum noch auf Verwaltungsaktivitäten. Bevölkerungsströme in der Form von Gast- und Wanderarbeitern, illegalen Einwanderern, Flüchtlingen werden nicht geringer werden. (1/3 der Gesamtarbeiterzahl im Bereich der acht wichtigsten Erdöl exportierenden Länder des Nahen Ostens besteht heute aus Gastarbeitern.)

Alterung der Weltbevölkerung: In 40 Jahren wird der Anteil der Weltbevölkerung mit einem Alter über 60 Jahre bereits über 1 Mrd. betragen (knapp 14 % der Weltbevölkerung), während der prozentuale Anteil der Kinder zurückgehen wird.

Bildung: Trotz breiter Bildungsmaßnahmen in vielen Teilen der Dritten Welt wird die Gesamtzahl der erwachsenen Analphabeten nach Schätzungen weiter steigen (1980: 825 Mio, 2000: ca. 900 Mio).

## 2. Die transnationalen Konzerne (5)

Interne Faktoren und Besonderheiten der historischen Entwicklung haben in jedem Land der Dritten Welt notwendigerweise große Bedeutung für den zukünftigen Weg. Die allgemeine Richtung der Entwicklung in diesen Ländern wird jedoch in hohem Maße durch den globalen Kontext bestimmt. Dabei spielt die fortschreitende ökonomische und meist auch politische Durchdringung von Entwicklungsländern durch kapitalistische Industrieländer im Rahmen des kapitalistischen Globalsystems eine besonders wichtige Rolle. Hauptkraft dieses Prozesses sind die transnationalen Konzerne. Sie sind zugleich die dynamischsten Träger der breiten Ausbeutung der Dritten Welt.

Ausbeutung und Ausplünderung von Entwicklungsländern geschieht heute auf vielfältige Weise: durch offiziellen oder (über manipulierte Preise) verborgenen Profittransfer aus Entwicklungsländern in kapitalistische Industriestaaten, durch Fluchtkapital und offiziellen Kapitalexport in diese Staaten, durch Mehrwertabschöpfung, über Technologie- und Informationsmonopolisierung, durch Ansiedlung qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern in Industriestaaten, über internationales Leihkapital usw. "Die Ausbeutung selbst verursacht keinen Lärm. Vor allem Preise, Zinsen und Gebühren transportieren lautlos und unsichtbar erhebliche Teile der Arbeitsergebnisse ganzer Gesellschaften zu den Monopolen und ihren Staaten. Im Jahre 1980 waren das etwa 400 Mrd. Dollar. Dadurch wurde das produzierte Nationaleinkommen der Entwicklungsländer um fast ein Viertel reduziert und die Akkumulation in den produktiven Bereichen der Wirtschaft in der Dritten Welt um fast zwei Drittel gesenkt. Damit wurde ihr ökonomisches Wachstum und ihre Entwicklung in unglaublichem Ausmaß beschnitten" (6).

Die folgenden Tatbestände machen die ökonomische (und politische) Dynamik deutlich, die heute von den transnationalen Konzernen (TNK) ausgeht:

Der TNK ist als globaler Konzern die erste Institution in der menschlichen Geschichte, die zentralisierte Planung im Weltmaßstab unternimmt. Hauptzweck des globalen Konzerns ist Organisation und Integration ökonomischer Aktivität rund um die Erde mit dem Ziel, Profit zu maximieren. Dabei zählt am Ende nicht Erfolg oder Mißerfolg einer einzelnen Tochtergesellschaft, die Wirkung eines einzelnen Produkts oder die sozialen Folgen in einem speziellen Land, sondern das Wachstum des globalen Profits und der globalen Marktanteile.

Das Entstehen mächtiger TNK hat zu einem Grad von Internationalisierung des ökonomischen und politischen Lebens der gesamten kapitalistischen Welt geführt, der vor hundert Jahren kaum vorhergesehen werden konnte. Ausspruch eines Präsidenten des IBM-Weltkonzerns (IBM = International Business Machines Corporation): "Für Geschäftszwecke sind Grenzen, die eine Nation von der anderen trennen, nicht realer als der Äquator ... Die Welt außerhalb des eigenen Landes wird nicht länger als eine Menge von getrennten Käufern und potentiellen Kunden betrachtet, sondern als das Gebiet eines einzigen Marktes." Ein anderer leitender IBM-Mitarbeiter: "Die entscheidende Frage für unsere Zeit ist der Konflikt zwischen dem Bemühen um globale Optimierung der Ressourcen und der Unabhängigkeit der Nationalstaaten". Und die Zeitschrift "Business International": "Der Nationalstaat wird altmodisch ... morgen wird er in jedem bedeutungsvollen Sinn tot sein und ebenso jeder Konzern, der wesentlich national bleibt."

TNK planen zentral und agieren global. Nationalstaaten können das nicht, sie müssen deshalb im Nachteil sein, wenn sie versuchen, mit den Aktivitäten von TNK Schritt zu halten oder diese zu kontrollieren. TNK können mit Leichtigkeit für das Management wichtige Informationen verbergen oder verzerren und werden so "für den hochindustrialisierten Staat zu der gleichen Art von Alptraum, mit dem unterentwickelte Länder seit Jahren leben müssen." "Die globalen Ressourcen werden zunehmend von TNK dirigiert und bewirtschaftet: Gewinnung, Verarbeitung, Veredelung und Verbindung von tierischen, pflanzlichen, mineralischen und menschlichen Ressourcen zu Produkten ist eine integrierte Operation von planetarischem Maßstab ... Mehr und mehr Güter werden jetzt in den armen Ländern des Südens hergestellt, nach Anweisungen der Hauptquartiere im Norden; die meisten sind zum Verbrauch in den Industriestaaten bestimmt." Dabei verlieren Millionen von Kleinbauern ihr Land vor allem durch die Agrobusiness-Konzerne in Asien und Lateinamerika, verlieren Millionen von Handwebern ihren Lebensunterhalt durch transnationale Textilindustrie-Gesellschaften, verlieren Millionen ihre Arbeitsplätze in anderen traditionellen Gewerben ...

### 3. Zur Situation des internationalen kapitalistischen Finanzsystems (7)

Die Verschuldungskrise der EL: Nach Angaben der Weltbank betrug die gesamte äußere Verschuldung von EL Ende 1983 mehr als 800 Mrd. Dollar. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostizierte für 1984 eine Verschuldungszunahme um 17 - 20 %. Die Entwicklung der Gesamtverschuldung von EL zeigen die folgenden Zahlen (Mrd. Dollar):

1960: 13,3    1970: 74,1    1975: 179,9    1980: 459,0    Ende 1983: ca. 810

Zwei sprunghafte Zunahmen der Verschuldung wurden im Zusammenhang mit starken Ölpreissteigerungen 1973 und 1979 ausgelöst. Inzwischen ist die Krise zum Dauerzustand geworden: Die Kapitalzuflüsse in die Dritte Welt, die deren echte Verschuldung (Netto-Verschuldung) nicht erhöhen, sind rückläufig. Hohe Inflationsraten und anhaltend hohe Zinssätze, Kapitalflucht in breitem Umfang, binnenwirtschaftliche Probleme in Entwicklungsländern, Kaufkraftverschlechterungen von beispiellosen Ausmaßen (1982 waren die Rohstoffpreise auf dem niedrigsten Stand seit dem 2. Weltkrieg) u.a. führten zu der jetzigen Gesamtverschuldung. Durch die Politik der Reagan-Administration, insbesondere durch die mit dem Hochrüstungskurs verbundenen großen Defizite im USA-Staatshaushalt und die wachsenden Nachfragen nach Investitionskapital, werden Zinsen ebenso wie der Dollar-Wechselkurs international hochgehalten (nach Schätzungen sind über 40 % des Verschuldungsanstiegs bei den Entwicklungsländern von 1979 - 1982 durch die hohen Zinssätze in den USA und in anderen kapitalistischen Industrieländern bedingt.) Die USA sind inzwischen selbst zum Nettokapitalimporteur geworden, ebenso seit 1981 verschiedene OPEC-Staaten, die bis dahin Kreditgeber auf den internationalen Finanzmärkten gewesen waren. Die mit den Krediten geschaffenen Verbindlichkeiten werden immer stärker der direkten Kontrolle und Beeinflussung durch nationale oder internationale politische Instanzen entzogen: "Ein bestimmender Grund der gegenwärtigen Krise ist die Tatsache, daß die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer in den letzten Jahren immer mehr vom Privatbankenbereich aufgenommen, also quasi privatisiert ist. Ende 1982 bestanden bereits 79 % der Schulden gegenüber privaten Gläubigern, mußten also zu Marktbedingungen eingegangen werden. Das gesamte internationale Kreditvolumen (einschließlich der Kredite an industrialisierte Länder) der Geschäftsbanken hat sich zwischen 1972 und 1982 verzehnfacht ... Ende 1981 wurde die Marke von zwei Billionen Dollar überschritten." Heute werden häufig langfristige Kreditzusagen vergeben, ohne daß Banken über entsprechende langfristige Gelder voll verfügen. "Auf diese Weise

wurden 'roll over', d.h. den Zinsschwankungen angepaßte Kredite geschaffen, die heute die internationale Finanzentwicklung unvorhersehbar machen."

Durch die Privatisierung der Auslandsverbindlichkeiten hat sich der Schuldendienst (das sind die laufend zu leistenden Zins- und Rückzahlungen) zwischen 1976 und 1982 für die Entwicklungsländer vervierfacht. 95 % des Schuldendienstes beziehen sich dabei auf Kredite zu Marktbedingungen (d.h. zu maximalen Zinssätzen u.a.). Weit über die Hälfte der neu aufgenommenen Kredite und Ausleihungen müssen heute zur Finanzierung fälliger Schulden abgeschlossen werden. Umschuldungstransaktionen im Falle von Mexico führten zu einem Gesamtumschuldungsgewinn der Geschäftsbanken von ca. 600 Mio Dollar. Ausspruch eines Bankiers bei einer Umschuldungsaktion: "Das Land ist eine Geld-Kuh für uns. Wir hoffen, daß sie niemals zurückzahlen werden."

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank: Vorrangiges Ziel bei der Gründung des IWF (1944/45) war die Ausweitung und das ausgewogene Wachstum des (kapitalistischen) Welthandels. Der IWF war so zunächst vornehmlich eine Reservekasse der westlichen Industrieländer zur Finanzierung der eigenen Zahlungsbilanzdefizite. Das in der Folgezeit starke Anwachsen der IWF-Mitgliederzahl vor allem unter den EL (1947: 30 EL, 1984: 124 EL) und die in den 70er Jahren als Folge der Ölpreissteigerungen und der allgemeinen Rezession entstandenen enormen Zahlungsbilanzungleichgewichte - Zahlungsbilanzdefizite bei den einen Ländern, Überschüsse bei den anderen - führten zu einer neuen Situation: Die Kapazität des IWF zur Bereitstellung von Krediten wurde durch Beschaffung zusätzlicher Finanzmittel (bei den Regierungen zahlungskräftiger Industrie- und Ölländer) beträchtlich erhöht. Der Graben zwischen den die Kreditbedingungen diktierenden Geberländern und den Kreditnehmerländern wurde immer breiter. Die bei der Neuaufnahme von Krediten zu erfüllenden Bedingungen wurden zunehmend härter.

Anders als früher werden IWF-Kredite seit 1978 in der Mehrzahl mit "harter Konditionalität" verbunden, d.h. sie werden von der Einhaltung strikter Auflagen zur "Wiedererlangung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts" abhängig gemacht. Dabei steht die vom IWF verordnete Wirtschaftspolitik meist im krassen Widerspruch zu den Interessen der breiten Bevölkerungsschichten: sie verlangt Ausbau der Exportwirtschaft vor Entwicklung der Binnenwirtschaft, Eliminierung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Abbau der Schutzmaßnahmen für einheimische Industrie, Abwertung der Währung zwecks Verteuerung der Importe usw. Die Maßnahmen zielen auf eine maximale Integration der Kreditnehmer in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem. Wesentlich dafür ist der Abbau der staatlichen Außenwirtschaftskontrollen und -steuerungen. Heute kann man sagen, "daß die frühere Rolle der Kanonenboote in der Wirtschaftsdiplomatie nun von der Konditionalität der IWF-Kredite übernommen worden ist, um säumige Schuldner zur Räson zu bringen." (8)

Auch die Weltbank gehört zu den Hauptinstrumenten, mit denen die westlichen Industrieländer starken Einfluß auf die Kreditempfängerländer nehmen. Noch bis 1983 zeigten die (seit 1978 veröffentlichten) Weltentwicklungsberichte der Weltbank, daß die Verschuldung der EL von der Weltbank nicht als schwerwiegendes Problem angesehen wurde, wenn auch im Bericht 1983 schon erklärt wird, daß das "fallweise Umschuldungsverfahren der Vergangenheit für Länder mit tiefverwurzelten Problemen keine Lösung" darstelle. Auch seien die Mittel des IWF unzureichend, um dringenden Kapitalerfordernissen gerecht zu werden." Im Weltentwicklungsbericht 1984 wird zum ersten Mal von "unfreiwilliger Ausleihung" gesprochen und davon, daß "die Schuldenakkumulation einen explosiven Pfad genommen" hat. Es wird deutlich, daß nicht nur die

Länder der Dritten Welt, sondern jetzt auch die kapitalistischen Industriestaaten und ihre Banken auf einen gefährlichen Schuldenweg gekommen sind.

Man rechnet damit, daß spätestens ab 1986 massive Zahlungsprobleme der verschuldeten Länder auftreten werden, da dann viele befristete Zahlungserleichterungen, die 1981 - 1983 durch Umschuldung erreicht wurden, auslaufen, es sei denn, daß zuvor Veränderungen in der allgemeinen Behandlung der Schuldenfrage eintreten. Auf der einen Seite wird immer häufiger die Frage gestellt, wie der Zusammenbruch einzelner Banken oder des gesamten (kapitalistischen) Finanzsystems zu verhindern ist (und wer dafür bezahlen soll). Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen in den EL, die für die Einstellung aller Schuldenzahlungen eintreten. Das würde weitreichende Auswirkungen auf das bestehende Weltwährungssystem und die Rolle des US-Dollars als Leit- und Reservewährung nachschieben. Es würde zugleich zur Folge haben, daß Schulden als politisches Herrschaftsinstrument in der Hand westlicher Industriestaaten, vor allem der USA, erheblich an Bedeutung verlieren würden.

#### 4. Die Rolle der sozialistischen Länder für die Dritte Welt

Die sozialistischen Länder sind in zweifacher Weise aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem ausgebrochen:

Erstens hinsichtlich der sozialökonomischen Binnenstruktur, indem sie mit dem Eigentum an größeren Produktionsmitteln (Boden, Rohstoffe, Industrie, Verkehrsmittel usw.) auch diejenigen Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie abgeschafft haben, die heute noch in weiten Teilen der EL dafür verantwortlich sind, daß die für die Überwindung von Hunger und Elend notwendige allgemeine und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung blockiert wird. Denn lokaler Großgrundbesitz ebenso wie private Industrie, die mit dieser Struktur verbundenen Interessen, verhindern nach wie vor breitere soziale und ökonomische Veränderungen, solange nicht kapitalistische Wirtschaftsdynamik von außen Veränderungen erzwingt - durch die "Grüne Revolution" der transnationalen Agrarkonzerne (Agrobusiness corporations), durch die Ausbreitung von Rohstoff- und Industriekonzerne (Textil, Mikroelektronik u.a.) usw.

Zweitens hinsichtlich der Außenwirtschaftsbeziehungen, indem die sozialistischen Länder - da sie ökonomisch nur noch beschränkt mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem verflochten und politisch unabhängig von den kapitalistischen Industriestaaten sind - nicht mehr den internationalen Ausbeutungsmechanismen dieses Systems ausgeliefert sind. Die sozialistischen Länder haben deshalb im allgemeinen auch keinen stärkeren ökonomischen Einfluß auf Entwicklung und Veränderung dieses Systems.

Das heißt nicht, daß die gegenwärtige Gestaltung der ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen in den sozialistischen Ländern den momentanen und zukünftigen - eigenen und globalen - Bedürfnissen genügt. Die verschiedenen Defizite auch in sozialistischen Ländern geben dafür ein eindeutiges Zeichen. Die ersten 70 Jahre sozialistischer Gesellschaftsstruktur in der menschlichen Geschichte sind nicht nur durch die harte Auseinandersetzung mit den politischen und militärischen Gegnern bestimmt. Sie sind ebenso durch Kräfte geprägt, die aus der zurückliegenden Geschichte der jetzt sozialistischen Länder bis heute fortwirken (9). Harte internationale Auseinandersetzung (bei der es nicht nur einmal ums Überleben ging) und die Prägungen durch die Vergangenheit haben manche politischen Entwicklungen verursacht, die punktuell zu einschneidenden Deformationen führten. Heute ist es eindeutig politisches Ziel (nicht nur) tragender Kräfte der USA-Administration, in sozialistischen Ländern ökonomische, militärische und politische Zwänge und damit Entwicklungen zu erzeugen, die den endgültigen Beweis für ökonomische

und politische Schwäche und Lebensunfähigkeit sozialistischer Gesellschaftsstruktur erbringen sollen. Denn: Entscheidend für die Dritte Welt ist, daß durch die Existenz sozialistischer Länder und Lebensfähigkeit sozialistischer Gesellschaftsstruktur die Möglichkeit einer Alternative zum kapitalistischen Weltssystem gezeigt ist und wird. Dabei kann und muß Realisierung dieser Alternative sehr vielgestaltig sein, weil die auf der Erde lebendigen Kulturen äußerst vielgestaltig sind.

Mit Beginn der Entkolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg erhielten Befreiungsbewegungen vielfältige direkte Unterstützung durch sozialistische Länder. In dieser Phase war das Entwicklungsbeispiel Mittelasiens von Bedeutung: Die Ergebnisse der sozialistischen Umgestaltung der ehemaligen mittelasiatischen Kolonien Rußlands - der erreichte Bildungsstand, die wirtschaftliche Entwicklung, der Stand des Gesundheitswesens u.a. Der Vergleich zu den im alten System gebliebenen asiatischen Nachbargebieten war anschaulich. Heute ist deutlicher, welche Fragen der kulturellen Entwicklung auch mit diesen Veränderungen aufgeworfen wurden und schrittweise bewältigt werden müssen (10). Heute ist ebenfalls deutlicher, wie einige Länder der Erde gegenwärtig aussehen würden, wenn es keinen sozialistischen Entwicklungsweg für sie gegeben hätte, z.B. China (wo heute 1 Mrd. Menschen, rund 22 % der Erdbevölkerung, leben):

"Es gibt plausible Gründe zu unterstellen, daß China sich, ohne politischen Bruch 1949, in der Tendenz wie Brasilien entwickelt hätte. Bekanntlich zerfällt Brasilien in große verstädterte Industriekomplexe, den Wachstumspol, mit einer nach Millionen zählenden Slumbevölkerung um diese Industriezonen herum; dann in riesigen Großgrundbesitz ..., der für nationale und internationale Märkte produziert, und in eine wachsende Zahl von landarmen Kleinbauern und Landlosen ... Die industrieträchtigen Ballungszentren Chinas lagen, mit Ausnahme der Mandschurei, immer schon in Küstennähe. Die Durchdringung dieses Gebietes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch westliche Mächte ließ erst recht die Wachstumspole Chinas entstehen. Sie hätten, wie überall in der Dritten Welt, Millionen von Menschen aus dem ländlichen Hinterland angezogen, und die Landflucht hätte sich ... in eine Slumbildung von dramatischen Ausmaßen in diesen küstennahen Städten übersetzt ... Die küstennahen Wachstumspole und die städtischen Ballungsräume ... wären in China beliebte Investitionsbereiche multinationaler Firmen geworden ..." (11)

Auch andere Länder würden heute noch zur Gruppe der kapitalistischen Entwicklungsländer gehören, hätten sie nicht einen sozialistischen Entwicklungsweg genommen: Kuba wäre vergleichbar mit seinen zentralamerikanischen Nachbarinseln, Bulgarien mit Griechenland, Ungarn und Polen hätten eine Teilindustrialisierung durchgemacht mit den Ungleichheiten, Konflikten und Problemen, wie man sie heute in Argentinien und Brasilien findet.

Die zukünftige Rolle der sozialistischen Länder für die Dritte Welt wird wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Ökonomien der sozialistischen Länder abhängen, von deren Intensivierung durch effektive Integration im RGW-Rahmen und von einer genügenden Anpassung an die sich verändernden Bedingungen im Handel mit den EL.

Wie kompliziert diese strukturelle Anpassung im allgemeinen ist, bzw. sein wird, zeigt die folgende Tatsache: In den letzten Jahren haben sich die Fertigwarenimporte der EG aus Entwicklungsländern zugunsten weniger neuer Industrieländer konzentriert. Diese Länder konnten ihre Exportanteile auf stagnierenden Märkten nicht nur auf Kosten der übrigen Entwicklungsländer, sondern auch auf Kosten der osteuropäischen RGW-Staaten ausweiten. Die notwendige gegenseitige Anpassung von "Ost" und "Süd" erfordert einen langfristigen Prozeß aus schrittweisen geplanten Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung, aus langfristigen bilateralen Vereinbarungen, die jeweils von den Fähigkeiten und Interessen der Partner abhängen (12).

Schließlich ist die politische Unterstützung zu nennen, die die sozialistischen Länder progressiven Forderungen von Entwicklungsländern in verschiedener Weise zu geben versuchen. Als Beispiel sei der von den Entwicklungsländern geforderte Aufbau einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung genannt. In ihrer Erklärung "Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit" (13) vom Juni 1984 fordern die RGW-Länder nachdrücklich, "die Arbeiten zur Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage und zur Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu aktivieren". In der Erklärung heißt es: "Die Mitgliedsländer des RGW unterstützen die progressiven Forderungen der Entwicklungsländer im Kampf um die ökonomische Entkolonialisierung, die Gewährleistung der vollen Souveränität über die natürlichen und anderen Ressourcen sowie ihre ökonomischen Aktivitäten, ihre umfassende und gleichberechtigte Teilnahme an der Lösung internationaler ökonomischer Probleme, die Einstellung des Abflusses von Kapital und der Abwanderung qualifizierter Fachleute, die strikte Anwendung des allgemeinen Präferenzsystems ...". Die sozialistischen Länder haben sich intensiv für die Ausarbeitung der "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten" im Rahmen der Vereinten Nationen eingesetzt, deren Prinzipien auf die Entwicklung gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, unabhängig von politischer und gesellschaftlicher Ordnung der Staaten und unabhängig von ihrem Entwicklungsstand, gerichtet sind. Die Charta wurde 1974 von der UN-Vollversammlung angenommen mit sechs Gegenstimmen (Belgien, Dänemark, BRD, Luxemburg, Großbritannien, USA), bei zehn Enthaltungen (Österreich, Kanada, Frankreich, Irland, Israel, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Spanien). Dabei ist deutlich, daß die Gestaltung bilateraler Ost-Süd-Wirtschaftsbeziehungen oder die Veränderung der allgemeinen internationalen Wirtschaftsstrukturen in Richtung auf eine gleichberechtigtere Stellung der Entwicklungsländer in den Außenwirtschaftsbeziehungen - etwa im Rahmen der Bemühungen um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung - nicht die notwendige Mobilisierung der sozialen Kräfte in den EL selbst ersetzen kann. Nur die Mobilisierung breiter Bevölkerungsteile für die Umgestaltung der herrschenden Lebensverhältnisse kann die ökonomischen und sozialen Beziehungen so verändern, daß eine Überwindung von Unterernährung, Armut und Massenelend schrittweise möglich wird. Mangelndes Verständnis für diesen Sachverhalt ist häufig verbunden mit der Überschätzung der antiimperialistischen Kräfte und Antriebe innerhalb der herrschenden Schichten der nicht-sozialistischen Entwicklungsländer (und der Unterschätzung der Bedeutung der sozialistischen Länder für die Entkolonialisierung).

##### 5. Unterstützung von Entwicklungsländern durch die DDR (14)

127 Abkommen auf Regierungsebene mit 61 Ländern gehörten 1984 zur Grundlage der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der DDR und Entwicklungsländern (1970: 20 Länder). Der Außenhandelsumsatz mit nicht-sozialistischen Entwicklungsländern stieg von 1,6 Mrd. Valuta-Mark im Jahre 1970 auf 8,6 Mrd. VM 1983. Die folgenden Angaben verdeutlichen die Gesamtentwicklung (Basis: Valuta-Mark, effektive Preise. Anteile in %):

	1960	1970	1980	1983
Anteil der nicht-sozialist. Entw.-Länder am gesamten Außenhandel der DDR	4,3	4,0	6,1	5,4
Anteil der nicht-sozialist. Entw.-Länder am Außenhandel der DDR mit nicht-sozialist. Währungsgebiet	16,9	14,2	18,2	15,5

Die Veränderungen in der geographischen Verteilung des Außenhandels der DDR mit Entwicklungsländern zeigt die folgende Tabelle (Basis: Valuta-Mark, effektive Preise. Anteile in %):

Region	Anteile am DDR-Außenhandelsumsatz mit EL	
	1970	1982
(1) Afrikanische Länder südlich der Sahara	1,4	12,4
(2) Arabische Länder	39,5	44,8
(3) Asiatische Länder	20,8	21,7
(4) Lateinamerika	23,5	15,3
Summe (1) - (4)	85,2	94,2

In der Region (1) zählen zu den bedeutendsten Handelspartnern Mocambique, Angola, Nigeria und Äthiopien, in (2) Irak, Syrien, Algerien, in (3) Iran und Indien, in (4) Brasilien, Kolumbien und Mexico.

Von der DDR wurden 1982 erstmals offizielle Angaben über die Gesamthilfeleistungen für Entwicklungsländer vorgelegt. Im Jahre 1981 entsprachen diese Leistungen 0,78 % des Nationaleinkommens (Bruttoprodukt) (1983: 0,79 %). "... besondere Aufmerksamkeit in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern schenkt die DDR ... Maßnahmen und Aktivitäten, die für die Erlangung und Festigung der ökonomischen Unabhängigkeit dieser Länder grundsätzliche Bedeutung haben: Aufbau einer nationalen Wirtschaft, Industrialisierung, Entwicklung der Landwirtschaft, Schaffung eines eigenen Bildungswesens, Entwicklung des Gesundheitswesens." Dafür werden nach Möglichkeit Abkommen im Hinblick auf langfristige Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit geschlossen, wobei zugehörige gemeinsame Kommissionen oder Wirtschaftsausschüsse (u.a.) eine Planmäßigkeit der Beziehungen anstreben sollen.

In den letzten 15 Jahren erfuhren neben dem Warenhandel auch die Ausbildung von Fachkräften, die Entsendung von Beratern und Experten, Lizenzvergaben (1983: 80 Lizenzverträge mit über 30 Entwicklungsländern) und andere immaterielle Leistungen eine beträchtliche Zunahme. Im Zeitraum 1970 - 1983 waren rund 21 000 von der DDR finanzierte Spezialisten in Entwicklungsländern tätig, darunter vor allem Ökonomen, Ingenieure, Landwirtschaftsexperten, Lehrer und Berufsausbilder sowie Ärzte und anderes medizinisches Personal. (1983 haben 790 solcher Experten ihre Arbeit in Entwicklungsländern aufgenommen.) Im gleichen Zeitraum erhielten über 60 500 Menschen aus Entwicklungsländern in der DDR eine berufliche Aus- bzw. Weiterbildung. (1983 konnten 6 500 Aus- bzw. Weiterbildungen abgeschlossen werden.) Anfang 1984 befanden sich 29 150 Personen aus Entwicklungsländern zur Berufsausbildung bzw.

beruflichen Qualifizierung (ohne Hoch- und Fachschulausbildung) in Betrieben und Einrichtungen der DDR. Die Gesamtzahl 1970 - 1983 der Absolventen aus Entwicklungsländern von DDR-Hoch- und Fachschulen betrug 16 050 (1983: 1 560). Anfang 1984 gab es 6 570 Studenten aus Entwicklungsländern an Hoch- und Fachschulen der DDR.

## 6. Rüstung, Entwicklung und Ost-West-Konflikt (15)

Die Beziehungen zwischen weltweiter Aufrüstung und der Entwicklung der Entwicklungsländer und ebenso das Verhältnis von Rüstung und Entwicklung zum Ost-West-Konflikt lassen sich nur beurteilen, wenn die Sicherheitsfragen aller Seiten einbezogen werden. Im Bericht der Palme-Kommission wird dazu erklärt: "Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Furcht vor Bedrohungen von außen ein Hauptgrund für die Waffenkäufe der Dritten Welt ist. Unter den Ursachen für diese Bedrohungen stechen Grenzstreitigkeiten hervor. Wenn die Länder der Dritten Welt davon überzeugt werden sollen, sich an irgendeinem umfassenden Abrüstungsprogramm zu beteiligen, muß die internationale Gemeinschaft schöpferische Wege finden, um ihren Sicherheitsbedürfnissen zu entsprechen. Dies ist eine notwendige Vorbedingung, wenn die gegenwärtige Eskalation der Militärausgaben in der Dritten Welt gebremst werden soll. Weitere Reduzierungen würden dann von dem Fortschritt abhängen, den einzelne Länder zum Aufbau innerer Stabilität machen könnten ..." Und an anderer Stelle des Palme-Berichts heißt es: "Das von den Ländern der Dritten Welt verspürte Gefühl der Unsicherheit ist durch den Wettstreit der Großmächte um Einfluß verschärft worden. Die Bewegung der Blockfreien, eine Manifestation des Bestrebens vieler Entwicklungsländer, sich von den Auswirkungen der Großmachtrivalität fernzuhalten, hat zwar ein gewisses Maß an Vertrauen in der Dritten Welt geschaffen, doch die Notwendigkeit eines wirksamen globalen Rahmens für kollektive Sicherheit nicht verringert. Ohne einen solchen Rahmen wird ... die Dritte Welt weiter aufrüsten, um zu überleben." (16)

Die Palme-Kommission empfiehlt, "daß die Länder, aus denen sich die verschiedenen Regionen und in einigen Fällen Subregionen der Dritten Welt zusammensetzen, die Einberufung periodischer oder ad hoc einzuberufener Regionalkonferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit erwägen, ähnlich der, die 1975 in Helsinki für Europa in Gang gebracht wurde ... Die Prioritäten müßten von den betreffenden Ländern aufgestellt werden und die Verhältnisse der einzelnen Regionen widerspiegeln." Solche Regionalkonferenzen, die zur Ergänzung und mit Unterstützung der UN durchzuführen wären, "könnten dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit neuen Gehalt verleihen."

Auch wenn die globale Verwirklichung eines solchen Konzepts heute durch die wachsende Zuspitzung der internationalen Situation wenig Chancen hat, können trotzdem in der einen oder anderen Region gemeinsame Interessen von "Süd", "Ost" und "West" stark genug sein, um dort wesentliche Elemente eines solchen Regionalsystems für Sicherheit und Zusammenarbeit zu realisieren. Solche Elemente könnten unter günstigen Umständen Ausgangspunkt für eine schrittweise Verbreiterung und Intensivierung des regionalen Kooperationssystems sein. Vieles spricht dafür, daß ein Teilgebiet des südlichen Afrikas gegenwärtig Möglichkeiten für ein solches von gemeinsamen, ausbalancierten Sicherheitsinteressen getragenes Kooperationssystem bietet: die Errichtung einer von Ost und West garantierten Interventionsfreien Zone, feste und garantierte Blockfreiheit der Mitgliedsstaaten, ausgewogene Unterstützung durch und Kooperation mit Ost und West, Abbau einseitiger ökonomischer Abhängigkeiten u.a.

Aufrüstung in der Dritten Welt hat sehr unterschiedliche Aspekte - objektive Sicherheitsbedürfnisse von Entwicklungsländern, Rüstungs-

investitionen zur Stimulierung und Modernisierung der Wirtschaft, Rüstung und Militär zur Festschreibung der innenpolitischen Machtverhältnisse und der gegenwärtigen Strukturen der ökonomischen, militärischen und politischen Außenbeziehungen. Rüstungsprozesse in der Dritten Welt tragen wesentlich dazu bei, daß ursprünglich lokale oder regionale Konflikte schnell zu Bestandteilen des Ost-West-Konflikts werden. Kriege in der Dritten Welt bieten Testfelder für neue Waffensysteme. Aufrüstung in der Dritten Welt verschärft die Verschuldung.

Trotzdem sind die unmittelbar mit dem Ost-West-Konflikt verbundenen Rüstungsprozesse in ihren Auswirkungen auf die Dritte Welt und damit für die Mehrzahl der Menschen gegenwärtig weitaus folgenschwerer als Rüstungsentwicklungen (einschließlich Rüstungstransfer) in der Dritten Welt:

Einerseits durch

die unvorstellbare Vergeudung von materiellen und geistigen Ressourcen, die (zum Teil aus den Entwicklungsländern stammen und zumindest teilweise für die Entwicklung in der Dritten Welt eingesetzt werden könnten, die verschärfte Ausbeutung von Entwicklungsländern durch steil angestiegene Gesamtverschuldung und Schuldendienste infolge einer Hochzinspolitik, die mit der westlichen, vor allem US-amerikanischen Hochrüstung verbunden ist,

und als Folge

die verstärkten Möglichkeiten und Bestrebungen kapitalistischer Metropolen, auf die Politik von EL über deren Kredit- und Schuldenabhängigkeit Einfluß zu nehmen mit der Wirkung, daß sozialökonomische Veränderungen, die zur anhaltenden Überwindung von Hunger, Armut und Elend notwendig sind, nicht stattfinden.

Andererseits führen die Rüstungsprozesse im Ost-West-Konflikt immer mehr zur Konzipierung und Entwicklung von Waffensystemen und Militärstrukturen, die Teilen der Dritten Welt zunehmend Bedeutung auf der militärischen Seite dieses Konflikts geben: als Stationierungspunkte für Streitkräfte mit strategischen Aufgaben (Flugbasen, Häfen für Kernwaffenträger u.a.), als Knotenpunkte für militärische Kommunikationssysteme (Anlagen zur Nachrichtenübermittlung, Funküberwachung, elektronischen Kriegführung u.a., Satellitenbodenstationen usw.), als für den Kriegsfall vorgesehene Aufmarschgebiete bzw. Kampfgebiete. Entwicklungsländer oder ganze Regionen werden dadurch zu wesentlichen Bestandteilen von militärischen Globalstrategien, die wiederum der Festigung von Positionen in der Dritten Welt nutzbar gemacht werden (Falkland-Malwinen-Konflikt!). Die Verteilung der Standorte von Luft-, See- und Landstreitkräften aus Ost und West zeigt aber auch die - im Vergleich zu westlichen Stationierungen - zahlenmäßig und gebietsmäßig nur eingeschränkte Präsenz von östlichen Streitkräften in der Dritten Welt.

Dieser unterschiedliche Grad der militärischen Präsenz darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die heutigen politischen Entwicklungen und globalstrategischen Tendenzen im Ost-West-Konflikt mehr und mehr dahin führen, daß eine zugespitzte Krisensituation durch die in der Dritten Welt bestehende Ost-West-Konfrontation bedeutend verschärft wird und dort zu einem direkten militärischen Aufeinandertreffen der Weltmächte führen kann. In einem Krieg zwischen den Weltmächten würden zumindest die globalstrategisch bedeutenden Entwicklungsländer und Regionen unmittelbar in die militärische Auseinandersetzung einbezogen werden. Die schrittweise Errichtung von "Friedenszonen", von regionalen Zonen gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit in Teilen der Dritten Welt erscheint so im gemeinsamen Überlebensinteresse von Süd und Ost und West.

Ein von allen drei Seiten getragenes Bemühen um ein solches Regionalsystem für gemeinsame Sicherheit und Kooperation in einem Teil der Dritten Welt könnte, indem es wirkliche Vertrauensbildung zwischen Ost, West und Süd - in einem begrenzten Bereich, aber in einer für die Zukunft der Menschen entscheidenden Frage - gestattet, einen politischen Durchbruch in Richtung auf ein neues Verhältnis der Weltmächte ermöglichen, das doch noch zu einer Erneuerung und Mobilisierung von menschlichen Kräften führt, die Vorbedingung für das gemeinsame Überleben ist.

### Anmerkungen

- (1) Zu den EL zählen wir - in Übereinstimmung mit: H. Faulwetter, P. Stier, Entwicklungsländer am Scheideweg, Berlin/DDR und Frankfurt/Main; 1984 - alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich in UN-Organisationen als EL bezeichnen und Mitglieder der "Gruppe der 77" sind. (Dabei werden die jungen Staaten im Pazifik zur Region Asien-Afrika, die englisch-sprachigen Karibikstaaten zu Lateinamerika gerechnet.) Die EL zeigen außerordentlich große Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsstand. Auch die sozialen Strukturen, die innerpolitischen Verhältnisse und die außenpolitischen Positionen der EL sind sehr verschieden: Zum Kreis der EL gehören Länder mit sozialistischer Gesellschaftsstruktur (wie Kuba), Länder, die sich in Richtung auf sozialistische Strukturen entwickeln (wie Äthiopien, Angola, Mocambique), Länder, die den kapitalistischen Weg gehen (die Mehrzahl der EL). Es gibt EL, deren Außenpolitik eng mit der einen oder anderen Weltmacht verbunden ist, und es gibt EL (wie z.B. Algerien), die gleichgewichtige Beziehungen nach "Ost" und "West" anstreben. Manche EL besitzen ihre staatliche Unabhängigkeit seit mehr als 150 Jahren (verschiedene lateinamerikanische Staaten), andere seit weniger als 10 Jahren (wie Simbabwe). Nicht überschaubar ist die Vielfalt der ethnischen Gruppen und Kulturen in den EL.
- (2) Die Gesamtheit der EL wird als "Dritte Welt" bezeichnet (so auch H. Faulwetter, P. Stier; a.a.O. (Anmerkung (1))).
- (3) Die in diesem Abschnitt angegebenen Eckdaten wurden im Zusammenhang mit der Internationalen Bevölkerungskonferenz, Mexico 1984, veröffentlicht bzw. wiederveröffentlicht. Vergleiche die verschiedenen Artikel mit sehr ausführlichen Angaben in: Ambio; vol. 13, Nr. 3 (1984). - Siehe auch: Parviz Khalatbari, Bevölkerungswachstum als globales Problem, Deutsche Zeitschrift f. Philosophie 32(1984)/3, 226-236; H. Schilling, Das Ernährungsproblem - ein globales Problem der Gegenwart, IPW-Berichte 7/1983, 1-7; Parviz Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung. Eine historisch-politökonomische Analyse, Berlin 1984.
- (4) 1981 wurden fast 2/5 der Weltgetreideproduktion an Vieh verfüttert. Diese Menge hätte ausgereicht, sechsmal die Anzahl der Unterernährten auf der Erde zu ernähren. Diese theoretische Aussage liefert nicht die Lösung der mit einer Umverteilung verbundenen Probleme, die durch Transportaufgaben, den Einfluß der in einem EL existierenden ökonomischen und politischen Verteilungsstrukturen, Ernährungsgewohnheiten u.a. entstehen.
- (5) Zitate dieses Abschnitts - mit Ausnahme von (6) - und einige Gesichtspunkte stammen aus: Richard Barnett/Ronald Muller, Global reach - The power of the multinational corporations, New York 1974

(zitiert nach: Ajit Roy, International dimensions of Third World struggles in the present phase, The Marxist Review, Calcutta, vol. 17(1984), 115-142).

- (6) H. Faulwetter, P. Stier, a.a.O. (Anmerkung (1)), S. 81. Siehe hierzu auch: Nikolaj Volkov, Zur Methodologie der Bestimmung von Verlusten der Entwicklungsländer infolge neokolonialer Ausbeutung, asien, afrika, lateinamerika, Berlin 10(1982), 605-616.
- (7) Angaben und Zitate zur Verschuldungskrise der Entwicklungsländer sind entnommen aus: Hans Diefenbacher, Schuldenkrise: verkürzter Zyklus, epd-Entwicklungspolitik 17/1984, 15-17; Angaben und Zitate zu IWF und Weltbank stammen - mit Ausnahme von (8) - aus: Konrad Melchers, Scheinheiliger Optimismus - der Beitrag der Weltbank zur Verschuldungskrise, epd-Entwicklungspolitik 17/1984, 25-26. Siehe hierzu auch: Autorenkollektiv, Zur Lage der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft, IPW-Berichte 6/1984, 14-23.
- (8) Richard Gerster, 40 Jahre Bretton Woods: Der Währungsfonds im Wandel der Weltwirtschaft, epd-Entwicklungspolitik 17/1984, d-h, insbesondere die Seiten g, h.
- (9) Zu dieser komplexen Vergangenheit gehört für jedes Land die eigene Sozialgeschichte und die Geschichte der politischen Strukturen ebenso wie die Geschichte der eigenen Kultur (der Werte, der Kirchengeschichte usw.). Dazu gehört weiter die Geschichte der Erfahrungen der Völker in ihren gegenseitigen Beziehungen (Beispiel: deutscher Faschismus in Europa). Alle diese Faktoren sind prägend bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Probleme, zu denen heute gehören: nicht genügende ökonomische Integration der sozialistischen Länder, unzureichendes Verhältnis von zentraler und dezentraler Entscheidungsfindung und Verantwortung, Nachholebedarf in der politischen Beteiligungsstruktur u.a.
- (10) Siehe in diesem Zusammenhang: Tschingis Aitmatov, Der Tag zieht den Jahrhundertweg, Berlin 1982.
- (11) Dieter Senghaas, Unterentwicklung im modernen Weltssystem und ihre Überwindung, epd-Entwicklungspolitik 23/24/1980, f-h (aus: Journal für Geschichte 2(1980), Heft 5).
- (12) Vergleiche: Deepak Nayyar, Some reflections on East-South trade and the division of labour, UNIDO (United Nations Industrial Development Organization)-Papier ID/WG. 357/7 (31.3.1982) (abgedruckt in: epd-Entwicklungspolitik 22/1984, a-g).
- (13) Siehe Neues Deutschland v. 16./17.6.1984.
- (14) Die folgenden Angaben sind entnommen aus: Horizont 12/1984, S. 6; Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1984, S. 239; G. Scharschmidt/W. Spröte, DDR an der Seite der Entwicklungsländer im Kampf um demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, IPW-Berichte 9/1984, 16-22.
- (15) Für die Zitate dieses Abschnitts siehe: Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin-West 1982, insbesondere die Seiten 143, 145, 185. Siehe auch: Gerhard Scharschmidt, Stellung und Perspektiven der Ost-West-Zusammenarbeit auf Drittmärkten aus der Sicht der DDR, IPW-Berichte 7/1984, 7-14.
- (16) Allgemeine Aussagen über die Dritte Welt sind bei genauerer Betrachtung auf Grund der sehr unterschiedlichen politischen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sicher zu differenzieren.

Zur Frage einer möglichen Kooperation zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten bei der Überwindung der Armut in Asien, Afrika und Lateinamerika

(eine Warnung vor fehlgeleiteten Erwartungen und eine Anregung zum Weiterdenken)

Frieden und Gerechtigkeit - diesen Zusammenhang hat die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver zur zentralen Fragestellung der Kirchen erhoben. Wenn sie nicht zu einer allgemeinen Formel erstarren, sondern zur Orientierung für die Kirchen im Eintreten für den Frieden in der Welt werden soll, muß sie in den einzelnen Mitgliedskirchen und in der ökumenischen Diskussion expliziert werden. Die Frage, welche Schritte den Frieden und die Gerechtigkeit in gleicher Weise fördern, muß beantwortet werden.

1. In den Vordergrund drängt sich die faszinierende Möglichkeit, die Ressourcen, insbesondere die finanziellen Ressourcen, die durch Abrüstung freigesetzt werden könnten, zur Überwindung der Armut in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verwenden. Rechnungen, die aufzeigen, wie viele Krankenhausplätze oder wie viele Pumpen für Bewässerungsanlagen mit dem Anschaffungspreis für einen Panzer finanziert werden könnten, deuten ebenso in diese Richtung wie die Gegenüberstellungen von Militärausgaben und finanzielle Aufwendungen für Hilfe in jenen Staaten. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes hat auf diesem Hintergrund 1984 in Budapest gefordert, daß die Regierungen ihr Militärbudget um 1 % kürzen und die freiwerdenden Mittel zur Bekämpfung der Armut einsetzen sollen. Damit wurden die Bemühungen um die Erschließung finanzieller Mittel für diesen Zweck fortgesetzt, die schon 1968 auf der 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala mit der Aufforderung an die Kirchen, 1 % ihrer Haushalte zur Verfügung zu stellen, eingesetzt hatten. Jetzt aber wird die Suche nach finanziellen Ressourcen unmittelbar in einem Zusammenhang mit der Abrüstung gebracht. Auch die Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe unter der Überschrift "Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit" vom Juni 1984 stellt fest: "Die durch die Kürzung der Rüstungsaufgaben freiwerdenden Mittel könnten für die ökonomische und soziale Entwicklung, darunter für die Unterstützung der Entwicklungsländer verwendet werden" (1). Damit werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Abrüstung zur Bekämpfung der Armut beitragen könnte. Zugleich stellen sich zwei Fragen:
  - a) Niemand kann heute garantieren, daß die durch Abrüstung freiwerdenden finanziellen Ressourcen für den Kampf gegen die Armut eingesetzt werden. Diese Frage müßte international vertraglich geregelt oder gar ein Bestandteil der Abrüstungsverhandlungen werden. Wie kann diese Frage in die Verhandlungen einbezogen werden, ohne die komplizierten Abrüstungsverhandlungen zusätzlich zu belasten?
  - b) Die Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre zeigen, daß Armut durch Kapitaleinsatz allein nicht zu überwinden ist. Denn die Armut ist nicht eine Mangelerscheinung, die nur eine Erblast der kolonialen Ausbeutung der Vergangenheit darstellt, sondern sie ist eine direkte Folge ungerechter gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Strukturen, die heute Armut ständig neu produzieren. Unter der Überschrift "Entwicklungshilfe" wird von den kapitalistischen Staaten Kapital eingesetzt, mit dem neokolonialistische Strukturen stabilisiert werden. Die Frage nach der Verwendung finanzieller Ressourcen, die durch Abrüstung frei

werden, darf nicht auf den Aspekt der Quantität fixiert sein, sondern muß unter den Aspekt der Qualität gestellt werden. Es gibt keine technische Lösung für die Überwindung der Armut im Sinne von Entwicklung durch lediglich ökonomisches Wachstum, sondern nur eine politische Lösung für die Herstellung von Gerechtigkeit im Sinne politischer Befreiung aus den Strukturen internationaler Ausbeutung. Werden die kapitalistischen Staaten bereit sein, mit ihren freiwerdenden Mitteln diesen Befreiungsprozeß - und damit die Gerechtigkeit - zu fördern?

2. Eine internationale ökonomische Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten bei der Überwindung der Armut könnte eine faszinierende Perspektive eröffnen und würde sicher eine vertrauensbildende Maßnahme bedeuten. Einer derartigen Kooperation aber steht die imperialistische Politik, insbesondere der USA im Wege. Die globale Strategie der Reagan-Regierung zielt - auch mit ihrer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik - darauf, den Befreiungsprozeß der Völker zu stoppen und die Abhängigkeitsverhältnisse zu festigen.

Eine Zusammenarbeit zur Förderung der Gerechtigkeit setzt die Anerkennung der Völker als Subjekte ihrer Geschichte und ihrer Entwicklung, den Respekt vor der Souveränität der Staaten und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten voraus.

Die Invasion in Grenada, die militärische und ideologische Aggression gegenüber Nikaragua und das politische Taktieren mit dem Apartheids-Regime in Südafrika gegenüber dem Unabhängigkeitskampf des namibianischen Volkes sind nur einige offenkundige Beispiele dafür, daß die USA eine gegenläufige Strategie verfolgen.

Eine Zusammenarbeit zur Förderung der Gerechtigkeit muß darauf gerichtet sein, die ökonomische Selbständigkeit der Entwicklungsländer zu stärken, diese Staaten als gleichberechtigte Wirtschaftspartner anzuerkennen und die Ökonomie dieser Länder an den Bedürfnissen ihrer Völker zu orientieren. Die wiederholte Empfehlung des kapitalistischen, "marktwirtschaftlichen" Systems zur Lösung der ökonomischen Probleme soll dagegen diese Länder weiterhin den ungerechten terms of trade ausliefern und sie in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem einbinden. Mit der Aufforderung zu verstärkten privaten Investitionen in diesen Ländern, die die billigen Arbeitskräfte für hohe Profitraten nutzen und einen großen Teil der Gewinne in die kapitalistischen Staaten transferieren, wird die gleiche Intention verfolgt. Nicht zuletzt wird die Hochzinspolitik der USA, die zu einer zusätzlichen Verschuldung der Entwicklungsländer führt und die Tendenz zu einer exportorientierten Produktion in diesen Ländern verstärkt zur Erhaltung und zum Ausbau der Abhängigkeitsstrukturen benutzt. Dem entspricht der Widerstand der kapitalistischen Staaten gegen eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Auf diesem Hintergrund ist eine Kooperation zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten zur Förderung der Gerechtigkeit gegenwärtig kaum vorstellbar.

3. In einem UNO-Dokument unter dem Titel "Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Abrüstung und Entwicklung", das von Regierungsexperten erarbeitet worden ist, wird ein Vorschlag Frankreichs zur Schaffung eines internationalen Abrüstungsfonds für Entwicklung unterstützt. Dieser Fonds könnte mit Hilfe finanzieller Mittel, die durch Abrüstung frei werden, d.h. einer "Abrüstungsdividende" oder mittels einer <sup>on</sup>Waffensteuer, die sich nach der Höhe der finanziellen Aufwendung eines Staates für militärische Zwecke richten

sollte, oder durch freiwillige Beiträge der Staaten eingerichtet werden. Das Dokument spricht sich für eine "Abrüstungsdividende" aus. Der Vorschlag klingt einleuchtend, stößt aber sofort an seine Grenzen, wenn die Frage gestellt wird: Wer entscheidet über die Verwendung dieses Fonds. Hier treffen die gegensätzlichen Konzeptionen von Entwicklung der sozialistischen und der kapitalistischen Politik aufeinander.

Die Erfahrungen mit internationalen Instrumenten der "Entwicklungspolitik" mahnen zur Vorsicht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank werden von den Interessen der USA bestimmt, obwohl z.B. der IWF sich als unpolitische Institution versteht und sich seine Mitglieder aus 124 Entwicklungsländern und 20 kapitalistischen Staaten zusammensetzt (April 1984). In einem Hearing des amerikanischen Senats 1983 erklärte der damalige USA-Finanzminister Donald Regan offen: "Der IWF ist wesentlich eine unpolitische Institution... Aber das bedeutet nicht, daß der IWF den politischen und Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten nicht dienlich wäre. Im Gegenteil - er dient unseren Interessen bestens, in dem er .... offene, marktorientierte Wirtschaftssysteme unterstützt, welche mit den westlichen politischen Werten vereinbar sind. In dieser Beziehung können amerikanische Gelder für den IWF eine hervorragende Investition sein, wenn sie politische Umwälzungen in Ländern vermeiden helfen, welche für die USA von kritischem Interesse sind" (2).

Seit 1978 werden die Kreditbedingungen in Form von Auflagen bei der Mehrheit der Kreditvergaben angewendet, während dies vor 1978 eher eine Ausnahme darstellte. Solche Auflagen weisen in die gleiche Richtung einer Stabilisierung der Ungerechtigkeit wie z.B. Reduktion der Staatsausgaben, die insbesondere die Sozialleistungen betrifft, Aufhebung der staatlichen Eingriffe z.B. in Betrieben des staatlichen Sektors, Abwertung von Währungen, die zur Verteuerung der Importe und Verbilligung der Exporte führt, Liberalisierung des Handels- und Zollverkehrs, Exportorientierung der Produktion. Die Anwendung solcher Auflagen in den Umschuldungsverhandlungen vieler Entwicklungsländer und deren Folgen (hohe Inflationsraten) in jüngster Zeit bestätigen, daß diese internationalen Institutionen Instrumente einer aggressiven imperialistischen Politik sind. Eine Kooperation unter Benutzung solcher Institutionen scheint gegenwärtig kaum vorstellbar.

Zwei weitere Beispiele zeigen, daß die USA nicht bereit sind, die Entwicklungsländer als gleichberechtigte Subjekte anzuerkennen, und daß sie gegebenenfalls auch eine Mehrheitsentscheidung nicht akzeptieren. So sind die USA aus der UNESCO ausgetreten, um damit eine neue Informationsordnung zu verhindern. So haben die USA ihre Unterschrift unter die neue Seerechtskonvention verweigert, um sich einer Begrenzung beim zukünftigen Meeresbodenbergbau zu entziehen. Wie soll ein internationaler Abrüstungsfonds für Entwicklung angesichts dieser Politik ein Instrument für eine Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zur Förderung der Gerechtigkeit sein?

4. Der Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit bleibt ein vorrangiges Problem, und die Suche nach Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit bei der Überwindung der Armut wird in der Zukunft sowohl für den Frieden als auch für die Gerechtigkeit an Bedeutung gewinnen. Die politische Tragfähigkeit des Modells der Sicherheitspartnerschaft wird sich daran entscheiden, ob es gelingt, die Sicherheit für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in dieses Konzept einzubeziehen. Die Anerkennung aller Völker als Subjekte ihrer Geschichte und ihrer Entwicklung wird

eine Voraussetzung für die Gerechtigkeit und für den Frieden sein. Das aber bedeutet, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch für diese Völker zur Geltung gebracht werden müssen. Auf dieser Grundlage wäre eine internationale Verständigung zur Zusammenarbeit bei der Überwindung der Armut eine vertrauensbildende Maßnahme ersten Ranges. Welche Schritte auf dieses Ziel sind denkbar? Einige Fragen sollen zum Weiterdenken anregen.

- a) Wie kann ein politischer Prozeß in Gang gesetzt und gefördert werden, in dem die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Basis für die Beziehungen aller Völker bilden? Die Anerkennung der Völker als Subjekte ihrer Entwicklung, die Respektierung der Integrität und Souveränität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die ökonomische Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens sind einige wesentliche Prinzipien, die in diesem Prozeß zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und mit unterschiedlichen ökonomischen und politischem Gewicht bestimmend werden müßten. Die Partnerschaft zwischen ungleichen Partnern wird zur Schlüsselfrage einer internationalen Friedensordnung, die Gerechtigkeit einschließt. Diese Frage enthält auch eine geistige Komponente eines politischen Prozesses, und die Kirchen werden ihren Beitrag zur Lösung dieser Frage zu leisten haben.
- b) Wie können neue Erfahrungsfelder für eine internationale ökonomische Kooperation bei der Überwindung der Armut geschaffen werden? Ist eine punktuelle, bilaterale Zusammenarbeit zwischen einzelnen sozialistischen und einzelnen kapitalistischen Staaten, die nicht die aggressive Politik der gegenwärtigen USA-Regierung verfolgen, eine Möglichkeit, eine internationale Verständigung durch praktische Erfahrungen auszuloten und vielleicht vorzubereiten. Welche Funktion könnten in diesem Zusammenhang neutrale europäische Staaten wie Österreich, Finnland oder Schweden, aber auch die Kirchen bei der Entwicklung von kleinen Modellen haben?
- c) Wie können die Kirchen zur Gewinnung solcher Erfahrungen einer internationalen Zusammenarbeit über den Rahmen des Weltkirchenrates und der Weltbünde hinaus beitragen? Diese Frage kann nicht vorschnell beantwortet werden, da die Kirchen selbst in diesem Prozeß zu lernen haben, wie eine Partnerschaft zwischen Ungleichen auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung als Subjekte praktiziert werden kann, und da sie selbst unterschiedliche Strategien für Gerechtigkeit vertreten.

Der Prozeß einer internationalen Verständigung und Zusammenarbeit für mehr Gerechtigkeit erfordert eine geistige Anstrengung, die politische Wirkung entfaltet, und Erfahrungsfelder, die Möglichkeiten der Gestaltung von Vertrauensbildung erschließen.

- (1) Wirtschaftsberatung des RGW auf höchster Ebene vom 12.-14. Juni 1984 in Moskau - Dokument, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1984, S. 10
- (2) zitiert nach "IWF und die Dritte Welt" 40-Jahre Bretton Woods Informationsdienst 3. Welt Dossier, Juli 1984, S. 11/12 Bern

## Frieden und Entwicklung

=====

Im September 1961 fand in Belgrad die I. Konferenz der Staats- und Regierungschefs nichtpaktgebundener Staaten statt. Mit ihr wurde die Bewegung der Nichtpaktgebundenen begründet, die zum wichtigsten politischen Zusammenschluß der Entwicklungsländer wurde. Ihre Teilnehmerzahl stieg von 25 Staaten in Belgrad auf 101 Staaten 1983 auf der VII. Gipfelkonferenz in Neu Delhi. Für die Nichtpaktgebundenheit gelten folgende Kriterien:

1. Die Politik des Landes muß unabhängig sein, auf friedlicher Koexistenz und Nichtanlehnung basieren.
2. Das Land muß die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen.
3. Das Land darf keinem militärischen Bündnis angehören, das es in die Streitigkeiten der Großmächte verwickeln könnte.
4. Das Land darf kein bilaterales Bündnis mit einer Großmacht haben.
5. Auf dem Gebiet des Landes dürfen sich keine ausländischen Stützpunkte befinden."

In der Bewegung der Nichtpaktgebundenen spielten Fragen der Wirtschaftsentwicklung und ihr Zusammenhang mit Frieden und Abrüstung eine zentrale Rolle. Im folgenden soll das an Hand einiger Sätze aus den Erklärungen der sieben Gipfelkonferenzen demonstriert werden.

Die Deklaration von Belgrad (1961) beginnt mit der Feststellung: "Der Krieg hat die Menschheit niemals mit schweren Folgen bedroht als heutzutage. Andererseits standen der Menschheit auch niemals zuvor gewaltigere Kräfte zur Verfügung, um den Krieg als Instrument der Politik in den internationalen Beziehungen auszumerzen. Der Imperialismus wird schwächer." Und: "Die heutige Welt ist durch das Bestehen unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnungen charakterisiert. Die Teilnehmerländer sind nicht der Auffassung, daß diese Unterschiede ein unüberwindliches Hindernis für die Stabilisierung des Friedens darstellen." Sie vertreten die Auffassung, "daß unter derartigen Bedingungen nur die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Alternative zum kalten Krieg und zu einer möglichen allgemeinen nuklearen Katastrophe sein können."

### II. Konferenz 1964 in Kairo (47 Staaten)

"Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus stellen eine Grundursache für internationale Spannungen und Konflikte dar, weil sie den Weltfrieden und die Sicherheit gefährden."

"Die Konferenz betont die überragende Bedeutung der Abrüstung als eins der Grundprobleme in der gegenwärtigen Welt." Sie "drückt ihre Überzeugung aus, daß es notwendig ist, einen internationalen Vertrag abzuschließen, der die Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke verbietet."

### III. Konferenz 1970 in Lusaka (53 Staaten)

"Die wirtschaftliche Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern wird breiter - die Reichen werden reicher, und die Armen bleiben arm." Die Konferenzteilnehmer "sind überzeugt, daß die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen ungerechten wirtschaftlichen Weltsystems, das in der kolonialen Vergangenheit seinen Ursprung hat und durch den gegenwärtigen Neokolonialismus fortgesetzt wird, unüberwindliche Schwierigkeiten für die Beseitigung

der Armut und der Fesseln der wirtschaftlichen Abhängigkeit darstellt.

In einer speziellen Deklaration wird unterstrichen, "daß allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle heutzutage die zwingendste und dringendste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist."

#### IV. Konferenz 1973 in Algier (75 Staaten)

Die Konferenz begrüßt die "zunehmende Entspannung zwischen Ost und West", zeigt sich aber beunruhigt darüber, daß es in der Dritten Welt weiterhin "koloniale Kriege, Apartheid, imperialistische Aggressionen, ausländische Okkupationen, Politik der Stärke und wirtschaftliche Ausbeutung und Ausplünderung gibt." Sie hält es für gefährlich, den Frieden auf die wohlhabenden Gebiete der Welt zu begrenzen. "Demzufolge kann die internationale Sicherheit nur dann völlig erreicht werden, wenn sie eine wirtschaftliche Dimension einschließt, die allen Ländern das Recht sichert, ihre Entwicklungsprogramme frei von wirtschaftlicher Aggression oder anderen Formen fremden Drucks zu verwirklichen." Sie unterstreicht, "daß die Abrüstung Quellen für das Wohlergehen aller Völker und für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer erschließen könnte." Denn "das Wettrüsten und der Kampf um die Eroberung des Weltraumes verschlingen weiterhin beträchtliche Geldmittel, während die Hilfe durch multilaterale Zusammenarbeit sich im Vergleich zu den wachsenden Bedürfnissen der Entwicklungsländer ständig verringert."

#### V. Konferenz 1976 in Colombo (85 Staaten)

"Die internationalen Spannungen, durch die der Weltfrieden und die Sicherheit gefährdet werden, sind ursächlich vor allem den Kräften des Imperialismus, Kolonialismus, Zionismus, Rassismus und anderen Formen der Fremdherrschaft zuzuschreiben, die bemüht sind, mit Druck und Gewaltanwendung oder -androhung die politische und ökonomische Befreiung der Nationen zu verhindern und die bestehenden Systeme ungerechter und nichtgleichberechtigter Beziehungen in der internationalen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten."

"Die Konferenz erklärte, daß der Rüstungswettkampf unvereinbar ist mit dem Bemühen, eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, daß es dringend notwendig ist, die Ressourcen, die gegenwärtig für die Beschleunigung des Wettrüstens genutzt werden, für die sozialökonomische Entwicklung besonders der Entwicklungsländer einzusetzen."

Die Konferenz ist überzeugt, "daß nichts Geringeres als eine völlige Umstrukturierung der bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine dauerhafte Lösung der ökonomischen Weltprobleme, insbesondere in den Entwicklungsländern, herbeiführen kann." Deshalb begrüßt man die Annahme der Deklaration und des Aktionsprogramms über die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf der VI. UNO-Sondertagung.

#### VI. Konferenz 1979 in Havanna (92 Staaten)

"Die Konferenz stellte fest, daß das Wettrüsten mit den Bemühungen um die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung unvereinbar ist." Sie kritisiert, daß es keinen Fortschritt auf dem Weg zur Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung gegeben hat und verweist in diesem Zusammenhang auf "das Wirken der transnationalen Gesellschaften in nichtpaktgebundenen und anderen Entwicklungsländern und verurteilt erneut die unannehmbare Politik und Praxis der transnationalen Unternehmen, die, geleitet vom Profit-

motiv, die Ressourcen der Entwicklungsländer erschöpfen, deren Wirtschaft deformieren und deren Souveränität mißachten, die Prinzipien der Nichteinmischung in die Angelegenheiten der Staaten verletzen, gegen das Recht der Völker auf Selbstbestimmung verstoßen und oft zu Mitteln der Erpressung, Korruption und zu anderen unerwünschten Praktiken greifen sowie die Entwicklungsländer den industrialisierten Ländern unterordnen."

VII. Konferenz 1983 in Neu-Delhi (101 Staaten)

"Die Nichtbereitschaft gewisser bedeutender entwickelter Länder, ernsthafte und sinnvolle Verhandlungen um angemessene Lösungen der weltweiten Wirtschaftskrisen zu führen, hat die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter verschärft. Die Staats- und Regierungschefs hoben hervor, daß es für diese entwickelten Länder an der Zeit ist, ihren politischen Willen zu demonstrieren, indem sie die wirtschaftlichen Übel der Welt in ihrer Gesamtheit betrachten. Mächtige Lobbys und Interessengruppen der Rüstungsindustrie haben den Nährboden für eine Rüstung, besonders im nuklearen Bereich, geschaffen. Der um sich greifende Einfluß dieses Bereichs verewigt alle Konflikte und läßt neue entstehen, wodurch die Entwicklung gesunder nationaler Gemeinschaften in einem friedlichen internationalen Klima verhindert wird. In einer Welt begrenzter Ressourcen stehen die riesigen Ausgaben für die Entwicklung und Herstellung von Waffen in krassen Gegensatz zu Armut, Not und den elenden Bedingungen, unter denen zwei Drittel der Weltbevölkerung leben. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens stehen der Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung entgegen."

Literatur: Dokumente der Nichtpaktgebundenen 1961-1979, Berlin 1981.

## Waffenhandel mit Entwicklungsländern

### 1. Einführung

Der im Ost-West-Geschehen ablaufende und gegenüber den Tagesereignissen in den Hintergrund tretende Handel mit konventionellen Waffen ist durch politische, ökonomische, regionale und innerstaatliche Aspekte gekennzeichnet. Er stellt einen bedeutenden Faktor im Erwerb und in der Aufrechterhaltung von politischen Einflußzonen dar. Im Grunde findet durch Waffenlieferungen oder -verweigerungen eine Art von Politik "mit anderen Mitteln" statt.

USA-Präsident Reagan erklärte im Sommer 1982: "Die USA betrachten den Waffenverkauf, die Lieferung von Waffen und sonstigem Kriegsggerät sowie Dienstleistungen militärischer Art als ein wichtiges Element ihrer globalen Militärpolitik und eine unerläßliche Komponente ihrer Außenpolitik" ( 1a ).

Durch das gespannte Verhältnis der Großmächte sind internationale Regelungen, die den Handel von Waffen in überschaubare Bahnen lenken könnten, nicht in Sicht. Die 1977 in Gang gekommenen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion über eine Reduzierung des Rüstungsexports CATT (Conventional Arms Transfer Talks) sind 1980 zum Erliegen gekommen ( 1e ). Auch zeigen die westeuropäischen Waffenlieferanten wenig Neigung, sich Beschränkungen aufzuerlegen ( 2a ). Im Resultat dieser Entwicklung hat nicht nur die Zahl der gehandelten Waffen, sondern auch die Zahl der Liefer- und Empfängerstaaten ständig zugenommen ( 3 ). Dem wachsenden Konkurrenzdruck unter den Lieferanten versuchen die Regierungen, besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten, dadurch zu begegnen, daß sie die einheimischen Waffenproduzenten unterstützen - in der Hoffnung auf Entlastung des Staatshaushaltes durch steigende Rüstungsexporte ( 4a ).

### 2. Umfang des Waffenhandels<sup>x</sup>

Die USA stellen mit 45 Prozent den Hauptanteil am Welt-Waffenhandel, wobei über 70 Prozent ihrer Lieferungen in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gehen. Ihre Zielstellung besteht darin, "ein auf lange Jahre berechnetes politisches, ökonomisches und militärisches Abhängigkeitsverhältnis dieser Länder vom imperialistischen System zu schaffen oder zu festigen" (1b).

<sup>x</sup> Die von SIPRI herausgegebenen Jahrbücher beziehen sich bei ihren Rüstungsangaben auf vier Waffen-Kategorien: Flugzeuge, Panzerfahrzeuge, Raketengeschosse (missiles) und Kriegsschiffe. Unter "Waffenhandel" werden alle Arten der Übertragung verstanden: Direktverkauf, Militärhilfe, Schenkungen, Leihgaben, Übertragungen; Polizeiwaffen sind nicht einbezogen (2b).

Zum Umgang mit Zahlenangaben, die Waffen und deren Export betreffen, sei erwähnt, daß beispielsweise die von der USA-Rüstungskontrolle und Abrüstungsbehörde ACDA und von den einzelnen NATO-Staaten ausgewiesenen Zahlen sich nur auf unmittelbare Waffensysteme beziehen und in der Regel militärische Bauleistungen, Ersatzteillieferungen oder Service-Leistungen ausschließen und auch Ausrüstungen für rückwärtige Dienste, Nachrichtengeräte, Transportfahrzeuge oder etwa Hilfsschiffe nicht in den Statistiken erfaßt werden (1b).

Der Gesamtumfang des Waffenhandels liegt nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitutes (SIPRI) für den Zeitraum 1978 - 1982 um 70 Prozent über dem des vorangegangenen Jahrzehnts ( 3a ). Nach Angaben von Le Monde ( 5 ), die sich auf SIPRI-Veröffentlichungen beziehen, wurden von 1978 - 1982 für 74,2 Mrd. US-Dollar (in Preisen von 1975) Waffen gehandelt, davon

USA	27,0	Mrd., entspr.	36,4 %
SU	25,5		34,3
FR	7,2		9,7
GB	2,9		3,9
IT	2,6		3,5
BRD	1,9		2,6 % ;

von den Waffenlieferungen in Entwicklungsländer entfallen auf

die SU 37 %

die USA 32

FR 11 % ,

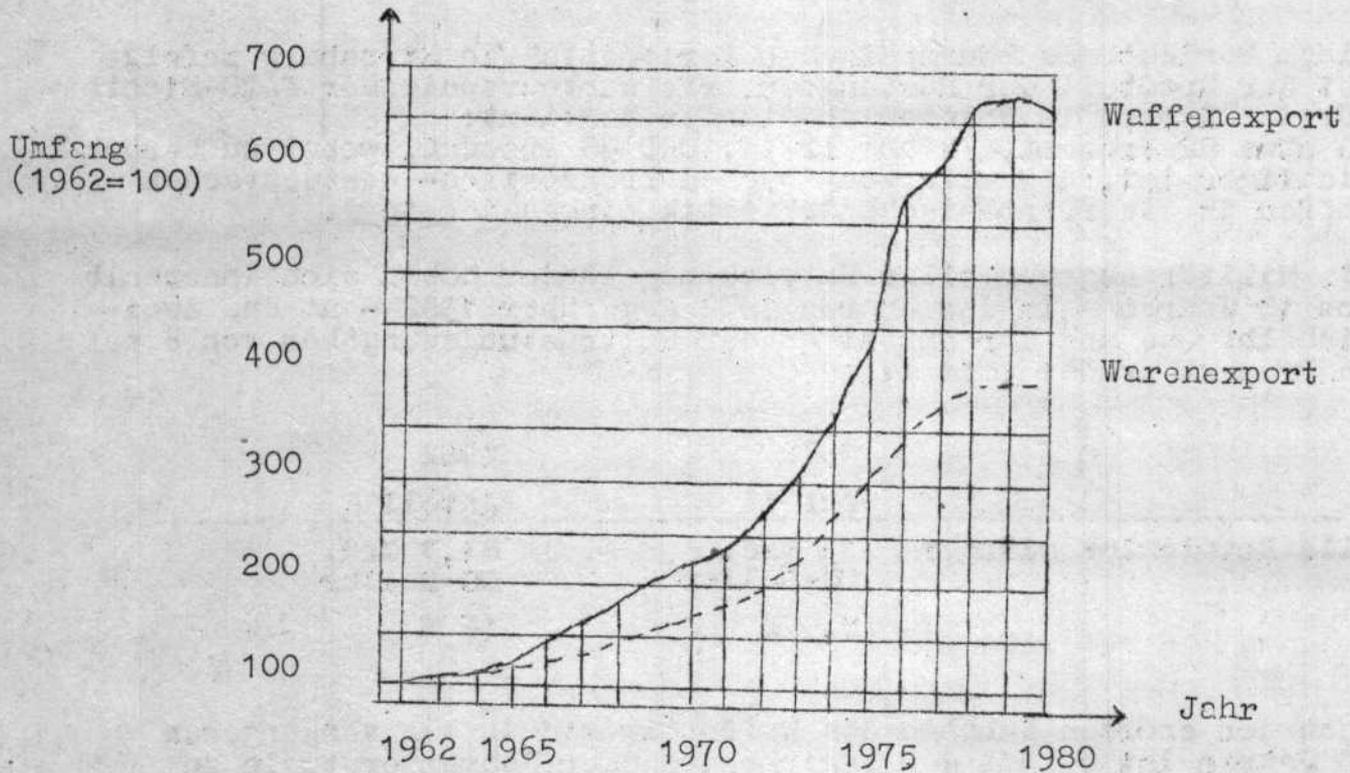
von den Lieferungen in Industrieländer auf die

USA 45 %

SU 30 % .

Der Waffenexport in die Entwicklungsländer hat sich, wie Abb. 1 zeigt, in knapp 20 Jahren nahezu versiebenfacht; dagegen ist der Export von Waren nur auf das Vierfache angestiegen ( 6 ).

Abb. 1: Export von Waffen und von Waren in die Entwicklungsländer im Zeitraum 1962 - 1980



Source: Exports of major weapons - SIPRI Yearbook  
Exports of manufactures - UNCTAD secretariat estimates

Aus der Tabelle 1 gehen die Steigerungsraten der Rüstungsexporte einiger NATO-Staaten im Zeitraum 1971 bis 1980 hervor ( 1b ).

**Tab. 1: NATO-Rüstungsexporte (zu laufenden Preisen)  
in Mio. US-Dollar**

	1971	1975	1978	1980
NATO	4 115	6 940	11 595	13 920
USA	3 400	4 800	6 300	6 600
FR	150	700	1 800	2 900
GB	180	525	1 300	1 800
BRD	130	420	975	1 300
IT	40	250	750	650

Einem Bericht des "Europäischen Parlaments" in Strasburg zufolge ist der Großteil der Rüstungsexporte westeuropäischer NATO-Staaten für den Export in Entwicklungsländer bestimmt:

GB etwa 82 Prozent, FR und IT 77, BRD 38 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß alle gemeinsamen französisch-westdeutschen Waffen in die französische Statistik eingehen ( 1c ).

Die Militärausgaben aller Entwicklungsländer haben sich innerhalb von 10 Jahren - in den Jahren 1972 gegenüber 1982 - um das Zweieinhalbfache und ihr Anteil an den Weltrüstungsausgaben von 8 auf 16 Prozent erhöht ( 1d ):

	1972	1982
	Anteil	Anteil
alle Entwicklungsländer	33 Mrd. US-Dollar	81,3 Mrd. US-Dollar
	7,9 %	16 %

Nach der enormen Zunahme des Waffenexports in den vergangenen 20 Jahren ist es mit den beginnenden 80er Jahren erstmals zu einem Stillstand und endlich zu einer leicht rückläufigen Entwicklung im Rüstungsexport gekommen. Die Ursachen werden darin gesehen, daß viele Entwicklungsländer stark verschuldet oder aber überrüstet sind, so daß sie sich in der Phase der Integration ihrer neu erworbenen Waffensysteme in die eigenen Streitkräfte befinden ( 1c ).

Der Rückgang des Waffenkaufs der ölexportierenden (OPEC-) Länder wird auf die Öl-Einnahmeverluste der letzten Jahre zurückgeführt ( 4a ). Trotz des leichten Rückgangs in den 80er Jahren liegt der Gesamtumfang an Rüstungsexporten für den Zeitraum 1979 - 83 noch um 30 Prozent über dem des vorangegangenen Jahrzehnts (1974 - 78).

### 3. Waffenimporte der Entwicklungsländer

Nahezu die Hälfte der Waffenimporte der Entwicklungsländer entfallen auf die Staaten des Nahen Ostens, danach folgen Afrika, Lateinamerika, der Ferne Osten und Südasiens (Tab. 2).

Tab. 2: Prozentualer Anteil der Waffenimporte ( 4b )

Zeitraum/ Region	Naher Osten	Afrika	Latein- amerika	Ferner Osten	Südasiens
1964-68	36,1 %	13,1	7,4	30,8	12,6
1969-73	46,7	8,9	8,1	25,4	10,9
1974-78	48,8	22,1	9,6	12,6	6,9
1979-83	48,3	20,2	12,9	10,9	7,7

Unter den Ländern des Nahen Ostens importieren fünf - Syrien, Libyen, Irak, Ägypten und Saudi-Arabien - nahezu die Hälfte der Waffensysteme, die an Entwicklungsländer insgesamt gehen. In der Tabelle 3 sind die größten Waffenimportländer aufgeführt ( 4c).

Tab. 3: Waffenimporte der Entwicklungsländer im Zeitraum 1979 - 83 (in konstanten Preisen von 1975)

Land	% Anteil	Land (% Anteil)	Land ( % Anteil)
1. Syrien	11,8 %	8. Kuba	2,8
2. Libyen	9,2	9. Argentinien	2,8
3. Irak	8,9	10. Südjemen	2,2
4. Ägypten	7,7	11. Algerien	2,2
5. Saudi-Arabien	7,0	12. Marokko	2,2
6. Indien	5,5	13. Vietnam	2,0
7. Israel	4,7	14. Südkorea	1,8
		15. Peru	1,8
		16. Taiwan	1,8
		17. Indonesien	1,7
		18. Jordanien	1,5
		19. Pakistan	1,3
		20. Kuwait	1,2
		Andere	19,9
			100,0%
		Gesamtwert	47 Mrd. US-Dollar

In der Tab. 3 fehlt der Iran; der nach dem SIPRI-Jahrbuch 1983 ( 3b ) mit 3,5 % Anteil an 9. Stelle im Zeitraum 1978 - 82 angegeben wurde.

#### 3.1. Der Irakisch-Iranische Krieg ( 4d )

War die Nahost-Region schon vor dem Ausbruch des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran Waffenempfänger Nummer eins (Tab. 2), so ist sie es z.Z. erst recht. Dieser nun seit 5 Jahren andauernde Krieg hat die Zahl der Waffenlieferanten im Vergleich zur Vorkriegszeit wie folgt verändert: Irak von 3 auf 18, Iran von 5 auf 17 ( 4d ). Dabei treten die Hauptlieferanten, direkt oder über Verbündete, als Doppellieferanten auf. In diesem Krieg, der bereits über 300 Tausend Menschen das Leben gekostet hat, gibt es bisher für keine der Seiten einen Land- oder Prestigegewinn.

Dagegen erlebt der internationale Waffenhandel, der private wie der staatlich gelenkte, einen ungeachteten Boom. Die Großmächte verhalten sich in diesem Krieg neutral. Die Sowjetunion unterhält zu beiden kriegsführenden Seiten diplomatische Beziehungen, die USA zu keiner.<sup>x</sup> Der Irak wird direkt von der Sowjetunion unterstützt, zum anderen von Frankreich, Italien, Spanien und Ägypten. Frankreich lieferte seit Kriegsbeginn Ausrüstungen im Wert von etwa 5 Mrd. Dollar an den Irak: Kampfflugzeuge, auch mit Exocet-Antischiffsraketen, raketenbestückte Hubschrauber und Boden-Luft-Raketen vom Typ Roland. Die Hauptwaffenlieferanten für den Iran sind Libyen, Syrien und Nordkorea (40 % der Importe des Iran im Jahre 1982), aber auch Israel, Südafrika und Taiwan. Darüber hinaus spielen private Waffenhändler eine bedeutende Rolle.

Die Golfstaaten, vorallem Saudi-Arabien und Kuwait, haben den Irak mit 20 Mrd. US-Dollar unterstützt, um einen iranischen Sieg zu verhindern.

Ein Ergebnis des irakisch-iranischen Krieges ist die Bewaffnung der Golfstaaten mit modernem Kriegsgerät (raketenbestückte Angriffsfahrzeuge, Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Panzer und Panzerfahrzeuge mit Antiflugzeug-, Antischiffs- und Antipanzerraketen sowie Aufklärungssysteme (4d)).

Der Krieg hat also viele Zuschauer und viele Profiteure. Die Golfstaaten vermeiden es, direkt Partei zu ergreifen. Im Gegenteil: Je länger der Krieg dauert, um so sicherer sehen sie die zwei Rivale geschwächt.

### 3.2. Indien/ Pakistan (4e)

Indien zählt noch immer zu den 20 ärmsten Ländern der Erde, ist aber Atommacht. Durch Pakistan fühlt es sich ständig bedroht. Pakistan aber sieht in jeder Waffenbeschaffung Indiens eine Veränderung der militärischen Balance in dieser Region (Indiens Importanteil an Waffen betrug 1979 bis 1983 5,5 % des Weltanteils, Pakistan steht bei 1,3 %).

Indien hat Hubschrauber in England bestellt, Raketen in Schweden sowie Panzer und Flugzeuge in der Sowjetunion und ist über den Einkauf von Artillerie-Waffen im Gespräch mit den USA und mit Westeuropa (4e). Darüber hinaus hat Indien bedeutende Lizenzverträge abgeschlossen: 1983 mit der Sowjetunion über den Bau von MIG-27-Jägern (200 Exemplare) und mit der BRD über das Transportflugzeug Do-228 und die nachfolgende Produktion des Flugzeugs Jaguar. Geplant ist ferner die Herstellung von MIG-29-Jägern und des Panzers T-74, auch von Raketen und U-Booten sowie von Kampfflugzeugen des Typs Mirage 2000.

Pakistan sieht sich zu einer vergleichbaren Steigerung seines Militärpotentials nicht in der Lage, hat aber durch Kampfflugzeuge aus den USA (F-16, G-134 Mohawk) und aus China (Q-5-Fantän-A) sowie durch Panzer aus China seine Militärmacht erhöht (4e). In Aktion-Reaktion-Denkweise erhöhen Indien und Pakistan fortgesetzt ihr Militärpotential.

### 4. Waffenexportländer

Neben den NATO-Staaten, der Sowjetunion und weniger einflußreichen Ländern spielen inzwischen auch Entwicklungsländer selbst als Waffenlieferanten eine Rolle. Tabelle 4 zeigt den Umfang, den prozentualen Anteil und den Anteil des Rüstungsexports der

<sup>x</sup>Am 26.11.84 kündigten die USA und der Iran die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen an.

einzelnen Länder, der - gemessen am Gesamtexport eines Landes - in Entwicklungsländer geht (4f).

Tab. 4: Exportländer, Anteil am Waffenhandel insgesamt und der auf Entwicklungsländer fallende Exportanteil (Umfang in Mio. US-Dollar zu konstanten Preisen von 1975)

Land	Umfang/Anteil (%)			Exportanteil in Entwicklungsländer (1979 - 1983)
	1981	1982	1983	
NATO (anhand USA, FR, GB, IT, BRD)	8341 56,8	8537 58,9	8191 60,9 %	71,1 %
davon:				
USA	5519 37,6	5704 39,3	5264 39,1	50,3
FR	1292 8,8	1227 8,5	1192 8,9	79,3
GB	601 4,1	743 5,1	527 3,9	77,3
IT	526 3,6	579 4,0	458 3,4	93,3
BRD	403 2,7	284 2,0	750 5,6	55,4
SU	4962 33,8	4736 32,7	4070 30,2	69,1
Ent.-Länder	396 2,7	438 3,0	332 2,5	97,3
Andere	989 6,7	792 5,5	856 6,4	65,4
Insgesamt	14 688	14 503	13 449	

Zu beachten ist, daß die USA mehr als doppelt soviel Abnehmer von Waffen in den Entwicklungsländern haben wie die Sowjetunion. Der geringere Anteil der USA-Waffenproduktion, der in Entwicklungsländer geht, erklärt sich aus der großen Zahl von Lizenzvergaben der USA an westeuropäische und japanische Waffenproduzenten (4g).

Die Liste der Entwicklungsländer, die selbst Waffen exportieren, wird von Brasilien angeführt (2a):

1. Brasilien	mit	45,6 %
2. Israel		21,1
3. Libyen		12,3
4. Südkorea		8,2
5. Ägypten		6,2
6. Saudi-Arabien		1,6
Andere		5,0
		100,0,

wobei der Umfang 993 Mio. US-Dollar (in konstanten Preisen von 1975) beträgt.

Eine direkte Beziehung zwischen Waffenimporten und dem Verschuldungsgrad der Entwicklungsländer läßt sich aus dem herangezogenen Material nicht ableiten. Die am stärksten verschuldeten Länder Lateinamerikas etwa befinden sich - mit Ausnahme Argentiniens und Perus - nicht unter den 20 größten Waffenimportländern. Die lateinamerikanischen Staaten haben mit etwa 350 Mrd. US-Dollar die Hälfte der Gesamtschuldenlast der Entwicklungsländer zu tragen (4h), vor allem Brasilien mit 100, Mexiko mit 95, Argentinien mit 45, Venezuela mit 32, Chile mit 20, Peru mit 14 und Kolumbien mit 11 Mrd. US-Dollar (7).

Obwohl die Militärausgaben der Entwicklungsländer innerhalb von 10 Jahren mehr als verdoppelt worden sind, wäre es unzulässig, generell die Schuld dafür, daß Hunger, Elend und zunehmende Verschuldung nicht bewältigt werden, der Bereitschaft dieser Länder zuzuschreiben, zur Stärkung ihrer Militärmacht große Summen für Waffenimporte auszugeben. Abgesehen von einigen Ländern - die vor allem im Bereich des Nahen Ostens liegen, ihrerseits jedoch nicht zu den ärmsten Ländern zu rechnen sind - betragen die Ausgaben für Waffenimporte nur Bruchteile der Gesamtverschuldung: Die 20 größten Waffenimportländer - sie bestreiten etwa 80 % der Importe - wenden jährlich etwa 10 Mrd. US-Dollar für Waffenimporte auf (4c), die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer liegt jedoch bei etwa 700 Mrd. US-Dollar (4h).

Literatur

- (1) Schreiber, P., Haupttendenzen des imperialistischen Rüstungsexports in Entwicklungsländer, IPW-Berichte 10 / 1984, S. 14 - 20  
a) 14, Zitat nach Neue Zeit, Moskau, 36/ 1982, S. 14  
b) 14, c) 15 d) 15, nach SIPRI-Angaben  
ohne genaue Quellenangabe
- (2) World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1982, Taylor & Francis Ltd, London 1982  
a) 175 b) 253 ff. c) 188
- (3) World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1983, Taylor & Francis Ltd, London and New York 1983,  
a) 267 b) 270
- (4) World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1984, Taylor & Francis Ltd, London and Philadelphia 1984  
a) 175 b) 178 c) 180 d) 195 ff. e) 201 ff.  
f) nach Tab. 1 auf S. 177 g) 176 h) 96
- (5) Le Monde vom 23. 06. 83, unter Berufung auf SIPRI-Angaben, ohne genaue Quellenangabe
- (6) idoc bulletin (idoc documentation service Rom/Italy-Louvain-la-Neuve, Belgium) n, 8 - 10, 1983 (Trade and Development Report 1982; UNCTAD / TDA / 1982), S. 14
- (7) horizont 18 (1985), H. 2, S. 21

## Überlegungen zum Zusammenhang von Aufrüstung und Weltgesundheit

Die sich vollziehende forcierte Aufrüstung hinterläßt (ebenfalls) auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge unübersehbare negative Spuren. Das betrifft in erster Linie die Entwicklungsländer, die nur in den seltensten Fällen über ein der gesamten Bevölkerung dienendes Gesundheits- und Sozialwesen verfügen. Bestenfalls sind Ansätze festzustellen. Dafür ist ganz wesentlich der limitierende Einfluß der Rüstungsausgaben sowohl der jeweiligen Länder als auch der sogenannten entwickelten Länder verantwortlich. Ein Beleg dafür mag die bedrückende reziproke Korrelation zwischen den Rüstungsausgaben einerseits und den Mitteln der Weltgesundheitsorganisation (WHO) andererseits sein. Die Rüstungskosten dieser Welt belaufen sich gegenwärtig auf etwa 600 Mrd. Dollar jährlich, was einer Million Dollar pro Minute entspricht. Dagegen stehen der WHO, die sich um breit angelegte Gesundheitsprogramme bemüht, ein vergleichsweise Fonds für etwa vier Stunden zur Verfügung.

Es bedarf nicht der detaillierten Auflistung der Gesundheitsprobleme der Entwicklungsländer, aber einige Beispiele seien stichpunktartig erwähnt:

- in rund Zweidritteln der Entwicklungsländer ist die Wasserversorgung ungesichert,
- es besteht eine achtmal höhere Säuglingssterblichkeit als in den entwickelten Ländern,
- die Lebenserwartung ist nur etwa halb so hoch als Ausdruck des größeren Erkrankungsrisikos durch Infektionen und Ernährungsstörungen.

Nach UNO-Angaben sterben jährlich 50 Millionen und leiden 800 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung.

Bei Konversion von Rüstungsausgaben in gesundheitspolitische Programme könnten bereits mit relativ geringen Mitteln äußerst effektive Maßnahmen zur Gesundheitsfürsorge eingeleitet werden.

So bedarf es

- 7 Mrd. Dollar/Jahr oder 30 Mrd. Dollar pro Jahrzehnt für die Sicherung der Wasserversorgung in den Entwicklungsländern, was im weiteren bei mindestens 10 Millionen Menschen dem Auftreten wasserbedingter Krankheiten entgegenwirken würde,
- etwa 5 Mrd. Dollar jährlich für die schrittweise Beseitigung von Hunger und Unterernährung,
- ungefähr 3 Dollar pro Kind für einen ausreichenden Impfschutz gegen die wichtigsten Infektionskrankheiten, und
- 4 - 8 Mrd. Dollar pro Jahr für eine Kontrolle der Malaria.

Die Realisierung dieser Programme würden letztlich nicht mehr als ein Zehntel aller Rüstungsausgaben erfordern. So bestätigt sich, daß gleichfalls auf gesundheitspolitischem Feld die meisten Leidtragenden des Rüstungswettlaufs die Bevölkerungen in den Entwicklungsländern sind.

- Quellen: U. a.
- Aus dem Congress-paper vom 2. Congress of International Physician for the Prevention of Nuclear War in Cardiff, April 1982,
  - Engelhardt, K. in Tribüne vom 23. Juli 1982, S.11

Die vorliegende Textmappe " Frieden - Gerechtigkeit " zur Frage von Entwicklung und Abrüstung enthält Beiträge der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe

Carl Ordnung, Dr. Walter Romberg, Gottfried Röttmann, Eckhard Schülzgen, Dr. Helmut Wehlan und Dr. sc. med. Christian Zippel.

## Übersetzung

Büro der französischen Regionalkonferenz der CFK

Liebe Brüder!

Die französische Regionalkonferenz der CFK wurde am 14. April durch untenstehenden Brief des Metropoliten Nikodim informiert von ihrem faktischen Ausschluß aus der CFK. Diese Situation zur Kenntnis nehmend hält es das französische Komitee nicht für nützlich, einmal mehr diese Stellungnahmen zu rechtfertigen, welche gebilligt wurden durch die Versammlung der katholischen protestantischen Kommissionen, aus welcher Sicht diese Konferenz sich zusammensetzt. Aber das französische Komitee fordert einmal mehr, daß sich eine offene Debatte inmitten der Konferenz eröffnet in der gegenseitigen Achtung der verschiedenen Meinungen, welche zur Zeit auseinandergehen und welche nicht die Bindungen der einen und der anderen an den Sozialismus und an die Sache des Friedens maskieren sollte. Der Antikommunismus ist nicht und wird nie unser Bekenntnis sein, aber indem wir treu bleiben wollen dem Geist des Evangeliums, akzeptieren wir auch nicht, daß die Kirchen und die christlichen Mitglieder dieser Konferenz ihre gemeinsame Aktion abhängig machen vom Willen einer etablierten Macht, anstatt frei über ihre Verantwortlichkeiten in der Welt zu diskutieren sowie über die zukünftige Gesellschaft.

Um diese Debatte (anzukurbeln?), ergreifen wir heute die Initiative, Ihnen einige Dokumente zu schicken, welche den Stand der gegenwärtigen Situation festhalten. Wir machen keine Anschuldigungen, aber wir verheimlichen auch nicht, daß unsere Stellungnahme nicht immer die beste war (?). Wir wollen einfach den Dialog fortsetzen in den Spuren des Professor Hromadka: "Festhalten an der Wahrheit und der Freiheit der Glaubensbotschaft auf der einen Seite und auf der anderen Seite mutiges Verstehen der historischen Ereignisse in ihrer Neuheit". Das französische Komitee wünscht und läßt es ihre Angelegenheit sein, diesen Dokumenten die größtmögliche Verbreitung zu verschaffen. Es möchte gerne Ihre Meinung wissen zu den gestellten Fragen und wird die erhaltenen Antworten sorgfältig studieren. Es wird sich die Freiheit nehmen, Ihnen neue Mitteilungen zukommen zu lassen, welche für unsere Freunde in der ganzen Welt ein Zeichen eines lebendigen Wortes sein wird, welches voll Hoffnung ist.

Das Büro des französischen Regionalkomitees

## Übersetzung

### Öffentliche Erklärung des Regionalkomitees und der CFK von Frankreich

1. Nachdem viele Franzosen von Anfang an bei den Arbeiten der CFK teilgenommen haben, wurde 1967 ein Regionalkomitee gegründet. Im Frühjahr 1971 wurde es auf autoritäre Weise ausgeschlossen aus der Konferenz durch eine Entscheidung, welche sehr verletzend war und welche eine lange Folge von Entscheidungen beinhaltete, welche nicht minder autoritär waren und nicht minder ungerecht und nicht minder den Statuten der Konferenz widersprechend. Es ist nutzlos, auf die innere Krise der CFK zurückzukommen. Diejenigen, welche sich interessieren, werden sich zu informieren wissen.  
Übrigens war die Krise nie eigentlich eine innere Krise. Alles hat begonnen in der Tat als die 5 Warschauer Pakt Staaten die Tschechoslowakei besetzt hatten. Wir wollen gerne zugeben, daß es Diskussionsstoff gab zwischen der Tschechoslowakei Dubzcek's und denen, die schlußendlich sich entschlossen hatten, das Land durch Gewalt zur Ordnung zu rufen. Wir sind verpflichtet, festzustellen, daß diese Gewalt sehr real war und daß sie sich ausgedehnt hat bis in die Konferenz hinein, in welcher wir sie auch (ohne Risiken) zu spüren bekamen. In den Kadern "Normalisieren" wurden viele tschechische Führer der CFK ausgeschlossen, sei es wie Professor Hromadka, dem die Demission nahegelegt wurde, oder sei es, daß sich der Ausschluß jetzt auch auf das französische Komitee ausdehnt, welches für schuldig befunden wird, einige in seinen Augen wichtige Fragen gestellt zu haben. In der CFK neuer Art ist keine fundamentale Diskussion möglich, weil jene, welche die Macht an sich gerissen haben, die anderen daran hindern, ihre Stimme zu erheben. Nachdem wir nicht angehört worden sind, halten wir unseren Ausschluß für nicht begründet und für null und nichtig. Gleichzeitig äußern wir unseren Vorbehalt gegenüber der Art und Weise, in welcher die 4. Generalversammlung der CFK einberufen wurde.
2. Wir möchten gerne versuchen, die unsichtbaren und versteckten Ränkespiele dieser Krise aufzudecken.  
Man muß von 3 Feststellungen ausgehen:
  - a) Es sind Männer der Kirche, in autoritären Strukturen, welche die Macht in der CFK an sich gerissen haben.
  - b) Diese Machtergreifung wurde begleitet von den Operationen der politischen Instanzen von verschiedenen sozialistischen Staaten.
  - c) Die Initianten dieser doppelten Operation mußten die CFK fürchten, in welcher sich bis 1968 Christen aus verschiedenen Ländern, verschiedenen Konfessionen, verschiedenen politischen Meinungen begegnen und frei aussprechen konnten. Aber man mußte die Konferenz "normalisieren" und schwächen. Um zu verstehen, was solche Aktionen bedeuten, genügt es, auf jene zu schauen, welche verhindert werden. Das autoritäre Verhalten verschiedener religiöser Chefs verhindert eine

aktive Teilnahme des christlichen Volkes an der Aktion für den Frieden in der CFK. Die Tatsache, daß die kirchliche und die staatliche Aktion in der CFK verbunden sind, hindert die Kirchen daran, mit der Freiheit zu handeln, welche Christen zukommt. Eine monolithische CFK ist nicht der Ort einer aufrechten Suche nach dem Frieden, denn der Frieden ist nicht das Eigentum einer speziellen Gruppe. (nur Zusammenfassung des Satzes.)

3. Muß man daraus schließen, daß die CFK und die Kirchenmänner, welche sie heute leiten, und die politischen Instanzen, welche sie kontrollieren, die Aufgabe haben, den Frieden zu suchen? Man ist versucht, dieses zu denken, versucht zu glauben, daß sie es zumindest vorgezogen haben, sich eher hinter hohen Mauern zu verkriechen als den Frieden zu suchen, denn der Friede macht uns angst seit er nicht mehr die einfache Koexistenz von Gesellschaften ist, welche sich jetzt gegenseitig verdammten und gleichzeitig gegenseitig stützen.
4. Man sucht jetzt in der CFK eine neue Strategie der Aktion von Christen für den Frieden. Die Wünsche werden in Moskau und anderswo gemacht. Sie beherrschen das Bild. Es geht jetzt darum, den Wert dieser Strategie ins Auge zu fassen. Sie scheint folgende zu sein: Die Leiter von gewissen Kirchen des Ostens akzeptieren als alleinige Partner die Leiter der römisch-katholischen Kirche und des Weltkirchenrates. Diese sind implizit als die religiösen Repräsentanten des Westens anzusehen, zumal die ersteren die religiösen Repräsentanten des Ostens sind. Die friedliche Koexistenz, welche verwechselt wird mit der Hégemonie der USA und der SU, wäre der Handlungsspielraum der Christen, welche für den Frieden arbeiten wollen. Auch wenn eine solche Strategie nicht wertlos zu sein scheint, beinhaltet sie doch so große Gefahren, daß man nicht das Recht hat, sie als dem Frieden dienend anzusehen.
5. Die Christen können dem Frieden nur dann dienen, wenn sie frei sind, doppelt frei, frei ihren Wandel nach dem Evangelium selbst zu bestimmen, und frei, sich politische und kulturelle Hypothesen vorzustellen, welche die engen Grenzen überschreiten, in welche die Staaten gebunden sind. Darüberhinaus kann sich die Freiheit der Christen nur dann entfalten, wenn die Kirchen in West und Ost und in der übrigen Welt auf autoritäre Führung verzichten, ohne echte Autorität von sich zu stoßen, und wenn sie dem christlichen Volk helfen, seine Verantwortlichkeiten wahrzunehmen. Niemand wird von den Kirchen etwas erwarten, welche sich zu Sprechern der Staaten gemacht haben, und welche so selbst sich zu staatlichen Gebilden transformieren, anstatt inmitten der Kräfte des Friedens zu sein, inmitten der Völker.